Die Entwicklung der anhaltischen Maschinen-Industrie

(Eine wirtschaftsgeschichtliche Monographie)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der Hohen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Rostock

vorgelegt
von

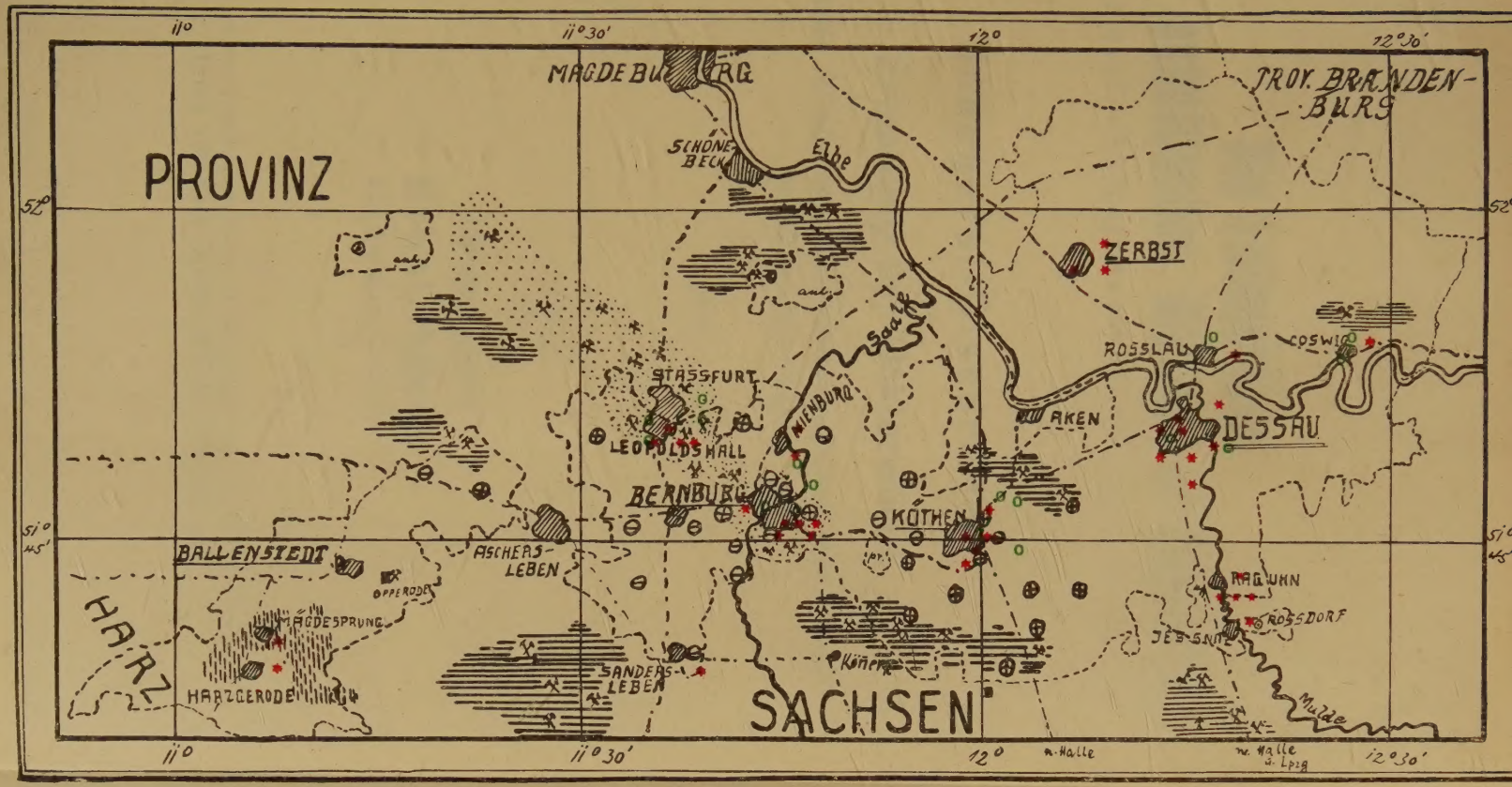
Diplomvolkswirt

Ernst Höhne

aus Köthen in Anhalt

WIRTSCHAFTS-GEOGRAPHISCHE KARTE DES LANDES

ANHALT



Braunkohlenlager

Salzlager

Erzvorkommen

in Betrieb befindliche Zuckerfabriken

ø außer „ „ „

o Chemische-Industrie

* Maschinen-Industrie

— · — · — · — Eisenbahnen.

Hauptstadt

Kreisstadt

- - - - - Landesgrenze

Maßstab: 1 : 600000

Die Entwicklung der anhaltischen Maschinen-Industrie

(Eine wirtschaftsgeschichtliche Monographie)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der Hohen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Rostock

vorgelegt
von

Diplomvolkswirt

Ernst Höhne

aus Köthen in Anhalt

Druck von Hans Greiner, Köthen in Anhalt, 1928

BIBLIOTHEEK
RIJKS
UNIV.
LEIDEN

Referent: **Professor Dr. H. Mannstaedt**

Die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie

(Eine wirtschaftsgeschichtliche Monographie)

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 7

I. Die geographischen und geologischen Grundlagen der anhaltischen Volkswirtschaft 9

II. Abriß der gesamten anhaltischen Volkswirtschaft

A. Die Urproduktion 13

1. Landwirtschaft und Forstwirtschaft
2. Bergbau. (Erzbergbau — Kohlenbergbau — Salzbergbau)

B. Die anhaltische Industrie (außer der Maschinenindustrie) 22

1. Zuckerindustrie.
2. Industrie der Nahrungs- und Genußmittel.
3. Chemische Industrie.
4. Industrie der Steine und Erden — Holzindustrie — Papierindustrie.
5. Sonstige Industriezweige.
6. Elektrizitätswirtschaft.

C. Handel — Verkehr — Banken 29

III. Die anhaltische Maschinenindustrie

1. Vorläufer der eigentlichen Maschinenindustrie bis 1830 32
   a) Herstellung von Maschinen im handwerksmäßigen Betriebe 32
   b) Bereits vorhandene größere Betriebe. (Das Mägdesprunger Eisenhüttenwerk) 36
2. Die Entwicklungsperiode 1830—1870 39
   a) Wirtschaftliche Verhältnisse dieser Periode. Beseitigung der Binnenzölle — Reform des Innungswesens — Gewerbefreiheit — Ausstellungswesen 39
   b) Spezielle Ursachen für den Beginn der neuen Entwicklungsperiode in Anhalt 43
   Aufblühen der Landwirtschaft — Aufkommen der Zuckerindustrie — Einführung der Dampfschiffahrt — Aufkommen der Eisenbahnen — Sonstige dahinwirkende Momente.
   c) Gründung und Fortentwicklung einzelner Werke . . 46
3. Die Entwicklungsperiode der Jahre 1870—1892 55

Seite

a) Allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse dieser Periode. Die Gründerjahre in Anhalt — Die große Krise 1873 — Einwirken der Bismarckschen Handelspolitik — Wirtschaftliche Wirkungen der sozialen Gesetzgebung besonders gegenüber der Konkurrenz des Auslandes. 55

b) Spezielle Momente, die in dieser Periode die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie förderten 61

Allgemeine Belebung des Wirtschaftslebens infolge des siegreichen Krieges 1870/71 — Der Maschinenbedarf des Braunkohlenbergbaus — Entwicklung der anhaltischen Kali- und Steinsalzförderung sowie der sich darauf aufbauenden chemischen Industrie — Einfluß der Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft auf die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie.

c) Gründung und Fortentwicklung einzelner Werke in dieser Periode 68

4. Die Entwicklungsperiode der Jahre 1892—1913

a) Allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse dieser Periode Die Caprivischen Handelsverträge — Die Handelspolitik bis 1914 — Einfluß der Rohstoffsyndikate auf die Preisbildung. 79

b) Besondere Ursachen, die eine weitere Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie hervorriefen . . . 87
Günstige Fortentwicklung der Landwirtschaft u. Zuckerindustrie — Industrielle Nutzbarmachung der Braunkohle durch Umformung zu elektrischer Kraft — Uebergang vom allgemeinen zum speziellen Maschinenbau.

c) Gründung und Fortentwicklung einzelner Werke in dieser Periode 93

5. Die anhaltische Maschinenindustrie in der Kriegs- und Inflationszeit

I. Die Kriegszeit 1914—1918 114

II. Die Inflationszeit 1919—1923 116

6. Die Entwicklung in der neuesten Zeit

a) Allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse 118
Allgemeine wirtschaftliche Lage der Maschinenindustrie — Das Auslandsgeschäft — Die Rohstoffversorgung.

b) Fortentwicklung der einzelnen Fabrikationszweige in der anhaltischen Maschinenindustrie und der zu diesen zählenden Betriebe 125

7. Organisation zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der anhaltischen Maschinenindustrie

a) Allgemeines über Kartellierungsfähigkeit der Maschinenindustrie 140

b) Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten und die Fachverbände 142

c) Der Anhaltische Industrie-Verein 144

d) Verband anhaltischer Arbeitgeber 146

8. Die Arbeiterverhältnisse in der anhaltischen Maschinenindustrie 147

Statistische Tabellen 151

Literaturverzeichnis 162

Einleitung.

Das Mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet hat in den letzten beiden Jahrzehnten einen derartigen Aufschwung erlebt, wie ihn kein anderes deutsches Wirtschaftsgebiet zu verzeichnen hat. Zwar war dieser Bezirk auch früher nicht ohne Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft, jedoch blieb er in seiner industriellen Entwicklung hinter der anderer deutscher Wirtschaftsgebiete, so besonders der westlichen, zurück. Während jedoch in der Entwicklung der westlichen Industrie, hervorgerufen durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse, eine gewisse Stagnation eintrat, findet man in Mitteldeutschland eine beträchtliche Zunahme der Industrie, und zwar waren es in erster Linie bisher westlich orientierte Wirtschaftszweige, die in Mitteldeutschland festen Fuß faßten. Von dieser Entwicklung wurde auch die Wirtschaft des Landes Anhalt betroffen, die mitten im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet gelegen ist. Der bedeutendste Industriezweig des Landes Anhalt ist seine Maschinenindustrie. Aufgabe und Ziel der vorliegenden Arbeit soll nun sein, die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie darzustellen, wie sie sich im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung Anhalts und damit auch des Deutschen Reiches vollzogen hat. Die geschichtliche Entwicklung und die Struktur der Maschinenindustrie birgt die Schwierigkeit einer klaren Begriffsfassung in sich. Sowohl betreffs der Art der Fabrikation wie auch betreffs der Größe ist eine genaue Definition des Begriffes Maschinenindustrie unmöglich, da einerseits die Fabrikation außer der Herstellung von Maschinen auch verwandte Gebiete, wie Eisengießerei, Dampfkesselfabrikation und Armaturenfabrikation u. ähnl. umfaßt. Vorliegende Arbeit stützt sich auf die Einteilung der Gewerbeinspektion und behandelt deren in Gruppe 5 und 6 zusammengefaßte Wirtschaftszweige, die unter Berücksichtigung anhaltischer Verhältnisse die Maschinenindustrie in weiterem Sinne umfassen.

Auch betreffs der Bestimmung des Begriffes der Größenklasse schließt sich die Arbeit den Erhebungsmethoden der Gewerbeinspektion an und scheidet die Betriebe in drei Größenklassen: Großbetriebe über 50 Arbeiter, Mittelbetriebe 5–49 Arbeiter,

Kleinbetriebe unter 5 Arbeiter. In der Arbeit näher behandelt sind nur die Großbetriebe über 50 Arbeiter. Das Material der vorliegenden Arbeit besteht zum größten Teil aus direkten Informationen, die uns von den einzelnen Unternehmungen gegeben wurden, jedoch lückenhaft sind. Gänzlich scheiterte der Versuch, Unterlagen für die Produktionsstatistik zu erhalten. Die Erfassung des gewerblichen Produktionsertrages ist schon an sich schwierig, da sich die gewerbliche Produktion unter vollständigem Ausschluß der Oeffentlichkeit abspielt mit Ausnahme von solchen Produktionszweigen, die unter öffentlicher Kontrolle stehen wie z. B. der Bergbau, oder solchen Industriezweigen, die einer bereits beim Produzenten einzuhebenden Konsumsteuer unterliegen wie Zuckerindustrie, Brennerei, Brauerei u. a. Bei der Zusammenstellung einer Produktionsstatistik für die Maschinenindustrie ist wegen der Verschiedenartigkeit der Erzeugnisse eine Erhebung nach dem Gewicht der abgesetzten Warenmenge untauglich, so hat z. B. ein Dampfkessel viel geringeren Tonnenwert als eine komplizierte Werkzeugmaschine. Für eine Produktionsstatistik konnten daher lediglich die in Geld ausgedrückten Umsatzziffern ein brauchbares Bild ergeben; diese Umsatzziffern uns zu nennen, konnten sich die einzelnen Unternehmen begreiflicherweise nicht verstehen. Es mußte daher von der Aufstellung einer Produktionsstatistik Abstand genommen werden.

I. Die geographischen und geologischen Grundlagen der anhalt. Volkswirtschaft.

Das Land Anhalt — der Name stammt von einer Burg im Selketale — liegt mitten im Herzen Deutschlands, im Mittelstromgebiet der Elbe. Durch seine Lage ist es von der Natur in zwei Teile geschieden; der kleinere Teil liegt hauptsächlich im Unterharz, während der weitaus größere Teil zum norddeutschen Tieflande gehört. Bevor die damalige Grafschaft Aschersleben dem Lande Anhalt verloren ging, bildete es ein politisch und geographisch zusammenhängendes Gebiet.

Das Land wird in fünf Kreise geteilt, die Kreise Dessau, Zerbst, Bernburg, Köthen und Ballenstedt. Die Teilung ist nicht willkürlich, sondern entspringt einer weit zurückgreifenden geschichtlichen Entwicklung. Der Gau Serimunt — der frühere Name Anhalts — war ursprünglich von Germanen bewohnt. Zur Zeit der Völkerwanderung siedelte sich ein slawischer Stamm, die Sorben an. Unter Gero und Albrecht dem Bären begann wieder die Germanisierung des Landes durch Kolonisation deutscher Bauern.

Das Land, ursprünglich von einem askanischen Fürsten regiert, wurde im Jahre 1603 durch Erbfolge in vier Teile geteilt, die nach langer Trennung im Jahre 1863 wieder zu einem Herzogtum zusammengeschlossen wurden. Seit 1918 ist das Land Anhalt wie alle übrigen deutschen Länder ein Freistaat.

In seinem politischen Umfange wird Anhalt durch die preußischen Provinzen Sachsen und Brandenburg und zu einem geringen Teile durch den Freistaat Braunschweig begrenzt. Bildet das Land Anhalt auch in politischer Hinsicht doch immerhin noch einen selbständigen Staat, so sind seine politischen Grenzen gegenwärtig in wirtschaftlicher Beziehung gegenstandslos geworden. Ihre einzige Bedeutung für die Wirtschaft könnte man darin sehen, daß sie gleichzeitig die Grenzen für den Geltungsbereich der anhalt. Handelskammer bilden und somit auch ein in einer Organisation zusammengeschlossenes Wirtschaftsgebiet umschließen.

Die Lage Anhalts inmitten Mitteldeutschlands bedingt eine gewisse Mannigfaltigkeit seiner Bodenbeschaffenheit. In wirtschaftsgeographischer Beziehung gehört daher Anhalt drei verschiedenen Gebieten an. Der größere Teil, bestehend aus den Kreisen Bernburg, Köthen und Dessau gehört zu jenem fruchtbaren Landstrich, der sich von Magdeburg nach Halle in südöstlicher Richtung erstreckt und dessen nördlicher Teil — die Magdeburger Börde und das Land Anhalt — zu den besten Nährflächen Deutschlands gezählt wird.

Die Sümpfe und Urstromtäler, die sich in dieses aus Diluvialplatten gebildete Tiefland einschieben, sind die geologische Grundlage für die reichen Vorkommen an Salzen und Braunkohlen geworden. Zahlreiche Steinbrüche und Tonlager geben die Basis für eine weitere große Anzahl industrieller Betriebe. Da dieser Teil des Landes vollkommen eben ist und jeder nennenswerten Erhebung entbehrt, so fehlen irgendwelche Erzlager vollkommen. Allein im Kreise Köthen, in der Nähe des Dorfes Wohlsdorf, wird das Vorkommen von Kupferschiefer erwähnt. Ein von der Mansfelder Bergbaugesellschaft begonnener Abbau wurde der geringen Ergiebigkeit halber wieder eingestellt. Dieser Teil Anhalts ist auch ohne wesentliche Waldbestände; allein im Kreise Dessau in der Nähe der Elbe und Mulde befinden sich ausgedehnte Laubwaldungen.

Der zweite Teil Anhalts, der östlich der Elbe gelegene Kreis Zerbst, gleicht sich in seiner Struktur und seinem Aussehen ziemlich der angrenzenden Mark Brandenburg an. Sandiger Ackerboden wechselt mit Kiefernwaldungen; teilweise trägt das Land typischen Heidecharakter. Die einzige Erhebung bildet im Osten der Fläming. In diesem Teile Anhalts fehlen unterirdische Bodenschätze gänzlich.

Der dritte Teil endlich, der Kreis Ballenstedt, zeigt ausgesprochenen Gebirgscharakter, der größte Teil dieses Kreises ist von Laub- und Nadelholzwaldungen bedeckt. Allein im anhaltischen Harzvorland sowie in den von den Harzflüssen gebildeten Tälern ist der Boden für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung geeignet. Dagegen hat der Bergbau im Harze schon frühzeitig Beachtung gefunden. *)

Das Land wird von zahlreichen Flüssen durchzogen und bewässert, von denen jedoch nur zwei, nämlich die Elbe und die Saale, schiffbar sind. Die Elbe fließt mitten durch Anhalt, in einer Stromlänge von ca. 50 km. Der frühzeitige Schiffahrtsverkehr auf der Elbe hat auch in Anhalt einige Häfen entstehen lassen, deren bedeutendste Roßlau und Wallwitzhafen sind.

*) Der Bergbau wird weiter unten ausführlich behandelt.

Eine wichtige Einnahmequelle für die anhaltischen Fürsten waren früher die Elbzollstätten, von denen noch bis 1828 vier bestanden. (Bei Roßlau je eine Köthensche und Dessauische, bei Coswig eine Bernburgische und bei Tochheim eine Zerbstische).

Der andere schiffbare Fluß in Anhalt, die Saale, hat nicht die gleichgroße Bedeutung für den Verkehr wie die Elbe; jedoch sorgen Häfen und Umschlagsplätze in Bernburg und besonders in Nienburg dafür, daß auch der westliche Teil Anhalts an das Netz der deutschen Wasserstraßen angeschlossen ist.

In neuester Zeit verheißt der Plan des Mittellandkanals, dessen südlicher Flügel im Kreise Bernburg in die Saale münden soll, dem Lande Anhalt eine weitere nicht unbedeutende Vergrößerung seines Wasserstraßennetzes.

Die Ausdehnung des gesamten Landes beträgt, einige kleinere Enklaven mit eingeschlossen, 2.299 qkm, die sich folgendermaßen auf die einzelnen Kreise verteilen:

Zerbst	804 qkm
Dessau	426 „
Bernburg	397 „
Köthen	343 „
Ballenstedt	329 „
	2.299 qkm.

Die Einwohnerzahl Anhalts ist sich früher lange Zeit hindurch ungefähr gleich geblieben. Man schätzt mangels tatsächlicher Erhebungen die Zahl der Bewohner um das Jahr 1800 auf ca. 100.000. Erst im letzten Jahrhundert hat sich die Zahl analog der Entwicklung im übrigen Deutschland ganz bedeutend vermehrt. So ergaben die Zählungen: *)

im Jahre	Einwohner	dav. i. d. Städt.	dav. a. d. Lande
1817	122,447	46,86%	53,14%
1830—31	133,232	48 %	52 %
1864	193,046	49,33%	50,67%
1875	203,400		
1895	293,298		
1900	316,085		
1905	328.000 (abger.)		
1919	334,159	63,94%	36,06%
1925	351,045		

Die Bevölkerungsdichte hat sich gleichzeitig mit dem Anwachsen der absoluten Bevölkerungszahl wesentlich gehoben.

*) Wäschke, Anhaltische Geschichte Bd. III. S. 360, 472, 516.

So kamen im Jahre 1817 auf einen Quadratkilometer 53,3 Einwohner, im Jahre 1919 auf einen Quadratkilometer 145,5.

Wenngleich sich die Dichte der Bevölkerung in Anhalt nicht mit der in den Industriegebieten Sachsens, Rheinland-Westfalens und Oberschlesiens messen kann, so steht Anhalt doch noch weit über der Durchschnittsziffer des gesamten Reiches.

Eine beachtenswerte Tatsache ist die ständige erhebliche Verringerung des relativen Anteils der Landbewohner an der Gesamtbevölkerung. Während im Jahre 1817 der Anteil der Landbevölkerung 53,14%, also über die Hälfte der Gesamtbevölkerung betrug, sank der Anteil bis auf 36,06% im Jahre 1919 d. h. auf ca. $^1/_3$ der Gesamtbevölkerung herab. Es ist dies ein Beweis für die gesteigerte Industrialisierung der anhaltischen Volkswirtschaft, die besonders im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts den gesamten Bevölkerungszuwachs des Landes nach der Stadt und in die Industrie zog.

Die Bevölkerung Anhalts wohnt in 25 Städten und ca. 280 Dörfern: von den Städten sind außer den fünf Kreisstädten noch Roßlau, Coswig, Nienburg, Raguhn, Leopoldshall, Sandersleben, Jeßnitz und Güsten als die wirtschaftlich bedeutendsten zu nennen.

II. Abriß der gesamten anhaltischen Volkswirtschaft.

Seitdem die Kraft- und Arbeitsmaschine sich seit Anfang des vorigen Jahrhunderts auf fast allen Gebieten der Erwerbstätigkeit ein breites Feld erobert hat, gibt es kaum einen Industriezweig, der in gleicher Weise wie die Maschinenindustrie in enger Beziehung zu allen anderen Zweigen der Volkswirtschaft steht. Gleichwohl ob es die Zweige der Urproduktion, Landwirtschaft und Bergbau sind, oder andere Industriezweige, wie Zuckerindustrie, chemische Industrie, Holzindustrie u. a. m., überall werden Maschinen verwendet und benötigt. Aber in gleicher Weise wie die Fortentwicklung aller dieser Wirtschaftsgruppen an die Existenz einer leistungsfähigen Maschinenindustrie gebunden ist, ist diese wiederum auf eine möglichst günstige Entwicklung und sicheren Bestand ihrer Abnehmer, eben dieser Betriebe, angewiesen.

Diese überaus wichtigen Wechselbeziehungen zwischen der Maschinenindustrie einerseits und der übrigen Volkswirtschaft andererseits machen es zur Notwendigkeit, vor der Darstellung der Entwicklung der Maschinenindustrie einen kurzen Abriß des Entwicklungsganges der übrigen anhaltischen Volkswirtschaft zu geben.

A. Die Urproduktion.

1. Die Landwirtschaft.

Als besonders wichtiger Teil der Volkswirtschaft Anhalts ist seine Landwirtschaft zu bezeichnen. Diese stellte Jahrhunderte hindurch überhaupt den wichtigsten Nahrungszweig der anhaltischen Bevölkerung dar. Erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann die aufstrebende Industrie ihr den ersten Rang streitig zu machen. Aber auch heute noch, wo die Entwicklung der Industrie weit ausgedehntere Formen angenommen hat, kann man noch nicht bezüglich der anhaltischen Volkswirtschaft von einem reinen

Industriestaat sprechen; viel eher könnte man das anhaltische Wirtschaftsgebilde als eine günstige Mischung von Agrar- und Industriestaat ansprechen, die speziell durch ihre vielseitigen Wechselbeziehungen vielfach zur Förderung der gesamten anhaltischen Wirtschaft beigetragen hat.

Die Grundlagen der anhaltischen Landwirtschaft, soweit sie den Grund und Boden betreffen, sind mannigfacher Art. *) Den besten Ackerboden, einen humusreichen Lehmboden, haben die Kreise Köthen, Bernburg und ein kleiner Teil des Kreises Dessau. Hier werden vorzugsweise Weizen und Rüben gebaut, daneben jedoch auch die anderen Getreidearten, sowie Kartoffeln und Futterkräuter. Im Kreise Ballenstedt, soweit er nicht dem Harzgebirge angehört, findet man mittleren Boden. Dieser eignet sich noch gut zum Getreide- und Kartoffelbau, Rübenkultur wird hier jedoch weniger betrieben. Ähnlichen Charakter trägt der restliche Teil des Dessauer Kreises; soweit er in der Elbe- und Muldaue gelegen ist, findet man hier zahlreiche und gute Wiesen, an denen Anhalt sonst nicht besonders reich ist. Den schlechtesten Boden hat der rechts der Elbe gelegene Kreis Zerbst. Der hier vorherrschende Sandboden eignet sich nur zum Anbau weniger anspruchsloser Fruchtarten, wie Roggen, Gerste, besonders aber Kartoffeln und Futtergewächse. Die hier befindlichen Wiesen sind sauer und für Viehfutter ungeeignet.

Außer den genannten Fruchtarten werden in Anhalt Hülsenfrüchte, darunter meist Erbsen angebaut, dann besonders Ölpflanzen wie Raps, Rübsen und auch Mohn; Gespinstpflanzen findet man nur noch wenig, ebenso Hopfen. Tabak wird in Oranienbaum im Kreise Dessau in nicht unbedeutenden Mengen gewonnen, doch ist dieser von keiner besonderen Qualität.

Die Viehzucht Anhalts hält sich in allgemeinen Grenzen. In den meisten Fällen wird weniger Wert auf Zuchterfolge gelegt als auf eine besonders schnelle und Nutzen bringende Mast. Infolge des Mangels an Weiden kommt bereits seit ca. 100 Jahren die Stallfütterung in Frage. Ein weiterer Umstand, der die Viehhaltung hinten an setzt, ist die Besitzverteilung. Große Flächen sind teils im Besitz, teils in Pacht der Zuckerfabriken, die oft aus wirtschaftlichen Gründen den Viehbestand auf ein Minimum beschränken, d. h. nur Gebäude und Abfälle ausnutzen, es jedoch vermeiden, Kapital in die Viehhaltung zu stecken, indem sie Futtermittel besonders anbauen oder kaufen.

*) Schulze gibt in seiner „Landwirtschaft Anhalts“ die Grundsteuerreinerträge mit folgenden Zahlen pro ha an: Köthen 58,70 Mk., Bernburg 56,70 Mk., Dessau 35,— Mk., Zerbst 16,60 Mk. = anhaltischer Durchschnitt 49,10 Mk. Treffen diese Zahlen auch für die Gegenwart nicht mehr zu, so geben sie doch das auch heute noch geltende Verhältnis wieder.

Der Gartenbau steht in Anhalt überall in größter Blüte, besonders im Zerbster Kreise.

Das Klima des Landes ist für die Landwirtschaft durchaus günstig zu nennen. Mäßig heiße Sommer wechseln mit mäßig kalten Wintern; die vorherrschenden Westwinde bedingen es, daß auch die Niederschlagsmengen meist hinreichend sind. Die Anfänge der anhaltischen Landwirtschaft reichen bis in die Sorbenzeit zurück, Schon frühzeitig hatten die anhaltischen Fürsten die Bedeutung der Landwirtschaft für ihr Land erkannt und demgemäß Maßnahmen zu ihrer Förderung getroffen; so wurde bereits 1572 in Anhalt das Bauernlegen verboten. Einen starken Rückschlag in der Entwicklung der anhaltischen Landwirtschaft brachte der 30jährige Krieg, dessen Schäden noch bis zum Ende des 17. Jahrhunderts allenthalben fühlbar waren. Ein besonderer Förderer des anhaltischen Ackerbaues war Fürst Leopold — unter dem Namen „der alte Dessauer" der bekannteste anhaltische Fürst. — Dieser baute verschiedene Wüstungen wieder auf, betrieb eifrig die innere Kolonisation durch Ansiedlung von Bauern und suchte durch Meliorationen die Fruchtbarkeit des Bodens zu heben. Hinreichend bekannt ist seine Tätigkeit auf dem Gebiete des Wasserschutzes, wo er durch den Bau ausgedehnter Elb- und Muldedämme das flache Land vor den verheerenden Folgen der Frühjahrsüberschwemmungen zu schützen suchte. Weiterhin ist Fürst Leopold ein eifriger Vermehrer seiner Hausmacht gewesen, indem er durch Ankauf zahlreicher Rittergüter den Domänenbesitz des fürstlichen Hauses bedeutend vergrößerte. Während bis dahin die Fürsten durch direkte Hilfsmaßnahmen die Landwirtschaft zu fördern bemüht waren, schlug man zu Anfang des 19. Jahrhunderts seitens der Regierungen auch andere Wege ein, indem man den Stand der Landwirtschaft durch Gründung landwirtschaftlicher Gesellschaften und Vereine zu heben suchte. Ein besonderes Verdienst kommt hierbei dem Anhalt-Köthenschen Finanzrat L. Albert zu. *) Dieser ursprünglich selbst praktischer Landwirt gründete im Jahre 1824 die erste anhaltische landwirtschaftliche Gesellschaft zu Mühlstedt. Durch seine betriebstechnischen, wirtschaftspolitischen, vor allen Dingen aber geradezu bahnbrechenden sozialpolitischen Maßnahmen ist er einer der ersten gewesen, der die anhaltische Landwirtschaft über die Folgen der Napoleonischen Kriege sowie auch über die große Agrarkrisis (1826) hinweggeholfen hat.

Da in Anhalt die Lage der Bauern zu Anfang des 19. Jahrhunderts bereits wesentlich besser als in Preußen war, kann man in Anhalt von einer direkten Bauernbefreiung nicht reden. Eine

*) Wäschke a. a. O. S. 402, 481.

Reform der Frondienste erwieß sich jedoch ebenfalls als notwendig. So wurde im Jahre 1812 die Patrimonialgerichtsbarkeit aufgehoben, im Jahre 1829 eine ständige Separationskommission in Anhalt-Köthen eingerichtet zur Begünstigung freiwilliger Auseinandersetzung. Jedoch erst in den 50er Jahren trat für die Bauern völlige Besitzfreiheit ein. Eine Generalkommission nach preußischem Muster wurde eingesetzt und die Berechtigten durch Rentenbriefe der 1848 errichteten Rentenbank abgefunden. Im Jahre 1874 wurde die anhaltische Generalkommission aufgelöst; seit dieser Zeit untersteht Anhalt dem Landeskulturamt in Merseburg.

Die Dreifelderwirtschaft und später die verbesserte Dreifelderwirtschaft, die die Brache durch Anbau von Futterpflanzen ersetzt, war in Anhalt bis Mitte des vorigen Jahrhunderts gebräuchlich. Erst dann wurde sie durch die Fruchtwechselwirtschaft ersetzt.

Die Entwicklung der anhaltischen Landwirtschaft hatte seit Mitte des vorigen Jahrhunderts einen ganz wesentlichen Aufschwung zu verzeichnen. Dieser ist zur Hauptsache auf den Anbau der Zuckerrübe wie auf die Einführung der künstlichen Düngung zurückzuführen. Dennoch ist ein Rückgang der relativen Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung zu verzeichnen. Nach der Betriebszählung des Jahres 1907 arbeiteten 38919 Personen in der Landwirtschaft; dies macht ca. 30% der gesamten werktätigen Bevölkerung Anhalts aus; während es noch im Jahre 1870 über 50% waren. Diese merkliche Verschiebung der Relativzahlen zu Ungunsten der Landwirtschaft ist besonders auf 3 Tatsachen zurückzuführen, nämlich 1. auf die Ersetzung menschlicher Arbeitskräfte durch ausgedehntere Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen, 2. durch die Landflucht des ländlichen Bevölkerungszuwachses, 3. durch die damit verbundene Beschäftigung fremder Wanderarbeiter. Dies trat um so mehr in Erscheinung, als ein bedeutender Teil der Landarbeit durch den erhöhten Anbau von Hackfrüchten, besonders Zuckerrüben, sich zu einer Saisonarbeit gestaltete und die Beschäftigung von Wanderarbeitern dem Gutsbesizer nicht unwesentliche privatwirtschaftliche Vorteile brachte, so sehr auch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen zu mißbilligen sein mag.

Die Besitzverteilung des anhaltischen Grundbesitzes auf die einzelnen Größenklassen ergibt folgendes Bild: *)

Größenklasse	Zahl der Betriebe 1895	1907	Dies macht 1907 in Proz. v. Gesamtgrundbesitz aus:
unter 2 ha.	24869	26122	7,2 %
2 — 5 „	2646	2201	5,0 %
5 — 20 „	3448	3616	23,8 %
20 — 100 „	1152	958	25,8 %
über 100 „	165	166	38.2 %

*) Schulze, die anh. Landwirtschaft, Würzburg 21.

Großgrundbesitz findet man hauptsächlich in den Kreisen Köthen und Bernburg, während im Kreise Zerbst der Typ der Mittelstandsbauernwirtschaft vorherrscht. Die übrigen Kreise haben durchaus gemischte Besitzverteilung.

Neben dem Großbesitz und Bauernwirtschaften ist noch, wie bereits die Statistik zeigt, die Parzellenwirtschaft sehr ausgedehnt. Dies hat seine Ursache darin, daß viele Industriearbeiter in ihrer Freizeit etwas Ackerwirtschaft für den eigenen Bedarf betreiben. Besonders ist das sogenannte Hauskabelwesen noch sehr verbreitet d. h. zu jedem Hausgrundstück in der Stadt gehört nach alter Einteilung ein Ackerstück (meist $^1/_3$ Morgen groß).

Sehr stark vertreten ist in Anhalt der Domänenbesitz; so befanden sich 1922 von dem gesamten 172121 ha. großen Ackerland 28188 ha. im Besitz der Domänen. Diese werden zum größten Teil von Pächtern bewirtschaftet, unter denen wiederum die Zuckerfabriken eine besondere Stellung einnehmen.

Auch die Forstwirtschaft des Landes ist nicht ohne Bedeutung. 25% der Gesamtfläche des Landes d. h. 58 439,09 ha wurden 1922 forstwirtschaftlich genützt. Den weitaus größten Anteil haben hiervon die Kreise Ballenstedt, Dessau und Zerbst. Während im Kreise Ballenstedt Laub- und Nadelwälder zu finden sind, herrscht im Zerbster Kreise der Nadelwald, im Dessauer Kreise der Laubwald, besonders der Eichenwald vor. Der größte Teil sämtlicher anhaltischer Forsten befand sich vor dem Kriege in herzoglichem Besitz; ein großer Teil davon ist nach dem Kriege durch Ausgleich in Staatsbesitz übergegangen.

2. Der Bergbau.

Der gesamte linkselbische Teil des Landes Anhalt ist reich gesegnet mit mineralischen Bodenschätzen, die für viele Industriezweige des Landes eine hervorragende Grundlage geboten haben und noch bieten. Man unterscheidet nach der Art der Bodenschätze: 1. Erzbergbau, 2. Kohlenbergbau, 3. Salzbergbau.

Erzbergbau.

Die anhaltischen Erzvorkommen befinden sich in dem Teile des Unterharzes, der zum Kreise Ballenstedt gehört. Der Erzbergbau wurde schon sehr frühzeitig als Regal von den anhaltischen Fürsten gepflegt (1134). Genaue Nachrichten liegen jedoch erst aus den Jahren 1492 und 1499 vor; zu dieser Zeit erneuerten die vier damaligen anhaltischen Fürsten das alte Bergwerk. Die hauptsächlichsten Mineralien, die nach Lindner in sechs bedeutenden erzführenden Gangzügen lagern, sind Bleiglanz, Kupfer- und Schwefelkies, Spatheisenstein, Rotheisenstein und Flußspath. Die Bleierze sind in geringem Maße silberhaltig.

Die Geschichte der anhaltischen Erzbergwerke ist sehr wechselreich. Kriegszeiten und Mangel an Betriebskapital ließen die Unternehmungen oft stocken. Im Jahre 1691 wurden die Bergwerke an zwei Privatunternehmen verpachtet; der Betrieb besserte sich außerordentlich, jedoch war die Besserung nur von kurzer Dauer und erlahmte sehr bald wieder. Im Jahre 1740 gingen die gesamten Erzbergwerke in den Alleinbesitz des Fürsten von Anhalt-Bernburg über. Unter den Fürsten von Anhalt-Bernburg, besonders unter Victor Friedrich, haben die Erzbergwerke dann im Anfang und Mitte des vorigen Jahrhunderts eine kurze Blütezeit erlebt. Die bedeutendste Grube ist der Pfaffenberg auf dem Neuendorfer Zuge. Er beschäftigte im Jahre 1863 noch über 300 Arbeiter und war bis kurz vor dem Kriege noch in Betrieb. Die Verarbeitung der gewonnenen Erze fand in verschiedenen Werkstätten im Selketal statt. Wegen seiner geringen Ergiebigkeit und wegen der hohen Abbaukosten ist er nach dem Weltkriege vollständig eingestellt und gehört somit völlig der Geschichte an. Seine wertvollste historische Bedeutung könnte man darin sehen, daß er die Grundlage für die erste Maschinenfabrik in Anhalt geworden ist.

Der Kohlenbergbau.

Die ältesten Kohlengruben Anhalts findet man ebenfalls im Harz, und zwar bei dem Dörfchen Opperode. Das hier gelegene Steinkohlenbergwerk wurde besonders im 16. und 17. Jahrhundert stark ausgebeutet. Dieses Steinkohlenvorkommen ist gänzlich erschöpft und der Betrieb bereits im Anfang des vorigen Jahrhunderts still gelegt.

Jüngeren Datums, jedoch viel bedeutender in seinen Ausmaßen ist der Braunkohlenbergbau. Wenngleich der Abbau einiger Gruben schon früher erfolgte *), so ist doch die Zeit zwischen 1850—1860 als Gründungsperiode des Braunkohlenbergbaues anzusehen.

Die bedeutendsten Kohlenvorkommen liegen im gesamten Kreise Köthen, im Kreise Zerbst bei Coswig und im Kreise Ballenstedt bei Frose. Die Braunkohlenbergwerke werden ausnahmslos von privaten Unternehmungen (Gewerkschaft und Aktiengesellschaften) betrieben, deren bedeutendste folgende sind: **)

---

*) Die Grube in Preusslitz wird bereits 1800 von L. L. Bäntsch erwähnt, wo ihre Produktion hauptsächlich nach Halle gefahren und dort zur Salzgewinnung verbraucht wurde.

**) Wachsmuth, Industrielle Wirtschaftskunde des Landes Anhalt. Halle 22.

Die Grube Leopold A.-G. Edderitz (Kreis Köthen), in ihrem Besitze sind:

Grube Leopold bei Edderitz, Franzkohlenwerk bei Gerlebogk } Anhalt
Grube Friedrich III b. Bitterfeld
„ Ludwig b. Paupitzsch
„ Leopold b. Holzweißig } Preußen

Die Leopold A.-G. beschäftigte im Jahre 1923 ca. 2150 Arbeiter und förderte pro Tag ca. 6000 to. Rohkohle.

Ein weiteres weltbekanntes Unternehmen sind die deutschen Solvay-Werke A.-G. in Bernburg.

Ihr Besitz an Braunkohlengruben erstreckt sich auf:

Grube Wilhelm bei Osternienburg
Braunkohlenwerk Emma b. Elsnigk } Anhalt
Braunkohlenwerk Cons. b. Micheln (Preußen).

Alle drei Gruben fördern von einem Flöz. Sie beschäftigten im Jahre 1922: 1390 Arbeiter (ein Teil davon in einer Brikettfabrik und einer Ringofenziegelei) und förderten täglich 2550 to. Rohkohle.

Ferner förderte die Gesellschaft Marie in Preußlitz im gleichen Jahre auf vier Schächten 5000 hl. Braunkohle; sie beschäftigte 235 Arbeiter. Die Mehrheit der Kuxe dieser Gewerkschaft befindet sich im Besitz des Ronneburg-Konzerns.

Die Gewerkschaft Minna-Anna in Großweißandt (Kr. Köthen) beschäftigte 1922: 450 Arbeiter bei einer täglichen Förderung von 700 to. Eine früher angegliederte Brikettfabrik wurde aufgegeben; die Rohkohle wird jetzt ab Aken a. Elbe auf dem Schiffahrtswege versandt.

Die Gewerkschaft Concordia b. Nachterstedt (Preußen) besitzt die Grube Klara bei Frose in Anhalt, die im Jahre 1922 ca. 460000 Ztr. Briketts und Koks täglich fabrizierte. Schließlich sind noch die Coswiger Braunkohlenwerke zu erwähnen. Die von 75 Arbeitern auf der Grube Berta bei Zieko geförderte Produktion wird sämtlich zu Naßpreßsteinen verarbeitet.

Die Braunkohlenwerke versorgen die gesamte Umgegend mit Briketts für den Hausbrand. Ihre hauptsächliche Bedeutung liegt jedoch in der Versorgung der Industrie, speziell der Zuckerindustrie mit Brennstoffen (Rohkohle) sowie in letzter Zeit in ihrer Eigenschaft als Grundlage einer ausgedehnten Elektrizitätswirtschaft. Nach dem Kriege haben sich sämtliche anhaltischen Kohlenzechen zu dem Verein anhaltischer Braunkohlengruben zusammengeschlossen.

Die Gesamtförderung in Anhalt betrug im Jahre 1925: Rohkohle 1450701 to., Briketts 114746 to., Naßpreßsteine 1816 to.

Es wurden im Durchschnitt 1854 Arbeiter beschäftigt.

3. Der Salzbergbau.

Der wichtigste Zweig der bergmännischen Unternehmungen Anhalts ist jedoch der Salzbergbau.

Da zahlreiche Quellen in der Gegend von Staßfurt sehr salzhaltig waren, unternahm die preußische Regierung im Jahre 1851 Schürfungen in dieser Gegend, deren Ergebnis das Auffinden eines mächtigen Steinsalzlagers ergab, dessen Grenze bei einer Tiefe von 550 m noch nicht erreicht war. Diese Erfolge in dem hart an der Grenze gelegenen Staßfurt ließen bei verschiedenen Unternehmern den Entschluß reifen, auch im benachbarten anhaltischen Grenzgebiet nach Salzlagern zu bohren. Der Bürgermeister Hase errichtete in den Jahren 1855 und 56 in der Nähe Staßfurts auf anhaltischem Grund und Boden eine Saline, die den Namen Leopoldshall erhielt. Diese Saline gewann das Salz jedoch noch durch den Siedeprozeß, indem sie die salzigen Wasser der dortigen Umgegend verdampfen ließ; als Rückstand blieb dann das Steinsalz. Bereits im folgenden Jahre (1857) wurde diese Saline von der Anhalt-Dessau-Köthenschen Regierung käuflich erworben und der Betrieb vom Staate übernommen. Die Herzöge von Anhalt-Dessau-Köthen und Anhalt-Bernburg einigten sich nun dahin, gemeinschaftliche Bohrversuche nach Steinsalz zu unternehmen. Diese Unternehmungen hatten ein überaus günstiges Ergebnis. Das angesetzte Bohrloch wurde bis in eine Tiefe von ca. 300 m geführt und ergab in einer Tiefe von ca. 190 m bereits reines Steinsalz; hier hatte man die Grenze des Vorkommens noch nicht erreicht. Beide anhaltische Regierungen gründeten nun ein gemeinschaftliches Steinsalzbergwerk.

Im Jahre 1858 wurde mit dem Abteufen zweier Schächte begonnen; die Arbeiten waren im Jahre 1862 soweit gediehen, daß man mit dem Abbau beginnen konnte. Ueber dem reinen Steinsalzvorkommen lagerten verschiedene andere mineralische Schichten, die hauptsächlich aus Kalisalzen bestanden. Zunächst ging man nur auf die Gewinnung des Steinsalzes aus, das man gemahlen nach Zusetzen des in der Saline gewonnenen Salzes in den Handel brachte. Die geförderten Kalisalze schüttete man die erste Zeit als Abraumsalze auf die Halde. Erst später erkannte man die gewaltige Bedeutung, die diesen Salzen mit ihrem Wert als künstliche Düngemittel beizumessen war. Für die Ausdehnung und Rentabilität der Betriebe wurde nun die Förderung der Kalisalze bald von weitaus größerer Wichtigkeit als die des Steinsalzes.

Zunächst blieb das herzoglich anhaltische Salzbergwerk der alleinige salzfördernde Betrieb in Anhalt. Nachdem mit Aussterben des Bernburger Herzogshauses u. a. auch die Anteile dieses Salzbergwerkes in einer Hand vereinigt wurden, befand

sich das Bergwerk bis zum Jahre 1918 in herzoglicher Verwaltung. Seit dieser Zeit ist es in staatliche Regie übergegangen und führt den Namen „Anhaltische Salzwerksdirektion Leopoldshall". Während das Werk in der Vorkriegszeit erhebliche Gewinne brachte, hat seine Rentabilität in letzter Zeit sich bis zur Notwendigkeit staatlichen Zuschusses verschlechtert.

Mit der Zeit begannen auch private Unternehmungen in Anhalt nach Salzen zu bohren und sie zu fördern. Die wichtigsten Unternehmungen, die in Anhalt Salzbergwerke betreiben, sind heute:

1. Die Deutschen Solvay-Werke A.-G., Bernburg.
2. Die Aktien-Gesellschaft Deutsche Kaliwerke, Benterode, Unter-Eichsfeld.
3. Gewerkschaft Anhalt in Ilberstedt,
4. Gewerkschaft Ilberstedt,
5. Gewerkschaft Ludwig II, Staßfurt.

Die beiden letzten Betriebe gehören dem Ronneburg-Konzern an.

Diese Werke förderten in ihren anhaltischen Betrieben: *)

im Jahre 1911/12: 3.565.380 dz. davon Steinsalz 743.582 dz.
im Jahre 1920/21: 2.434.610 dz. davon Steinsalz 659.918 dz.

Der deutsche Kalibergbau war bereits vor dem Kriege wegen seiner Monopolstellung auf dem Weltmarkte, aber auch wegen seiner grundlegenden Bedeutung für die deutsche Landwirtschaft Gegenstand einer besonderen wirtschaftspolitischen Gesetzgebung. So durften nach dem Gesetz vom 25. 5. 1910 nur Kalibergsbesitzer an das Ausland Kali absetzen. Die Höchstpreise für den Inlands- und die Mindestpreise für den Auslandsmarkt wurden staatlicherseits festgesetzt und eine besondere Verteilungsstelle regelte Produktion und Absatz der einzelnen Werke. Nach dem Kriege ist eine Neuregelung durch Gesetz vom 18. 7. 1919 dahin erfolgt, daß die gesamten Kaliwerke zu einem Kalisyndikat zusammengeschlossen wurden, das allein den Absatz übernimmt. Außerdem regelt ein Kalirat die gesamte Kaliwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen; besonders erstreckt sich seine Tätigkeit auf die Festsetzung des Kalipreises für die inländischen Abnehmer. Die Produktion der einzelnen Werke wird vom Syndikat in Beteiligungsziffern festgelegt, die nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen Werkes bemessen sind.

Welchen erheblichen Anteil der Salzbergbau in Anhalt an dem Entstehen und Bestand anderweitiger Industriezweige gehabt hat und noch hat, wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch dargestellt werden.

---

*) Wachsmuth, a. a. O.

B. Die anhaltische Industrie.

(außer der Maschinenindustrie).

1. Die Zuckerindustrie.

Bereits im Jahre 1747 war von dem Chemiker Markgraf die Mögligkeit der Zuckergewinnung aus der Zuckerrübe entdeckt. Dennoch konnte sich damals diese Erfindung noch nicht durchsetzen; jedenfalls waren es technische Mängel, insbesondere das Fehlen jeder Kraftmaschine, die es unmöglich machte, die Erfindung Markgrafs zu einem Allgemeingut zu machen. Erst die Kontinentalsperre, die neben anderem auch besonders die Einfuhr von Rohzucker verbot oder zum mindesten erschwerte, schaffte der Rübenzuckergewinnung die nötige Beachtung. Jedoch erst nach Einführung der Dampfmaschine kann man von einem Aufblühen einer Zuckerindustrie in Deutschland sprechen. Infolge der hohen Ansprüche, die eine rationelle Rübenkultur an den Boden stellt, war nur ein geringer Teil der Ackerbaufläche für den Zuckerrübenanbau geeignet. Hierzu gehörte in erster Linie der mit einem fetten Lößboden ausgestattete Landstrich zwischen Magdeburg und Halle, der auch Anhalt durchquert.

So finden wir denn auch bereits in Anhalt frühzeitig eine aufblühende Zuckerindustrie. Die älteste Zuckerfabrik in Reinsdorf, Kreis Köthen, (1811) wird bereits von Lindner als Runkelrübenzuckerfabrik erwähnt; dann folgen Groß-Paschleben, Kreis Köthen, und Roßlau, die beide im Jahre 1835 gegründet wurden. Im Betriebsjahre 1864/65 zählte man in Anhalt 35 Zuckerfabriken, von denen allein 15 in den Jahren 1850—60 gegründet sind. Dieser Bestand machte damals 12,5% aller im Betrieb befindlichen Zuckerfabriken Deutschlands aus. Im Betriebsjahr 1890/91 waren es nur noch 30 Fabriken; doch ist eigentlich erst dieses Jahr als ein markanter Wendepunkt für die Zuckerindustrie anzusehen. Umfangreiche technische Umwälzungen mußten vorgenommen werden, da die Zuckersteuer — bisher Rübensteuer — von jetzt an in Form einer Fabrikatsteuer erhoben wurde. Gleichzeitig machten sich weitgehende Konzentrationsbestrebungen bemerkbar, die gleich ähnlichen heutigen Bestrebungen hauptsächlich die Rationalisierung der Betriebe im Auge hatten. Aus diesen Gründen mußten in Anhalt in den Jahren 1890—1900 6 nicht besonders kapitalkräftige Zuckerfabriken stillgelegt werden. Es waren dies die Zuckerfabriken zu Groß-Paschleben, Klein-Paschleben, Bernburg I u. II, Plötzkau und Waldau; im nächsten Jahrzehnt folgten zwei weitere, Hoym und Sandersleben und schließlich in der Zeit von 1910—1921 noch 5 und zwar Groß-Alsleben, Grimschleben, Osmarsleben, Warmsdorf und Schackenthal. Zur Zeit

existieren also noch 17: Biendorf, Alt-Köthen, Köthen-Holland, Köthen-Klepzig, Dröbel, Edderitz, Elsnigk, Gerlebogk, Glauzig, Hecklingen, Hohen-Erxleben, Ilberstedt, Prosigk, Radegast, Reinstedt, Schortewitz und Wulfen, von denen jedoch auch Köthen-Holland und Köthen-Klepzig ihren Betrieb eingestellt haben. Diesen Betrieben, die zum Teil nur Rohzucker produzieren, stehen einige selbständige Raffinerien in Dessau und Dessau-Alten zur Seite.

Wenngleich die Zahl der Zuckerfabriken um 50% zurückgegangen ist, so hat sich dennoch die verarbeitete Rübenmenge nicht vermindert, sondern sogar beträchtlich gehoben; während 35 anhaltische Zuckerfabriken im Betriebsjahre 1864/65: 5.902.521 Ztr.*) Rüben verarbeiteten, leisteten nur 20 Betriebe im Betriebsjahre 1912/13: 12.850.720 Ztr. Diese Steigerung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe ist in erster Linie auf die Vervollkommnung der technischen Einrichtungen zurückzuführen, die es mit sich brachte, daß das Verhältnis zwischen der Anzahl der Arbeitskräfte und der von diesen geleisteten Produktion stetig zu Gunsten der Produktion sich änderte. Hieraus ist leicht ersichtlich, daß der technische Fortschritt für die Zuckerindustrie von einer derartigen Bedeutung gewesen ist, daß es unmöglich wäre, die Intensität ihrer Entwicklung, wie etwa bei anderen Industriezweigen, aus der Veränderung der Anzahl der Betriebe oder der Arbeiterzahlen zu folgern. Die Zuckerindustrie Anhalts ist durchaus standsortsorientiert d. h. sie bezieht das Rohmaterial zur Verarbeitung lediglich aus ihrer näheren Umgebung. Die meisten Zuckerfabriken sind ihrer Unternehmungsform nach Gesellschaften, die ursprünglich zumeist von Landwirten gebildet wurden. In dem Gesellschaftsvertrage wurde jedem Gesellschafter zur Pflicht gemacht, jährlich einen genau bestimmten Teil seines Grund und Bodens mit Zuckerrüben zu bestellen und die geernteten Rüben seiner Zuckerfabrik zuzuführen. Auf diese Weise wurde dem Unternehmen eine Produktionsbasis geschaffen, die zu seiner Existenz unbedingt nötig war. Daneben stand es der Zuckerfabrik natürlich frei, zur Erweiterung ihrer Produktion auch von anderen Landwirten, die keiner Zuckerfabrik als Gesellschafter verpflichtet waren, Rüben zu kaufen. Fernerhin suchten einige Zuckerfabriken — besonders die Aktien-Gesellschaften — ihren Rübenbedarf dadurch sicher zu stellen, daß sie den Anbau in eigene Regie nahmen. Zu diesem Zwecke erwarben sie nach und nach Grundbesitz oder noch häufiger pachteten sie herzogliche Domänen.

So bestand die 1912/13 verarbeitete Rübenmenge aus:

eigene Rüben	19,8%
vertragsmäßig gelieferte Rüben . . .	32,8%
von anderen Landwirten bezogene R.	47,4%

*) Siebigk, Das Herzogtum Anhalt Dessau 1867. S. 90.

Die Zuckerfabrikation ist eine ausgesprochene Saisonarbeit, die früher lediglich als landwirtschaftlicher Nebenbetrieb betrachtet wurde; auch ihre Belegschaften bestanden zumeist aus Landarbeitern, die die sog. Campagne lediglich als Winterfüllarbeit betrachteten. Allmählich jedoch hat sich die Zuckerindustrie zu einem vollkommen selbständigen Industriezweig ausgewachsen, der, aufgebaut auf der Grundlage einer leistungsfähigen Landwirtschaft, heute zu den wichtigsten Erwerbszweigen der anhaltischen Volkswirtschaft zählt.

2. Industrie der Nahrungs- und Genußmittel.

Die übrige Nahrungsmittelindustrie hat zum größten Teil nur lokale Bedeutung. So bringt das Vorhandensein einer starken Landwirtschaft zahlreiche Nebenbetriebe mit sich. Besonders findet man in Anhalt oftmals den einzelnen Gutsbetrieben Spiritusbrennereien angegliedert; im Jahre 1905 waren es 42 Betriebe. Ferner hat der ausgedehnte Anbau von Kartoffeln zur Gründung mehrerer Kartoffelflocken- und Stärkefabriken in den Kreisen Zerbst, Köthen und Bernburg geführt.

Die Zahl der überall auf dem Lande verstreut liegenden Windmühlen hat sich in letzter Zeit erheblich vermindert. Speziell in diesem Gewerbe hat sich der Großbetrieb mehr und mehr durchgesetzt. Die bedeutendsten Unternehmungen sind hier die Bernburger Saalmühlen A.-G., sowie die Jonitzer Mühle. Ebenso wie die Existenz der genannten Industriezweige beruht die Entstehung verschiedener Malzfabriken auf dem fruchtbaren anhaltischen Boden. Die bedeutendsten Betriebe sind hier die Mälzerei A.-G. vormals A. Wrede-Köthen und die Schloßmälzerei Nienburg A.-G., die beide vor dem Kriege jährlich je 180.000 Ztr. Gerste vermalzten. Hier wären noch die Melassebrennerei von Horney und Krause-Köthen, sowie die Hefefabrik A.-G., A. Wulf-Dessau zu nennen.

Während früher in Anhalt das Brauen als eine Gerechtsame dem Vollbürger zustand und in Form des Reihenbrauens ausgeübt wurde, trat im 18. Jahrhundert hier insofern ein Umschwung ein, als das Brauen nunmehr Gegenstand eines selbständigen Gewerbes wurde. So finden wir noch 1864 in Anhalt 93 Brauereibetriebe. Auch hier hat sich die Bewegung zum Großbetrieb mit der Verdrängung der kleineren Betriebe durchgesetzt. Von den jetzt noch bestehenden 26 Betrieben sind besondere die Schultheiss-Brauerei in Dessau, die Brauerei Schade in Dessau, sowie die Aktien-Brauerei Cöthen und L. Pfannenberg in Zerbst zu erwähnen.

3. Die chemische Industrie.

Einen überaus großen Anteil des anhaltischen Wirtschaftskörpers macht die chemische Industrie aus. In erster Linie bilden die Salzlager im Kreise Bernburg und die Braunkohlenvorkommen im Kreise Köthen die wirtschaftliche Grundlage für diesen Industriezweig.

Nur ein Teil der geförderten Kalisalze gelangt lediglich zermahlen aber sonst unbearbeitet in den Handel. Weitaus der größte Teil der geförderten Produktion wird durch Behandlung in chemischen Fabriken zu hochprozentigen Düngemitteln und anderen chemischen Produkten weiter verarbeitet.

Das bedeutendste Unternehmen in der chemischen Industrie sind die an anderer Stelle bereits genannten Deutschen Solvay-Werke A.-G. Im Jahre 1882 gegründet, haben sie sich in kurzer Zeit zu einem der bedeutendsten Unternehmen Deutschlands entwickelt. Sie verfügten über ein Aktienkapital von 40.000.000 M. und über $28^1/_2$ Millionen Mark Reserven und beschäftigten über 6.000 Arbeiter. Das Unternehmen besitzt Werke und Grubenfelder in Anhalt, Preußen, Baden und Elsaß-Lothringen. Speziell dadurch, daß es Salz- und Kohlenbergwerke als Rohstofflager einerseits und chemische Fabriken als Veredlungsstätten der Rohstoffe andererseits in einer Hand vereinigt, ist dem Werke die Möglichkeit gegeben, durch geschicktes Aneinanderpassen der einzelnen Betriebe durchaus rationell zu arbeiten. Außer den bereits genannten Braunkohlenwerken in Osternienburg, Elsnigk und Micheln besitzt das Unternehmen in Anhalt noch die Kaliwerke Solvayhall I und II und Plömnitz I und II. An chemischen Fabriken sind zu nennen: Die Bernburger Fabriken, in denen speziell Soda hergestellt wird. Sie sind direkt an der Saale gelegen und umfassen riesige Anlagen, die in ihren Ausmaßen einen Stadtteil für sich ausmachen und ca. 2000 Arbeiter beschäftigen. Ferner gehören zu den Solvay-Werken die Chlorkalium-Fabrik und Salzsäure-Fabrik in Solvayhall; in Osternienburg befinden sich in Anlehnung an das Bergwerk die Ätznatron-Fabrik sowie die Elektrolyse. An die Bernburger Sodafabriken sind als Ergänzungsbetriebe eine Zementfabrik sowie ein Kalksteinbruch angeschlossen. Die chemischen Fabriken der Deutschen Solvay-Werke beschäftigen in Anhalt insgesamt ca. 3000 Arbeiter, dies ist gleichbedeutend der Hälfte aller in der chemischen Industrie Anhalts überhaupt beschäftigten Arbeiter.

Von den übrigen Fabriken, die sich auf der Basis der Kalivorkommen entwickelt haben, sind noch die „Concordia, chemische Fabrik auf Aktien“ in Leopoldshall und die Friedrichshall G. m. b. H., ebenfalls in Leopoldshall zu nennen; ferner die chemische Fabrik

und Mühlenwerke Ilberstedt und die Vereinigten chemischen Fabriken A.-G. Cöthen; außerdem gibt es noch verschiedene kleinere Betriebe. In der Hauptsache werden von diesen Fabriken Salzsäure, Schwefelsäure, Chlorkalium, Brom, Magnesia und Sulfate hergestellt.

Verschiedene Betriebe der chemischen Industrie in Anhalt führen ihre Entstehung, resp. Fabrikationsumstellung, auf die Kriegszeit zurück. So in erster Linie die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Fabrik A.-G. (Wassag) in Coswig. Während des Krieges mit der Herstellung von Sprengstoffen beschäftigt, hat sie nach dem Kriege ihren Betrieb auf die Celluloiderzeugung umgestellt.

Der gesteigerte Bedarf an Oel, besonders für die U-Boote, führte im Jahre 1916 zur Gründung des Tetralin-Werkes in Rodleben bei Roßlau. Das Tetralin ist ein Oel, das aus Naftalin, einem Abfallprodukt der Steinkohlenteeraufarbeitung, gewonnen wird. Das Werk ist auch nach Friedensschluß bestehen geblieben, mußte sich jedoch auf Friedensbedarf umstellen.

Mit der Herstellung von Kaliumkarbonat und Pottasche befassen sich die Strontianfabrik in Roßlau und die Dessauer Werke für chemische Industrie A.-G., Abteilung chemische Fabrik, Dessau. Auch die Zuckerraffinerie Dessau muß hier erwähnt werden, die während des Krieges aus Zucker im Protolverfahren Glyzerin für die Sprengstoffabrikation herstellte. Die anhaltischen Farbwerke und die chemische Fabrik in Coswig, sowie die Zündholzfabrik von A. Bischoff sind die wenigen chemischen Werke, die man im Kreise Zerbst findet.

4. Industrie der Steine und Erden, Holzindustrie u. Papierindustrie.

Neben der Bedeutung der Zuckerindustrie und der chemischen Industrie tritt die Stellung der folgenden Industriezweige erheblich zurück. Zum Teil allerdings ist ihre Bedeutung für die anhaltische Wirtschaft erst in letzter Zeit durch das Aufblühen anderer Industrien in den Schatten gestellt. So bildeten früher die in großer Anzahl betriebenen Steinbrüche einen wichtigen Erwerbszweig der Bevölkerung Anhalts. Diese Industrie ist stark zurückgegangen mit Ausnahme der Kalksteinbrüche, die für Zementfabriken und Ziegeleien das Material liefern.

Zementfabriken findet man in Anhalt neben der bereits erwähnten der Deutschen Solvay-Werke A.-G. noch in Nienburg, Es ist die Sächsisch-Thüringische Portland-Zementfabrik Prüssing & Co. Abteilung Jesarbruch; ferner in Bernburg die Zementfabrik von A. Z. Schröder.

Größere Bedeutung ist auch jetzt noch den Ziegeleien beizumessen, die in erheblicher Anzahl in ganz Anhalt verstreut liegen; sie beschäftigten 1921 noch insgesamt ca. 1000 Arbeiter.

Als verwandte Betriebe sind hier die Anhaltischen Chamotte-Werke in Unterwiederstedt, sowie die Vereinigten Kieselgur-Fabriken Reinhold & Co., Klieken (Kreis Zerbst) zu nennen. Das Töpfereigewerbe hat speziell in Coswig von alters her seinen Sitz; auch heute noch finden sich dort mehrere Großbetriebe. Die Glas- und Porzellanindustrie ist in Anhalt nur in einzelnen Betrieben vertreten,

Auch die holzverarbeitende Industrie hat abgesehen von mehreren Sägewerken im Harze in der Hauptsache nur lokale Bedeutung. Die von der Forstwirtschaft in reichem Maße geschlagenen Holzmengen werden vom Holzgroßhandel den einzelnen Holz verbrauchenden Industrien zugeführt. Als einziger Großbetrieb ist die Holzindustrie Berlin-Dessau A.-G. zu erwähnen, deren Hauptaktionär der ehemalige Herzog Joachim Ernst von Anhalt ist. Sie ist hauptsächlich zur Verarbeitung des Holzes, das aus den herzoglichen Forsten gewonnen wird, gegründet.

Obwohl die Grundlagen für eine ausgedehnte Papierindustrie in Anhalt vorhanden sind, ist diese in ihrer Entwicklung dennoch zurückgeblieben. In früherer Zeit gab es zahlreiche Papiermühlen in Anhalt, die als Rohstoffe hauptsächlich Lumpen sowie Stroh verarbeiteten. Als hier der allmähliche Übergang vom Handwerksmäßigen zum Fabrikbetriebe erfolgte, trat in der Entwicklung der anhaltischen Papierindustrie eine gewisse Stagnation ein. Zum Teil wurde diese noch dadurch verstärkt, daß die Abwässer der aufkommenden Zucker- und chemischen Industrie das Wasser, einen Hauptfaktor der Papierfabrikation, für diese Zwecke ungeeignet machten. So finden wir jetzt nur noch wenige Betriebe dieses Industriezweiges in Anhalt, die hauptsächlich Stroh, Kiefern und Fichtenholz verarbeiten. Die bedeutendsten Betriebe sind die Wellpappenfabrik von Fuchs in Coswig, sowie die Papierfabrik von Lange & Söhne in Bernburg.

5. Sonstige Industriezweige.

Die sonstigen Industriezweige Anhalts sind ihrer Größe nach unbedeutend oder zum wenigsten nur von lokaler Bedeutung.

Während noch im Anfang des 19. Jahrh. die Textilindustrie in Anhalt, und zwar besonders die Tuchfabrikation, in Raguhn und Jeßnitz in hoher Blüte stand, findet man heute in Anhalt nur noch wenige mittlere Betriebe, die sich mit der Herstellung von Webwaren befassen. Das Emporkommen der Industrie des nahe-

gelegenen sächsischen Textilzentrums ist wohl der Hauptgrund für den Niedergang der anhaltischen Textilfabrikation.

Ein anderer früher sehr blühender Gewerbezweig in Anhalt war die Gold- und Silberwarenfabrikation. Zwei Betriebe in Köthen und Zerbst hatten eine Bedeutung, die weit über Anhalts Grenzen hinausging; der Ayeresche Betrieb (um 1700 in Zerbst gegründet) beschäftigte um das Jahr 1800 die für die damalige Zeit recht stattliche Anzahl von über 300 Personen *). Diese Industrie ist dem veränderten Geschmack zum Opfer gefallen; in kleinerem Maßstabe besteht sie noch heute in Zerbst.

Die übrigen bestehenden Industriezweige, wie Seifenfabriken, Leimfabriken u. a. m. haben ebenso wie das Baugewerbe lediglich lokale Bedeutung.

6. Die Elektrizitätswirtschaft.

Auf den ergiebigen Braunkohlenlagern Mitteldeutschlands, resp. Anhalts fußend hat sich seit Beginn dieses Jahrhunderts, in verstärktem Maße jedoch erst nach dem Kriege, eine Elektrizitätswirtschaft aufgebaut, die das gesamte mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet und darüber hinaus große Gebiete des Freistaates Sachsen, sowie teilweise auch Berlin, mit elektrischem Strom versorgt. Demgegenüber tritt die Stromgewinnung durch die bisher in geringem Maße erfolgte Ausnutzung der Wasserkräfte im Harz erheblich zurück.

Nach Einführung der Elektrizität, die anfangs hauptsächlich zur Beleuchtung diente, fand man in den einzelnen Städten Anhalts selbständige Elektrizitätswerke, die teils von den Städten selbst, teils von privater Seite betrieben wurden. Als jedoch der Stromverbrauch, besonders durch seine vermehrte Anwendung als Krafterzeuger, von Jahr zu Jahr stieg und auch die Dörfer die Versorgung mit elektrischem Strom forderten, trat die Unzulänglichkeit der einzelnen Werke mehr und mehr in die Erscheinung. Die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau, deren hervorragende Bedeutung für das anhaltische Wirtschaftsleben noch an anderer Stelle näher gewürdigt werden soll, unternahm es zunächst im Jahre 1908, das platte Land durch die Ueberlandzentrale Anhalt mit Strom zu versorgen. Sie schloß mit der Braunkohlengrube Holzweißig einen Stromlieferungsvertrag, demzufolge das gesamte Land mit einem Starkstromnetz überzogen wurde. Auch die Elektrizitätswerke der Städte wurden diesem Netze angeschlossen; ihre bisher selbständige Stellung ging teil-

*) Lindner, Geschichte und Beschreibung des Landes Anh. Dessau 1833. S. 356.

weise verloren; sie wurden zu Umformstationen. Weitere Lieferungsverträge wurden abgeschlossen mit der Ueberlandzentrale Schönebeck bei Magdeburg, der Jakobs-Grube bei Preußisch-Bönnicke, besonders aber mit dem Braunkohlenkraftwerk der Gewerkschaft Concordia zu Nachterstedt.

Eine Konzentrationsbewegung in der mitteldeutschen Elektrizitätswirtschaft führte im Jahre 1917 zur Gründung des Elektrizitätswerkes Sachsen-Anhalt A.-G. (Esag). Durch die Esag wurden außer dem Kraftwerk Groß-Kayna, das in ihrem Besitz ist, die Kraftwerke Nachterstedt, Harbke, Holzweißig, sowie Golpa-Zschornewitz durch Stromlieferungsverträge zu einer Wirtschaftseinheit zusammengeschlossen. Diese versorgt durch eine geschlossene Hochvoltstraße das gesamte mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet mit elektrischem Strom. Das Endziel dieses Zusammenschlusses ist durch Zusammenfassung aller gleichgearteten Kräfte eine größtmöglichste Wirtschaftlichkeit und Betriebssicherheit zu erzielen.

Wiewohl die Elektrizitätswirtschaft standortlich an die Braunkohlenlager gebunden ist, so hat doch die Leichtigkeit der Stromübertragung es ermöglicht, weite Gebiete mit Elektrizität zu versorgen. Gerade hier zeigt es sich, daß speziell in neuester Zeit von einem geschlossenen anhaltischen Wirtschaftsgebiet nicht mehr die Rede sein kann, sondern Mitteldeutschland als umfassender Rahmen der anhaltischen Wirtschaft zugrunde gelegt werden muß.

C. Handel, Verkehr und Banken.

Soweit der Handel in Anhalt lokale Bedeutung übersteigt, befaßt er sich hauptsächlich mit dem Vertrieb der Erzeugnisse des Landes. Eine besondere Stellung nimmt hier auch jetzt noch der Getreidehandel ein. Anhaltisches Getreide wurde allenthalben gern gekauft; besonders der Weizen wurde auf den Märkten in Hamburg und Magdeburg viel als Saatweizen gehandelt. Weiterhin sind noch Kartoffeln und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse die Hauptartikel, mit denen sich der anhaltische Großhandel befaßt. Der Handel mit Zucker und Salzen wurde früher in umfangreicherem Maße betrieben als heute. Es macht sich hier wie auch bei anderen Industriezweigen die Tendenz der Fabrikanten geltend, ihre Produkte selbst oder durch ihre Vertretungen abzusetzen.

Der anhaltische Handel wurde jederzeit durch die zentrale Lage im Herzen Deutschlands begünstigt. Die gute finanzielle Lage des früheren Herzogtums ermöglichte schon frühzeitig eine

weitschauende Verkehrspolitik. So ist das Land mit einem dichten Netz gutgepflegter Landstraßen überzogen, die zur Hauptsache dem Nahverkehr dienen; in der heutigen Zeit des aufkommenden Automobiltransportes erhöht sich ihre Bedeutung wieder um ein Wesentliches.

Durch seine günstige Lage im Stromgebiet der Elbe und der Saale ist Anhalt auch an das Wasserstraßennetz Deutschlands angeschlossen. 15 Ausladeplätze an der Elbe (4 fiskalische, 5 vom Fiskus verpachtete, 6 private) sowie 19 Ausladeplätze an der Saale (1 fiskalischer, 7 vom Fiskus verpachtete, 11 private) ermöglichen den Transport der Güter auf dem Wasserwege. Besondere Bedeutung haben die Elbhäfen bei Wallwitzhafen und bei dem preußischen Aken; dieses ist seit 1890 durch eine direkte Eisenbahn mit Köthen verbunden,

Schon frühzeitig hatten die anhaltischen Herzöge die Bedeutung der Eisenbahnen für Wirtschaft und Verkehr erkannt. So wurden bereits im Jahre 1840 die Eisenbahnstrecken gebaut, die Köthen mit Magdeburg und weiter Köthen mit Halle verbinden. Im folgenden Jahre wurde die Verbindung Berlins mit Anhalt-Köthen hergestellt. Auch in den folgenden Jahrzehnten ruhte die Neuanlage und der Ausbau der Strecken nicht, so daß heute das Eisenbahnnetz Anhalts eins der dichtesten im Deutschen Reiche ist.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Beschaffenheit der Verkehrsanlagen Anhalts, sowie ihre Ausbaumöglichkeit derart gut beschaffen ist, daß sie wohl imstande ist, eine gute Grundlage für die Fortentwicklung der anhaltischen Wirtschaft zu gewährleisten.

Es bleibt nun noch übrig, einen kurzen Blick auf die Entwicklung des anhaltischen Bankwesens zu werfen, dessen Bedeutung für alle übrigen Wirtschaftszweige, speziell im letzten Jahrhundert, von Jahr zu Jahr gewachsen ist.

Eine besondere Stellung im anhaltischen Bankwesen nimmt die Anhalt-Dessauische Landesbank ein. Bereits im Jahre 1846 fand die erste Gründerversammlung statt*). Am 2. Januar 1847 wurde die Anhalt-Dessauische Landesbank auf Grund der damals von Herzog Leopold Friedrich von Anhalt-Dessau verliehenen Konzessionsurkunde gegründet. Die Bank sollte ursprünglich mit 200 Millionen Thalern gegründet werden und den Namen Deutsche Bank erhalten. Auf Betreiben der Preußischen Bank wurde jedoch die Konzession verweigert. Die Bank wurde darauf in Dessau als Anhalt-Dessauische Landesbank (A. D. L.) mit einem Kapital von $2\frac{1}{2}$ Millionen Thalern gegründet*). Zur Großbank konnte sie sich nicht entwicklen, da ihr infolge des

*) Siebigk, a. a. O. S. 431.

ursprünglichen Niederlassungsverbotes in Preußen die Möglichkeit größerer Ausdehnung genommen war. Die A. D. L. war eine der ersten deutschen Zettelbanken; sie war berechtigt, Noten in Höhe ihres Aktienkapitals auszugeben, mit 25 %iger Golddeckung. Dieses Recht der Bank stand unter steter Kontrolle der Regierung. Nachdem die Bank bereits 1871 das Realkreditgeschäft angegliedert hatte, gab sie 1874 ihr Notenprivileg auf, um sich ganz dem Kreditgeschäft zu widmen. Das bis auf 3 Millionen Taler angewachsene Kapital mußte im Zusammenhang mit einer allgemeinen Wirtschaftskrise zu 1 Million Taler zusammengelegt werden. Nachdem die A. D. L. diese Krise überstanden hatte, ist ihr Aktienkapital ständig gewachsen.

Es betrug:	im Jahre	1872	6	Millionen Mark
„	„	1889	$7\frac{1}{2}$	„ „
„	„	1897	9	„ „
„	„	1906	12	„ „
„	„	1920	12—20	„ „
„	„	1921	20—30	„ „

Frühzeitig widmete sich die A. D. L. dem Filial-Geschäft, das sie auch jetzt noch in ausgedehntem Maße betreibt. Die A. D. L. hat Filialen in Ballenstedt, Bernburg, Köthen, Finsterwalde, Torgau, Wittenberg, Zerbst, Wechselstuben in Coswig, Dahme, Hoyerswerda, Roßlau a. Elbe. Depositenkassen in Elsterwerda, Calbe, Herzberg, Bad Liebenwerda, Oranienbaum und Zahna.

Schon seit den 60 er Jahren steht die A. D. L. in engen Beziehungen zu anderen Bankfirmen, so besonders in kommanditistischer Beziehung zu Dingel & Co., Magdeburg und Schauseil & Co., Halle. Die A. D. L. hat heute ein Aktienkapital von 5.000.000 RM.

Daneben wurden die Bankgeschäfte im vorigen und zu Anfang des jetzigen Jahrhunderts von einer Reihe Privatbanken erledigt, unter denen sich bekannte Namen wie Friedheim-Köthen, Cohn-Dessau u. a. m. finden. Die erhöhten wirtschaftlichen Anforderungen, die speziell die Neuzeit an die Banken stellt, haben diese Privatbanken zum größten Teil verschwinden lassen. Sie sind aufgegangen in den Großbanken, deren Filialnetz sich auch über Anhalt erstreckt; so finden wir Niederlassungen der Diskonto-Gesellschaft Berlin, der Commerz, & Privatbank, Berlin, der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, Berlin und des Halleschen Bankvereins von Kulisch, Kaempf & Co. Außerdem gibt es noch in Bernburg, Dessau und Zerbst 8 Privatbankgeschäfte. Daneben haben besonders nach dem Kriege sich die Kommunalbanken mit großem Erfolge den eigentlichen Bankgeschäften gewidmet.

III. Die Anhaltische Maschinen-Industrie.

1. Vorläufer der eigentlichen Maschinenindustrie bis zum Jahre 1830.

Herstellung von Maschinen im handwerksmäßigen Betriebe.

Die Maschinenindustrie im eigentlichen Sinne des Wortes ist noch nicht sehr alt. Die Herstellung von Maschinen, deren generelle Verwendungsmöglichkeit man allenthalben schon längst erkannt hatte und von Jahr zu Jahr zu steigern suchte, erfolgte früher zumeist im handwerksmäßigen Betriebe. Erst mit Nutzbarmachung der Dampfkraft und der Erfindung der Planscheibe ging man dazu über, Fabriken zu errichten, in denen die Herstellung von Maschinen im Großen betrieben wurde. Man wurde dazu gezwungen, da die Fabrikation der Dampfmaschinen selbst, sowie der Lokomotiven und Schiffsmaschinen an die betreffenden Betriebe zu hohe Anforderungen stellte, als daß ein kleiner handwerksmäßiger Betrieb diesen hätte gerecht werden können. Auch die ersten Maschinenfabriken findet man in England. In Deutschland konnten sie sich nur sehr langsam entwickeln, da wirtschaftliche Schranken damals noch allenthalben im Wege standen.

Speziell in Anhalt, das damals noch aus drei selbständigen Herzogtümern bestand, lagen die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Entwicklung einer Maschinenindustrie sehr ungünstig. Zwei Momente sind es besonders, die die gesamte Wirtschaftsentwicklung Anhalts in der damaligen Zeit außerordentlich hemmten; es sind dies der Zollkrieg Anhalts mit Preußen und ferner die geradezu rückständige Beschränkung der gewerblichen Arbeit durch Innungswesen und Gesetzgebung.

Der Zollkrieg*) Anhalts gegen Preußen wurde durch die preußische Zollgesetzgebung vom Jahre 1818 entfesselt. Trotzdem die Wiener Bundesakte vom 8. Juni 1815 eine gemeinsame

*) Wäschke, a. a. O. S. 387 f. f.

Regelung der schwebenden Zollfrage vorschlug, ging Preußen selbständig vor, hob die Binnenzölle auf und erhob dafür Grenzzölle. Dadurch wurden die norddeutschen Kleinstaaten, deren Gebiet völlig von Preußen umschlossen wurde, ihrer wirtschaftlichen Souveränität beraubt; außerdem entgingen ihnen erhebliche Einnahmen, da sich Preußen nicht dazu verstehen konnte, einen entsprechenden Teil der Grenzzölle an die betreffenden Fürsten abzugeben. Hiergegen wandte sich der Herzog Ferdinand von Anhalt-Köthen und erreichte auf der Tagung des 10. Konferenzausschusses in Wien im Jahre 1820, daß die Elbe als Kommunikationsstraße erklärt wurde. Die Sachlage schien geklärt, da wurde im Juni des gleichen Jahres ein Frachtschiff des Köthener Kaufmanns B. I. Friedheim in Mühlberg a. Elbe von preußischen Zollwächtern angehalten und ihm außer dem Durchgangszoll auch Verbrauchszoll abverlangt. Auf die Weigerung des Schiffsführers hin wurde das Schiff weiter zurückbehalten. Der Protest Anhalt-Köthens verhallte; Preußen setzte sich einfach über die Bestimmungen des Konferenzausschusses hinweg. Jedoch die Dresdener Elbschiffahrtsakte gab Anhalt die Elbefreiheit und die innere preußische Zollinie zurück; das Schiff wurde freigegeben. Jetzt begann ein großer Warenschmuggel durch Anhalt. Englische Exportfirmen verbanden sich mit Köthener Kaufleuten und brachten die Waren auf der Elbe bis Roßlau; von dort wurden sie durch Anhalt nach Preußen geschmuggelt. Während sich die Bevölkerung Anhalts zu der Preußens damals wie 9:1000 verhielt, verbrauchte sie ausländische Waren in einem Verhältnis wie 64:1000. Preußen verlor dadurch jährlich beträchtliche Zolleinnahmen. Im März 1827 wurde deshalb Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen von Preußen mit einer Polizeilinie umgeben, da die Anschlußverhandlungen regelmäßig an den zu hohen Forderungen der anhaltischen Herzöge scheiterten; zugleich wurde auch die Elbefreiheit aufgehoben. Nach abermaligem vergeblichem Protest Anhalts entschlossen sich die anhaltischen Herzöge endlich auf Drängen Oesterreichs mit Preußen die Zollvertragsverhandlungen zum Abschluß zu bringen. Im Juli und August 1827 wurden die Verträge von den Parteien ratifiziert. Der Widerstand des Herzogs Ferdinand von Anhalt-Köthen, eines Konvertiten, wurde damals von Oesterreich erregt, das seine politischen und wirtschaftlichen Fühler nach Norden streckte. Der damalige österreichische Gesandte in Leipzig, der Führer der antipreußischen Bewegung, war der bekannte Wirtschaftsromantiker Adam Müller. Wenn auch der Schmuggelhandel den anhaltischen Geschäftsleuten große Einnahmen gebracht hatte, so waren doch die Schädigungen, die dieser langwierige, aufreibende Kampf mit sich brachte, weit schwerwiegender Natur. Preußen war in dieser Zeit durchaus

bestrebt, soweit wie möglich Anhalt in wirtschaftlicher Beziehung zu umgehen. Nicht nur daß in verkehrstechnischer Beziehung der Durchgangsverkehr um Anhalt herum geleitet wurde, sondern auch viele bis dahin bestehende Geschäftsverbindungen zwischen anhaltischen und preußischen Kaufleuten wurden abgebrochen. Daß die Entwicklung der gesamten anhaltischen Wirtschaft unter dieser passiven Resistenz des großen Nachbars erheblich leiden mußte, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Der Uebergang vom handwerksmäßigen Betriebe zum Fabriksbetriebe hat sich in den seltensten Fällen mit einem Schlage vollzogen. Vielmehr erfolgte der Ausbau allmählich und zwar so, daß er meistens ohne fremde Kapitalien bewerkstelligt werden konnte. Unternehmungsgeist und auch vorhandenes Kapital reichten jedoch damals oft nicht aus, um die starken Hemmnisse, die einer Betriebserweiterung in Gestalt des Innungswesens und der gewerblichen Gesetzgebung gegenüberstanden, zu beseitigen. Die anhaltische Gewerbeverfassung der früheren Zeiten gleicht insofern der der anderen deutschen Staaten, als das Interesse der städtischen Erwerbszweige noch an und in den Innungen lag. Das gewerbliche Leben, das damals noch lediglich von Handwerkern repräsentiert wurde, bewegte sich in althergebrachten Bahnen, die nur schwer eine Veränderung erfahren konnten. Auch das anhaltische Innungsleben erlebte im 14. und 15. Jahrhundert seine Blüte. Nach dem 30jährigen Kriege lag natürlich auch das gewerbliche Leben in Anhalt schwer darnieder; eine Folge des Krieges war ein allgemeiner Arbeitsmangel, den die Innungen durch Verschärfungen ihrer Innungsregeln zu beheben suchten. Die Zulassung wurde erschwert, die Zahl der Gesellen und Lehrlinge beschränkt und die einzelnen Gewerbe teilweise übertrieben spezialisiert. So hatte sich z. B. aus der Innung der Schmiede die der Kleinschmiede, Schlosser, Sporer, Büchsenmacher, Uhrmacher, Windenmacher und andererseits wieder Huf- und Nagelschmiede als besondere Zweige losgelöst. In der Zeit von 1660 bis 1670 bestanden in Dessau insgesamt 23 verschiedene Innungen, in Köthen etwa 20.*)

Um diesen Uebelständen zu begegnen, griffen im Anfang des 18. Jahrhunderts die anhaltischen Regierungen ein, um die Autonomie der Innungen zu beseitigen. Innungsverbände, die über die Grenzen des Landes hinausgingen, wurden verboten, desgleichen das Streiken der Gesellen, sowie die Erschwerung des Meisterstückes. Auf der anderen Seite suchten die anhaltischen Fürsten durch verschiedene merkantilistische Maßnahmen die Gewerbetätigkeit in ihren Ländern zu fördern.

Die Absatzgelegenheiten der damaligen Zeit waren noch in der Hauptsache die Märkte. Wegen des Absatzes der inländischen

*) Schulze, R. Köthen in Anhalt. S. 51 f. f.

Produktion beobachtete man deshalb intensiv das Marktwesen der ausländischen Städte, um durch eine möglichst ungehemmte Ausfuhr die Entwicklung des heimischen Gewerbes zu fördern. Andererseits suchte man den Bezug von Rohmaterialien seitens der verarbeitenden inländischen Gewerbe auf den heimischen Markt zu beschränken. Man erließ zu diesem Zwecke sogar Ausfuhrverbote gewisser Rohstoffe (Felle, Lumpen, Asche, Talg), um dem heimischen Gewerbe auch ein bestimmtes Rohstoffkontingent sicherzustellen. Der Marktverkehr war außerdem gesetzlicher Regelung unterworfen, die besonders durch Festsetzen von Preistaxen dem Konsumenten Schutz vor Wucherpreisen zuteil werden ließ. Diese Beschränkungen des Marktverkehrs durch die Staatsgewalt war häufig ein Grund zu heftiger Klage. Man ließ deshalb zu Ende des Jahrhunderts einen Teil dieser Verordnungen fallen. Die Mängel der alten merkantilistischen Marktpolitik machten sich insofern bemerkbar, als die einen von der Regierung forderten, fremde Konkurrenz von den heimischen Märkten fern zu halten, die anderen sich beschwerten, daß sie von den fremden Märkten verdrängt wurden.

In Anhalt machte sich am Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrh. die Lehre Quesnay's vom Physiokratismus sehr bald geltend, die sich dahin auswirkte, daß die Regierung ihre Fürsorge hauptsächlich der Landwirtschaft zuwandte. Lediglich dem Innungswesen widmete die Regierung auch weiterhin ihre besondere Aufmerksamkeit. So bedurfte die Abweisung eines Aufnahmegesuches in die Innung jetzt der Genehmigung der Regierung. Weiterhin mußten die Wanderpapiere der Gesellen seit 1808 der Regierung vorgelegt und von dieser bestätigt werden. Die Gesellen durften selbständige Arbeiten nicht übernehmen und konnten sich nur mit Genehmigung der Regierung an irgend einem Orte einmieten.

Die allgemeine Innungsordnung vom 23. III. 1821 bildete die hauptsächlichste gesetzliche Grundlage für die Regelung des anhaltischen Innungswesens. Jedoch galt diese Innungsordnung nicht für das gesamte Anhalt. Anhalt-Köthen und Anhalt-Bernburg waren ohne eigentliche gesetzliche Reglung. Das Gesetz enthielt zur Hauptsache Arbeits- und Handelsbeschränkungen zu Gunsten der Innungen. Diese Beschränkungen, die im Zeitalter der Zollpolitik des Deutschen Zollvereins zum mindesten veraltet genannt werden mußten, waren überhaupt jeder industriellen Entwicklung äußerst hinderlich. Dazu kam noch, daß das Prinzip der gewerblichen Freizügigkeit in Anhalt noch nicht anerkannt war. Dies bedeutete ebenfalls einen erheblichen Hemmschuh für die Entwicklung des Gewerbes, deren wichtigster Faktor die freie Bewegung der Arbeitskräfte ist. Eine Gewerbefreiheit, wie sie

die Stein-Hardenberg'schen Reformen im Jahre 1808 in Preußen brachten, gab es in Anhalt erst viel später. Wenn auch die Bindungen sich von Jahr zu Jahr mehr lockerten, so kann von einer völligen Gewerbefreiheit in Anhalt erst am Ende der 60er Jahre gesprochen werden.

Nicht alle Gewerbezweige wurden von den Beschränkungen der Innungs-Gesetzgebung in gleicher Weise betroffen. Hierunter finden wir insbesondere solche Betriebe, die zur Herstellung ihrer Fabrikate mehrere menschliche Arbeitskräfte gleichzeitig beschäftigen mußten. Diese Betriebe konnten sich bald zu Fabriken erweitern, da ein großer Teil der Hemmnisse hier wegfiel. So finden wir frühzeitig Papierfabriken, Porzellan- und Glasfabriken, Gold- und Silberwarenfabriken und Leimfabriken. Speziell die Gewerbezweige aber, die als Vorläufer der Maschinenindustrie zu bezeichnen sind (nämlich das Schmiede- und das Schlosserhandwerk), gehören zu den Innungen, die durch ihre arbeitsbeschränkenden Bestimmungen dem einzelnen Handwerker den gewerblichen Fortschritt zur Unmöglichkeit machten.

So kommt es, daß man in Anhalt vor dem Jahre 1840 keine Maschinenfabrik finden konnte, die den Rahmen eines Werkstattbetriebes übertroffen hätte. Allerdings darf hierbei nicht übersehen werden, daß der Bedarf der anhaltischen Industrie an Maschinen damals noch so gering war, daß ihre Herstellung im handwerksmäßigen Betriebe den Anforderungen durchaus gerecht wurde.

Bereits vor 1830 vorhandene größere Betriebe.

Einen größeren, eisenverarbeitenden Betrieb gab es jedoch bereits in jener Zeit in Anhalt; dieser war im Besitze des Herzogs von Anhalt-Bernburg und konnte sich deshalb unbeschadet der hemmenden Innungsbestimmungen entwickeln. Es ist dies das Mägdesprunger Eisenhüttenwerk. Es ist bereits eingangs der Erzbergbau im anhaltischen Harzgebiet gewürdigt worden. Frühzeitig unternahmen es die Besitzer der Bergwerke, die gewonnenen Erze selbst zu verhütten und zu bearbeiten, zumal auch die umliegenden Waldungen die zum damaligen Hüttenprozeß untentbehrliche Holzkohle in ausreichenden Mengen liefern konnten. So ist das genaue Gründungsjahr des Mägdesprunger Eisenhüttenwerkes mit Bestimmtheit nicht anzugeben. Es wird zwar das 1646 als Gründungsjahr genannt; doch ist die Richtigkeit dieser Angabe nicht nachzuprüfen. Vermutlich sind die ersten Werkstättten im Selketal noch älter. Eine genaue Aufzählung der Betriebseinheiten gibt uns Lindner.*)

*) Lindner, Geschichte Anhalts. Dessau 1833. S. 462.

Danach bestand das Mägdesprunger Eisenhüttenwerk im Jahre 1831 aus:

1. einem Hochofen mit Gießerei, welcher schon 1811 (nach Villefosse) jährlich 6—8.000 Ztr. Gußeisen und 7.000 Ztr. Stabeisen lieferte,
2. aus 5 Frischfeuern,
3. einem Zayn-Hammer,
4. einem Drahtzuge mit 8 Zangen,
5. einer Fabrik für kurze und Blankschmiedewaren,
6. einer Walze nebst einem Dreh- und Bohrwerk.

Diese sämtlichen Betriebe beschäftigten 60—80 Arbeiter, deren Verteilung auf die einzelnen Werke ganz von den jeweiligen Umständen abhing. In dem Hochofen wurden nur Erze verhüttet, die von den in der Nähe gelegenen Erzbergwerken gefördert waren. Meist handelte es sich um Spatheisenstein, der auf dem Neudorfer Zuge gewonnen wurde. Das durch die Verhüttung gewonnene Roheisen wurde anfangs von der Hüttenverwaltung an fremde Gießereien veräußert. Im Jahre 1801 gliederte man dann dem Hochofenbetriebe eine eigene Gießerei an, um den Fabrikationsprozeß noch rationeller zu gestalten.

Im Laufe des vorigen Jahrhunderts hat das Werk dann noch verschiedene Veränderungen in der Organisation der Betriebe sowie in der Art der Beschäftigung erfahren. So steigerte sich die Leistungsfähigkeit des Hochofenbetriebes in den Jahren 1830 bis 1860 nicht unerheblich. Siebigk gibt bei der Erwähnung des Betriebes die jährliche Produktion mit 20.000 Ztr. Roheisen an. Nach seinem Bericht sind in der Gießerei zwei Kupolöfen in Betrieb. Die Zahl der Frischfeuer hat sich von 5 auf 4 ermäßigt, doch wird davon wegen der übergroßen Konkurrenz nur eines betrieben. Zayn-Hammer sowie Walze sind in diesem Berichte, der aus dem Jahre 1867 stammt, nicht mehr erwähnt. Dagegen berichtet Siebigk von einer Kunstgießerei. Diese wurde zusammen mit einer Kunstmodellwerkstätte im Jahre 1844 errichtet und seit dieser Zeit von einem Bildhauer namens Kuseck geleitet. Die Fabrikate dieser Kunstgießerei — meist Statuen oder Tiergruppen — erfreuten sich überall großer Beliebtheit und wurden viel gekauft. Noch heute sieht man vor den Fabrikgebäuden in Mägdesprung mehrere Tiergruppen stehen.

Wenngleich 1831 unter den einzelnen Betrieben auch eine Fabrik für Kurz- und Blankschmiedewaren erwähnt wird, so fehlte dennoch damals noch gänzlich eine Werkstätte, die zur Weiterverarbeitung des in der Gießerei produzierten Rohgusses eingerichtet gewesen wäre. Der Rohguß wurde als Handelsguß an fremde Maschinenfabriken verkauft. Das Bestreben durch möglichst weitgehende Durchbildung der vertikalen Kombination die Ren-

tablität des Betriebes zu steigern, veranlaßte die Leitung des Werkes ca. um das Jahr 1850 zur Verarbeitung des Rohgusses eine Werkstätte anzugliedern, die sich mit der Fabrikation von Maschinen befassen sollte.

Das Werk beschäftigte im Jahre 1867 in sämtlichen Betrieben ca. 150 Arbeiter, von denen die meisten in der Maschinenfabrik beschäftigt waren, die auch den höchsten Ertrag lieferte. Schon damals machte sich bei der Produktion des Roheisens sowie der Halbzeugfabrikate die wachsende Konkurrenz des rheinisch-westfälischen Industriegebietes geltend. Man versuchte durch technische Verbesserungen im Betriebe dem Druck dieser Konkurrenz zu begegnen; besonders trug man sich mit dem Gedanken, den teuren Frischfeuerprozeß, durch den rentableren Gaspuddlingsprozeß zu ersetzen. Jedoch fehlte es hierfür an den nötigen technischen Einrichtungen, so besonders an einem geeigneten Walzwerk. Da jedoch damals sichere Anzeichen darauf hindeuteten, daß die Roheisen- und hesonders die Stabeisenproduktion auf die Dauer dem Druck der aufkommenden Konkurrenz, die besonders nach Einführung der Eisenbahnen das Mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet mit ihren Produkten leichter und schneller versorgen konnte, nicht gewachsen sein würde, gab man den Gedanken einer Erneuerung der technischen Einrichtungen auf. Man suchte darauf das an sich ganz ausgezeichnete Eisenmaterial zu Gußstahl zu verarbeiten.

Da in der folgenden Zeit besonders an die Eisengießerei des Werkes erhöhte Anforderungen gestellt wurden, war es bei der immerhin beschränkten Leistungsfähigkeit des Hochofenbetriebes bald unmöglich, den Roheisenbedarf der Gießerei lediglich mit eigener Produktion zu decken. Man mußte dazu übergehen, das noch fehlende Roheisen anderweitig dazu zu kaufen. Hatte sich das Unternehmen also anfangs lediglich auf der Verarbeitung der am Orte gewonnenen Erze aufgebaut, so trat jetzt um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine Verschiebung des Schwerpunktes insofern ein, als die Bedeutung der Rohstofferzeugung von Jahr zu Jahr mehr zurückging und einer wachsenden Bedeutung der verarbeitenden Werkstätten, wie Eisengießerei und Maschinenfabrik, Platz machte.

Die Maschinenfabrik war in der Art ihrer Beschäftigung zunächst rein auf die Bedürfnisse der gebirgigen Umgegend eingestellt. Sie befaßte sich mit der Herstellung von Mühleneinrichtungen, Lokomobilen, sowie Sägewerksmaschinen, die besonders im Harz aber auch bereits anderweitig ihren Absatz fanden. Waren auch dies die Hauptfabrikate, so kann man dennoch nicht von einem Spezialmaschinenbau in der damaligen Zeit sprechen, vielmehr befaßte sich das Werk ausdrücklich mit

allgemeinem Maschinenbau, einem typischen Merkmal jener Zeit, das noch später seine Erklärung finden soll.

Noch wechselreicher als die Entwicklung des Fabrikationsbetriebes des Mägdesprunger Eisenhüttenwerkes ist die Geschichte der Unternehmung selbst. Gegründet wurde es durch die Initiative des Anhalt-Bernburgischen Fürstenhauses, das damit neben privatwirtschaftlichen Zielen auch volkswirtschaftliche verfolgte, die in der Hebung des Wirtschaftslebens überhaupt bestanden und die man durch Förderung einzelner Wirtschaftszweige zu erreichen suchte. So lange das Anhalt-Bernburgische Herzogshaus bestand, hat sein Interesse für das Mägdesprunger Eisenhüttenwerk nicht nachgelassen; das Werk hat in den 40er und 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts seine eigentliche Blütezeit erlebt. Im Jahre 1863 fiel es mit Aussterben der Bernburger Linie an Anhalt-Dessau.

Außer dem Mägdesprunger Eisenhüttenwerk bestand nach Mitteilungen von Bäntsch, Lindner und Siebigk, den anhaltischen Chronisten des vorigen Jahrhunderts, ein Eisenhammer in Rossdorf bei Jeßnitz. Ueber seine Ausdehnung sowie über seine Entwicklung resp. sein Eingehen war nichts in Erfahrung zu bringen.

2. Die Entwicklungsperiode der anhaltischen Maschinenindustrie von 1830—1870.

Allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse dieser Periode.

Will man diese Wirtschaftsperiode im Vergleich mit der vorhergehenden Zeit setzen, so kann man sagen, daß einer Zeit wirtschaftlicher Gebundenheit eine Periode folgte, die der Wirtschaft die für eine günstige Fortentwicklung nötige Bewegungsfreiheit brachte.

Die hemmenden Schranken bestanden nicht allein in der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung — Innungen, Binnenzölle — sondern besonders auch in den beschränkten Verkehrsverhältnissen, die einen umfangreichen Warenaustausch voneinander weit entfernter Gebiete bis zur Unmöglichkeit erschwerten. Aus diesem Grunde konnten in vielen Gebieten Deutschlands Industrien nicht aufkommen, da einerseits die Herbeischaffung fehlender Rohstoffe mit großen Transportkosten verknüpft war und andererseits durch die mangelhaften Verkehrsverhältnisse auch der Absatz in entferntere Gebiete namentlich aber der Auslandsabsatz, für die Industrie im Binnenlande fast unmöglich gemacht wurde, Faktoren, die die Rentabilität vieler Unternehmungen von vornherein in Frage stellten.

Die erste Maßnahme zur Beseitigung der wirtschaftlichen Schranken war die Gründung des deutschen Zollvereins im Jahre 1833/34. Nicht allein daß mit der Beseitigung der Binnenzölle eine Warenverkehrsbesteuerung in Fortfall kam, ein Umstand, der selbstverständlich eine Preissenkung der transportierten Waren zur Folge haben mußte, sondern es war vielmehr in der Hauptsache die Auflösung der vielen einzelnen souveränen Wirtschaftsgebiete, die den verschiedenen Industriezweigen der einzelnen deutschen Länder ein weitaus breiteres Feld ihrer Betätigung gab. Wie viele Einfuhrverbote, die verschiedene deutsche Länder zur Erhaltung und Förderung ihrer eigenen Industrie erlassen hatten, sind mit dem 1. Januar 34 gefallen. Man könnte einwenden, daß der Nutzen, den verschiedene Betriebe aus der Verbreiterung des inländischen Marktes gezogen hätten, andererseits eine Schädigung der bis dahin zollgeschützten Industrien zur Voraussetzung gehabt haben müßte. Dagegen ist zu sagen, daß vom Standpunkt der gesamten deutschen Volkswirtschaft aus gesehen, der Vorteil des einheitlichen deutschen Marktes den Nachteil einzelner durch die Beseitigung der Binnenzölle geschädigter Industrieller bei weitem aufwiegen mußte. In Zeiten drängender politischer und wirtschaftspolitischer Einigungsbestrebungen durfte für territorialen Protektionismus kein Platz sein.

Die Handelspolitik des deutschen Zollvereins mit ihrem zumeist vorherrschenden Freihandelssystem sowie ihren auf dem Gedanken der Reziprozität beruhenden Handelsverträgen berührte die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie nicht direkt, da deren Absatz sich noch zum weitaus größten Teile auf das umliegende Gebiet beschränkte.

Anders liegen die Verhältnisse für die eisenerzeugende Industrie. Hier ermöglichte die Erhöhung der Eisenzölle im Jahre 1844 das Aufblühen einer starken westdeutschen Eisenindustrie, die in der Folgezeit den Bestand der kleineren Eisenhüttenwerke, darunter auch den des Mägdesprunger Eisenhüttenwerkes, in Frage stellte.

Aber auch die inneren Wirtschaftsverhältnisse gestalteten sich in dieser Periode wesentlich günstiger. Die ersten beiden Jahrzehnte verliefen noch in den gleichen gebundenen Bahnen wie die frühere Zeit. Jedoch auch in Anhalt führten die politischen Vorgänge des Jahres 1848 zu gesetzlichen Maßnahmen, die die Freiheit des Einzelnen wie auch der Gesamtheit wesentlich ausdehnten. Aber erst im Jahre 1860 wurden die für die freie Bewegung der Arbeitskräfte bis dahin vorhanden gewesenen Beschränkungen durch gesetzliche Anerkennung des Prinzips der gewerblichen Freizügigkeit beseitigt. Damit war das größte Hindernis, das der Entwicklung der Industrie entgegenstand,

gefallen. Es wirkte sich dies noch um so mehr aus, als auch zu gleicher Zeit wesentliche Reformen im Innungswesen in die Wege geleitet wurden. Aufhebung der Beschränkungen hinsichtlich des Haltens von Lehrlingen und Gesellen, Herabsetzungen der Meisterrechtsgebühren u. a. m. wurde schon im Anfang der 60 er Jahre durchgesetzt; ebenso daß die Verpflichtung der Gesellen zum Wandern und Muthen fortfiel. Die alten Verbietungsrechte der Innungen sowie ihr monopolartiger Besitz der Arbeits- und Handelsgebiete wurden erst mit Einführung der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1869 beseitigt, deren § 2 mit der Aufhebung aller Zwangs- und Bannrechte sowie bevorzugter Gewerbeberechtigungen das Prinzip völliger Gewerbefreiheit zum Ausdruck brachte. Zugleich beseitigte die Gewerbeordnung auch die letzten Bestimmungen, die den öffentlich-rechtlichen Charakter der Innungen garantierten.

Alle bisher aufgeführten Maßnahmen, die zur Förderung des Gewerbes dienen sollten, waren Ausflüsse der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung Anhalts resp. des Norddeutschen Bundes. Daneben finden sich nun auch Bestrebungen aus den gewerblichen Kreisen selbst, die das gleiche Ziel verfolgten. Es ist hier besonders das Aufkommen der Gewerbevereine zu nennen. Der erste Gewerbeverein wurde im Jahre 1846 in Dessau gegründet; ihm folgten gleichartige Vereine 1848 in Köthen, 1857 und 1867 in Bernburg nach.[1]) Ihr Ziel war in erster Linie Förderung der einheimischen Gewerbetätigkeit, daneben Hebung der allgemeinen Bildung ihrer Mitglieder.

Fortschritte industrieller Technik entlehnte man damals noch ausschließlich vom Ausland; insbesondere war England in der Vollendung seiner technischen Anlagen sowohl in qualitativer wie auch in quantitativer Beziehung allen Ländern des Kontinents weitaus überlegen. In Deutschland regten sich Ende der 50 er und Anfang der 60 er Jahre des vorigen Jahrhunderts Anzeichen, die darauf hindeuteten, daß die deutsche Industrie sich auch in technischer Beziehung, besonders aber auch was technische Forschung betraf, vom Auslande unabhängig zu machen suchte. Einzelne Unternehmungen gründeten eigene Konstruktionsbüros; besonders aber waren es die Gewerbevereine, deren Tätigkeit auf diesem Gebiet zu erwähnen ist.

Um ihre Bestrebungen in die Tat umzusetzen, gleichzeitig aber auch, um eine Art Wirtschaftsbarometer zu bekommen, veranstalteten die Gewerbevereine Austellungen, durch die die Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder zum Ausdruck gebracht werden

*) Siebigk, a. a. O. S. 435.

sollte. Solche Gewerbeausstellungen fanden in den Jahren 1848, 1851 sowie 1857 in Dessau, Köthen und Bernburg statt. Betreffs der Entwicklung des anhaltischen Gewerbes ist ihnen große Bedeutung beizumessen. Speziell die Maschinenindustrie hat von jeher derartigen Gewerbeausstellungen große Beachtung geschenkt. In früheren Jahren ist dies wohl noch mehr der Fall gewesen als heute, da man damals die Werbekraft von Fachzeitschriften nicht in gleichem Maße zur Verfügung hatte wie die heutige Wirtschaft. Da wegen der Eigenart und Größe des Objektes ein Verkauf durch Vertreter nach Mustern nicht stattfinden konnte, der Käufer jedoch häufig durch persönlichen Augenschein sich von der Qualität des Kaufobjektes überzeugen wollte, so waren die Ausstellungen für die Maschinenfabriken nicht nur eine geeignete Reklame an sich, sondern auch oft zugleich als Absatzmarkt von großer Bedeutung. Speziell geeignet war der Ausstellungsbesuch für die Einführung neuerfundener Maschinen. Aehnliche Funktionen wie die früheren Gewerbeausstellungen übt heute die technische Messe in Leipzig aus.

In Erkenntnts der großen Bedeutung der Ausstellungen für die Entwicklung ihres Wirtschaftszweiges haben die anhaltischen Maschinenfabrikanten neben der selbständigen Veranstaltung territorialer Ausstellungen auch die Beschickung größerer Ausstellungen mit ihren Erzeugnissen gepflegt. So waren auf der Ausstellung für Gewerbeerzeugnisse der deutschen Bundes- und Zollvereinsstaaten, die im Jahre 1844 in Berlin stattfand, 29 Aussteller aus Anhalt vertreten, von denen 7 Preise erhielten.*) Die erste große Industrieausstellung im Jahre 1851 zu London hatten 13 anhaltische Aussteller beschickt, die 6 Prämien erhielten. Auf der zweiten allgemeinen Industrie-Ausstellung in München im Jahre 1854 stellten 21 anhaltische Firmen aus.

Aber auch die großen Weltausstellungen wurden durch anhaltische Aussteller besucht; so stellten 1855 in Paris 16, 1862 in London 21 anhaltische Firmen aus. Die Beteiligung an der Weltausstellung in Chikago war erklärlicherweise geringer. Besonders stark war dagegen wieder im Jahre 1873 die Wiener Weltausstellung von der anhaltischen Wirtschaft beschickt.

Man kann alle diese Ausstellungen als Wettkämpfe und Huldigungen der Arbeit bezeichnen. Mit der Verteilung von Preisen und Diplomen tritt jedoch der Kampfcharakter dieser Veranstaltungen besonders in den Vordergrund. Deshalb mußten die Firmen, die mit ihren Fabrikaten die Ausstellungen beschickten, versuchen, Erzeugnisse, die über Durchschnittsleistungen lagen, hervorzubringen. Dies war für die Maschinenfabriken allein

*) Siebigk, a. a. O. S. 87.

möglich auf Grund von Versuchen und Erfahrungen, die lediglich im Spezialmaschinenbau gewonnen werden konnten. Da aber die Firmen damals mit ihrem Absatz in der Hauptsache noch an die nähere Umgebung gebunden waren, so war es der Maschinenbedarf der vorherrschenden Wirtschaftszweige dieser Umgebung, der der Maschinenfabrikation eines Landes ihre Fabrikationsrichtung anwies und je nach der mehr oder weniger ausgedehnten Wichtigkeit des betreffenden Wirtschaftszweiges auch die Herstellung der betreffenden Maschinen in technischer sowie wirtschaftlicher Hinsicht entscheidend beeinflußte. Auch in Anhalt finden wir mehrere wirtschaftliche Momente, die in jener Zeit der Entstehung und dem Bestand einer leistungsfähigen Maschinenindustrie die nötige Grundlage verliehen.

Spezielle Ursachen für den Beginn der neuen Entwicklungsperiode in Anhalt.

Die Hauptgrundlage der anhaltischen Wirtschaft bildete in der hier behandelten Periode (1830—1870) immer noch der Ackerbau. Deswegen wurde ihm auch von den wirtschaftsfördernden Herrschern des Landes ungeteilte Aufmerksamkeit gewidmet. In der deutschen Landwirtschaft trat in jener Zeit, nachdem die Absatzkrise der Jahre 1820—30 überwunden war, der entscheidende Umschwung von extensiver zu intensiver Betriebsweise ein, da die Landwirtschaft begann, sich die Forschungsergebnisse der Wissenschaft zu Nutze zu machen.

Zwei Männer sind es, deren Erkenntnisse hier bahnbrechend gewirkt haben. Albrecht Thaer gilt als Begründer der rationellen Landwirtschaft; er gründete 1806 zu Möglin das erste landwirtschaftliche Lehrinstitut. Thaer war noch Anhänger der Humustheorie, derzufolge die Pflanze ihre Nährstoffe aus den organischen Bestandteilen des Bodens zog. Auf seinen Theorien baute Justus von Liebig weiter, der im weitgehenden Maße die Chemie dem landwirtschaftlichen Betriebe nutzbar machte, indem er nachwies, daß durch Zuführung anorganischer Stoffe der Erschöpfung des Bodens vorgebeugt werden konnte.

Diese Erkenntnisse wurden auch in der anhaltischen Landwirtschaft bald in der Praxis verwertet. Besonders nötig erwiesen sie sich, als mit dem beginnenden Anbau von Zuckerrüben die anhaltische Landwirtschaft sich vor eine neue Aufgabe gestellt sah. Die Durchführung der rationellen Betriebsweise brachte auch insofern eine Veränderung mit sich, als die Bearbeitung des Bodens größere Anforderungen als bisher an die Landwirte

stellte. Besonders die mit dem Anbau der Zuckerrübe verbundene Tiefkultur brachte eine Arbeitssteigerung mit sich, die nur durch vermehrte Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen bewältigt werden konnte. Dieser von Jahr zu Jahr steigende Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen konnte daher nicht ohne Einwirkung auf die Entwicklung der heimischen Maschinenindustrie bleiben. Man kann tatsächlich feststellen, daß kaum ein Betrieb in jener Zeit in Anhalt gegründet wurde, dessen Fabrikation nicht wenigstens zeitweilig landwirtschaftliche Maschinen umfaßte. Begünstigt wurde dies fernerhin dadurch, daß die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen noch keine allzu großen Fachkenntnisse und wenig kostspielige technische Hilfsmittel erforderte.

Eng mit der Landwirtschaft verknüpft, zeitweilig sogar als ihr Nebenbetrieb hat auch die aufkommende Zuckerindustrie wesentlich dazu beigetragen, die Maschinenindustrie Anhalts zu fördern. Weit mehr noch als im landwirtschaftlichen Betriebe war man bei der Herstellung des Zuckers auf die Verwendung von Maschinen angewiesen. Im Gegensatz zur Landwirtschaft brauchte die Zuckerindustrie in der Hauptsache stationäre Maschinen, und zwar Kraftmaschinen und Arbeitsmaschinen. Angaben, die die Intensität der Maschinenverwendung in diesen Wirtschaftszweigen illustrieren könnten, liegen aus jener Periode nicht vor. Aber noch im Jahre 1879 wurde ein erheblicher Prozentsatz der in Anhalt im Betrieb befindlichen Dampfkessel und stationären Maschinen von den Zuckerfabriken und der Landwirtschaft mit ihren Nebenbetrieben benutzt. In ganz Anhalt waren damals 489 Dampfkessel in Betrieb, davon 297 in der Landwirtschaft und Zuckerindustrie; bei den stationären Maschinen waren es von 640 in ganz Anhalt verwendeten 415 in den genannten Betrieben.*) Auch in der Zuckerindustrie, deren überaus schnelle Entwicklung in jener Zeit bereits anderweitig gewürdigt ist, stieg der Maschinenbedarf von Jahr zu Jahr, und zwar zunächst deshalb, weil sich auch die Produktionsmenge steigerte, dann aber, da man bestrebt war, menschliche Arbeitskräfte nach Möglichkeit durch technische Verbesserungen zu ersetzen. In welcher Weise dies gelungen ist, erhellt daraus, daß im Jahre 1867 von ca. 5.000 Arbeitern 5.902.521 Ztr. Rüben verarbeitet wurden, im Betriebsjahre 1912/13 von nur 4.245 Arbeitern die über noch mal so große Menge von 12.850.720 Ztr. Rüben zur Verarbeitung gelangte.

Speziell die in der Zuckerfabrik vorherrschende Tendenz durch fortlaufende Verbesserung der technischen Einrichtungen, ihre Betriebe den Erfordernissen der jeweiligen Zeit anzupassen,

*) Berichte der anh. Gewerbeinspektion v. J. 1879.

ist die Ursache gewesen, daß die auf der Zuckerindustrie aufgebaute Maschinenindustrie sich nicht allein halten konnte, sondern auch ihrerseits ihre Betriebe erweitern mußte.

Neben der Landwirtschaft und Zuckerindustrie sind es weiterhin die neuen Verkehrsmittel — Eisenbahn und Dampfschiffahrt — gewesen, die in dieser Periode die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie entscheidend beeinflußten, und zwar in doppelter Hinsicht. Einesteils führten sie direkt zur Gründung neuer Betriebe, die sich mit dem Bau resp. der Reparatur der Verkehrsmittel befaßten; andererseits darf man auch den indirekten Einfluß, den die neuen Verkehrsmittel auf die Maschinenindustrie dadurch ausübten, daß sie die gesamte deutsche Wirtschaft förderten, nicht unbeachtet lassen.

Schon frühzeitig wurden die Elbe und Saale als geeignete Binnenschiffahrtswege befahren und hauptsächlich zum Transport von Massengütern benutzt. Es geschah dies einerseits wegen der Billigkeit des Wassertransportes, andererseits weil es oft an geeigneten Landstraßen fehlte, die den Transport großer Massen ermöglicht hätten. Da nach der Talfahrt die Kähne im Treidel- oder Stakenbetrieb wieder flußaufwärts gebracht werden mußten, so war dieses Transportmittel doch noch, besonders was die Schnelligkeit betrifft, recht ungeeignet für eine gedeihliche Wirtschaftsentwicklung. Es bedeutete daher im Binnenwasserverkehr den Anbruch einer neuen Entwicklungsperiode, als Ostern 1839 das erste Dampfboot auf der Elbe von Magdeburg nach Dresden fuhr*). Besonders der Güterverkehr auf der Elbe hat sich seit dieser Zeit in steigendem Maße entwickelt. Daß auch Anhalt an diesem Aufstieg teilgenommen hat, ist bereits anderweitig erwähnt. Weitblickender Unternehmungsgeist hat den Vorteil der zentralen Lage Anhalts an diesem Schiffahrtsweg rechtzeitig erkannt und demzufolge eine Werft errichtet, die heute zu den bedeutendsten Betrieben, die sich mit dem Bau von Flußfahrzeugen befassen, zählt.

Ungefähr zu gleicher Zeit mit dem Aufkommen der Dampfschiffahrt erfuhr auch der Landverkehr mit dem Ausbau der Eisenbahnen eine epochale Veränderung. Nur fünf Jahre nach der Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahnstrecke begann auch in Anhalt der Ausbau eines immer dichter werdenden Eisenbahnnetzes. Die Eröffnung der wichtigsten Bahnstrecken fand in den folgenden Jahren statt.

im Jahre 1840: Schönebeck—Köthen.
„ „ 1840: Halle—Köthen.

*) Auf der Weser (1816) und auf dem Rhein (1824) begann die Dampfschiffahrt schon früher.

im Jahre 1840: Magdeburg—Leipzig.
„ „ 1841: Köthen—Dessau—Wittenberg—Berlin.
„ „ 1857: Dessau—Bitterfeld.
„ „ 1863: Roßlau—Zerbst.
„ „ 1874: Zerbst—Magdeburg.
„ „ 1846: Bernburg—Köthen.
„ „ 1866: Bernburg—Staßfurt.
„ „ 1868: Frose—Ballenstedt.
„ „ 1889: Bernburg—Könnern—Halle.
„ „ 1890: Köthen—Aken.
„ „ 1922: Roßlau—Wiesenburg—Belzig—Berlin.

Die Bedeutung der Eisenbahnen für die gesamte Wirtschaft sowie damit auch für die einzelnen Wirtschaftszweige braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Nur soviel sei gesagt, daß Anhalt seiner günstigen zentralen Lage wegen auch hier wieder die Vorteile der neuen Verkehrseinrichtung besonders ausnutzen konnte.

Neben Landwirtschaft, Zuckerindustrie, Eisenbahn und Dampfschiffahrt treten die übrigen Momente, die der Entwicklung der anh. Maschinenindustrie günstig waren, zurück.

So wäre hier noch zu erwähnen, daß nicht nur der Einfluß der anhaltischen Wirtschaft die einheimische Maschinenindustrie förderte, sondern auch Industrien der Nachbarländer wie z. B. die Mansfelder Gewerkschaft dienten als Stütze und Grundlage einiger anhaltischer Betriebe.

Neben den wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Ursachen, die zur Gründung und Entwicklung zahlreicher anhaltischer Maschinenfabriken beigetragen haben, sind weiterhin die persönlichen Momente nicht zu übersehen, die oftmals für die Gründung und Entwicklung der einzelnen Betriebe von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sind. Kühner Unternehmungsgeist gepaart mit hervorragender technischer Begabung sind die Werkzeuge gewesen, mit denen der Ausbau kleiner handwerksmäßiger Betriebe zu großen Fabriken ermöglicht wurde. Das kapitalistische Moment, in späterer Zeit der wichtigste Faktor in der Entwicklung der einzelnen Betriebe, trat in dieser Periode noch nicht entscheidend in den Vordergrund. Damals suchte noch die Unternehmung das Kapital; im Gegensatz dazu nach 1870 das Kapital die Unternehmung.

Gründung und Fortentwicklung einzelner Werke in dieser Periode.

In erster Linie sind hier wieder zwei herzogliche Betriebe zu nennen, deren Gründung erfolgte, um die gesamte Volkswirt-

schaft des Landes zu fördern. In Bernburg, dessen Herzöge von jeher besonders den Erzbergbau und die Industrie zu fördern suchten, bestand schon sehr frühzeitig ein Eisenhammer, dessen Betrieb jedoch im Jahre 1800 bereits eingestellt ist. I. J. 1844 gründete der Herzog Alexander Karl von Anhalt-Bernburg eine herzogliche Eisengießerei mit angeschlossener Maschinenfabrik in Bernburg. Die Fabrik hatte Niederlassungen in der Mühlgasse und vor dem Nienburger Tore. Sie befaßte sich anfangs mit dem Bau landwirtschaftlicher Maschinen, um bald zur Fabrikation ganzer Zuckerfabrikseinrichtungen überzugehen. So wurden die Zuckerfabriken in Reinstedt, Querfurt, Stöbenitz, Prosigk, Schafstaedt und Groß-Osterhausen von ihr neugebaut, die Einrichtung der Zuckerfabrik Jlberstedt im Jahre 1888 umgebaut.

Im Jahre 1872 ging die Fabrik aus dem Besitz des anhaltischen Fiskus in den Besitz der anhaltischen Maschinenbau-Gesellschaft über, die wenige Jahre später unter äußerst ungünstigen Bedingungen liquidieren mußte. Die Gebäude und Anlagen wurden von der Kommanditgesellschaft L. Bodenbender & Co erworben. Die Belegschaft betrug im Jahre 1867 bereits ca. 150 Arbeiter.

Auch in Köthen entstand ca. um 1850 eine herzogliche Maschinenbauanstalt. Die Magdeburg-Köthensche Eisenbahn-Gesellschaft forderte durch Inserate in den anhaltischen Zeitungen bereits im Jahre 1839 Offerten für Eisenbahnwagen an. In welchem Ausmaß solche Wagenlieferungen von anhaltischen Firmen ausgeführt sind, kann nicht mehr festgestellt werden.

Nach der Anlage der Eisenbahn erforderte die mangelhafte Beschaffenheit des Materials, insbesondere die noch primitive Ausführung der Lokomotiven während des Betriebes oftmalige Reparaturen und Ergänzungsarbeiten. Es wurden daher in den an der Eisenbahnlinie gelegenen Städten Reparaturwerkstätten für den Eisenbahnbedarf errichtet. Auch Herzog Heinrich von Anhalt-Köthen, selbst Mitglied der für sein Land in Frage kommenden Eisenbahn-Gesellschaften, errichtete auf einem Gelände zwischen den beiden Haupteisenbahnstrecken, die Köthen berührten eine Maschinenfabrik, die lediglich als Eisenbahnreparaturwerkstätte dienen sollte. Mit dem weiteren Ausbau der Eisenbahnen, besonders aber mit wachsender Vollendung ihrer Betriebsmittel, vollzog sich eine allmähliche Zusammenfassung ihrer allenthalben an den Strecken verstreuten Reparaturanstalten zu größeren in eigener Regie befindlichen Betrieben,

Auch dem Köthener Unternehmen wurde so die ursprüngliche Grundlage seiner Existenz nach und nach entzogen und man sah sich zur Umstellung des Fabrikationsbetriebes gezwungen. Gerade diese Umstellung des Unternehmens, das sich bisher durch

seine Beschäftigung für ein wichtiges Verkehrsinstitut in erster Linie die Förderung der gesamten Volkswirtschaft des Landes zur Aufgabe gemacht hatte, zu einem Unternehmen mit rein privatwirtschaftlichen Zielen mag die herzogl. Regierung veranlaßt haben, den Eigenbetrieb aufzugeben und die Fabrikanlage zu verpachten. I. J. 1859 pachtete der Maschinenfabrikant Rudolf Dinglinger die Fabrik und führte sie zunächst unter der Firma Herzoglich privilegierte Maschinenfabrik Köthen fort. Das Privileg bestand noch immer in der Herstellung von Lokomotiven sowie anderen Eisenbahnmaterials. Mit Aufgabe dieses Privilegs durch R. Dinglinger wurde die Firma in Maschinenfabrik und Eisengießerei Köthen umgeändert. Mit Zustimmung des Landtags vom 9. Juni 1869 wurde die Maschinenfabrik nebst Zubehör sowie die dazugehörigen Grundstücke mit einem Gesamtflächeninhalt von ca. 6 Morgen und 90 Quadr. Ruten an den Pächter R. Dinglinger und an die Aktien-Gesellschaft Holland für 47.000 Taler verkauft.*) Der geschlossene Verkauf an beide Parteien fand statt, da zur Zeit die Separation der Köthener Feldmark noch nicht abgeschlossen war. Erst am 9. 2 1885 erfolgte die grundbuchliche Trennung. Von vornherein war jedoch Rudolf Dinglinger der alleinige Inhaber der Maschinenfabrik; die Aktien-Gesellschaft Holland bekam lediglich das Baugrundstück zugewiesen, auf dem die Zuckerfabrik errichtet war. Daraus erhellt sich die Verteilung des Kaufpreises, nach der Dinglinger 41.000 Taler, die Aktien-Gesellschaft Holland nur 6.000 Taler zahlte.

Die Maschinenfabrik und Eisengießerei Rudolf Dinglinger-Köthen, wie die Firma nach ihrer abermaligen Umänderung bezeichnet wurde, wandte sich zuerst grundsätzlich dem allgemeinen Maschinenbau zu. Zunächst stellte sie landwirtschaftliche Maschinen her, dann Dampfmaschinen; daneben trieb sie weiterhin den Bau von Mühleneinrichtungen. Ebenso wie die Herzogliche Maschinenfabrik in Bernburg wurde auch für Rudolf Dinglinger bald die Einrichtung von Zuckerfabriken sowie überhaupt der Bau jeglicher Maschinen für die Zuckerindustrie zum Hauptfabrikationszweig. So richtete Dinglinger bereits im Jahre 1862 zusammen mit der Maschinenfabrik Wagner & Co., Köthen die bereits erwähnte, auf dem Nachbargrundstück gelegene Zuckerfabrik Holland A.-G. ein, die im Jahre 1876 ebenfalls von Dinglinger in Verbindung mit der Halleschen Maschinenfabrik umgebaut und neuzeitlich eingerichtet wurde. In den folgenden Jahrzehnten folgten ihr zahlreiche Neu- und Umbauten, so besonders die anhaltischen Zuckerfabriken Elsnigk (1863 Neubau; 1890 Umbau); Wulfen (1863 Neubau, 1892 Umbau); Prosigk (1865 N.; 1876 U.);

*) Schulze, Rob. Köthen in Anhalt S. 387.

Kleinpaschleben (1875 U); Biendorf (1876 U); Glauzig (1886 U); Klepzig (1892 U); Alt-Köthen (1910 U); Radegast (1894 U). Außerdem reihen sich zahlreiche nicht anhaltische Zuckerfabriken in den Provinzen Sachsen, Schlesien und Posen an. Die Einrichtung der Zuckerfabriken wurde entweder allein oder im Verein mit anderen Maschinenfabriken durchgeführt. Besonders erwähnenswert ist noch die Zuckerfabrik Elsnigk, die Dinglinger zunächst für eigene Regie baute und die erst später in andere Hände überging. Neben diesen Groß-Aufträgen wurden zahlreiche kleinere ausgeführt. Daneben wurden auch die anderen bereits genannten Fabrikationszweige gepflegt, zu denen noch in späterer Zeit besonders der Kran- und Aufzugsbau trat. Die Ausdehnung der Fabrik hat sich fortlaufend weiterentwickelt; zur Zeit der Gründung betrug die Belegschaft schätzungsweise 50 bis 75 Arbeiter

Ein weiterer Betrieb, der sich in jener Zeit vorzugsweise auf der Zuckerindustrie des Landes aufbaute, war die Firma F. Hallstroem in Nienburg a. d. Saale.

Das Unternehmen wurde im Jahre 1849 von Franz Hallstroem gegründet, der von Staßfurt, wo er bereits eine Kupferschmiede besessen hatte nach Nienburg übergesiedelt war. Der Betrieb gliederte sich in zwei Abteilungen, deren eine die Maschinenfabrik und Kesselschmiede, deren andere ein Kupfer- und Messingröhren-Walzwerk war.

Die Maschinenfabrik umfaßte mit ihrem Arbeitsprogramm zunächst gleichfalls den gesamten Maschinenbau. Frühzeitig tritt als Spezialisation der Apparatebau für Zuckerindustrie und Brennereien hervor. Auch Hallstroem hat an den Einrichtungen anhaltischer Zuckerfabriken hervorragenden Anteil. So wurden die Zuckerfabriken Grimschleben neu neueingerichtet und im Jahre 1873 umgebaut, ferner Klepzig im Jahre 1892 und Radegast im Jahre 1894 umgebaut. Daneben war hier der außeranhaltische Absatz nach Posen, Schlesien und Westpreußen bereits sehr entwickelt. Es mag dies zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß Hallstroem durch rege und erfolgreiche Teilnahme an großen Ausstellungen seine Fabrikate in ganz Deutschland und noch darüber hinaus bekannt zu machen wußte. So wurde im Jahre 1873 auf der Weltausstellung in Wien ein von Hallstroem ausgestellter Verdampfapparat ausgezeichnet. Die Fabrik entwickelte sich aus kleinen Anfängen heraus bald zu bedeutender Größe; im Jahre 1890 beschäftigte sie bereits über 200 Arbeiter.

Gleich der Zuckerindustrie war auch die Landwirtschaft eine hauptsächliche Grundlage, auf der sich in dieser Epoche neue Maschinenfabriken aufbauten.

Hier ist besonders die Maschinenfabrik von W. Siedersleben & Co. in Bernburg zu nennen. Die Fabrik wurde im Jahre 1867 zu Belleben (Anhalt) von den drei Gebrüdern Siedersleben als offene Handelsgesellschaft gegründet. Nach dem technischen Leiter des Unternehmens (Wilhelm Siedersleben) wurde die Bezeichnung der Firma vorgenommen. Der Betrieb wurde wenige Jahre später nach Bernburg verlegt und aus einer kleinen Schmiedewerkstätte zu einem Großbetrieb umgewandelt. Die Fabrikation befaßte sich ausschließlich mit der Herstellung von landwirtschaflichen Maschinen, von denen man anfangs alle Arten fabrizierte. Bald ging man jedoch, dem Zuge der Zeit folgend, zur Spezialisation über, und zwar zur Herstellung von Sämaschinen aller Größen. Das Unternehmen arbeitete in der Hauptsache auf Grund von Patenten und geschützten Warenzeichen. So ist der Name ihrer Säemaschinen „Saxonia" weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt geworden. Die Fabrik, die noch in Belleben nur 5—6 Arbeiter beschäftigte, hat sich, wie wir später sehen werden, zu einem ansehnlichen Betriebe erweitert.

Gleichfalls zu dem Zweck, landwirtschaftliche Maschinen neu herzustellen, sowie zu reparieren, wurde im Jahre 1860 (1864) von dem Zivilingenieur C. Thiel in Köthen eine Maschinenfabrik gegründet. Sie lag in der Oster-Köthener Flur; das Fabrikgelände umfaßte zunächst 5 Morgen. Auf diesem Gelände baute Thiel die Maschinenfabrik und ein Wohngebäude, die beide nach der Versicherungspolice der Colonia vom Jahre 1865 mit 7.060 Talern versichert waren,*) demzufolge also noch keine erhebliche Ausdehnung besaßen. Die Fabrik wurde in den nächsten Jahren erheblich vergrößert. Im März 1872 ging das Gelände einschließlich der Fabrik durch Kauf in den Besitz des Amtmanns Wagner über; nach dessen im gleichen Jahren erfolgten Tode übernahmen es seine Erben.

Da die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen besonders durch die benachbarte Halle'sche Konkurrenz sich als nicht mehr rentabel erwies, erfolgte die Umstellung des Betriebes auf seinen heutigen Fabrikationszweig.

Ungefähr um dieselbe Zeit entstand im Südwesten des Kreises Bernburg in Sandersleben eine Maschinenfabrik, die sich ebenfalls anfangs mit der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen befaßte.

Die Fabrik wurde im Südwesten Sanderslebens i. J. 1861 von Ludwig Bäntsch gegründet. Da das eigene Kapital für die Erhaltung und Vergrößerung des Betriebes nicht ausreichte, so nahm Bäntsch nach zwei Jahren als Teilhaber Ludwig

*) Schulze, Rob. a. a. O. S. 388.

Behrens auf. Dem Vornamen beider Gründer nach wurde die Fabrik „Maschinenfabrik Bäntsch & Behrens, Ludwigshütte“ genannt. Die Bezeichnung Ludwigshütte könnte insofern irreführend sein, als ein Hüttenbetrieb dort niemals stattgefunden hat.

Neben dem erwähnten Bau von landwirtschaftlichen Maschinen baute die Firma in erster Linie Fördermaschinen. Die Aufnahme dieses Fabrikationszweiges steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Gründungsgeschichte. Beide Gründer waren ursprünglich als Ingenieure bei der Mansfelder Gewerkschaft tätig. Diese mußte ihre Fördermaschinen sowie alle übrigen für den Kupferbergbau nötigen Apparate aus weiter Entfernung beziehen. Dadurch wurden die Gründer veranlaßt, einen Betrieb zur Herstellung solcher Fördermaschinen zu gründen, zumal ihnen von der Mansfelder Gewerkschaft Unterstützung durch Zuweisung von Aufträgen zugesichert wurde.

Die Firma wurde nicht in Mansfeld sondern im benachbarten Anhalt gegründet, weil man seitens der Gründer befürchtete, daß im Falle eines Krieges Preußen gegen Oesterreich, der im J. 1860 wegen der ungeklärten dänischen Frage nicht unwahrscheinlich schien. die Existenz des jungen Unternehmens in Frage gestellt werden könnte.

Mit dem Rückgang des Kupferbergbaus in Anhalt ließ auch der Umsatz in Fördermaschinen erheblich nach. Die Maschinenfabrik, der bereits seit 1863 eine bedeutende Gießerei angegliedert war, stellte sich auf den allgemeinen Maschinenbau um, der auch heute noch von ihr gepflegt wird.

Auch der Kreis Zerbst war in dieser Zeit, wie das übrige Anhalt, noch in hervorragendem Maße landwirtschaftlich eingestellt. So ist es natürlich, daß sich die erste größere Maschinenfabrik, die wir in Zerbst finden, zunächst mit dem Bau und der Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen befaßte. Die heutige Maschinenfabrik Franz Braun A.-G. wurde von dem Handwerksmeister Fr. Braun i. J. 1867 in Zerbst gegründet. Ihr Hauptfabrikationsgebiet war also zunächst die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen, daneben betrieb sie den Bau von Apparaten, die in der Gerberei benötigt wurden, so z. B. Rindenschneider, Lohenbügel und ähnliche Fabrikate. Das Absatzgebiet der Firma war entsprechend der Einstellung ihrer Fabrikation in den ersten Jahren noch auf die Umgegend beschränkt. Die Stärke der Belegschaft des Unternehmens betrug zur Zeit der Gründung ca. 20—30 Arbeiter.

Neben Eisenbahnen, Zuckerindustrie und Landwirtschaft war es, wie bereits ausgeführt, besonders die aufkommende Dampfschiffahrt, die die anhaltische Maschinenindustrie förderte. Neben einer kleinen unbedeutenden Werft in Nienburg a. S. ist

es der bedeutendste Betrieb Anhalts, der jener Zeit seine Entstehung verdankt, nämlich die Maschinenfabrik und Schiffswerft Gebr. Sachsenberg, A.-G., Roßlau.

Im Jahre 1844 wurde die Maschinenfabrik Gebr. Sachsenberg von den drei Brüdern Gottfried, Friedrich und Wilhelm Sachsenberg gegründet. Die Brüder entstammten einer alteingesessenen Roßlauer Handwerkerfamilie; alle ihre Vorfahren betrieben das Schmiedehandwerk, so auch ihr Vater, in dessen Schmiedewerkstätte die Söhne vor der Gründung ihres eigenen Betriebes gearbeitet hatten. Schon der Vater der Gründer war ein sehr gewandter und erfahrener Handwerker, dessen außergewöhnliche technische Begabung sich in verschiedenen selbsterdachten Konstruktionen wiederspiegelt. Neuartige Häckselmaschinen, Feuerspritzen, Dezimalwaagen, Turmuhren u. a. m. sind von ihm hergestellt worden. Besonders zu erwähnen sind hier noch die Stabgeläute, bei welchen gebogene Stahlstangen die Glocken ersetzten, die er für die katholische Kirche in Köthen und die Kirche in Serno angefertigt hat. Das erstere ist jetzt noch im Heimatmuseum in Köthen erhalten.

Das junge Unternehnemen stellte ebenso wie viele andere anhaltische Betriebe zunächst landwirtwirtschaftliche Maschinen sowie Dampfmaschinen her. Weiterhin wurde die Fabrikation von Ziegeleimaschinen und Apparaten für Brennereien und und Papierfabriken bald angegliedert Die erste Dampfmaschine nebst Brennereianlage wurde im Jahre 1849 an Herrn von Wuthenau nach Rittergut Groß-Paschleben geliefert.

Neben diesem Maschinenbau brachte es die Lage der Fabrik in Roßlau a. Elbe mit sich, daß die Firma bereits wenige Jahre nach ihrer Gründung auch die Reparatur von Schiffsmaschinen übernahm. Da solche Aufträge sich ständig mehrten, dagegen die Lage des Fabrikgebäudes mitten in der Stadt ihre Ausführung sichtlich erschwerte, so entschlossen sich im Jahre 1866 die drei Gebr. Sachsenberg zur Ergänzung ihrer Maschinenfabrik eine Werftanlage direkt an der Elbe zu schaffen. Auch diese beschränkte sich zunächst darauf, Schiffsreparaturen auszuführen; jedoch bereits im Jahre 1869 konnte der erste Neubau — der Raddampfer Hermann — vom Stapel laufen. Seine Maschine war die erste deutsche Schiffsmaschine für einen Elbdampfer, alle bis zu dieser Zeit verwendeten Maschinen waren schweizer Ursprungs gewesen. Mit diesem Flußdampfer, der für seine Zeit eine beachtliche Größe aufwies — er war 60 m lang und seine Maschine leistete 140 PS. — trat die Firma Sachsenberg in die Reihe der bereits bestehenden deutschen Flußschiffswerften ein und hat sich im Verlauf der nächsten Jahrzehnte zu einer der

bedeutendsten Anlagen dieses Fabrikationszweiges entwickelt. In welcher Weise sich das Sachsenberg'sche Unternehmen in dieser Periode ausdehnte, bringen am besten die Zahlen der Belegschaft zum Ausdruck: Das Unternehmen wurde mit 4 Arbeitern gegründet und beschäftigte

im Jahre	1852	50	Arbeiter
„ „	1858	120	„
„ „	1865	170	„
„ „	1869	225	„

Wenn auch der Schiffsbau der Grundstock der Entwicklung zur jetzigen Größe werden sollte, so ist doch der allgemeine Maschinenbau sowie der Bau von Ziegelei- und Brennereimaschinen in den ersten 25 Jahren seines Bestehens das hervorragendste Arbeitsgebiet des Unternehmens gewesen.

Ein weiterer Betrieb, der seine Gründung auf dem Maschinenbedarf der Ziegeleien aufbaute, ist die jetzige Nienburger-Maschinenfabrik, A.-G. Sie wurde im Jahre 1848 von Hertel gegründet. Wiewohl sie bei der Gründung analog der Entwicklungsgeschichte der meisten anderen Maschinenfabriken über den Umfang eines handwerksmäßigen Betriebes nicht hinausragte, so war ihrem Betriebe doch von jeher eine Gießerei angegliedert.

Zur Hauptsache beschäftigte das Unternehmen sich mit der Herstellung von Ziegeleimaschinen, an denen in der damaligen Zeit infolge des Ueberganges der Ziegeleien vom Hand- zum Maschinenbetrieb großer Bedarf herrschte. Daneben baute man noch maschinelle Einrichtungen für den Kohlenbergbau, wie Brikettpressen, Trockenanlagen und Kokereiausrüstungen.

Bemerkenswerte Einzelheiten aus dem damaligen Entwicklungsgang der Fabrik sind nicht erhalten.

Einer der ältesten Betriebe in Anhalt ist die Firma Ludwig Keßler & Sohn in Bernburg.

Sie wurde im März des Jahres 1830 (1829) von Ludwig Keßler gegründet. Der Hauptbestandteil des Betriebes war eine ausgedehnte Zinngießerei, in der zunächst Gebrauchs- und Luxuswaren aus Zinn hergestellt wurden, wie Zinngeschirre, die frühzeitig auf der Leipziger Messe und anderen Märkten vertrieben wurden. Daneben wurde die Fabrikation von Zinnröhren und Zinnblechen aufgenommen, weiterhin die Herstellung gewalzter und gepreßter Bleifabrikate. Der Gießerei wurden nach und nach Betriebe zur Bearbeitung der Gußwaren angegliedert, die sich in steigendem Maße der Herstellung von zinnernen und bleiernen Apparaten speziell für die chemische Industrie zuwandten.

Die Firma, aus kleinen Anfängen hervorgegangen, mußte innerhalb Bernburgs des öfteren ihren Betrieb zu Erweiterungs-

zwecken verlegen. Seit 1866 besteht die jetzige Fabrik auf einem 5 Morgen großen Gelände, das direkt an der Saale gelegen ist und der Firma einen eigenen Ausladeplatz für Schiffstransporte ermöglicht.

Die Stadt **Dessau**, die jetzt in überragendem Maße der Hauptsitz der anhaltischen Maschinenindustrie geworden ist, zeigte in der damaligen Zeit noch wenige Ansätze der späteren Blüte. Lediglich ein Betrieb ist hier aus dieser Periode zu nennen. Aber auch dessen Entwicklung zum bedeutenden Großbetriebe fällt erst in spätere Jahrzehnte. Es ist dies die Maschinenfabrik und Eisengießerei von G. Polysius.

Das Unternehmen wurde im Jahre 1861 von Gottfried Polysius als Geldschrankschlosserei gegründet. Der Betrieb wurde von Jahr zu Jahr vergrößert, mit ihm zugleich auch das Fabrikationsgebiet, das sich zunächst weiterhin auf landwirtschaftliche Maschinen, Holzbearbeitungsmaschinen, sowie späterhin als Spezialität auf Melasseentzuckerungsanlagen erstreckte. Die eigentliche Blüteperiode beginnt mit dem Jahre 1870, in dem eine örtliche Verlegung der Fabrik stattfand. Das Unternehmen beschäftigte zu dieser Zeit ca. 30 Arbeiter.

Neben diesen Unternehmungen findet man in jener Periode noch eine Menge kleinerer Betriebe, die sich mit der Fabrikation ähnlicher Maschinen wie die genannten Werke befaßten. Diese sind entweder handwerksmäßige Betriebe geblieben oder ohne erhebliche Ausdehnung erlangt zu haben nach kurzem Bestehen zugrunde gegangen. Aus diesem Grunde erübrigt es sich, hier eine eingehende Darstellung dieser Betriebe zu geben, was auch mangels jeglicher Berichte aus dieser Zeit schon an sich unmöglich wäre.

Weiterhin fällt auch die Gründungszeit einer Anzahl heute noch bestehender größerer Betriebe in jene Periode. Da jedoch wichtige Momente, die die Entwicklung der Betriebe in ihren ersten Jahren entscheidend beeinflußten, bereits in den nächsten Zeitabschnitt fallen, so soll die Darstellung dieser Unternehmungen in der gleichen Epoche zusammenhängend gebracht werden.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß auch in dieser Periode die anhaltische Maschinenindustrie sich noch durchaus in den ersten Anfangsgründen bewegte. Nach Siebigk*) wurden im Jahre 1867 in der anhaltischen Maschinenindustrie insgesamt 711 Arbeiter beschäftigt; diese verteilten sich auf 16 Betriebe. Nimmt man hiervon die drei größten Unternehmungen der damaligen Zeit — Sachsenberg, Mägdesprunger Eisenhüttenwerk und Bernburger Maschinenfabrik — mit zusammen 400 Arbeitern

*) Siebigk, a. a. O. S. 89.

aus, so bleiben für die restlichen 13 Betriebe noch 311 Arbeiter; das ergibt für den einzelnen Betrieb nur 24—25 Arbeiter. Das Gros der anhaltischen Maschinenfabriken bestand also in der damaligen Zeit noch aus kleineren Mittelbetrieben. Die eigentliche Blütezeit der anhaltischen Maschinenindustrie blieb noch späteren Zeitabschnitten überlassen.

3. Die Entwicklungsperiode der Jahre 1870—1892.

Allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse dieser Periode.

Der siegreiche Ausgang des deutsch-französischen Krieges zog in mancher Beziehung grundlegende Veränderungen in der Struktur der deutschen Industrie nach sich. Während vordem das Kapital der Unternehmungen noch nicht die entscheidende Rolle spielte, sondern Unternehmungsgeist und technisches Können in der Industrie die wirtschaftsfördernden Momente waren, änderte sich dieses Bild nach 1871 erheblich. Aeußerlich drückte sich dies zunächst durch eine Veränderung der bis dahin gebräuchlichen Unternehmungsformen aus. Während bisher bei Gründungen das Einzelunternehmen vorherrschte, mehrte sich nach 1871 die Gründung von Aktien-Gesellschaften in erheblichem Umfange. Seine Begründung findet dies in der Hochkonjunktur, die sich in Deutschland nach Friedensschluß auslöste und in erster Linie auf das Zuströmen großer Kapitalmassen in Gestalt der französischen Kriegsentschädigung zurückzuführen war. Dieses Kapital floß der deutschen Volkswirtschaft dadurch zu, daß der Norddeutsche Bund und die Süddeutschen Staaten ihre Kriegsanleihen zurückzahlten. Die bisherigen Besitzer der Anleihen suchten für das Geld anderweitige Anlagewerte zu kaufen; auch das Reich trat als Käufer auf den Effektenmarkt, um den Invalidenfonds und anderweitige verfügbare Gelder in Wertpapieren anzulegen. Sogleich entstand eine Hausse auf dem Effektenmarkt; die schließlich freiwerdenden Beträge wurden zu produktiven Darlehen an bereits bestehende Betriebe gegeben oder zu Neugründungen verwendet. Da auch die gesetzlichen Vorschriften betreffs der Konzessionierung der Aktien-Gesellschaften durch bundesstaatliche Gesetzgebung in allen deutschen Einzelstaaten beseitigt waren, so wuchsen in den Jahren 1870—73 die neugegründeten Aktien-Gesellschaften wie Pilze aus der Erde. Im ersten Stadium wurden gute und nützliche Unternehmungen ins Leben gerufen; später wurde man leichtfertiger, bis endlich die Gründungswut gar zu verschiedentlichen Schwindelgründungen führte, insofern als Aktien-Gesellschaften gegründet wurden, ohne daß die als Basis in den Subskriptionseinladungen aufgeführten

Anlagen tatsächlich in dem genannten Umfange vorhanden gewesen wären. Wenn auch die Hochkonjunktur mit ihren Auswirkungen besonders in Berlin in Erscheinung trat, so zog sie doch auch die übrige deutsche Volkswirtschaft in mehr oder minder starkem Maße in ihren Bann.

Auch in der anhaltischen Maschinenindustrie tritt das Jahr 1872 mit einer auffallend großen Anzahl von Neugründungen hervor. Die Tabelle II (s. Anhang) nennt allein 6 Betriebe, die in diesem Jahre gegründet wurden. Eine weitere Anzahl von Unternehmungen, die über einen geringen Umfang hinaus sich nicht entwickelt oder frühzeitig den Betrieb wieder eingestellt haben, führten ihre Gründung ebenfalls in jene Zeit der Hochkonjunktur zurück; dazu zählen auch alle die Handwerker, deren Etablierungsanzeigen in jenen Jahren die Tageszeitungen füllten.

Bald zeigte es sich, das die Hausse am Effektenmarkt zu weit getrieben war; die meisten Aktien waren weit überbewertet. Warnungszeichen, wie sie die Diskonterhöhungen der preußischen Bank darstellten, wurden nicht genügend beachtet. So war es unvermeidlich, daß dem im Mai erfolgten Zusammenbruch der Wiener Börse im November des gleichen Jahres der der Berliner Börse folgen mußte. Die Kurse fielen ganz beträchtlich und zahlreiche Banken gerieten in Konkurs. Dem Börsensturz folgten die eigentlichen Produktionskrisen bald nach. Die übermäßige Neugründung von Anlagen hatte zu einer Vermehrung der Produktion geführt, die immer mehr und mehr dadurch bestärkt wurde, daß die Preisbewegung sich weiter nach oben fortsetzte, da die Erhöhung der Löhne und sonstigen Einkommen (Kursgewinne, Zinsen, Grundrenten) die Aufschläge im Kleinhandel ausglich. Da einerseits mit dem Eintritt der Baisse die Kaufkraft allgemein abgeschwächt wurde, die Betriebe andererseits weiter fabrizierten, so machte sich bald eine Ueberproduktion geltend, die sinkende Produktenpreise, Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit nach sich zog. Die Folge war, daß zahlreiche Neugründungen, die einer soliden materiellen Grundlage entbehrten, ebenso schnell aus dem Wirtschaftsleben wieder verschwanden, wie sie erschienen waren.

In Anhalt traten die Wirkungen dieser großen Krise nicht so kraß in die Erscheinung. Der Grund hierfür ist einesteils darin zu suchen, daß die anhaltischen Neugründungen bis auf eine Unternehmung als Einzelunternehmen gegründet wurden — meist hatte ja überhaupt nur die Form der Unternehmung als Aktiengesellschaft die Schwindelgründung ermöglicht. Dann aber gestattete die geringe Ausdehnung des Landes den einheimischen Kapitalgebern bei Beteiligung an anhaltischen Unternehmungen eine leichtere Kontrolle. als dies in größeren Staaten oder

Städten möglich gewesen wäre. Die anhaltischen Unternehmungen, die in jener Zeit gegründet waren, überstanden bis auf wenige die schwere Krisis.

Inwieweit anhaltisches Kapital den Verlockungen der zur Subskription einladenden Gründergesellschaften gefolgt ist — die anhaltischen Tageszeitungen weisen in jener Zeit eine reiche Fülle solcher Einladungsanzeigen auf — ist nicht nachzuprüfen. Sicher ist jedoch, daß auch die anhaltische Wirtschaft rein finanziell unter dem Börsenzusammenbruch gelitten hat.

Am langsamsten erholte sich die Industrie von diesem Schlage. Die Absatzkrise hielt noch lange Zeit an; im Jahre 1879 war der eigentliche Tiefstand der Volkswirtschaft erreicht. Erst von diesem Zeitpunkt an ist ein zunächst langsamer, jedoch stetiger Anstieg zu verzeichnen. In welcher Weise die Continuität des Entwicklungsganges der anhaltischen Maschinenindustrie durch diese Vorgänge im deutschen Wirtschaftsleben nachteilig beeinflußt wurde, beweist der Mangel jeglicher bedeutender Gründungen in den Jahren nach 1873. Erst nach 16jähriger Unterbrechung (von einigen kleineren Ausnahmen abgesehen) setzte mit dem Jahre 1889 wieder eine regere Gründungstätigkeit ein.

Einer der Hauptfaktoren, die der Depression der 70er Jahre ein Ende bereiteten und einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft anbahnten, ist die Bismarck'sche Zollreform im Jahre 1879.

Der allgemeine Aufschwung, den die Produktion aller Staaten nach der Krise von 1857 in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts genommen hatte, machte sich in einer freieren Handelspolitik bemerkbar. Eine Reihe von Handelsverträgen aus jener Zeit, an erster Stelle der bekannte Cobden-Vertrag sind charakterisiert durch die Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel sowie durch eine starke Ermäßigung der Zollsätze. Auch die Handelspolitik des Norddeutschen Bundes und des neuen Deutschen Reiches bewegte sich in jener Zeit durchaus in freihändlerischen Bahnen. Wie fest man an diesen Anschauungen hielt, beweist der Umstand, daß noch im Jahre 1873 nach dem Wiener Börsenzusammenbruch ein Initiativ-Antrag im Reichstag die Aufhebung der Eisen- und Maschinenzölle brachte, die in den nächsten Jahren durchgeführt wurde. Die der Krise von 1873 folgende Depression brachte allmählich einen Umschwung in den Anschauungen über die einzuschlagenden Wege der Handelspolitik. Suchte die freihändlerische Handelspolitik die eigene Volkswirtschaft dadurch zu fördern, daß sie bestrebt war, jede Beschränkung der internationalen Arbeitsteilung zu beseitigen, so wurden im Jahre 1877 hervorgerufen durch die anhaltend schlechte Wirtschaftslage, besonders in der Industrie

Stimmen laut, die eine Handelspolitik forderten, durch die der gesamten inländischen Produktion ein Vorzug auf dem einheimischen Markte gegenüber der ausländischen Konkurrenz gegeben werden sollte. Bismarck, dessen Realpolitik sich stets nach den Anforderungen der betreffenden Zeit richtete, verschloß sich nicht der Forderung, daß die nationale Wirtschaft eines besonderen Schutzes in jener Zeit langdauernder Depression bedurfte. So kam im Jahre 1879 die Zollreform zustande, die im allgemeinen wieder einen Industrieschutz brachte, wie er im Jahre 1865 bestanden hatte. Die Zölle auf Maschinen und andere fertige Eisenfabrikate, die in jener Zeit festgesetzt wurden, sind zwar in der folgenden Zeit verschiedenen Wandlungen unterworfen gewesen; völlig sind sie jedoch niemals beseitigt worden.

Unter dieser Zollpolitik hat die gesamte deutsche Industrie einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen, darunter auch an erster Stelle die Maschinenindustrie.

Auch für die anhaltische Maschinenindustrie, die sich nach Gründung des Deutschen Reiches auf Grund ihrer eigenen Ausdehnung sowie durch das Sichauswirken der Verbesserung der Verkehrsmittel in steigendem Maße auch am Exportgeschäft beteiligte, bedeutete das Jahr 1879 den Beginn einer neuen Entwicklungsstufe. In diesem Jahre wurden in 34 anhaltischen Betrieben, die sich mit der Fabrikation von Maschinen befaßten, insgesamt 1 724 Arbeiter beschäftigt. Bei einer im Jahre 1881 vorgenommenen Zählung war die Anzahl der beschäftigten Arbeiter auf 1 892 gestiegen, was einer Vermehrung um nahezu 10 % gleichkommt; die Anzahl der Betriebe hatte sich um 5 vermehrt. Bei der Verteilung der einzelnen Betriebe der damaligen anhaltischen Maschinenindustrie auf die verschiedenen Größenklassen kann man feststellen, daß in jener Zeit in Anhalt der Mittelbetrieb die vorherrschende Betriebsgröße darstellte. Nur 4 Großbetriebe (Sachsenberg, Bamag, Bernburger Maschinenfabrik und Mägdesprunger Eisenhüttenwerk) gab es in der damaligen Zeit, die allerdings zusammen ca. 60 % der gesamten Belegschaft der anhaltischen Maschinen-Industrie, also etwa 1 100 Arbeiter beschäftigten. Dann folgen 8—10 Mittelbetriebe, die jeder 10—50 Arbeiter beschäftigten. Der Rest waren Kleinbetriebe, die über den Rahmen einer handwerksmäßigen Arbeitsstätte nicht hinausreichten.

Die Berichte, die über die Geschäftslage der anhaltischen Maschinenindustrie in den Jahren 1871—1891 Aufschluß geben, zeigen, daß der Beschäftigungsgrad der Maschinenfabriken durchweg günstig genannt werden konnte. Selbstverständlich waren bei der Vielseitigkeit der Beschäftigung in der Maschinenindustrie immer Ausnahmefälle zu verzeichnen.

Der Rückgang der Produktionsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft brachte in den Jahren 1885—1887 eine geringe Verknappung der Aufträge auf landwirtschaftliche Maschinen. Ebenso wirkte sich in den Jahren 1881 und 1883 der Rückgang des Zuckerpreises in einem geringeren Absatz von Maschinen für die Zuckerindustrie aus.

Während die Ursache dieser vorübergehenden Depressionen auf der Abnehmerseite zu suchen war, wurde eine ebenfalls wenig bedeutende Krise in den Maschinenfabriken, die für die chemische Industrie arbeiteten, durch andere Momente verursacht. Wie wir weiter unten sehen werden, war es besonders die chemische Industrie, die in jener Zeit die Gründung verschiedener Maschinenfabriken verursachte. Da diese Betriebe bestrebt waren, mit der überaus schnellen Entwicklung der chemischen Industrie Schritt zu halten, so konnte es nicht ausbleiben, daß bei der in den Jahren 1885—1887 eintretenden vorübergehenden Stockung in dem Entwicklungsgange der chemischen Industrie in den für sie beschäftigten Maschinenfabriken eine Ueberproduktion eintrat, die sich auf die Rentabilität der betreffenden Unternehmen ungünstig auswirkte.

Jedoch bereits im Jahre 1888 sind alle Zeichen irgend welcher schlechten Konjunkturen verschwunden. Das Aufblühen der gesamten anhaltischen Wirtschaft stellte weiter an die Leistungsfähigkeit der Maschinenindustrie steigende Anforderungen, die sich nach außen hin in einer Vermehrung und Vergrößerung der Betriebe sowie ihrer Belegschaft ausdrückte.

Die ungünstige Geschäftslage der Jahre 1885—1887 sowie auch spätere Depressionen wurden von zahlreichen Unternehmungen als eine Auswirkung der durch die Sozialversicherung hervorgerufenen finanziellen Belastung der Industrie angesehen.

Die Gesetze von 1883, 1884—1887 und 1889 brachten die obligatorische Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Für die Krankenkassenbeiträge hatten die Arbeitgeber $^1/_3$ der Gesamtsumme zu leisten; die Mittel zur Invalidenversicherung wurden außer einem Staatszuschuß, der zur Rente gewährt wurde, je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht. Ungleich höher war die Beteiligung der Unternehmer an der Unfallversicherung; diese wurde gänzlich von den Arbeitgebern getragen, die zu diesem Zwecke in Berufsgenossenschaften zusammengeschlossen wurden. Diese wiederum brachten die benötigten Summen im Umlageverfahren auf.

Es wurde nun vielfach von den Unternehmern in damaliger Zeit hervorgehoben, daß die Beiträge, die selbstverständlich bei der Kalkulation der Produktenpreise wieder erscheinen mußten, eine derartige Verteuerung der Waren herbeiführten, daß eine

Konkurrenz gegenüber der beitragsfreien Industrie des Auslande aus diesem Grunde unmöglich sei. Diese Erscheinung trete un so mehr hervor, je größer der Anteil sei, den die Arbeitslöhn an den Gesamtkosten des Produktes ausmachten. Dies ist be vielen Fabrikaten der Maschinenindustrie ja der Fall, wo di Materialkosten hinter die Lohnkosten erheblich zurücktreten Daher wurde auch besonders von den Unternehmern der Maschinen industrie Klage über diese Belastung geführt.

Inwieweit diese Klagen der Berechtigung entbehren ode nicht, ist von zwei Gesichtspunkten aus zu untersuchen.

Rein volkswirtschaftlich betrachtet steht wohl außer Zweife daß die Sozialpolitik der damaligen Zeit in ihren Auswirkunge der deutschen Volkswirtschaft großen Nutzen gebracht ha Besonders trug die Arbeiterversicherung dazu bei, dem Arbeite durch die gewährleistete Sicherung seiner Zukunft erhöhte Lebens und Arbeitsfreude zu bringen. Diese Vorteile kamen selbst verständlich auch wieder dem Unternehmer zugute.

Andererseits mußte die Einführung der Sozialversicherun zu einer Preiserhöhung führen, da sich weder Arbeitgeber noc Arbeitnehmer dazu verstehen konnten, um diese Mehrausgab ihr Einkommen geschmälert zu sehen. Inwieweit diese Erhöhun der Preise sich auswirkte, ist verschiedentlich näher untersuch worden; dabei ist man zur Feststellung gelangt, daß die Renta bilität des einzelnen Unternehmens in erheblicher Weise über haupt nicht beeinträchtigt wird. Heyde*) führt aus: „So bracht die ganze Sozialversicherung in normalen Zeiten nach Herkne eine Erhöhung der Selbstkosten von 1—2, im Höchstfalle abe von 4,5 Prozent, je nach dem Anteil der Löhne an den Selbst kosten, der zwischen 30 und 80 % schwankte.“ Philipovich** betont in seiner Berechnung die Verschiedenartigkeit der Belastun in den einzelnen Industriezweigen. Danach beträgt sie in de chemischen Industrie nur 3,6 % des Gewinnes, im Schiffsba dagegen 32,7 %. Dieses macht tatsächlich an sich eine nich unerhebliche Belastung aus. Bei der Gegenüberstellung der Bei spiele von Herkner und Philipovich erkennt man aus der teil weise recht großen Divergenz der Ergebnisse, daß eine allge meine Berechnung der tatsächlichen Belastung unmöglich is sondern diese für jeden einzelnen Betrieb gesondert durchgeführ werden muß. Die Belastung ist desto empfindlicher, je kleine der Betrieb ist und je mehr das umlaufende Kapital das stehend überwiegt. Da in Anhalt in der damaligen Zeit der Klein- un

*) L. Heyde, Abriß der Sozialpolitik, S. 140.

**) Philipovich, Grundriß der Volkswirtschaftslehre, Bd. II, S. 224.

Mittelbetrieb noch vorherrschend war, so wurde auch die Belastung infolgedessen hier besonders hart empfunden.

Diese Belastung der Industrie durch die Sozialversicherungsbeiträge machte sich jedoch hauptsächlich im Außenhandel gegenüber der ausländischen Konkurrenz bemerkbar. Der Kontrast wurde jedoch insofern gemildert, als auch den Industrien der anderen Länder ähnliche Ausgaben entstanden. Immerhin sind hier in der ersten Zeit nicht unerhebliche Verluste zu verzeichnen gewesen. Die Klagen der heimischen Industrie über allzu starke Belastung zeugen jedoch auch von einer Verkennung des Wertes des Inlandmarktes, auf dem die Folgeerscheinungen der Belastung nicht so kraß zu Tage treten konnten, da die Konkurrenz (sofern es sich nicht auch hier um ausländische Konkurrenz handelte) der gleichen Belastung unterworfen war.

Als Resumé dieses Abschnittes kann gesagt werden, daß die Klagen über die belastende Wirkung der Sozialpolitik bald nachließen, da der gewaltige Aufschwung der nächsten Jahre es der Industrie immer leichter machte, die steigenden Lasten zu tragen.

Spezielle Momente, die in dieser Periode die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie förderten.

Der bedeutende Aufschwung, den das gesamte deutsche Wirtschaftsleben nach dem siegreichen Kriege von 1870/71 durch das Zuströmen gewaltiger Kapitalmassen erfuhr, wirkte sich auch auf das anhaltische Wirtschaftsleben aus. Die einzelnen anhaltischen Wirtschaftszweige, besonders aber die Landwirtschaft sowie die Zuckerindustrie suchten durch ständige Verbesserung ihrer technischen Einrichtungen den erhöhten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe nachzukommen.

Bereits durch diesen starken Maschinenbedarf der nächsten Umgebung wurde die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie in jener Zeit nicht unwesentlich gefördert. Daneben machte sich jedoch damals bereits eine wirtschaftliche Erscheinung bemerkbar, die dem Absatz der anhaltischen Maschinenindustrie einen bestimmten Kurs für die Folgezeit vorschrieb. Es ist dies die typische Bewegungsrichtung des deutschen Maschinenhandels von Westen nach Osten. Da der anhaltischen Maschinenindustrie eine ausgedehnte Schwerindustrie als Grundlage für die Beschaffung der wichtigsten Rohmaterialien, wie Roheisen und Koks für die Gießereien, Walzfabrikate und Stahl für die Werkstätten in nächster Nähe nicht zur Verfügung steht, so ist die anhaltische Maschinenindustrie gezwungen, diese Rohmaterialien aus entfernteren Gegenden zu beziehen. Speziell für die genannten

Rohmaterialien ist das rheinisch-westfälische Industriegebiet die hervorragendste Bezugsquelle der anhaltischen Maschinenindustrie. Diese ist ihrer Entstehung nach zum größten Teil absatzorientiert d. h. sie baut sich auf der Existenz anderer Erwerbszweige auf. Das Bestreben, ihr Absatzgebiet auch über die nächste Umgebung hinaus auszudehnen, veranlaßte die anhaltische Maschinenindustrie, neue Absatzgebiete zu suchen. Da sich an der Peripherie der westlichen Schwerindustrie auch eine wirtschaftlich starke Maschinenindustrie gebildet hatte, so war der anhaltischen Maschinenindustrie der Absatzmarkt im Westen so gut wie verschlossen. Die doppelten Transportkosten, die der anhaltischen Maschinenindustrie einerseits durch den Transport des Rohmaterials, andererseits durch die Versendung der Fertigfabrikate entstanden und die die westdeutsche Maschinenindustrie überhaupt nicht oder nur im geringeren Umfange hatte, verteuerten die anhaltischen Produkte derart, daß an ein Konkurrieren mit der westdeutschen Maschinenindustrie auf dem westlichen Inlandsmarkt nicht zu denken war. Die anhaltische Maschinenindustrie war daher gezwungen, ihren Absatzmarkt nach Osten und Nordosten auszudehnen. Hierin wurde sie besonders durch ihre überaus günstige zentrale Verkehrslage unterstützt. Die Rohstoffe aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die in Anhalt zu Fertigfabrikaten verarbeitet nach Ostdeutschland, Rußland und Skandinavien versandt wurden, machten keine nennenswerten Umwege auf ihrem Transport, die zu einer Verteuerung der Produkte hätten führen müssen. Tatsächlich ist der Osten und Skandinavien das Hauptabsatzgebiet für den anhaltischen Maschinenhandel nach dem Auslande geworden.

Kehren wir in unseren Betrachtungen nach Anhalt selbst zurück, so finden wir, daß in jener Zeit besonders der aufkommende Bergbau die Entstehung und Entwicklung zahlreicher Maschinenfabriken gefördert und entwickelt hat.

Die eigentliche Begründung und hauptsächlichste Entwicklung des Braunkohlenbergbaus fällt, wie vorher beschrieben, bereits in die Jahre 1850—1860. In den ersten Jahrzehnten wurde die Kohle zumeist als Rohkohle zur Dampfkesselbefeuerung verkauft. Mit zunehmender Bedeutung der Braunkohle für den Hausbrand ging man dazu über, die unförmige Rohkohle durch Brikettierung für die Oefenfeuerung geeigneter zu machen. Damit setzte ein erhöhter Maschinenbedarf der Kohlenzechen ein, da nicht allein Brikettpressen und Trockenanlagen benötigt wurden, sondern auch Sieb- und Transportanlagen angeschafft werden mußten, die die geeignete Rohkohle zu sortieren und an den Ort ihrer Verarbeitung zu schaffen hatten.

Wenn auch kein Unternehmen in Anhalt sich direkt auf dem Maschinenbedarf des Braunkohlenbergbaus neu aufbaute, so wurde doch von mehreren Firmen, die ja damals noch fast alle den allgemeinen Maschinenbau pflegten, auch der Bedarf der Braunkohlenzechen in das Fabrikationsprogramm aufgenommen. Die vollkommene Würdigung der Braunkohlenvorkommen für industrielle Zwecke blieb noch einer späteren Zeit vorbehalten.

Von weit größerer Bedeutung für das anhaltische Wirtschaftsleben wurde der aufkommende Salzbergbau im Nordwesten Anhalts.

Der Beginn der bergmännischen Förderung, der in Anhalt im Jahre 1862 einsetzte, ist bereits an anderer Stelle dieser Arbeit dargestellt worden. Mit welcher Intensität sich die Entwicklung des Salzbergbaus vollzog, wird am besten durch die Bevölkerungszahlen der Stadt Leopoldshall, des Zentrums des anhaltischen Salzbergbaus illustriert. Im Jahre 1856 als Einzelwerk (Saline) entstanden, zählte Leopoldshall im Jahre 1861 nur erst 39 Einwohner. Zehn Jahre später, im Jahre 1871, war diese Zahl bereits auf 1 400 gestiegen, um in steter Ausdehnung im Jahre 1900 7 221 Bewohner zu erreichen.

Der Hauptwert der geförderten Kalisalze liegt in ihrer Verwendung als künstliche Düngemittel für die Landwirtschaft. Die erhöhte Verwendung künstlichen Düngers, darunter besonders des Kalis, ist nicht an letzter Stelle die Ursache dafür gewesen, daß sich die Erträge der deutschen Landwirtschaft in der Zeit von 1880—1913 nahezu verdoppelten.

Auf der Kaliförderung baute sich eine bedeutende chemische Industrie auf, die die Kalisalze zu hochprozentigen Düngemitteln — Chlorkalium und schwefelsaures Kali — umgestaltete und fernerhin sich der Erzeugung von Kalilauge, Pottasche, Kaliseifen sowie zahlreicher Präparate für photographische, färberische und pharmazeutische Zwecke widmete.

Die chemische Industrie hat sich nächst der Maschinenindustrie zu dem bedeutendsten Industriezweige der anhaltischen Wirtschaft entwickelt.

*) Im	Jahre	1879	beschäftigte	sie	1 340	Arbeiter
„	„	1900	„	„	3 687	„
„	„	1913	„	„	4 242	„
„	„	1926	„	„	6 583	„

Zeigt schon die starke Vermehrung der Arbeiterzahlen den bedeutenden Aufschwung der chemischen Industrie in Anhalt,

*) Berichte der anh. Gewerbeinspektion. Jahrg. 1879, 1900, 1913, 1926.

so darf man weiterhin nicht übersehen, daß speziell in der chemischen Industrie die Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch maschinelle von Jahr zu Jahr in steigendem Maße erfolgreich erstrebt wurde. Die Durchführung solcher Maßnahmen rief ihrerseits wiederum einen stärkeren Verbrauch an Maschinen hervor, der zusammen mit der Einrichtung neuer Maschinen überhaupt die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie ganz bedeutend förderte.

Entsprechend der Lage der Salzlager waren es in erster Linie die im Kreise Bernburg gelegenen Betriebe, die die junge chemische Industrie mit Apparaten und maschinellen Einrichtungen versorgten. Im Jahre 1879 entfielen auf den Kreis Bernburg 36 % aller in der anhaltischen Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiter. Die meisten Betriebe in den Städten Leopoldshall, Bernburg und Nienburg stellten sich derartig auf die Produktion für die chemische Industrie ein, daß sofort eine Ueberproduktion vorhanden war, als in den Jahren 1882 und 1887 eine zeitweilige Sättigung des Maschinenbedarfs der chemischen Industrie eintrat. Diese Erscheinungen waren bei dem weiteren Aufschwung der chemischen Industrie jedoch nur vorübergehend; ihre Entwicklung war im allgemeinen derart kontinuierlich, daß sie mit ihren Aufträgen bis zur Gegenwart eine der Hauptgrundlagen des anhaltischen Maschinenbaues geblieben ist.

War im Kreise Bernburg die chemische Industrie damals der maßgebende Faktor für die Entwicklung der Maschinenindustrie, so erfüllte in der Stadt Dessau ein anderes wirtschaftliches Moment zu jener Zeit die gleiche Aufgabe. Es ist dies die Gründung und Entwicklung der Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft (D. C. G. G.).

Die D. C. G. G. wurde am 12. III. 1855 mit dem Sitz in Dessau gegründet. Ursprünglich sollte der Sitz der Gesellschaft nach Magdeburg gelegt werden; jedoch verhinderten Schwierigkeiten in der Konzessionserlangung seitens der preußischen Regierung die Ausführung dieses Planes.

In Dessau war es der Präsident Nuland der Anhalt-Dessauischen Landesbank, der zuerst die Anregung zur Gründung einer Gas-Gesellschaft gab. Die Ausführung des Gedankens geschah durch den Regierungs- und Baurat von Unruh, der auch nach erfolgter Gründung an die Spitze des Unternehmens trat; nach ihm übernahm kurze Zeit später Wilhelm Oechelhäuser als alleiniger Direktor die Leitung der Gesellschaft. Die D.C.G.G. stellte es sich zur Aufgabe, die seit dem Jahre 1826 von einer englischen Gesellschaft eingeführte Gasbeleuchtung in einer Reihe von Städten des In- und Auslandes einzuführen und zu betreiben.

Sie befaßte sich also mit dem Bau und Betrieb von Gasanstalten. Die Organisation war an sich sehr einfach, als nämlich in den verschiedenen Städten Gasanstalten betrieben wurden, deren Leitung im weitgehenden Maße selbständig war und lediglich dem Zentralbüro in Dessau allmonatliche Rechenschaftsberichte einzusenden hatte. Die Errichtung der Gasanstalten geschah auf Grund von Beleuchtungsverträgen, die die D.C.G.G. mit den einzelnen Stadtverwaltungen abschloß.

Die Entwicklung der D.C.G.G. ging mit schnellen Schritten vorwärts; im Jahre 1858 arbeitete sie bereits mit 13 Gasanstalten. Diese Zahl wuchs bis zum Jahre 1880 auf 18 Anstalten. Die Anzahl der Beamten und Arbeiter belief sich im Jahre 1880 auf 821 Personen; im Jahre 1905 wurden 3 242 Personen in 19 Gasanstalten, einem Elektrizitätswerk, der Zentralwerkstatt sowie einer chemischen Fabrik in Warschau beschäftigt.

Gegründet wurde die Gesellschaft als Aktien-Gesellschaft mit einem Kapital von 500 000 Talern; im Jahre 1905 betrug der Buchwert sämtlicher Anlagen rund 50 Millionen Mark.

Unter der Leitung der beiden Oechelhäuser — Vater und Sohn — hat sich die Deutsche Continentale Gas-Gesellschaft zu einem der ersten Unternehmen Deutschlands entwickelt.

Der große Einfluß der D.C.G.G. auf die gesamte anhaltische Wirtschaft, besonders aber auf die Entwicklung der Dessauischen Maschinenindustrie ist ganz unverkennbar; weitaus die meisten Großbetriebe Dessaus verdanken — wenn auch zuweilen indirekt — der D.C.G.G. ihre Entstehung. In erster Linie sind hier die jetzigen Askania-Werke, vormals Zentralwerkstatt, A.-G., Dessau zu nennen.

Zur Zeit der Gründung der D.C.G.G. war die deutsche Gasindustrie bezüglich der von ihr verwendeten Apparate gänzlich von der englischen Industrie abhängig. Besonders die benötigten Gasmeßapparate wurden ausnahmslos aus England bezogen; auch Reparaturen an den Gasmessern wurden nur in England vorgenommen. Eine Veränderung dieser Sachlage trat erst ein, als durch ein Gesetz vom 17. August 1868 bestimmt wurde, daß sämtliche vorhandenen Gasmesser allmählich auf Kubikmetermaß umgestellt werden müßten. Da man einsah, daß die Einsendung aller Gasmesser nach ausländischen Reparaturwerkstätten ziemlich langwierig und auch viel zu kostspielig sein würde, entschloß man sich zur Anlage einer eigenen Reparaturwerkstätte, die im Jahre 1872 errichtet wurde. Ihr Umfang war zunächst recht unbedeutend; mit einem Meister und zwei Gehilfen wurden die Umänderungen an den Gasmessern ausgeführt. Als sich die Zahl der Umänderungen von Jahr zu Jahr verminderte, entschloß man sich, da die notwendigen Werk-

statteinrichtungen einmal vorhanden waren, zum Bau neuer Gasmesser. Nach mehrmaligem räumlichen Wechsel der Werkstätte wurde diese nach einem Gelände am Wörlitzer Bahnhofe verlegt.

Neben der Herstellung von Gasmessern befaßte sich die Zentralwerkstatt, wie der Betrieb jetzt genannt wurde, bereits frühzeitig mit der Herstellung aller Arten von Gegenständen für den Gasbedarf. Schlauchtüllen, messingne Fittings, einfache Beleuchtungsgegenstände, Straßenkandelaber u. a. m. wurden in das Fabrikationsprogramm aufgenommen.

Im Jahre 1886 wurde der Zentralwerkstatt eine weitere Abteilung angegliedert, die zur Hauptsache Warmwasser-, Heiz- und Kochapparate herstellte. Der Betrieb vergrößerte sich mit jedem Jahre und beschäftigte am Ende der 80er Jahre bereits ca. 200 Arbeiter.

Ein anderes Unternehmen, dessen Entwicklung in weitgehendem Maße auf die Tätigkeit der D.C.G.G. zurückzuführen ist, ist die Berlin-Anhaltische Maschinenbau Aktiengesellschaft (Bamag).

Das Bestreben der D.C.G.G., nicht nur alle Apparate, die für den Gasverbrauch benötigt wurden, selbst herzustellen, sondern auch den Bau ganzer Gaswerkseinrichtungen in Deutschland zu betreiben, ließ den Wunsch aufkommen, diese in eigener Werkstatt zu fabrizieren. Dieser Gedanke ist nicht zur Ausführung gelangt, dagegen bildete sich unter der Firma Berlin-Anhaltische Maschinenbau, A.-G., ein Unternehmen, das die Fabrikanlagen einer kleinen Nagelfabrik, die sich bis dahin mit der Herstellung von Kleineisenzeug befaßt hatte, übernahm. Diesem Unternehmen trat nach seiner im Jahre 1872 erfolgten Gründung auch der Generaldirektor der D. C. G. G. Wilhelm Oechelhäuser als Aktionär und Aufsichtsrat bei. Durch zahlreiche Aufträge, die Oechelhäuser dem jungen Unternehmen verschaffte, entwickelte sich die Bamag bald zu einem bedeutenden Unternehmen, das anfangs hauptsächlich die Herstellung ganzer Gaswerkseinrichtungen betrieb. Die Fabrikation wurde späterhin weitgehend ausgedehnt. Eine Erfindung Wilhelm von Oechelhäusers jun. — nämlich der Dessauer Umlaufregler — wurde von der Bamag erstmalig gebaut; später wurde seine Herstellung im Großen aufgenommen.

Bei der Errichtung der ersten elektrischen Zentralstation in Dessau suchte man eine Ueberbrückung des Wettbewerbs zwischen der älteren Gasindustrie und der neuaufkommenden Elektrotechnik dadurch herbeizuführen, daß man die Erzeugung der Elektrizität durch Gasmaschinen durchzuführen suchte. Die Schwierigkeit bei der Ausführung dieses Planes zeigte sich in

der geringen Maschinengröße (60 PS.) der zur Verfügung stehenden Maschine. W. v. Oechelhäuser ging nun in der nächsten Zeit daran, eine Großgasmaschine mit weit höherer Leistungsfähigkeit zu konstruieren. Da er in seinen Versuchen durch seine hauptamtliche Tätigkeit als Generaldirektor der D. C. G. G. oftmals durch Zeitmangel gehemmt wurde, so wandte er sich an den durch seine Forschungen im Gasfach bekannten Professor Dr. Adolf Slaby mit der Bitte, ihm einen geeigneten Ingenieur zuzuweisen, der ihm bei seinen Versuchen als Mitarbeiter behilflich sein sollte. Professor Slaby empfahl seinen Assistenten Herrn Hugo Junkers, der seit Oktober 1888 sich an den weiteren Versuchen beteiligte. Die ersten Ausführungen des von v. Oechelhäuser und Junkers konstruierten Gasmotors wurden in den Werkstätten der Bamag gebaut. Bei diesen Versuchen an der Großgasmaschine, deren Antrieb damals noch mit Leuchtgas erfolgen sollte*), stellte sich mehr und mehr der Mangel eines geeigneten Instrumentes zur schnellen Messung und Ermittlung der Qualität des jeweiligen Gasgemisches heraus. Man war noch auf eine Probeentnahme und spätere Analyse des Gases angewiesen. Diese Schwierigkeiten beseitigte Hugo Junkers durch die überaus geistvolle Erfindung des Kalorimeters, eines an sich in seiner Handhabung sehr einfachen und deshalb durchaus brauchbaren Apparates. Dieses Wasserstromkalorimeter, das eine fortlaufende Heizwertbestimmung des Gases ermöglichte, wurde von Junkers erstmalig im Jahre 1892 konstruiert.

Junkers, der bereits seit dem Jahre 1890 als selbständiger Civilingenieur an den Versuchen beteiligt war, gründete im Jahre 1895 ein eigenes Werk zum Bau von Kalorimetern, die nach ihrer Erfindung bald ganz allgemein von Gas verwendenden Betrieben eingeführt wurden. Aus diesem Kalorimeterwerk, das mit etwa 5 Arbeitern eröffnet wurde, haben sich die heute weltbekannten Junkers Werke entwickelt, deren nähere Darstellung einem späteren Kapitel vorbehalten ist.

*) Die Versuche v. Oechelhäusers und Junkers schlossen im Jahre 1894 mit der Konstruktion einer 180 PS. starken Großgasmaschine ab; die bisherige stärkste Maschine leistete 60 PS in Zwillingsmotoren mit je 30 Pferdekräften pro Cylinder. Nach Erfindung des Auer'schen Gasglühlichtes stellte sich jedoch die Verwendung des Steinkohlengases (Leuchtgas) als Krafterzeugungsmittel als zu teuer heraus. Die wirklich rentable Verwendung von Großgasmaschinen ergab sich daher erst mit dem Zeitpunkt, als die Technik es ermöglichte, die Hochofengase, die man bis dahin unverbraucht hatte entweichen lassen, der Wirtschaft nutzbar zu machen. Die wieder aufgenommenen Versuche v. Oechelhäusers förderten schließlich seine Bestrebungen so weit, daß bereits im Jahre 1898 ein Großgasmotor mit einer Leistungsfähigkeit von 300 PS in einem Cylinder gebaut werden konnte. Im Jahre 1906 wurde endlich auf diesem Gebiet die Höchstleistung mit der Borsig-Maschine (1800 PS auf einem Cylinder) erreicht.

Das Bestreben der D. C. G. G. ging dahin, ihren Absatz an Gas ständig zu steigern; alle dahinzielenden Erfindungen und Neuerungen wurden daher von ihr aufgegriffen und weitgehendst gefördert.

Unter diesem Gesichtspunkt erfolgte zusammen mit der Gas-Traktion London und der Gasmotorenfabrik Deutz die Gründung der Dessauer Straßenbahn-Gesellschaft. Diese beruhte auf der Erfindung des Gasmotorwagens durch Lühring, einem ehemaligen Bergmann. Um den Bau solcher Gasmotorwagen und Gaslokomotiven durchzuführen, gründete man im Jahre 1895 die Deutsche Gasbahngesellschaft m. b. H.

Man ging von der begründeten Voraussetzung aus, daß die Stadtverwaltungen die Anlage von Oberleitungen für elektrische Straßenbahnen wegen der damit verbundenen Gefahr und auch wegen der unschönen Wirkung im Straßenbild nicht gestatten würden. Diese Annahme, die auf einer tatsächlich durchgeführten Maßnahme der New-Yorker Stadtverwaltung beruhte, schlug fehl. Die Gasbahn mußte in der Folgezeit die technische und wirtschaftliche Ueberlegenheit der elektrischen Straßenbahnanlagen anerkennen. Der Bau von Gasmotorwagen, den die Gasbahn-Gesellschaft in den Jahren 1896—1899 betrieben hatte, mußte eingestellt werden. Da die Werkanlagen vorhanden waren und nicht ungenutzt gelassen werden konnten, wurde die Fabrikation auf Eisenbahnwagen aller Arten umgestellt. Der Name der Gesellschaft wurde in „Dessauer Waggon-Fabrik, G. m. b. H." umgeändert.

Wenn auch die Beziehungen zwischen der D. C. G. G. und den genannten Betrieben der anhaltischen Maschinenindustrie sich immer mehr lockerten, so ist nach dem Gesagten der große Einfluß der Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft auf die Entstehung der Dessauer Maschinenindustrie keinesfalls zu verkennen. Neben zahlreichen anderen wirtschaftlichen Faktoren, die die Fortentwicklung der genannten Werke begünstigte, ist der günstige Einfluß der D. C. G. G. noch lange zu bemerken gewesen.

Gründung und Fortentwicklung einzelner Werke in dieser Periode.

Nach wie vor blieb auch in dieser Periode die anhaltische Landwirtschaft einer der Hauptabnehmer der einheimischen Maschinenindustrie. Abgesehen von einigen kleineren Werken in Bernburg und Köthen erhielt jedoch dieser Zweig der anhaltischen Maschinenindustrie keinen nennenswerten Zuwachs. Es machte sich im Gegensatz die Tendenz bemerkbar, daß zahlreiche Maschinenfabriken, die zum Bau landwirtschaftlicher

Maschinen errichtet waren, sich der Produktion anderer Fabrikate zuwandten; die übrigen, die bei ihrer bisherigen Fabrikation beharrten, beschränkten sich nun gänzlich auf die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen, um so der erhöhten Nachfrage gerecht werden zu können.

Auch in der Zuckerindustrie blieb in dieser Periode die Nachfrage nach maschinellen Einrichtungen recht lebhaft. Wenn auch die Neueinrichtung von Zuckerfabriken fast gänzlich aufhörte, so sahen sich doch zahlreiche bereits bestehende Zuckerfabriken genötigt, ihre den zeitgemäßen Ansprüchen nicht mehr genügenden Anlagen vollständig umzubauen. Es ist bereits gezeigt worden, welchen Anteil hieran die Maschinenfabriken von Dinglinger in Köthen, Hallstroem in Nienburg und die Bernburger Maschinenfabrik hatten. Auch in dieser Periode widmeten sich diese Firmen, die sich mehr und mehr zu Großbetrieben entwickelten, in erster Linie weiterhin der Herstellung von Zuckerfabrikseinrichtungen.

Zu diesen bereits bestehenden Firmen gesellte sich zu jener Zeit in Köthen ein weiterer Betrieb, der sich mit der gleichen Fabrikation befaßte.

Es ist dies die Maschinen- und Werkzeugfabrik von August Paschen.

Der Gründer der Firma arbeitete als gelernter Messerschmied in einer Fabrik, die maschinelle Einrichtungen, besonders aber solche für Zuckerfabriken, herstellte. Die damalige Fabrikation benötigte dazu Reibeblätter, die in unvollkommener Ausrüstung aus Westfalen bezogen wurden. Paschen erkannte den Mangel dieser Fabrikate und faßte den Plan, diese in besserer Ausführung selbst zu fabrizieren. Er errichtete also im Jahre 1863 eine eigene kleine Werkstätte, die durch ihre mustergültige Arbeit ihren Namen und Ruf bald so bekannt machte, daß sich eine Vergrößerung des Betriebes als nötig erwies. Eine Veränderung im Arbeitsbetriebe der Zuckerfabrikation brachte mit der Einführung von Diffusionen den Ersatz der Reibeblätter durch Schnitzelmesser. Diese für das junge Unternehmen nicht gefahrlose Krise wurde jedoch durch rechtzeitige Umstellung der Fabrikation überwunden. Die Fabrik befand sich zuerst in der Bernburger-Straße, dann in der Heinrich-Straße; im Anfange der 90er Jahre wurde die heutige Fabrik auf dem Gelände an der Eisenbahn errichtet; mehrere Jahre später wurde eine eigene Eisengießerei angegliedert.

Gleichzeitig damit wurde die Fabrikation erweitert auf Schnitzelmaschinen und Transportanlagen für Rübenschnitzel, Rüben und Zucker.

Auch in Bernburg entstand im Anfang der 70er Jahre in der Firma H. Keilmann's Erben ein Betrieb, der sich in erster Linie mit der Einrichtung von Zuckerfabriken befaßte. Eine eigene Kesselschmiede stellte Dampfkessel her, die mit Feuerungen ausgestattet wurden, die speziell für Zuckerfabriken geeignet waren. Die Firma beschäftigte im Jahre 1890 5 Angestellte und 104 Arbeiter. Ihr Hauptabsatzgebiet war die Umgegend, daneben wurde auch das übrige Deutschland und Oesterreich beliefert.

Da die Fabrik mitten in der Stadt gelegen war, war ihr somit jede Ausdehnungsmöglichkeit genommen. Der Betrieb veraltete dadurch und wurde im Jahre 1901 völlig stillgelegt. Das Fabrikgelände wurde als Baustellen sehr günstig verkauft; ebenso wurden die zahlreichen Patente veräußert.

In diesem Zusammenhang sind noch zwei weitere Betriebe zu nennen, die sich mit der Herstellung von Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie befaßten.

Die Maschinenfabrik von C. Meinecke sen. wurde im Jahre 1869 in Zerbst gegründet. Der Gründer der Firma hatte in dem Bau von Bäckereimaschinen aller Art bereits große Erfahrungen gesammelt und auch selbst einige neue Erfindungen gemacht. Neben den Bäckereimaschinen wurde später der Bau von Mischmaschinen für die Farben- und chemische Industrie aufgenommen. Der Betrieb ging in der vorliegenden Periode nicht über einen handwerksmäßigen Umfang hinaus.

Von diesem Unternehmen zweigte sich im Jahre 1889 ein völlig selbständiges Unternehmen ab, das von zwei Söhnen des C. Meinecke unter der Firma Gebr. Meinecke, Zerbst, als offene Handelsgesellschaft gegründet wurde. Das jüngere Unternehmen war zunächst ein reines Konkurrenzunternehmen des älteren, d. h. es widmete sich dem gleichen Fabrikationszweige. Auch seine Ausdehnung ist erst in einer späteren Periode über den handwerksmäßigen Werkstattbetrieb gewachsen.

Mit der Herstellung von Maschinen für die Braunkohlenindustrie befaßten sich neben ihrer übrigen Fabrikation hauptsächlich die bereits genannten Firmen Bäntsch und Behrens, Sandersleben, Bernburger Maschinenfabrik und die Nienburger Maschinenfabrik A.-G.

Bäntsch und Behrens konstruierten in erster Linie Fördermaschinen, in deren Bau die Firma bereits durch ihre Lieferungen an die Mansfelder Gewerkschaft Erfahrungen besaß; während die beiden anderen Betriebe Brikettpressen, Trockenanlagen und Kokereiausrüstungen fabrizierten.

Daneben wurden besonders von der Raguhner Maschinenindustrie gelochte Bleche und Metallsiebe für Sortiermaschinen

geliefert und zahlreiche andere Betriebe befaßten sich mit der Herstellung der nötigen Transportanlagen.

Weit größeren Maschinenbedarf rief das Aufkommen des Kalibergbaus sowie der sich darauf aufbauenden chemischen Industrie hervor. Von den bereits genannten Betrieben waren es L. Keßler & Sohn in Bernburg sowie L. Bäntsch und Behrens in Sandersleben, die ihre Fabrikation schnell den neuen Anforderungen anzupassen wußten. Indes erforderte der überaus große Bedarf an Apparaten und die damit verbundenen unvermeidlichen Reparaturen eine möglichst im Zentrum des Salzbergbaus, also in Leopoldshall-Staßfurt gelegene Maschinenindustrie.

In Erkenntnis dieser Erfordernisse gründete F. Fiedler bereits im Jahre 1863 im Süden von Leopoldshall eine Maschinenfabrik.

In erster Linie führte das junge Unternehmen Rohkesselschmiedearbeiten für die Kaliindustrie aus. Die Maschinenfabrik stellte auf Grund zahlreicher Patente Laugenvorwärmer, Salzausräumer und andere für die Kaliförderung und Bearbeitung notwendige Apparate her.

Mit der Zeit jedoch ließ der Absatz an Apparaten für die Kaliindustrie nach. Dies war einerseits darauf zurückzuführen, daß die Besitzverhältnisse in der Kaliindustrie sich änderten und die neuen Besitzer ihren Maschinenbedarf in Betrieben eindeckten, mit denen sie durch eine Interessengemeinschaft verbunden waren. Andererseits war der technische Prozeß der Kaliförderung und -aufarbeitung wesentlich vereinfacht, so daß auch an sich weniger Apparate benötigt wurden. Das Werk wandte sich darauf mehr der Herstellung chemischer Apparate zu. Zur Zeit der Gründung wurden von F. Fiedler ca. 70—80 Arbeiter beschäftigt.

Ebenfalls lebhaft tätig für die Kaliindustrie war die im Jahre 1887 von A. Lück in Leopoldshall gegründete Werkstätte. Sie befaßte sich vornehmlich mit dem Bau von Wagen. Ihre Spezialität waren Förderwagen für die Kaliwerke, von denen die Firma im Laufe ihres Bestehens über 10 000 Stück angefertigt hat. Daneben widmete sich das Unternehmen auch dem allgemeinen Maschinenbau und stellte besonders Apparate für die chemische Industrie her.

Die Ausdehnung des Betriebes war bis zum Jahre 1899 sehr gering; erst in dieser Zeit erfolgte die Uebersiedelung in das heutige Fabrikgebäude, in dem bis dahin eine Knochenmehlfabrik betrieben worden war.

In Bernburg war es die Sächsisch-Anhaltische Armaturenfabrik, A.-G., die ihre Fabrikation auf den Bedarf der chemischen Industrie einstellte.

Die Firma wurde von Otto Zierau im Jahre 1866 gegründet zum Zwecke der Herstellung künstlicher Kohlensäure. Aus unbekannten Gründen ging Zierau bald danach zur Herstellung von Armaturen über; es ist jedoch anzunehmen, daß in diesem Falle die nach 1870 stark einsetzende Nachfrage seitens der chemischen Industrie nach Fabrikaten aus säurefesten Metallen der Grund für die Fabrikationsumstellung des Zierau'schen Betriebes gewesen ist.

Anfangs wandte sich Zierau hauptsächlich der Herstellung von Hartblei-Armaturen zu, da dieses Metall für den Gebrauch in chemischen Betrieben am geeignetsten ist. Später gliederte man die Anfertigung von Armaturen aus anderen Metallen wie Rotguß und Messing an, die zum Apparatebau für Brauereien und Brennereien verwendet wurden.

Ein weiteres Unternehmen, daß seine Entwicklung im wesentlichen dem Maschinenbedarf der chemischen Industrie verdankt, ist die Dampfkesselfabrik von Gellendien & Haffner, Bernburg a. S.

Sie wurde im Jahre 1889 als offene Handelsgesellschaft gegründet und entwickelte sich bald zu einem bedeutenden Unternehmen. Im Jahre 1890 umfaßte der Gesamtbetrieb drei Abteilungen: 1. Dampfkessel- und Apparatebau. 2. Konstruktionswerkstatt. 3. Blechschweißerei und Röhrenfabrikation.

Ursprünglich war der Dampfkesselbau das Hauptfabrikationsgebiet der Firma; späterhin wandte sie sich jedoch, hervorgerufen durch das Aufblühen der Solvay-Werke in immer steigendem Maße der Herstellung chemischer Apparate zu. Das Hauptabsatzgebiet blieb zunächst noch die engere Umgebung.

In diesem Zusammenhang sei noch ein kleinerer Betrieb erwähnt, der sich in erster Linie mit der Herstellung von Dampfkesseln aller Art befaßte. Es ist die Dampfkesselfabrik von Franz Kurth in Köthen, deren Gründung in das Jahr 1872 entfällt.

Neben dem Bau und der Reparatur von Dampfkesseln befaßte sich die Firma noch mit anderen Kesselschmiedearbeiten wie der Herstellung von Behältern für die chemische, Zucker- und Papierindustrie. Die Fabrik beschäftigte um 1890 ca. 60 Arbeiter.

Die Maschinenversorgung eines besonderen Zweiges der chemischen Industrie, nämlich der Zementfabriken, stellte sich die bereits genannte Maschinenfabrik von G. Polysius in Dessau zur Aufgabe. Nachdem die Fabriksanlagen im Jahre 1870 erweitert waren, wurde die bereits (auf S. 54) dargestellte Fabrikation

zunächst auch weiterhin betrieben. Im Jahre 1886 starb der Gründer Gottfried Polysius; die Firma übernahm sein ältester Sohn Otto Polysius zunächst allein, bis im Jahre 1896 auch der zweite Sohn Max Polysius in die Firma eintrat. Im Jahre 1886 beschäftigte die Firma ca. 80 Arbeiter; im gleichen Jahre wurde dann die Fabrikation von Transmissionen, Zerkleinerungsmaschinen und Maschinen für die Zementindustrie neu aufgenommen. Diese Erweiterung des Fabrikationsprogrammes war die Grundlage für eine äußerst günstige Fortentwicklung der Maschinenfabrik von G. Polysius. Welche Ausmaße diese Entwicklung besonders in den Jahrzehnten vor dem Kriege genommen hat, soll in einem späteren Abschnitt gezeigt werden.

Obgleich die anhaltische Papierindustrie trotz äußerst günstiger Vorbedingungen über eine lokale Bedeutung nicht hinausgelangt ist, findet man in Anhalt doch mehrere Maschinenfabriken, die sich mit dem Bau von Papiermaschinen oder der Herstellung der dazu benötigten Halbzeuge befassen.

Wir haben bisher gesehen, daß die Maschinenindustrie in erster Linie absatzorientiert ist, d. h. der Maschinenbedarf eines aufblühenden Wirtschaftszweiges ruft in dem gleichen Gebiet die Gründung neuer Maschinenfabriken hervor und gewährleistet bei eigener günstiger Fortentwicklung die Existenz und den Ausbau der neugegründeten Betriebe.

Der geringe Umfang der anhaltischen Papierindustrie konnte nicht in der Lage sein, als grundlegender Faktor für das Entstehen einer entsprechenden Maschinenindustrie Bedeutung zu gewinnen. Tatsächlich führen die Betriebe, die sich jetzt mit dem Papiermaschinenbau befassen, ihre Entstehung auf andere Ursachen, wie allgemeinen Maschinenbau, Bau von landwirtschaftlichen Maschinen u. a. m. zurück.

Da die deutsche Papierindustrie sich im Gegensatz zu zahlreichen anderen Industriezweigen nicht in bestimmten Gebieten konzentriert, sondern ihre Betriebe überall über Deutschland verstreut zu finden sind, so mußte für die örtliche Verteilung des betreffenden Maschinenbaus der Zwang einer Konsumorientierung wegfallen, um so mehr, als die Hochwertigkeit der Erzeugnisse des Papiermaschinenbaus in den meisten Fällen auch eine zusätzliche Transportbelastung kompensieren konnte. Es kamen also für die Entwicklung des Papiermaschinenbaus günstige oder ungünstige Standortsbedingungen weniger in Frage als vielmehr andere Momente wie der Besitz guter Patente, technische Vollkommenheit und last not least persönlicher Unternehmungsgeist.

In Anhalt sind es hauptsächlich die Maschinenfabriken von Wagner & Co. in Cöthen und Ph. Nebrich, Cöthen, die sich mit dem Papiermaschinenbau befassen.

Die Maschinenfabrik von Wagner & Co. war, wie wir bereits (S. 50) gesehen haben, ursprünglich als ein Betrieb zum Bau landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte eingerichtet. Da Betriebe, die den allgemeinen Maschinenbau pflegten, im Bau von landwirtschaftlichen Maschinen, hervorgerufen durch die wachsende Konkurrenz, keine befriedigenden Ergebnisse mehr erzielen konnten, stellte man das Fabrikationsprogramm um. Bereits um das Jahr 1870 baute Wagner & Co. Anlagen und Apparate für die Papierindustrie. So war z. B. im Jahre 1873 die Firma auf der Wiener Weltausstellung mit einem Holländer erfolgreich vertreten. Nachdem durch die Entdeckung des Celluloseverfahrens, durch Professor Dr. Mitscherlich in München der Papierindustrie eine neue erweiterte Grundlage gegeben war, konnte Wagner & Co. sein Fabrikationsprogramm in dieser Richtung mehr und mehr erweitern, so daß man schließlich die Herstellung ganzer Einrichtungen für Papier- und Cellulosefabriken übernahm. Daneben behielt man den allgemeinen Maschinenbau bei und nahm weiterhin nach Errichtung einer Kesselschmiede in den 70er Jahren auch noch die Fabrikation von Dampfkesseln und Dampfmaschinen auf.

Die Fabrik befand sich in dieser Periode noch im Besitz der Familie Wagner, deren Mitglieder Rudolf und Hartwig Wagner die technische und kaufmännische Leitung in Händen hatten. Im Jahre 1891 wurde die Firma in eine Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 500 000 Mk. umgewandelt. Im Jahre 1888 betrug die Belegschaft ca. 120 Arbeiter; die Hochkonjunktur des folgenden Jahres erforderte eine Erhöhung der Belegschaft, die im Jahre 1890 sich bereits auf 180 Arbeiter belief.

Ein anderer kleinerer Betrieb in Cöthen befaßte sich mit den gleichen Fabrikationsobjekten.

Es ist dies die Maschinenfabrik von Reinecke & Jasper, G. m. b. H.

Das Unternehmen wurde im Jahre 1872 gegründet. Zahlreiche Patente bildeten die Grundlage des kleinen Betriebes, der ebenso wie Wagner & Co. in erster Linie Apparate für Papier-, Cellulose- und Holzstoff-Fabriken anfertigte. Obwohl die Arbeit des Betriebes durchaus erfolgreich war, ging die Firma durch persönliche Unstimmigkeiten ihrer Inhaber zugrunde. Im Jahre 1913 erwarb der hessische Kommerzienrat Ph. Nebrich die Fabrikanlagen, in denen nach dem Kriege der Betrieb wieder neu aufgenommen wurde.

Eng verbunden mit der Papiermaschinenindustrie ist die Metalltuchindustrie, die in Anhalt speziell in Raguhn (Kreis Dessau) mit mehreren Betrieben vertreten ist.

In Raguhn stand in früherer Zeit die Tuchweberei in hoher Blüte; noch zu Anfang des Jahrhunderts waren nach Siebigk*) allein in der Stadt Raguhn 56 Meister mit etwa 100 Gesellen und 250 Arbeitern in diesem Handwerk beschäftigt. Die Raguhner Tuche, bekannt durch ihre Qualität, fanden auf den inländischen Messen und Märkten guten Absatz. Die preußische Zollsperre, die Anhalt vor seinem Eintritt in den Zollverein umgab, vernichtete diese blühende Industrie, da sich inzwischen die thüringische und vogtländische Textilindustrie die früher anhaltischen Absatzgebiete zum größten Teile erobert hatte.

Die Raguhner Textilindustrie, die zum Teil schon in fabriksmäßigen Betrieben gearbeitet hatte, suchte diesen Nachteil durch Umstellung der Fabrikation auszugleichen und ging zur Metalltuchweberei über. Dazu gesellte sich, analog der Fabrikations- und auch Verwendungsart, die Metallocherei. Heute zählt man in Raguhn noch vier größere Betriebe, die auf diesem Gebiet arbeiten.

Der älteste und auch bedeutendste unter ihnen ist die Maschinen- und Metalltuchfabrik A.-G. vormals Gottlieb Heerbrandt.

Sie wurde im Jahre 1861 von Gottlieb Heerbrandt gegründet. In der ersten Zeit befaßte sich Heerbrandt ausschließlich mit der Metalltuchweberei. Die hier gewonnenen Erzeugnisse fanden zumeist in der Papierindustrie Verwendung. Im Jahre 1887 wurde die Metallocherei errichtet, deren Produkte nicht allein in der Papierindustrie sondern auch in der chemischen Industrie, im Kali- und Kohlenbergbau, in der Zuckerindustrie und in Brauereien benötigt wurden. Auch die gesamte übrige anhaltische Maschinenindustrie erhält ihren Bedarf an gelochten Blechen aus Raguhn.

Bereits früher als die Metallocherei hatte Heerbrandt noch den Maschinenbau aufgenommen. Hier wurden ebenfalls vollständige Papiermaschinen hergestellt; die Spezialität der Firma war der Bau von Maschinen zur Herstellung von Pappen und Kartons.

Im Jahre 1890 beschäftigte die Firma 170 Arbeiter und 20 Angestellte.

An anderer Stelle ist bereits gezeigt worden, welchen Einfluß die Deutsche Continentale Gas-Gesellschaft auf die Entstehung und Entwicklung zahlreicher anhaltischer Betriebe gehabt hat. Das bedeutendste Werk in dieser Beziehung, dessen Entstehung an gleichem Orte bereits dargestellt wurde, ist die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft in Dessau.

*) Siebigk, Das Herzogtum Anhalt, Dessau 1867. S. 493.

Sie wurde bereits als Aktien-Gesellschaft im Jahre 1872 gegründet. Ihre Belegschaft setzte sich zu dieser Zeit aus 20 Beamten und 148 Arbeitern zusammen.

Die Fabrikation war zunächst auf die Herstellung von Gaswerkseinrichtungen gerichtet; daneben fabrizierte man Landmaschinen, Transmissionen, Dampfmaschinen, Drahtwebstühle, Tuchtrockenmaschinen und zahlreiche andere Fabrikate. Im Jahre 1883 erfuhr die Fabrik eine erhebliche räumliche Ausdehnung; bis zum Jahre 1890 stieg die Belegschaft auf 54 Angestellte und 575 Arbeiter. Der Sitz der Firma befand sich seit der Gründung in Berlin, wo sich auch in Moabit ein weiterer Betrieb des Unternehmens befindet.

Die geschichtliche Entwicklung der Zentralwerkstatt, späteren Askania-Werke, ist bereits an anderer Stelle eingehend dargestellt worden. Sie blieb bis zum Jahre 1921 ein Nebenbetrieb der D. C. G. G. Nachdem sie im Jahre 1886 durch die Aufnahme der Fabrikation von Gasverbrauchsapparaten ihr Tätigkeitsfeld wesentlich erweitert hatte, sah sie sich des öfteren durch den mächtigen Aufschwung des Betriebes genötigt, Vergrößerungen der Arbeitsstätten vorzunehmen. Entsprechend der Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen der D. C. G. G. dehnte sich ihr Absatzgebiet bald über ganz Deutschland und auch über alle europäischen Staaten aus. Unter diesen war besonders Polen ein sehr gutes Absatzgebiet, einmal veranlaßt durch den Einfluß, den die D. C. G. G. durch ihre Niederlassung in Warschau besaß, dann aber war weiterhin die bereits erwähnte Absatzrichtung von Westen nach Osten hierfür ein entscheidender Faktor. Der überseeische Absatz wandte sich zumeist nach Südamerika und Japan.

Ein weiteres Werk, das sich in letzter Zeit ebenfalls hauptsächlich mit der Fabrikation von Gasverbrauchsapparaten befaßte, ist das Eisenwerk von L. Meyer jun. & Co in Harzgerode.

Das Unternehmen entwickelte sich aus einem Ladengeschäft, in dem Haushaltungsgegenstände vertrieben wurden und dem als Reparaturwerkstätte eine kleine Gelbgießerei angegliedert war. Die Gründung des Eisenwerkes fällt in das Jahr 1872, und zwar wurde es von zwei Brüdern als offene Handelsgesellschaft gegründet. Der Betrieb bestand in erster Linie aus einer Eisengießerei, in der alle Arten Kunstguß für Haushaltungsgegenstände und Beleuchtungskörper gegossen wurde. Das Werk stützte sich hierbei auf die bekannte und berühmte Qualifikation der Harzer Bevölkerung für die Herstellung von künstlerischen Gegenständen aus Gußeisen.

Das Unternehmen beschäftigte im Jahre 1890 8 Angestellte und 175 Arbeiter. Das Fabrikgrundstück — eine ehemalige anhaltisch herzogliche Domäne — umfaßt 2,3075 ha.

Die bereits bekannte Maschinenbauanstalt und Schiffswerft der Gebr. Sachsenberg in Roßlau (S. 52) blieb auch in den nächsten 25 Jahren ihres Bestehens weiterhin das bedeutendste Unternehmen Anhalts.

Speziell die Schiffswerft wurde von Jahr zu Jahr vergrößert und ständig mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet. Eine besondere Festigung ihrer Stellung im Konkurrenzkampf erhielt die Sachsenberg'sche Werft, als es im Anfang der 80er Jahre ihrem Oberingenieur Ernst Dietze gelang, durch eine neuartige Schaufelradkonstruktion dem Flußschiffsbau neue Wege zu weisen. In dieser Zeit mehrten sich die Aufträge von Jahr zu Jahr. In den 25 Jahren nach dem Stapellauf des ersten Neubaus (1869—1894) lieferte die Werft 33 Schleppdampfer mit Seitenrädern, 5 Güterdampfer, 6 Personendampfer, 2 Schleppdampfer mit Heckrädern, 16 Einschraubendampfer, 10 Zweischraubendampfer, 3 Diagonalraddampfer, 10 Kettendampfer, 3 Dampfbagger, 35 Schleppkähne, 29 Schuten und Prahme, 3 eiserne Pontons und 70 Beiboote, zusammen 225 Schiffseinheiten mit insgesamt 31 400 to.

Neben dem Schiffsbau pflegte die Firma auch weiterhin ihre alten Fabrikationszweige, den Bau von Ziegelei- und Brennereimaschinen. Auf der Wiener Weltausstellung war die Firma erstmalig mit einer Walzenziegelpresse vertreten. Diese fand allseitige Anerkennung in Fachkreisen und wurde bald darauf allgemein eingeführt. Auch auf dem Gebiet der Brennereiapparate verfolgte die Firma jede technische Neuerung mit großem Interesse. Weiterhin blieben hier in erster Linie die Zuckerrohr bauenden Länder die Hauptabnehmer. Diese Apparate, die bis zum Jahre 1878 lediglich aus Kupfer gebaut wurden, wurden seit dieser Zeit auch aus Spezial-Gußeisen hergestellt, ein Verfahren, das besonders im Weltkrieg volle Anerkennung finden sollte.

Schließlich wären noch die Kugelmühlen zu erwähnen, die als Apparate für Hartzerkleinerung, besonders in der chemischen Industrie und in Erz- und Kohlen-Aufbereitungswerken vielfach Verwendung fanden.

Das Unternehmen befand sich in dieser Periode noch ausschließlich in den Händen der Gründer resp. ihrer Nachkommen. Diese waren ständig bestrebt, die Betriebsanlagen in jeder Beziehung auszubauen. So wurde im Jahre 1867 eine in der Nähe der Werft gelegene Strohpapierfabrik von den Gebr. Sachsenberg erworben und fortgeführt. Als diese im Jahre 1887 niederbrannte, wurde der Betrieb eingestellt und die notdürftig wieder hergerichteten Gebäude kurze Zeit hindurch als eine Versuchs-

station für Ziegeleimaschinen verwendet. Da sich einige Jahre später eine Verlegung der Kesselschmiede als nötig erwies, wurde die ehemalige Papierfabrik dazu umgebaut.

Auch der der Firma gehörige Elbhafen wurde im Jahre 1883 wesentlich erweitert.

Am Schlusse können die Zahlen der Belegschaft am besten die Intensität der Entwicklung des Sachsenbergschen Unternehmens darstellen.

Im	Jahre	1869	wurden	225	Arbeiter	beschäftigt.
„	„	1875	„	385	„	„
„	„	1885	„	720	„	„
„	„	1887	„	785	„	„

Seine eigentliche Entwicklung zum Großbetrieb erfuhr in dieser Periode auch die Maschinenfabrik von Franz Braun in Zerbst (vgl. S. 51).

Ihre erste Beschäftigungsart, die Herstellung von Landmaschinen, ließ sie gänzlich fallen und ging zum Bau von Werkzeugmaschinen über. Die Zeit des Ueberganges fällt ungefähr in das Jahr 1879, als der langsame Anstieg der Konjunktur auch die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen zur Neuausrüstung der Betriebe weckte. Die erste Vorbedingung für den Bau von Werkzeugmaschinen ist das Vorhandensein eines Stammes hochqualifizierter Arbeiter, da kaum eine andere Maschine eine gleiche Präzisions- und Qualitätsarbeit erfordert wie die Werkzeugmaschine. Die Lage der Fabrik in Zerbst erfüllte diese Bedingung, indem Franz Braun ein Stamm bodenständiger Arbeiter zur Verfügung stand, der in dem kleinen, abseits des großen Verkehrs gelegenen Landstädtchen weniger als anderweitig einem ständigen Wechsel unterworfen war.

In der ersten Zeit wurden alle Arten Werkzeugmaschinen hergestellt; erst später spezialisierte sich Franz Braun mehr und mehr. Ueber die Ausdehnung des Unternehmens in der damaligen Zeit konnten keine Einzelheiten in Erfahrung gebracht werden.

Zum Schluß dieses Kapitels soll noch einer Unternehmung Erwähnung getan werden, die mit zu den ältesten Betrieben zählt, deren Entwicklung jedoch in vorliegender Periode noch nicht über einen handwerksmäßigen Umfang gediehen war. Die Fabrik für Eisen- und Maschinenbau C. Köckert in Dessau wurde im Jahre 1868 gegründet.

Die Firma beschäftigte sich in erster Zeit mit dem Bau von Geldschränken, daneben war noch eine Kunstschlosserei angegliedert. Das Fabrikgebäude befand sich im Innern der Stadt. Im Jahre 1907 mußte die Fabrik an die Peripherie der

Stadt verlegt werden, da das starke Geräusch des Betriebes in der Stadt nicht geduldet werden konnte. Mit dieser Zeit beginnt der eigentliche Aufschwung der Fabrik.

4. Die Entwicklungsperiode der Jahre 1892—1913.

Allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse dieser Periode.

Die Bismarck'sche Handelspolitik hatte mit dem Schutz der gesamten deutschen Produktion das Ideal eines deutschen Wirtschaftskartells erstrebt, d. h. die Aufgabe der Wirtschaftspolitik sollte dahin zielen, Landwirtschaft und Industrie in harmonischer Gleichmäßigkeit zu fördern.

Dieses Ziel suchte Bismarck durch das System des autonomen Tarifes in Verbindung mit Meistbegünstigungsverträgen zu erreichen.

Diese Politik wurde von seinem Nachfolger, dem Reichskanzler Caprivi nicht fortgesetzt, da dieser — in Ueberschätzung der damaligen durch gute Ernten in den Jahren 1890 und 1891 hervorgerufenen guten Lage der Landwirtschaft und andererseits in Ueberschätzung der schlechten Lage der Industrie, bei welcher die der Krise des Jahres 1890 folgende Stockung noch nicht überwunden war — eine Hebung der Ausfuhrindustrie um jeden Preis zu erreichen suchte.

Da man der Ansicht war, daß der Ausfuhrindustrie am besten durch Schaffung beständigerer Verhältnisse geholfen werden könnte, suchte man dies durch Abschluß langfristiger Handelsverträge mit tariflicher Bindung zu erreichen. Unter diesen Gesichtspunkten wurden im Jahre 1891 Handelsverträge mit Oesterreich, Italien, Belgien, Serbien, Rumänien und der Schweiz abgeschlossen, zu denen im Jahre 1894 nach Beendigung des Zollkampfes, der Deutschland als Sieger sah, auch noch Rußland trat.

Man war beim Abschluß dieser Verträge von deutscher Seite aus bestrebt gewesen, der heimischen Industrie einen möglichst ausgedehnten Schutz vor fremder Konkurrenz und weitergehend auch die Möglichkeiten ungehindert gesteigerten Exportes zu sichern. Diese Ziele ließen sich häufig nur durch Zugeständnisse erreichen, die man dem Vertragsgegner auf agraren Gebieten machte.

Die ganze Caprivi'sche Zollpolitik stellte sich also als eine zwar einseitige, dafür jedoch intensive Förderung der deutschen Industrie heraus. Blieb sie unverändert auch nur während der Vertragsdauer, also bis zum Jahre 1905/06 bestehen, so genügte

diese relativ kurze Zeit intensiven Schutzes doch, eine Entwicklung der Industrie auszulösen, wie sie in der deutschen Wirtschaftsgeschichte seither beispiellos dasteht. Diese Erscheinung drückte sich nicht in einer Vermehrung der Betriebseinheiten an sich aus; vielmehr machte sich die Tendenz bemerkbar, die vorhandenen Betriebe, deren Ausdehnung abgesehen von wenigen Ausnahmen in Anhalt noch nicht über den Typus des Mittelbetriebes hinausragte, zu Großbetrieben auszubauen. Diese Ausdehnung war in den meisten Fällen von einer erheblichen Investierung neuer Kapitalien abhängig.

Die weitaus vorherrschende Unternehmungsform in der deutschen und speziell auch in der anhaltischen Maschinenindustrie war bis zu dieser Zeit noch die Einzelunternehmung. Entsprechend seiner Entwicklung war das Werk noch gänzlich in den Händen seines Gründers oder dessen Nachkommen. Da die Einzelunternehmung, wirtschaftlich vollkommen von der Leistungsfähigkeit des Unternehmers abhängig, in ihrer Kapital- und Kreditfähigkeit meist zu beschränkt war, als daß sie den Erfordernissen der neuen kapitalistischen Periode hätte gerecht werden können, so fand auch in der anhaltischen Maschinenindustrie in den 90er Jahren der Wechsel der Unternehmungsform statt. Der Typ des Einzelunternehmens tritt hinter die gesellschaftliche Unternehmungsform zurück; unter den Gesellschaften wiederum war nach Anzahl und Bedeutung die Aktien-Gesellschaft die am meisten verbreitete Unternehmungsform. Die erhöhten Kapitalanforderungen wurden einerseits benötigt zur Erhöhung des Anlage-Kapitals, andererseits durch gesteigerte Anforderungen bezüglich des verfügbaren Betriebskapitals.

Die Erhöhung des Anlagekapitals erwies sich als nötig, um den erhöhten technischen Anforderungen der gesteigerten Produktion gerecht werden zu können. Allenthalben entstanden neue Fabrikgebäude; daneben war es hauptsächlich die sich mehr und mehr durchsetzende vertikale Kombination innerhalb des einzelnen Betriebes (Modelltischlerei, Gießerei, Kesselschmiede, Schlosserei, Konstruktionswerkstatt usw.), welche die Anschaffung neuer technischer Einrichtungen nötig machte und somit Kapitalbedarf hervorrief.

Weit mehr als die Erhöhung des festen Realkapitals erwies sich jedoch die Vermehrung des Betriebskapitals als unumgänglich notwendig. Früher arbeitete die Maschinenindustrie meist auf Bestellung ihrer Abnehmer, die bei Auftragserteilung einen nicht unwesentlichen Betrag der Kaufsumme als Anzahlung zu leisten hatten. Dies änderte sich, da man durch die wachsende Konkurrenz gezwungen immer mehr dazu überging, für den allgemeinen Markt zu produzieren, dessen schwankender Bedarf

eine durchaus schwierig abzuschätzende Größe darstellte und infolgedessen bei eintretender Absatzstockung an die finanzielle Stabilität der Unternehmen besonders hohe Anforderungen stellte.

Auch betreffs der Aufträge, die auf Bestellung ausgeführt wurden, mußten die Unternehmen jetzt mit einer größeren Inanspruchnahme ihres Betriebskapitals rechnen infolge der Divergenz zwischen den Zahlungsbedingungen, denen einerseits die Firmen seitens ihrer Lieferanten unterworfen waren und andererseits denen, die sie ihren Abnehmern vorschreiben konnten.

Der rege Kapitalbedarf der deutschen Maschinenindustrie in dieser Periode konnte nicht nur durch Ausgabe neuer Aktien oder Obligationen gedeckt werden; vielmehr wurden auch in großem Umfange meist kurzfristige Bankkredite in Anspruch genommen, um den Betriebskapitalbedarf zu befriedigen.

Wir haben bisher gesehen, daß die Caprivi'sche Handelspolitik eine bedeutende Entwicklung der deutschen Industrie und speziell der Maschinenindustrie in dem nächsten Jahrzehnt hervorrief.

Dies fand seinen besonderen Ausdruck in der erhöhten Ausfuhr industrieller Produkte. Im Jahre 1892 betrug die gesamte deutsche Ausfuhr 3,1501 Milliarden und wuchs in der Caprivi'schen Handelsvertragsperiode bis zum Jahre 1905 auf 5,6925 Milliarden.

Auch die anhaltische Maschinenindustrie war an diesem Auslandsgeschäft wesentlich beteiligt. Man findet Unternehmungen, die bis zu 70% ihrer Gesamtproduktion nach dem Auslande verkauften. Auch weiterhin blieb der Osten und Norden in erster Linie das Auslandsabsatzgebiet der anhaltischen Maschinenindustrie. Rußland, Skandinavien, Polen, Dänemark und Oesterreich waren die Länder, nach denen weitaus die Mehrzahl der anhaltischen Maschinenfabriken ihre Produkte verkaufte. Deshalb traf der Zollkrieg mit Rußland die anhaltische Maschinenindustrie besonders hart; der im Jahre 1894 schließlich abgeschlossene Handelsvertrag löste speziell in der anhaltischen Maschinenindustrie eine hohe Beschäftigungsintensität aus, die sich noch im Jahre 1896 durch eine übermäßig hohe Arbeiterzahl ausdrückte.

Neben den Ostländern tritt noch besonders der Absatz der anhaltischen Maschinenindustrie nach England und den Niederlanden hervor. Erst danach rangieren die übrigen Länder in der Reihenfolge: Italien, Belgien, Frankreich, Schweiz, Spanien usw.; dazu tritt noch ein nicht übermäßig bedeutender Absatz nach außereuropäischen Ländern.

Als im Jahre 1905/06 die Caprivi'schen Handelsverträge durch die Bülow'sche Vertragsperiode abgelöst wurden, die eine allgemeine Erhöhung der Zölle, insbesondere aber einen verstärkten Schutz der Landwirtschaft brachte, der durch Minderung

des industriellen Schutzes erkauft war, war die inzwischen erstarkte Industrie durchaus in der Lage, diese Benachteiligung ertragen zu können.

Ein gesicherter Inlandsmarkt und ein Auslandsmarkt, dessen Kaufkraft durch die seit dem Jahre 1907/08 herrschende Hochkonjunktur auf dem Weltmarkt ständig gesteigert wurde, sicherten der deutschen Maschinenindustrie auch weiterhin eine sichere Existenz und günstige Fortentwicklung.

Die gesamte deutsche Ausfuhr erhöhte sich bis zum Jahre 1913 auf 10,0965 Milliarden, von denen 738,4 Millionen auf die Maschinenausfuhr entfielen (s. Tabelle VII im Anhang). Deutschland stand in diesem Jahre mit 29 % der gesamten Maschinenausfuhr der Welt an der Spitze aller Maschinen exportierenden Staaten.

Je mehr in der anhaltischen Maschinenindustrie der kapitalistische Einfluß sich geltend machte und je mehr durch gesteigerten Auslandsabsatz die anhaltische Maschinenindustrie auch in die Verknüpfung weltwirtschaftlicher Beziehungen einbezogen wurde und ihre Produktion mehr auf den allgemeinen Markt als auf direkte Bestellung einstellte, um so stärker wurde sie jetzt auch von dem Auf und Ab der Konjunkturen betroffen.

Die Krisis des Jahres 1857 war ohne Bedeutung für die anhaltische Maschinenindustrie geblieben; auch die Wirkungen der großen Krise von 1873 machten sich in Anhalt noch nicht in allen Phasen bemerkbar und wären jedenfalls ohne Einfluß geblieben, wenn sie nicht in einer Schroffheit aufgetreten wäre, wie sie vor dem Kriege beispiellos dastand.

Anders liegt der Fall bei den allerdings weniger einschneidenden Depressionen, wie sie in den Jahren 1890, 1900 und 1907 in Deutschland zu verzeichnen waren.

Die Maschinenindustrie nimmt in ihrem Verhalten gegenüber den einzelnen Krisenerscheinungen im Gegensatz zu den anderen Wirtschaftszweigen eine besondere Stellung ein. Tritt eine allgemeine endogene Krise ein, so wird die Maschinenindustrie zunächst weniger stark davon berührt, da die Langfristigkeit ihrer Auftragserledigung ihr zunächst auch weiterhin Beschäftigung sichert. Erst später macht sich die Auftragstockung bemerkbar. Die anhaltischen Wirtschaftsberichte der Krisenjahre 1890, 1900 und 1907 enthalten seitens der Maschinenindustrie noch keinerlei Klagen über schlechten Geschäftsgang. Erst in den jeweilig folgenden Jahren machen sich wegen Mangel an Aufträgen Arbeiterentlassungen nötig. Andererseits macht sich auch der folgende Aufschwung erst später bemerkbar, da die Unternehmungen der anderen Wirtschaftszweige an die Erneuerung ihrer Anlagen erst herangehen können, wenn durch längere

Dauer des Aufschwunges die Verluste des vorangegangenen Niederganges ausgeglichen sind und die Continuität der günstigen Fortentwicklung gewährleistet scheint.

Da es sich nicht immer um allgemeine Wirtschaftskrisen handelt sondern auch einzelne Wirtschaftszweige, wie Landwirtschaft, chemische oder Zuckerindustrie von wirtschaftlichen Depressionen betroffen werden können, so scheint es auf der Hand zu liegen, daß von diesen Depressionen nicht die gesamte Maschinenindustrie betroffen wird sondern nur die Betriebe, die mit dem betreffenden Wirtschaftszweig in enger Verbindung stehen. In diesem Falle kann — sofern es sich nicht um Spezialunternehmen handelt — auch die gesamte Maschinenindustrie in Mitleidenschaft gezogen werden, da die betreffenden Betriebe versuchen würden, andersartige Aufträge zu bekommen und somit den nicht getroffenen Betrieben durch Konkurrenz Abbruch tun würden.

Die genannten drei Depressionsperioden riefen in der anhaltischen Maschinenindustrie eine zeitweilige Entlassung von Arbeitern hervor, es mußte teilweise mit verkürzter Schicht gearbeitet werden und die Umsatzziffern hatten einen Rückgang zu verzeichnen. Zusammenbrüche bedeutender gewerblicher Unternehmungen sind auf Grund der Krisen in Anhalt nicht erfolgt.

Der Geschäftsgang der anhaltischen Maschinenindustrie hatte weiterhin in den Jahren 1904-05 sehr unter dem russisch-japanischen Kriege zu leiden, da Aufträge auf Maschinen aus Rußland infolge der unsicheren politischen Lage nur schleppend eingingen; dazu kam eine gewisse zollpolitische Unsicherheit, da man nicht wußte, in welcher Weise die Zollpolitik fortgeführt werden würde. Erst der Friedensschluß brachte das Ende dieser Unsicherheit. Da auch die neuen Handelsvertragsverhandlungen angesetzt waren, kam das andere beunruhigende Moment in Fortfall und kehrte sich in das Gegenteil um, d. h. der Auslandsabsatz steigerte sich, da man auf keiner Seite wußte, ob die neue Handelspolitik die wirtschaftlichen Beziehungen bessern oder verschlechtern würde und man die im Augenblick bestimmt günstigen Verhältnisse um jeden Preis auszunutzen bestrebt war.

Trotzdem durch den Congrès mondial im Herbst 1905 der erste Versuch gemacht wurde, den Protektionismus allgemein zu beseitigen und unter dem Leitgedanken weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung einander auf freihändlerischen Bahnen näher zu kommen, wurden im Jahre 1905-06 allenthalben die Zollschranken wesentlich erhöht. Die Gültigkeitsdauer der neuen Handelsverträge sollte mit dem Jahre 1917 ablaufen. Der Ausbruch des Weltkrieges zerstörte neben allen anderen wirtschaftlichen Beziehungen auch diese Verträge.

Während alle diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen und wirtschaftlichen Erscheinungen die Entwicklung der Maschinenindustrie teils durchaus förderten, teils wenigstens nicht behinderten, tritt uns ein Faktor entgegen, der wie kaum ein anderer eine noch ausgedehntere Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie behinderte. Es ist dies die bereits erwähnte Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Maschinenindustrie einerseits und Rohstofflieferanten andererseits.

Auch in der Schwerindustrie und im Kohlenbergbau hatte sich mit dem steigenden Einfluß des Kapitals die Entwicklung der Unternehmungen zum Typ des Großbetriebes immer mehr durchgesetzt. Parallel zu dieser Entwicklung setzte ein immer schärfer werdender Konkurrenzkampf ein, der durch allgemeinen Preisdruck und Ueberproduktion zu einer Schädigung aller am Kampfe beteiligten Unternehmungen führte. Von dieser Erkenntnis ausgehend entschloß man sich — seit Beginn der 90er Jahre — durch Zusammenschlüsse der einzelnen Fabrikationszweige die Konkurrenz und die damit verbundenen Schäden zu beschränken oder gänzlich zu beseitigen.

Als erstes Syndikat wurde im Jahre 1893 das rheinisch-westfälische Steinkohlensyndikat gegründet. Weitere bekannte Syndikate sind der Roheisenverband und der Stahlwerksverband.

Alle diese Verbände zeichnen sich durch eine überaus starke Intensität ihres Zusammenschlusses aus. Zwar ist die technische Selbständigkeit der einzelnen Werke erhalten geblieben; jedoch regelt ein übergeordnetes Verkaufsbüro nicht allein die Preispolitik des Syndikates, sondern bestimmt auch nach einem besonderen Verteilungsplan das Produktionskontingent der einzelnen Betriebe. Eine Absatzregelung findet entweder durch Verteilung der Aufträge seitens des Büros statt oder durch Zuweisung eines bestimmten Absatzgebietes für das einzelne Werk.

Der Zusammenschluß war meist derartig umfassend, daß das Syndikat eine Monopolstellung inne hatte. Dies konnte natürlich nicht ohne Einfluß auf die Preisbildung der betreffenden Produkte bleiben.

An sich wirkt der Zusammenschluß mehrerer Unternehmen Selbstkosten mindernd, also Preis senkend, da nicht allein die Kosten für Reklame, die der Konkurrenzkampf in hohem Maße erfordert, in Fortfall kommen, sondern auch die gemeinsame Verwaltung durch das Verkaufsbüro die Handlungsunkosten des einzelnen Werkes und damit auch der Gesamtheit mindert.

Dagegen fällt ins Gewicht die preiserhöhende Tendenz jeder Monopolwirtschaft, die dadurch erfolgt, daß beim Wettbewerb der Marktparteien (Angebot und Nachfrage) das Angebotsmonopol eine Vermehrung der Warenmenge verhindern kann, durch die

im freien Verkehr ein Nachlassen der Preise hervorgerufen würde. Es wird nun den Rohstoffsyndikaten der Vorwurf gemacht, diese Monopolstellung oftmals zum Nachteil ihrer Abnehmer ausgenützt zu haben.

Seit Beginn der 90er Jahre bis zum Ausbruch des Krieges findet man in den Wirtschaftsberichten der anhaltischen Maschinenindustrie regelmäßige Hinweise, die auf die Schädigung der Maschinenindustrie durch die Preispolitik der Rohstoffsyndikate hinweisen.

Tatsächlich wird aus verschiedenen Gründen speziell die Maschinenindustrie von diesen Verhältnissen besonders stark betroffen. Sie ist in quantitativer und qualitativer Hinsicht am meisten abhängig von den Rohstoffsyndikaten, denn weitaus die größte Menge aller von ihr verbrauchten Rohstoffe und Halbfertigfabrikate, wie Koks, Kohle, Roheisen, Stahl, Walzwerksprodukte u. a. m., ist überhaupt nur durch Syndikatsbezug erhältlich.

Besonders erwies sich hierbei die Mittelstellung der Maschinenindustrie zwischen Schwerindustrie einerseits und Maschinen verwendender Industrie andererseits als sehr ungünstig. Man kann wohl sagen, um mit einem burlesken aber treffenden Ausdruck zu reden, daß die Maschinenindustrie zwischen zwei Stühlen saß.

Die Abnehmer schlossen zu festen Preisen ihre Maschinenkäufe ab; wurden die in der Vorkalkulation der betreffenden Maschine eingesetzten Syndikatspreise in der Zwischenzeit heraufgesetzt, so mußte die Maschinenindustrie meist diese Differenz tragen, da der Abnehmer nur in den seltensten Fällen eine Preiserhöhung bewilligte. Verkaufsbedingungen, die die Maschinenindustrie vor derartigen Verlusten hätten sichern können, konnten bei der großen Konkurrenz innerhalb dieses Wirtschaftszweiges nicht vorgeschrieben werden.

Ließen im umgekehrten Falle die Syndikatspreise während der Herstellung der Maschine nach, so sah sich oftmals die Maschinenindustrie genötigt, Preisnachlässe dem Abnehmer zu gewähren, um nicht etwaiger späterer Aufträge des Kunden verlustig zu gehen.

Auf diese Art büßte die Maschinenindustrie oft große Teile ihres eigentlichen Reingewinnes ein.

Jedoch war es nicht allein die Preispolitik der Syndikate, die den Erfolg der anhaltischen Maschinenindustrie oft schmälerte, sondern auch die äußerst ungünstigen Lieferungsbedingungen der Rohstofflieferanten brachten Unsicherheit in den gesamten Geschäftsgang der Maschinenindustrie.

Die Syndikate erklärten in ihren Lieferungsbedingungen, daß sie sich an irgendwelche bestimmte Lieferfristen nicht binden könnten. Tatsächlich betrugen die Lieferfristen, für Walzwerksprodukte z. B., längere Zeit, oft länger als ein halbes oder ein dreiviertel Jahr.

Hatte der Fabrikant mit kürzerer Lieferfrist gerechnet, so kam er in Gefahr bei nicht rechtzeitiger Lieferung der Maschinen seinerseits eine hohe Konventionalstrafe zahlen zu müssen, die nicht allein jeglichen Gewinn zunichte gemacht, sondern zeitweilig darüber hinaus einen großen Verlust dargestellt hätte. Bei der schleppenden Auftragserledigung seitens der Rohstofflieferanten sahen sich die Fabrikanten genötigt, zur Ausführung kleinerer, kurzbefristeter Aufträge ein größeres, ständiges Materiallager zu halten, wodurch sie natürlich um so mehr den Schwankungen der Syndikatspreise und den damit verbundenen Folgen ausgesetzt wurden.

Teilweise wurde die Produktion der Maschinenindustrie so stark durch die verzögerte Lieferung der Rohmaterialien gehemmt, daß sich ausländische Konkurrenz, bei der die Abnehmer weniger lange sich gedulden mußten, stärker auf dem Inlandsmarkte bemerkbar machte. Dies trat besonders in den Jahren 1897-98 und 1902-03 in Erscheinung, wo aus genannten Gründen amerikanische Landmaschinen und Werkzeugmaschinen in größerem Umfange eingeführt wurden.

Neben den Lieferungsbedingungen und der Preispolitik erschwerten weiterhin die Zahlungsbedingungen der Rohstoffsyndikate die Arbeit der Maschinenindustrie.

Auf der einen Seite wurden den Fabrikanten kurzfristige Ziele zur Bezahlung der Rohstoffe gesetzt; auf der anderen Seite wurde die Hereinnahme von Aufträgen oft nur auf Grund äußerst entgegenkommender Zahlungsbedingungen (bis zu 2 Jahren Ziel) ermöglicht. Diese Divergenz zwischen den aktiven und den passiven Zahlungsbedingungen konnte die Maschinenindustrie nur durch gesteigerte Bankkreditaufnahme ausgleichen. Die dafür gezahlten Zinsen ergaben selbstverständlich einen weiteren Abstrich vom Reingewinn.

Eine weitere indirekte Gefahr entstand durch die Dumpingverkäufe der Rohstoffsyndikate. Um das Preisniveau im Inland nicht sinken zu lassen, verkauften die Syndikate ihre überschüssige Produktion nach dem Ausland zuweilen zu einem niedrigeren Preise als dem für das Inland festgesetzten. Dadurch wurden die ausländischen Maschinenfabriken oftmals in die Lage gesetzt, billiger als die deutsche Maschinenindustrie zu produzieren und dieser dadurch den Auslandsabsatz zu erschweren, ja es konnte sogar der Fall eintreten, daß auf dem eigenen In-

landsmarkte der deutschen Fertigwarenindustrie durch die Rohstoffpolitik der Syndikate ausländische Konkurrenz gegenübertrat.

So machte sich im Jahre 1911 im Schiffsbau die holländische Konkurrenz stark bemerkbar, da sie das Walzeisen billiger von den deutschen Walzwerken bezog als die deutsche Industrie.

Zwei Wege sind möglich, wodurch die Maschinenindustrie diesen bedrückenden Einfluß der Rohstoffsyndikate mildern oder beseitigen könnte. Das erste Mittel wäre sich durch Bezug ausländischer Rohmaterialien dem Druck der deutschen Syndikate zu entziehen. Dieser Weg ist von den Rohstoffsyndikaten jedoch fast abgeschnitten, da sie Abnehmern, die vom Ausland beziehen, ihre Produkte nur mit Preisaufschlag verabfolgen. Sich aber gänzlich vom Ausland abhängig zu machen wäre für ein deutsches Unternehmen doch mit zu großem Risiko verbunden.

Der andere Weg wäre durch einen Zusammenschluß der Maschinenindustrie gegeben, da sie dann einerseits den Rohstoffsyndikaten eine geschlossene Macht gegenüberstellen könnten und andererseits ihren Abnehmern gleiche Bedingungen vorschreiben könnten, wie sie sie jeweils von den Rohstoffsyndikaten erhielten. In gleichem Maße wie die Maschinenindustrie jetzt von den Rohstoffsyndikaten abhängig ist, würde dann, nach Ausschaltung der Konkurrenz durch Kartellierung der Unternehmungen, der Maschinenverbraucher von der Maschinenindustrie abhängig werden.

Aus welchem Grund die Beschreitung dieses zweiten Weges sich nicht hat ermöglichen lassen, d. h. welche Ursachen einen Zusammenschluß der Maschinenindustrie verhinderten, soll weiter unten ausgeführt werden.

Am Schluß soll nicht unerwähnt bleiben, daß vom Jahre 1912 ab der Druck der Rohstoffsyndikate nachließ, was sich zunächst in einem geringen Preisnachlaß, dann aber speziell in stabilen Preisen ausdrückte.

Spezielle Ursachen, die eine weitere Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie hervorriefen.

In erster Linie war es der allgemeine Aufschwung der gesamten anhaltischen Wirtschaft, der einen ganz erheblich gesteigerten Bedarf an Kraft- und Arbeitsmaschinen hervorrief. Das Bestreben im „oekonomischen Zeitalter“ alle vorhandenen Produktionskräfte voll auszunutzen, brachte den einzelnen Wirtschaftszweigen zahlreiche Anregungen. Chemische Industrie, Holzindustrie, Papierindustrie, Ziegeleien, Bergwerke, Brennereien und Zuckerfabriken, alle suchten durch Verbesserung ihrer tech-

nischen Einrichtungen mit dem schnellen Tempo des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges Schritt zu halten.

Auch die Landwirtschaft, die durch den Bismarck'schen Zollschutz ziemlich erstarkt war, konnte die Nachteile der Caprivi'schen Vertragsperiode überwinden, ohne wesentlich in ihrer Entwicklung gehemmt zu werden. Dies resultierte daraus, daß man in der Landwirtschaft sich mehr und mehr die wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiete der Saatzucht, der künstlichen Düngung und der rationellen Viehhaltung zu Nutze machte. Dazu kam, daß die steigende Kapitalintensität auch in der Landwirtschaft mehr und mehr die Anwendung von Maschinen mit sich brachte. Unterstützt wurde diese Tendenz dadurch, daß neben die unbeholfene und zeitweilig nicht ungefährliche Kraft in Gestalt der Dampfmaschine die viel sicherere, sauberere und billigere in Form der Elektrizität trat. In der Zeit von 1882—1907*) stieg im Reich die Zahl der einfachen Dreschmaschinen von 268 367 auf 947 003, der Dampfdreschmaschinen von 75 690 auf 488 867, der Drill- und Säemaschinen von 63 842 auf 290 039, der Mähmaschinen von 19 634 auf 301 325, der Dampfpflüge von 836 auf 2 995.

Die Statistik erfaßt nur die Maschinenverwendung im gesamten Reiche ohne Spezialisierung der Einzelstaaten. Es ist jedoch als sicher zu unterstellen, daß die hoch entwickelte anhaltische Landwirtschaft speziell in der Maschinenverwendung mit an führender Stelle steht.

Die erhöhte Maschinenverwendung in der Landwirtschaft beruht nicht zuletzt darauf, daß neben den Großbetrieben auch Mittel- und Kleinbetriebe zum Maschinengebrauch übergingen. Von den Großbetrieben über 100 ha benutzten gemäß der Betriebszählung von 1907 97,4 % landwirtschaftliche Maschinen, von den Mittelbetrieben 20—100 ha 92,8 %, von den Kleinbetrieben 5—20 ha 72,5 %*). Die zahlreichen landwirtschaftlichen Werkgenossenschaften zeigen, daß auch die kleinsten Betriebe, denen die Beschaffung kostspieliger Betriebsmittel allein unmöglich war, den Wert der Maschinenverwendung erkannt hatten.

Fachzeitschriften und regelmäßige Fachausstellungen — so besonders die jährliche Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft (D.L.G.) — sorgten einerseits ständig dafür, daß die Landwirtschaft mit den neuesten Errungenschaften der Technik vertraut gemacht wurde und andererseits gaben sie der Maschinenindustrie Gelegenheit, fortlaufend Anregungen aus

---

*) Sartorius v. Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 1815—1914. Jena 1920. S. 452.

der Praxis des Gebrauches für Neukonstruktionen und Verbesserung der Maschinen zu erhalten.

In der Zuckerindustrie setzte sich seit Ende der 80er Jahre immer mehr die Tendenz zum Großbetrieb durch. Neben den übrigen Vorteilen des Großbetriebes, wie z. B. die verhältnismäßige Senkung der Generalunkosten, waren es finanzielle Gründe, die zum Zusammenschluß mehrerer Betriebe führten. Die Auslage der Steuersumme — es war 1890 die Fabrikatssteuer eingeführt — überstieg in vielen Fällen die Leistungskraft kleinerer Betriebe.

Auch hatten sich in der Zuckerindustrie die Besitzverhältnisse wesentlich verschoben. Waren die Zuckerfabriken bisher in den Händen landwirtschaftlicher Genossenschaften, deren Mitglieder die Lieferung der Rüben übernommen hatten, so gingen sie immer mehr in den Besitz von Erwerbsgesellschaften über, die bestrebt waren, in weit stärkerem Maße den vorhandenen Produktionsapparat auszunutzen.

Diese Entwicklung machte in den Jahren 1890—1900 die Neueinrichtung zahlreicher bereits bestehender Zuckerfabriken nötig. Die anhaltischen Firmen Hallstroem, Dinglinger, Paschen und Bernburger Maschinenfabrik waren hieran in ausgedehntem Maße beteiligt.

Auch in der anhaltischen Maschinenindustrie selbst riefen zahlreiche Veränderungen in der Struktur der Betriebe einen erhöhten Bedarf an Werkzeugmaschinen, Kraftmaschinen und anderen Einrichtungsgegenständen hervor. Das Bestreben durch Angliederung neuer Abteilungen eine möglichst durchgehende vertikale Kombination zu erreichen, war hierfür die erste Ursache.

Ein anderes Moment, das eine teilweise Neueinrichtung des Betriebes erforderte, war der Uebergang vom allgemeinen Maschinenbau zum Spezialmaschinenbau.

Die ständig erhöhten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Betriebe, die von den Abnehmern gestellt wurden, wurden durch die vorhandene überstarke Konkurrenz stets höher getrieben. Durch die Spezialisierung auf eine bestimmte Maschinenart hoffte man, zunächst die eigene Leistungsfähigkeit weiter zu steigern, da man fortan die ganzen verfügbaren Kräfte des Unternehmens auf die Herstellung eines Produktes verwenden konnte und so Höchstleistungen im Sinne Taylors zu erzielen hoffte.

Die volkswirtschaftlichen Vorteile der Spezialisation liegen einerseits in der Verbilligung der Produkte, die durch stärkere und gleichmäßigere Ausnutzung der Produktionsmittel hervor-

gerufen wird, und andererseits in der Vervollkommnung der Leistung, da die Beobachtung der Verwendbarkeit technischer Fortschritte für die Herstellung eines Produktes um so intensiver seitens eines Unternehmens betrieben werden kann, je geringer die Ausdehnung des Fabrikationsprogrammes ist.

Diesen Vorteilen der Spezialisation stehen auch Nachteile gegenüber, die in der Abhängigkeit von einem Wirtschaftszweig beruhen, d. h. also, daß Maschinenfabriken, die z. B. lediglich Landmaschinen herstellen, nicht nur den Folgeerscheinungen industrieller sondern auch agrarischer Krisen unterworfen sind. Man hat daher nicht mit Unrecht die Berücksichtigung mehrerer Arbeitsgebiete in einem Fabrikationsprogramm als eine gewisse Rentabilitätsversicherung eines Unternehmens dargestellt.

In der anhaltischen Maschinenindustrie hat sich diese horizontale Gliederung in der vorliegenden Periode vollzogen. Nicht allein, daß sich zahlreiche Betriebe darauf beschränkten, nur Maschinen für bestimmte Wirtschaftszweige wie für Landwirtschaft, chemische Industrie oder Papier-Industrie herzustellen, vielmehr ging in vielen Fällen die Spezialisierung weiter, indem man sich in einem Betriebe nur mit der Herstellung einer einzigen Maschinenart befaßte; so baute z. B. eine Fabrik für Landmaschinen lediglich eine einzige Art Drillmaschinen. Die intensivste horizontale Arbeitsteilung hat sich besonders in der Werkzeug- und Landmaschinenindustrie durchgesetzt.

Das Gros der anhaltischen Maschinenbauanstalten blieb jedoch dabei, neben der Herstellung eines Spezialfabrikates auch die übrigen Zweige ihres Fabrikationsprogrammes nicht verkümmern zu lassen. Die Grundlage für den Ausbau der Spezialisierung bildeten in den meisten Fällen Patente, deren generelle Bedeutung für den Maschinenbau einer besonderen Betonung wohl nicht bedarf.

Auf dieser horizontalen Arbeitsteilung und der vertikalen Gliederung der Betriebe an sich konnte sich allmählich auch in der anhaltischen Maschinenindustrie Normalisierung und Typisierung aufbauen. Beide traten jedoch nicht übermäßig in Erscheinung, da es in der anhaltischen Maschinenindustrie überhaupt an Betrieben fehlt, die sich mit der Herstellung von Massenartikeln für den direkten Konsum wie Fahrrädern, Nähmaschinen u. a. befassen. Gerade für solche Betriebe ist die Normalisierung wegen der Beschaffung von Ersatzteilen unumgänglich notwendig. Auch hier ist es in Anhalt speziell wieder die Werkzeug- und Landmaschinenindustrie, die ihre Produktion auf diese neuen technischen Anforderungen einstellen mußte.

Ein anderer Faktor, der in dieser Periode, besonders aber später in der Nachkriegszeit die wirtschaftliche und technische

Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie beeinflußte, ist die Ausbreitung der Elektrizitätswirtschaft, die nach Ausbau der Starkstromtechnik nicht allein als Lichtquelle sondern auch besonders als Kraftquelle Bedeutung gewann.

Zuerst freilich sah der Kraftmaschinenbau mit Besorgnis das Aufblühen dieses neuen Wirtschaftszweiges, in der Annahme, daß ihm durch diesen Fortschritt der Technik sein Absatz — wie überhaupt sein ganzes Arbeitsgebiet genommen würde. Es stellte sich bald heraus, daß diese Befürchtungen zum mindesten übertrieben waren. Zwar ging auf der einen Seite der allgemeine Absatz in Dampfmaschinen zurück und im Anfang der 90er Jahre litten die betreffenden Fabriken auch an einer Ueberproduktion; auf der anderen Seite wurde dieser Verlust gemildert durch den Bedarf der Elektrizitätswerke selbst an Kraftmaschinen, die diese zum Antrieb ihrer Generatoren benötigten. Dazu kam, daß der erhöhte Elektrizitätsverbrauch einen ganz neuen Industriezweig — die elektrotechnische Industrie — entstehen ließ, der mit seinem Maschinenbedarf gleichfalls zur Förderung der Maschinenindustrie beitrug; eine besondere Belebung erfuhr hierdurch der Motorenbau.

Von technischer Seite aus gesehen eroberte sich die elektrische Kraftversorgung bald auch die meisten Betriebe der anhaltischen Maschinenindustrie. Die Betriebe versorgen sich teils selbst durch eigene Kraftanlage mit Strom, teils sind sie an das Netz der Ueberlandzentrale angeschlossen; Maschinenfabriken mit eigenen Gießereien haben in diesem Falle meist noch eine Dampfmaschinenanlage, da ein Aussetzen des elektrischen Stromes speziell im Gießereibetrieb erhebliche Störungen nach sich ziehen würde.

Aus welchen Gründen sich speziell in Anhalt die Elektrizitätswirtschaft zu solcher Vollkommenheit entwickeln konnte, ist bereits an anderer Stelle ausgeführt.

Mit der Ausdehnung ihres Absatzgebietes über die nähere Umgebung hinaus mußte die anhaltische Maschinenindustrie auch an eine Erweiterung der Form ihrer Kundenwerbung gehen.

Auch weiterhin blieb das Ausstellungswesen eines der geeignetsten Mittel in periodischen Abständen dem Interessentenkreise die Leistungsfähigkeit der Unternehmungen durch Ausstellung und Vorführung ihrer Produkte vor Augen zu führen. Eine Veränderung trat hier insofern ein, als man dazu überging, in erster Linie Fachausstellungen zu beschicken. Man ging hierbei von der Erwägung aus, daß die Fachausstellung ungleich höhere wirtschaftlichere Bedeutung für das einzelne Unternehmen habe als die allgemeine Ausstellung, wie sie z. B. die Weltausstellungen

darstellten. Bei Fachausstellungen habe man ausschließlich mit dem Besuche von Interessenten (Fachleuten) zu rechnen, die zur Ausstellung kommen, um zunächst die ausgestellten Gegenstände einer tatsächlichen kritischen Betrachtung zu unterziehen, ferner aber durch Aufträge den Endzweck der Ausstellungswerbung, nämlich Absatzsteigerung verursachen würden. Bei allgemeinen Ausstellungen tritt dagegen das rein wirtschaftliche Interesse des Besuchers oftmals hinter die Schaulust zurück; zum mindesten aber verteilt sich die Besucherzahl ihrem Interesse nach auf die zahlreichen verschiedenen Abteilungen der Ausstellung und schwächt bereits dadurch deren wirtschaftliche Wirkung ab. Die anhaltischen Maschinenfabriken beschickten mit ihren Erzeugnissen in erster Linie Fachausstellungen der Landwirtschaft, der Zuckerindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und der chemischen Industrie.

Auch die Weltausstellungen von Chikago, Paris, Brüssel und Turin wurden von anhaltischen Firmen beschickt, jedoch war die Beteiligung relativ geringer als an den früheren.

Daneben findet noch die technische Abteilung der Leipziger Messe große Beachtung, die sich hauptsächlich auf Fabriken erstreckt, die Gegenstände für den Haushaltsbedarf wie Gasverbrauchsartikel herstellt; daneben findet man weiterhin noch die Ausstellung von Werkzeugmaschinen, Transportanlagen, Bäckereimaschinen u. a. m.

Mehrere Unternehmen lehnen jedoch den Besuch von Ausstellungen ab, da der daraus entspringende Nutzen in keineswegs richtigem Verhältnis zu den aufgewendeten Kosten steht. Es handelt sich hier hauptsächlich um solche Unternehmen, die Produkte von gewaltigen Ausmaßen herstellen, deren Transport zum Ausstellungsort so hohe Frachtkosten und später so große Standgelder erfordern würde, daß von vornherein damit zu rechnen ist, daß der gesamte Nutzeffekt hinter den entstehenden Unkosten zurückbleiben wird.

Neben dem Ausstellungswesen bedient sich die Maschinenindustrie auch weiterhin der Werbung durch die Presse. Auch hierin ist eine gewisse Wandlung insofern zu verzeichnen, als die Inserate der Maschinenindustrie aus dem Annoncenteil der Tageszeitungen fast völlig verschwunden sind, dafür aber Inserate in den Fachzeitschriften ein allseitig benutztes Mittel der Kundenwerbung in der Maschinenindustrie geworden sind.

Weiterhin sind neben der Leitung des Unternehmens selbst zahlreiche über das Absatzgebiet verstreute Agenturen, Konstruktionsbüros und Reisevertreter ständig bemüht durch neue Kundenwerbung den Absatz der Unternehmungen zu steigern.

Gründung und Fortentwicklung einzelner Werke in dieser Periode*).

Wir haben oben gesehen, daß der starke Bedarf der anhaltischen Landwirtschaft früher in vielen Fällen Ursache für die Gründung von Maschinenfabriken gewesen ist. Trotzdem in den letzten Jahrzehnten der Bedarf nicht geringer wurde sondern vielmehr wuchs, ging die Zahl der Betriebe, die sich mit der Herstellung von Landmaschinen befaßten, in Anhalt weiterhin nicht unwesentlich zurück. Als Grund hierfür ist einmal der Uebergang zu anderen Fabrikationszweigen, die größeren Ertrag versprachen, zu nennen, dann aber die überaus starke Konkurrenz, die von den benachbarten preußischen Industriezentren Halle und Magdeburg aus ihren Einfluß auch in Anhalt geltend machten; genannt seien hier nur bekannte Unternehmen wie die Halle'sche Maschinenfabrik und R. Wolf in Magdeburg-Buckau.

Die anhaltischen Betriebe, die auch weiterhin ihre bisherige Fabrikation fortsetzten, blieben entweder in ihrer Entwicklung im Stadium von Reparaturwerkstätten stehen oder behaupteten durch Spezialisierung auf eine bestimmte Maschinenart ihre Stellung im Konkurrenzkampf und entwickelten sich zum Großbetriebe.

Die Berichte, die uns über den Geschäftsgang des anhaltischen Landmaschinenbaues in jener Periode unterrichten, klingen durchweg günstig. Die Beschäftigungsintensität nahm von Jahr zu Jahr zu und erreichte in den Jahren 1912 und 1913 ihren Höhepunkt. Einige Rückschläge, die in den Jahren 1893, 1901 und 1911 zu verzeichnen gewesen sind, sind für 1893 auf die durch die — die landwirtschaftlichen Belange wenig beachtende — Zollpolitik hervorgerufenen Befürchtungen, für 1901 auf eine allgemeine wirtschaftliche Depression und für 1911 auf die Mißernte des heißen Sommers von 1911 zurückzuführen. Daneben war es besonders die amerikanische Konkurrenz, die zeitweilig auf den Geschäftsgang drückte, besonders im Jahre 1907, als der amerikanische Staat die Ausfuhr durch Prämien zu beleben suchte, um so den damals in Amerika herrschenden Goldmangel durch Zahlungsbilanzüberschüsse zu beseitigen. Auch die an-

*) Bei der Darstellung der Fortentwicklung der zumeist bekannten Betriebe soll die Reihenfolge durch eine Einteilung nach der Fabrikationsart der Betriebe, also z. B. Landmaschinenbau, Papiermaschinenbau u. a. m. bestimmt werden. Eine solche präzisierte Einteilung birgt jedoch eine Ungenauigkeit in sich, die daraus entsteht, daß verschiedene Unternehmungen sich mehreren Fabrikationszweigen widmen. Für diesen Fall ist für die Eingliederung des Unternehmens das Hauptobjekt seines Fabrikationsprogrammes maßgebend gewesen.

haltische Landmaschinenindustrie war bestrebt, in den letzten Jahren vor dem Kriege das Auslandsgeschäft zu erweitern, da der Inlandsabsatz besonders in Mitteldeutschland infolge Sättigung des Bedarfs an landwirtschaftlichen Maschinen anfing geringer zu werden. Hemmend waren hierbei besonders die hohen Zollschranken, die gerade Agrarländer wie Rußland und Oesterreich-Ungarn um sich gezogen hatten. Besondere Erwähnung verdient noch der Absatz nach Dänemark, der in einem anhaltischen Betriebe allein $^1/_3$ des Gesamtabsatzes ausmachte.

Von den anhaltischen Betrieben, die zu diesem Industriezweig zu rechnen sind, ist in erster Linie die Maschinenfabrik W. Siedersleben & Co. in Bernburg zu nennen (vgl. S. 50). Das Unternehmen wurde im Jahre 1908 in eine G. m. b. H. umgewandelt, deren Anteile noch heute im Besitze der Gründerfamilien sind.

Die Fabrikation wurde immer mehr auf die Herstellung der „Saxonia"-Drillmaschine beschränkt. Als Absatzgebiet kam außer dem gesamten Deutschland hauptsächlich Dänemark, Skandinavien, Holland und auch — trotz sehr hoher Einfuhrzölle — Polen in Betracht.

Die Werkstätten, in denen die Herstellung der Maschinen ohne Verwendung von Halbfabrikaten lediglich aus Rohstoffen erfolgt, sind im Verlauf der Jahre erheblich erweitert; so wurde im Jahre 1879 auch eine bedeutende Eisengießerei errichtet. Durch direkte Lage der Fabrikanlagen an der Staatsbahn ist das Unternehmen auch betreffs des Ferntransportes seiner Produkte sehr günstig gestellt.

Im Jahre 1893 beschäftigte W. Siedersleben & Co.: 467 Arbeiter.

Außer diesem größeren Unternehmen gab es in Anhalt vor dem Kriege nur noch eine Anzahl kleinerer Betriebe, die sich mit der Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen als alleiniges Fabrikationsobjekt befaßten.

In diesem Zusammenhang ist noch die Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt von Schweinefuß & Dolg in Bernburg zu erwähnen. Diese wurde im Jahre 1889 als offene Handelsgesellschaft gegründet und befaßte sich hauptsächlich mit der Herstellung von Müllereimaschinen und Mühlenanlagen, weiter mit dem Bau von Saatreinigungsmaschinen, Getreidespeicheranlagen, Wasserrädern und Transmissionen.

Das Absatzgebiet erstreckte sich über ganz Deutschland; vor dem Kriege war auch das Auslandsgeschäft relativ bedeutend, da es 50 % der gesamten Produktion ausmachte. Die Belegschaft belief sich 1913 auf 51 Personen.

Inwiefern die Tendenz der Entwicklung zum Großbetrieb in der Zuckerindustrie eine erhöhte Nachfrage nach Maschinen hervorrief, ist bereits erörtert worden. Verstärkt wurde diese Nachfrage noch dadurch, daß die neuen sozialen Vorschriften, die zum Schutze der weiblichen und jugendlichen Arbeiter erlassen wurden, die Beschäftigung solcher Arbeitskräfte erschwerten und man aus diesem Grunde in der Zuckerindustrie bestrebt war, deren Leistungen möglichst durch maschinelle Kräfte zu ersetzen.

Es herrschte daher in den Betrieben, die für die Zuckerindustrie beschäftigt waren, während der ganzen Wirtschaftsperiode eine rege Arbeitstätigkeit; besonders gut war der Absatz nach dem Auslande. Unterbrochen wurde der gute Geschäftsgang einmal, als sich im Jahre 1902/03 auch in diesem Industriezweig die Folgen der Wirtschaftskrise des Jahres 1900 bemerkbar machten, dann aber besonders, als der Mißernte des Jahres 1911 auch eine Krise in der Zuckerindustrie folgte. Beide Depressionen währten ungefähr je zwei Jahre, um dann wieder einem schnellen Aufstieg zu weichen. Die zu diesem Industriezweig gehörenden Betriebe sind bereits aus den Darstellungen der früheren Perioden her bekannt. Die Kommandit-Gesellschaft L. Bodenbender & Co., früher Herzogliche Maschinenfabrik in Bernburg (vgl. S. 47), wurde am 25. November 1899 in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelt. Das Fabrikationsprogramm blieb das gleiche wie in früherer Zeit. In erster Linie befaßte man sich mit der Einrichtung von Zuckerfabriken, daneben wurden noch hauptsächlich Brikettierungsanlagen für Braunkohlengruben hergestellt. Das Unternehmen beschäftigte um 1900 ca. 400 Arbeiter.

Das Fabrikgebäude lag mitten in der Stadt und war infolgedessen ohne Gleisanschluß. Die hohen Transportkosten nach der Bahn gestalteten bei der wachsenden Konkurrenz den Betrieb von Jahr zu Jahr unrentabler. Im Jahre 1908 stellte daher die Maschinenfabrik den Betrieb ein, nachdem das Unternehmen am 20. Februar des gleichen Jahres mit der Braunschweig.-Hannov. Maschinenfabrik zu Delligsen einen Fusionsvertrag abgeschlossen hatte. Im Jahre 1913 wurde auch der Betrieb der Kesselschmiede in Bernburg eingestellt.

Die Braunschweig.-Hannoversche Maschinenfabrik schritt im Jahre 1918 zum Ausbau ihrer Fahrzeugfabrik. Zu diesem Zwecke gab sie 800 000 Mk. neue Aktien heraus; gleichzeitig erfolgte der Verkauf der Wilhelmshütte in Bornum und des Restes des Bernburger Grundbesitzes. Zu gleicher Zeit erfolgte die Umwandlung der Firma in Maschinen- und Fahrzeugfabriken, A.-G. Alfeld-Deligsen.

Auch die Maschinenfabrik von Rudolf Dinglinger in Cöthen (vgl. S. 47-49) betrieb weiterhin als Hauptfabrikationszweig die Einrichtung von Zuckerfabriken, daneben pflegte sie auch in Zukunft die anderen bereits genannten Fabrikationszweige.

Bis zur Gegenwart blieb die Fabrik als Einzelunternehmen im Besitz der Familie des Gründers. Sie entwickelte sich zu einem recht ansehnlichen Betriebe, dessen weitere Ausbaumöglichkeit auf dem gleichen Grundstück allerdings infolge Raummangels Ziele gesetzt sind. Das Unternehmen beschäftigte im Jahre 1913: 230 Arbeiter.

Die Maschinenfabrik F. Hallstroem in Nienburg (vgl. S. 49) war in jener Zeit der bedeutendste Betrieb dieses Zweiges der anhaltischen Maschinenindustrie.

Sein Absatz an Apparaten für Zuckerfabriken ging weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Von den europäischen Ländern war besonders Schweden ein Hauptabsatzgebiet des Unternehmens. Auch von Uebersee kamen zahlreiche Aufträge, die schließlich die Placierung eines ständigen Vertreters in Havanna nötig machten.

Kommerzienrat Hallstroem war ständig auf die Erweiterung des ‹Betriebes bedacht; so gliederte er ihm auch eine eigene Eisengießerei an, die allerdings räumlich vom Hauptbetriebe getrennt in Rothenburg a. d. Saale lag, auf der jedenfalls der Transport der Gußstücke nach Nienburg erfolgte. Als die Gießerei durch eine Feuersbrunst zerstört wurde, gab man diesen Betrieb auf und verkaufte das Grundstück an die Gewerkschaft in Mansfeld.

Die Belegschaft der Hallstroem'schen Maschinenfabrik belief sich im Jahre 1913 auf 280 Arbeiter.

Eine wesentliche Ausdehnung erfuhr in dieser Periode die Maschinenfabrik August Paschen in Cöthen, (vgl. S. 69).

Im Anfang der 90er Jahre wurde die heutige Fabrik auf dem Gelände „An der Eisenbahn“ errichtet, der einige Jahre später eine eigene Gießerei angegliedert wurde. Im Jahre 1907 wurde die in der Heinrichstraße gelegene Werkstatt endgültig aufgegeben, um den Betrieb zu zentralisieren; die Fabrik an der Eisenbahn erfuhr aus diesem Grunde eine abermalige Erweiterung.

Im Jahre 1897 wurde das Unternehmen, das seit Eintritt der Söhne des Gründers in die Firma in Form einer offenen Handelsgesellschaft betrieben wurde, in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 750 000 Mk. umgewandelt.

Mit dem ständigen Größerwerden der Unternehmung wurde auch das Fabrikationsprogramm fortlaufend erweitert. Spezialität blieb nach wie vor der Bau von Maschinen und Apparaten für die Zuckerindustrie, insbesondere die Fabrikation von Schnitzelmaschinen, Schnitzelmessern und Schnitzelpressen, Diffusions-

apparaten u. a. m. Dazu trat der Bau von verschiedenartigen Transportanlagen für Rüben, Schnitzel, Zucker und Kohle. In letzter Zeit nahm man ferner die Herstellung von Apparaten für die chemische Industrie und den Bau von Werkzeugmaschinen und Hebezeugen auf.

Die mit der Erweiterung des Unternehmens verbundene Tendenz der Firma, ihr Fabrikationsprogramm auf den allgemeinen Maschinenbau und den Werkzeugmaschinenbau einzustellen, kann bezüglich der Ausführungen über Spezialisierung als ein bemerkenswerter Fall rückläufiger Entwicklungserscheinungen hingestellt werden.

Außer dem inländischen Absatzgebiet, das sich besonders auf die Gegenden mit Zuckerrübenbau erstreckte, war auch das Ausland einer der Hauptabnehmer des Werkes. 30—40 Prozent der gesamten Produktion wurden nach Polen, Holland, Dänemark, Schweden, Frankreich, England und Amerika geliefert.

Das Aktienkapital wurde bis zum Jahre 1914 auf 2 000 000 Mk. erhöht; die Belegschaft wuchs von 36 Arbeitern im Jahre 1890 auf 320 im Jahre 1913.

Die beiden Unternehmen in Zerbst (vgl. S. 70), die sich mit dem Bau von Bäckereimaschinen befaßten, entwickelten sich in dieser Periode zu Mittelbetrieben, die bei Kriegsausbruch ca. je 50—60 Arbeiter beschäftigten.

Während die ältere Firma C. Meinecke sen. in erster Linie das Inlandsgeschäft pflegte, hatte das jüngere Unternehmen von Gebr. Meinecke daneben auch einen relativ bedeutenden Auslandsabsatz zu verzeichnen, der später allerdings wegen der hohen Zölle verschiedener Maschineneinfuhrstaaten stark zurückging.

Die Fabrikanlage dieses Unternehmens wechselte mehrfach ihren örtlichen Standpunkt, bis sie im Jahre 1909 in dem im Süden der Stadt gelegenen Industriegelände in ihrem heutigen Umfange errichtet wurde. Zugleich damit wurde auch die Fabrikation erweitert und der Bau der heute allerorts gebräuchlichen Teigteilmaschinen aufgenommen.

Auch die anhaltische Papiermaschinenindustrie hatte in der vorliegenden Periode im allgemeinen einen guten Geschäftsgang zu verzeichnen. Dieser Zweig des anhaltischen Maschinenbaus stützte sich in erster Linie mit auf einen erheblichen Auslandsabsatz nach den östlichen und nördlichen Ländern, wie Skandinavien und Rußland, da in diesen Ländern infolge ihres Holzreichtums die Papierindustrie in hoher Blüte stand. Als durch die deutsche Zollgesetzgebung von 1892 ein 10%iger Einfuhrzoll auf schwedische Hölzer gelegt wurde, antwortete Schweden darauf mit einem 10%tigen Einfuhrzoll auf deutsche

Maschinen. Hierdurch wurde die Ausfuhr der betreffenden anhaltischen Maschinenfabriken zeitweilig stark gehemmt. In der ersten Zeit war die Behinderung des Papiermaschinenaußenhandels durch den Zoll noch weniger bemerkbar; erst als in Schweden Papiermaschinenfabriken unter dem Zollschutze gegründet wurden, gingen die Auslandsaufträge erheblich zurück. Dagegen war der Absatz nach Rußland resp. Finnland trotz der ebenfalls hohen russischen Zölle recht gut.

In diesem Industriezweig konnte die Maschinenfabrik A.-G., vormals Wagner & Co., in Köthen (vgl. S. 50; 74) trotz mancherlei Schwierigkeiten ihre führende Stellung behaupten und verstärken.

Auch in diesem Zeitabschnitt blieb der Papiermaschinenbau ihr hauptsächlichstes Tätigkeitsfeld. Außer zahlreichen Einzelmaschinen führte sie auch die Einrichtungen ganzer Papierfabriken aus. Neben diesem Spezialgebiet widmete sich das Unternehmen dem Bau von Dampfmaschinen und Dampfkesseln, daneben lieferte es vielfach Handelsguß an kleinere Unternehmungen; als Füllarbeit zwischen den großen Spezialaufträgen behielt die Firma den allgemeinen Maschinenbau in ihrem Programm.

Bereits sehr zeitig — als eines der ersten Unternehmen Anhalts — pflegte das Unternehmen neben dem Inlands- auch den Auslandsabsatz. Als Markt hierfür kam in erster Linie Skandinavien, Rußland (Finnland), dann aber auch Frankreich, Oesterreich, England und Portugal in Betracht.

Die Zahl der Arbeiter wuchs von 180 im Jahre 1890 auf 357 im Jahre 1913.

Die Entwicklung der Papiermaschinenbauanstalt von Reinecke und Jasper in Köthen ist bereits früher ausführlich behandelt worden (vgl. S. 74).

Die Fabrikation gelochter Bleche und die Metalltuchweberei ist ihrer ganzen Struktur nach von der Papiermaschinenindustrie und auch anderen Industriezweigen ziemlich abhängig. Ihr Geschäftsgang bekommt daher durch die allgemeine Wirtschaftslage den Stempel aufgedrückt. Im Jahre 1893 war die Depression der vergangenen Jahre noch nicht überwunden. Erst die folgenden Jahre brachten in diesem Industriezweig wieder einen Anstieg. Die Bedeutung des guten Absatzes wurde jedoch durch die infolge der erhöhten Rohstoffpreise schlechten Preisverhältnisse herabgedrückt, die noch dadurch ungünstig beeinflußt wurden, daß infolge überstarker Konkurrenz eine gewisse Preisschleuderei eintrat, der erst im Jahre 1899 durch Gründung eines Metalltuchverbandes ein Ende bereitet wurde. In den folgenden Jahren wurde der sonst gute Geschäftsgang durch die Krise des Jahres 1900 vorübergehend beeinträchtigt. Die neue Zollgesetzgebung

verschlechterte den Absatz nach Rußland und Oesterreich nicht unwesentlich. Rußland erhob als Erwiderung der deutschen Agrarzölle erhebliche Einfuhrabgaben auf deutsche Maschinen. Für Metalltuchgewebe betrugen diese im Jahre 1909: 100% des Warenpreises. Diese Zollsätze, die in ähnlicher Höhe auch Oesterreich und die Vereinigten Staaten von Amerika festgesetzt hatten, unterbanden natürlich die Ausfuhr nach diesen Ländern fast völlig. Der übrige Auslands- und Inlandsabsatz war recht gut, zumal die Auflösung des Eisenblech-Syndikates eine Senkung der Rohstoffpreise hervorrief. Die vorliegende Wirtschaftsperiode schloß in den Jahren 1911, 1912, 1913 mit einem überaus guten Geschäftsgang in der Metalltuchindustrie ab.

Die Metalltuch- und Maschinenfabrik von Gottlieb Heerbrandt in Raguhn (vgl. S. 75) wurde im Jahre 1897 in eine A.-G. umgewandelt. Der Betrieb, der sich in drei Abteilungen teilte (I. Metalltuchfabrik, II. Metallocherei, III. Maschinenbau), wurde zugleich erheblich erweitert; das Fabrikationsprogramm blieb dagegen im allgemeinen das gleiche. Im Inland bildeten in erster Linie die Papiermaschinenindustrie, die übrige Maschinenindustrie, chemische- und Zuckerindustrie, weiterhin auch der Bergbau die Abnehmerkreise. Als ausländische Absatzgebiete sind Holland, Schweden, England, Frankreich und für Metalltuchgewebe auch Aegypten zu nennen.

Im Jahre 1913 beschäftigte das Unternehmen 265 Arbeiter.

Neben diesem Großbetriebe tritt die Bedeutung der anderen Raguhner Unternehmen zurück. Diese beschäftigten sich allein mit der Metalltuchweberei und Metallocherei. Ihre Gründung ist zumeist darauf zurückführen, daß sich Heerbrandt'sche Werkmeister selbständig machten.

Die Firma Pabst & Kilian, Raguhn wurde im Jahre 1899 als G. m. b. H. gegründet. Im Anfang befaßte sie sich vorwiegend mit der Herstellung von Metalltüchern für die Papierfabrikation, später ging sie mehr und mehr dazu über, Drahtgewebe aus Eisen und anderen Metallen zu fabrizieren. Ihr Absatzgebiet war der gesamte Inlandsmarkt; ein Drittel der gesamten Produktion wurde nach dem Auslande verkauft.

Das Unternehmen beschäftigte seit der Gründung zirka 20 Arbeiter, deren Zahl bis 1913 auf zirka 50 anstieg.

In diesem Fabrikationszweig sind weiterhin noch die Raguhn-Anhalter Metallocherei, G. m. b. H. zu nennen und Thermann und Kleinfeld in Coswig-Anhalt, deren Ausdehnung ungefähr der des genannten Betriebes gleichkommt.

Daneben findet sich speziell in Raguhn noch eine Anzahl Kleinbetriebe, da auch für diese Größenklasse die Bearbeitung des vorliegenden Fabrikationsobjektes durchaus geeignet ist.

Eine große Anzahl von Betrieben war auch in dieser Periode für den Maschinenbedarf der Chemischen Industrie und des als Grundlage dienenden Kalibergbaus tätig. Die Zahl der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter wuchs von 1 340 im Jahre 1879 auf 4 242 im Jahre 1913. Sprechen diese Zahlen an sich schon für die Entwicklung der chemischen Industrie in Anhalt, so stellen sie diese doch nicht in vollem Umfange dar, da auch speziell in diesem Industriezweig man fortlaufend und mit Erfolg bestrebt war, die menschlichen Arbeitskräfte durch maschinelle zu ersetzen. Außer der großen Anzahl von Maschinenfabriken, deren Spezialgebiet die Herstellung von Maschinen und Apparaten für die chemische Industrie ist, waren auch die Armaturen-Fabriken, die Dampfkessel-Fabriken, die Metallgießereien u. a. m. für die chemische Industrie beschäftigt, um deren vielseitigen Bedarf zu decken.

Die ganze vorliegende Wirtschaftsperiode hindurch herrschte daher in der betreffenden Maschinenindustrie ein reger Geschäftsgang vor, der nur vorübergehende Depressionserscheinungen aufwies, die durch die allgemeine Wirtschaftskrise und durch die bereits behandelte Preispolitik der Rohstoffsyndikate hervorgerufen waren.

Die Maschinenfabrik Bäntsch & Behrens in Sandersleben (vgl. S. 50) widmete sich auch weiterhin grundsätzlich dem allgemeinen Maschinenbau, wobei jedoch die Produktion von Maschinen für die chemische und Kali-Industrie überwog. Das Absatsgebiet des Unternehmens blieb auch weiterhin vorwiegend der Inlandsmarkt. Die Ausdehnung des Werkes wurde in dieser Periode noch fortgesetzt; im Jahre 1913 belief sich die Arbeiterzahl auf 217 Personen.

Die Dampfkessel- und Maschinenfabrik F. Fiedler in Leopoldshall (vgl. S. 71) pflegte auch weiterhin in erster Linie den Bau von Apparaten für die chemische und Kali-Industrie. Ihr Fabrikationsprogramm änderte sich im allgemeinen in dieser Periode nicht.

Das Unternehmen selbst wechselte im Jahre 1906 den Besitzer (durch Kauf von O. Kittel erworben). Im Jahre 1911 brannten die gesamten Fabriksanlagen völlig nieder; im folgenden Jahre erfolgte der Neubau, so daß das Werk mit gänzlich modernen Fabrikanlagen den Betrieb fortsetzen konnte.

Das Unternehmen beschäftigte im Jahre 1913 ca. 250 Arbeiter.

Das Zinnwalzwerk von Ludwig Keßler & Sohn in Bernburg (vgl. S. 53) stützte auch in dieser Zeit sein Fabrikationsprogramm auf die Verarbeitung von Zinn- und Bleimaterialien. Die Fertigfabrikate fanden vorwiegend in der chemischen Industrie Verwendung, die z. B. für die Herstellung von Schwefelsäure aus-

schließlich Apparate aus Blei benötigte. Weiterhin wurden für den Accumulatorenbau verbleite und verzinkte Eisenbleche hergestellt. Eine weitere Abteilung ist der Wasserleitungsbau, der oftmals im Auftrage von Wasserwerken durchgeführt wurde.

Das Absatzgebiet des Unternehmens blieb hauptsächlich die Umgegend; der Auslandsabsatz betrug durchschnittlich etwa 8—10 % der Gesamtproduktion.

In diesem Zusammenhang ist noch die Maschinenfabrik von Gellendien & Haffner in Bernburg zu nennen (vgl. S. 72), die sich auch in erster Linie mit dem Bau von chemischen Apparaten beschäftigte. Ihr Absatzgebiet war hauptsächlich die Umgegend, Berlin und das Rheinland.

Die Firma wurde in eine G. m. b. H. umgewandelt und beschäftigte im Jahre 1913: 156 Arbeiter.

Die Maschinenfabrik von Keilmann & Völcker in Bernburg wurde im Jahre 1891 als offene Handelsgesellschaft gegründet. Die Fabrikation des Unternehmens beruhte auf der Ausnutzung mehrerer Patente. Spezialgebiet war der Bau von Feuerungen für Dampfkessel, die unter dem Namen Völckerfeuerungen allgemeine Einführung fanden. So wurden Feuerungen für die Braunkohlengruben Edderitz, Nachterstedt, Preußlitz, Bitterfeld und Golpa-Zschornewitz hergestellt. Die Feuerungen waren hauptsächlich für die Verbrennung von Braunkohle eingerichtet; aus diesem Grunde wurde auch hauptsächlich die Umgegend und das Rheinland beliefert. Die Lieferungen wurden meist im Verein mit anderen Fabriken ausgeführt, die die Dampfkessel herstellten, denen Keilmann und Völcker dann die Feuerungen einbauten.

Der Absatz dieser Völckerfeuerungen hat allerdings erheblich nachgelassen, da man immer mehr zur Kohlenstaubfeuerung überging; darunter hatte selbstverständlich der Absatz zu leiden, da nur Fabriken, deren alte Völckerfeuerungen unbrauchbar geworden waren, diese nachbestellten. Dazu kam die starke Konkurrenz der Dampfkesselfabriken, die in ihren Betrieben teilweise den Feuerungsbau selbst einführten. Neben diesem Feuerungsbau wurde die Herstellung von Apparaten für die chemische Industrie betrieben; ferner hatte das Unternehmen einen bedeutenden Umsatz an Handelsguß zu verzeichnen, da eine eigene sehr leistungsfähige Gießerei imstande war, auch Gußstücke von besonders umfangreichen Ausmaßen herzustellen. Auch in diesem Fabrikationszweige erstreckte sich das Absatzgebiet über ganz Deutschland, speziell auf die chemische Großindustrie wie z. B. die Leuna-Werke.

Der Auslandsabsatz richtete sich vorzüglich nach Rußland und Rumänien, jedoch waren die hohen Zollschranken dieser Länder dauernde Hemmnisse.

Im Jahre 1906 wurde das Unternehmen anläßlich des Todesfalles eines der Gründer in eine G. m. b. H. umgewandelt.

Die Zahl der Arbeiter belief sich bei der Gründung auf ca. 60 Mann. Sie steigerte sich bis zum Jahre 1913 auf 262 Arbeiter.

Die bereits erwähnte Maschinenfabrik von A. Lück in Leopoldshall (vgl. S. 71) widmete sich auch in dieser Periode nach Uebersiedlung in das neue Fabriksgebäude zunächst weiter dem Bau von Förderwagen und Apparaten für die chemische Industrie. Im Jahre 1905 nahm sie auf Grund wertvoller Patente als neue Spezialität die Einrichtung von Dachpappenfabriken und Teerdestillationen auf. Trotzdem sich die Fabrik nicht über den Umfang eines Mittelbetriebes hinaus ausdehnte, wurde sie in ihrer Spezialbranche bald eine der führenden Firmen. Ihr Absatzgebiet war außer dem gesamten Inlandsmarkt auch in erheblichem Umfange das europäische und außereuropäische Ausland.

Das Unternehmen beschäftigte im Jahre 1913: 69 Arbeiter.

Die Maschinenfabrik G. Polysius in Dessau (vgl. S. 54 u. 72) baute in dieser Periode ihr Spezialgebiet, nämlich die Einrichtung ganzer Zementfabriken, derartig aus, daß sie tatsächlich zu einer der bedeutendsten Weltfirmen dieses Zweiges des Maschinenbaues heranwuchs.

Das Fabrikationsprogramm des Unternehmens, in großen Zügen dargestellt, umfaßte die vollständigen maschinellen Einrichtungen von Zementfabriken und chemischen Fabriken, Hartzerkleinerungs- u. Mahlanlagen, Kohlenstaubfeuerung, Bekohlungs- und Entaschungsanlagen, den Bau von Filtern für die chemische Industrie, Entstaubungsanlagen sowie Transmissionen. Die Fabrikation baute sich auf der Ausnützung zahlreicher Patente auf, speziell auf der Einführung des Dreadnought-Drehofens, Patent Polysius, der heute in den meisten Zementfabriken seine Verwendung findet.

Auf dem 12,5 ha großen Fabrikgrundstück besitzt das Unternehmen neben den eigentlichen Werkstätten und sonstigen Betriebseinrichtungen ein chemisch-technisches Laboratorium sowie eine modern eingerichtete Großversuchsanlage. Dadurch ist es in der Lage, seinen Interessenten und Abnehmern nicht allein seine Maschinen vorzuführen, sondern kann auch für die Tauglichkeit der damit hergestellten Zementfabrikate volle Garantien übernehmen.

Der Absatz richtete sich in erster Linie natürlich nach Deutschland; dann weiter jedoch nach Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, England, Schweden, Rußland, der Schweiz, Polen, Holland, Griechenland, Portugal, China, Afrika, Nord- und Süd-Amerika. Der Auslandsabsatz ist für das Unternehmen

von großer Bedeutung; er macht etwa 75% des Gesamtabsatzes aus. Zur Organisation dieses Absatzes unterhält die Firma ein dichtes Vertreternetz im In- und Ausland. Für die Bearbeitung Englands und seiner Kolonien besteht ein eigenes Büro in London, während der Vertrieb in den Vereinigten Staaten und Kanada durch die im Jahre 1927 erfolgte Gründung einer Tochtergesellschaft der Polysius Corporation mit Büros in Bethlehem und New-York erfolgen soll.

Weiter verfügt das Unternehmen über ein eigenes Patentbüro und besitzt eine große Anzahl sehr wertvoller Patente, und zwar nicht allein Konstruktions- sondern auch Verfahrenspatente besonders auf chemisch-technischem Gebiete; so sind z. B. erfolgreiche Versuche zur Herstellung von Schmelzzement unternommen worden; ein anderes Problem, das im Betriebe von G. Polysius durchgeführt wurde, ist die pneumatische Beförderung von staubförmigen Massengütern wie Kohlenstaub und Zement. Das Unternehmen beschäftigte im Jahre 1913: 739 Arbeiter.

Auch der Dampfkesselbau erfreute sich in Anhalt in dieser Wirtschaftsperiode im allgemeinen eines regelmäßigen Absatzes. Gestört wurde der continuierliche Geschäftsgang lediglich durch die den Wirtschaftskrisen folgenden Depressionsjahre, deren Wirkung sich speziell im Kesselbau zeitweilig stark bemerkbar machte, da dieser Industriezweig wie kaum ein anderer von der wirtschaftlichen Lage der Gesamtindustrie abhängig ist. Dies machte sich besonders in den Jahren 1890—92, 1902—03 und 1908—09 bemerkbar.

Die Klagen über die Preispolitik der Syndikate wurden im Jahre 1905 durch die Auflösung des Eisen-Blech-Syndikates abgeschwächt.

In der anhaltischen Maschinenindustrie beschäftigten sich hauptsächlich folgende Firmen mit dem Bau von Dampfkesseln in Bernburg: Gellendien & Haffner, Keilmann & Völcker, in Cöthen: Kurth, Wagner & Co und Dinglinger, in Dessau: Bamag und Polysius, in Leopoldshall: F. Fiedler und A. Lück, fernerhin Gebr. Sachsenberg in Roßlau und die Nienburger Maschinenfabrik, A.-G.

Eine ähnliche Wirtschaftslage wie die Dampfkesselindustrie hatte auch die mit ihr verwandte Armaturenfabrikation zu verzeichnen.

Im allgemeinen lagen gute Absatzverhältnisse vor, die nur in den Jahren 1891/92, 1902 und 1909 einer zeitweiligen Depression wichen.

Die Armaturenindustrie, deren Hauptmaterialien Messing, Zinn, Blei, Rotguß und andere Metalle sind, hatte nicht in gleicher Weise wie die übrige Maschinenindustrie unter der Preispolitik der Rohstofflieferanten zu leiden, da ihre Metalle im freien Handel gekauft werden konnten. Die Armaturenindustrie war in erster Linie für die übrige Maschinenindustrie, dann aber auch für die chemische und Zuckerindustrie tätig.

Die bereits genannte Armaturenfabrik von O. Zierau (vgl. S. 72) wurde im Jahre 1892 in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelt, die seit ihrer Begründung die Firma „Sächs.-Anh.-Armaturenfabrik und Metallwerke, A.-G., Bernburg" führt. Sie setzte die frühere Fabrikation fort und stellte hauptsächlich Armaturen aus Metallguß, und zwar aus Messing, Rotguß und Hartblei her.

Im Jahre 1900 wurde eine Eisengießerei angegliedert und auch Handelsguß verkauft. Im Jahre 1905 wurde auch die Metallgießerei erneuert.

Als Absatzgebiet kam hauptsächlich die nähere Umgebung in Frage; für Armaturen war auch das Ausland Abnehmer, und zwar speziell Holland, die Schweiz und Amerika. Der Auslandsexport umfaßte ungefähr 10% der Gesamtproduktion. Im Jahre 1892 beschäftigte die neugegründete Aktien-Gesellschaft ca. 30 Arbeiter, deren Zahl sich bis zum Jahre 1913 auf 145 erhöhte. Das Fabrikgebäude umfaßt 8900 qm.

Die Armaturenfabrik von Paul Homann in Dessau wurde am 1. Juli 1881 gegründet. Zuerst befaßte sie sich mit der Herstellung von Metall, Rohguß und Kupferschmiedearbeiten. Dann wurde die Fabrikation von Armaturen sowie der Bau von Schmierapparaten aufgenommen. Dies blieb vor dem Kriege das Haupttätigkeitsfeld des Unternehmens. Der Betrieb wurde wenige Jahre nach der Gründung zwecks Ausdehnung an die Peripherie der Stadt verlegt. In den 90er Jahren wurde das Unternehmen, das in kleinerem Umfange begonnen war, in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt, die im Jahre 1913 ca. 60—70 Arbeiter beschäftigte.

In Leopoldshall, inmitten des Hauptstandorts der anhaltischen Kali- und chemischen Industrie wurde im Jahre 1907 die Armaturen-Fabrik von A. Stoge gegründet, die in erster Linie säurefeste Bleiarmaturen für die chemische Industrie herstellte. Entsprechend ihrem Umfang blieb auch ihr Absatz zumeist auf den Inlandsmarkt beschränkt. Sie beschäftigte im Jahre 1913 ca. 36 Personen.

In diesem Zusammenhang ist noch ein anderer Betrieb zu nennen, dessen Spezialgebiet die Herstellung von Stahlguß ist.

Die Maschinenfabrik von Robert Becker & Co. wurde in Dessau im Jahre 1902 gegründet*). Ursprünglich beschäftigte sich die Firma mit dem allgemeinen Maschinenbau und stellte hauptsächlich Maschinen für die Textil-Industrie und die keramische Industrie her. Die seit der Gründung bestehende Eisengießerei lieferte auch Handelsguß. Im Jahre 1907 wurde dem Betriebe eine Stahlgießerei angegliedert, deren Spezialfabrikat Zahnräder aus Stahlguß wurden. Die ständig gesteigerte Nachfrage nach Stahlguß machte den Ausbau dieses Fabrikationszweiges nötig, der damit zum Hauptarbeitsgebiet des Unternehmens wurde. Zur Zeit der Gründung waren etwa 25 Mann beschäftigt; im Jahre 1913 belief sich die Belegschaft auf 139 Arbeiter.

Der Absatz in Ziegeleimaschinen war während der vorliegenden Wirtschaftsperiode durchaus verschieden. Günstige Geschäftslagen wechselten mit tiefen Depressionen. In erster Linie wird hier die Intensität des Absatzes von der Bautätigkeit beeinflußt. Es ist daher ganz natürlich, daß besonders in den Jahren, die allgemeinen Wirtschaftskrisen folgten und in denen besonders die industrielle und auch die landwirtschaftliche Bautätigkeit stark zurückging, auch in der Ziegeleimaschinenindustrie ein Rückschlag erfolgte. Dieses Geschäft trägt ausgesprochenen Saisoncharakter, da im Winter die Fabrikation der Ziegeleien meist zurückgeht, resp. gänzlich aussetzt. Daher ist die Maschinenindustrie, die für diesen Wirtschaftszweig arbeitet, gezwungen, ein weiteres Fabrikationsobjekt als Winterfüllarbeit zu pflegen, da sie nicht wie die Landmaschinenindustrie auf Lager arbeiten kann.

In Anhalt beschäftigten sich in erster Linie zwei Betriebe mit der Herstellung von Ziegeleimaschinen, und zwar sind dies die Maschinenfabrik der Gebr. Sachsenberg in Roßlau**) und die Nienburger Maschinenfabrik, A.-G.

Die von Hertel gegründete Nienburger Maschinenfabrik (vgl. S. 53) wurde im Jahre 1872 in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelt. Das Fabrikationsprogramm blieb bis zum Kriege unverändert. In erster Linie wurden Ziegeleimaschinen hergestellt, daneben Einrichtungen und Maschinen für Braunkohlengruben.

Der Absatz umfaßte den Inlandsmarkt; ein wesentlicher Auslandsabsatz, der zwei Drittel der Gesamtproduktion aus-

---

*) Die Anfänge des Unternehmens reichen jedenfalls schon weiter zurück, da in einem statistischen Bericht der Festschrift zum 50 jährigen Bestehen der Gebr. Sachsenberg-Roßlau ein Betriebsingenieur Robert Becker genannt wird, mit der Bemerkung, daß dieser seit 1892 Fabrikbesitzer in Dessau sei.

**) Die Entwicklung dieses Unternehmens wird unter dem Kapitel Schiffsbau dargestellt.

machte, wandte sich nach allen europäischen und auch außereuropäischen Ländern.

Die Anlagen der Fabrik wurden immer weiter ausgedehnt; sie beschäftigte im Jahre 1913 ca. 220 Arbeiter.

Kaum ein anderer Industriezweig hatte in der vorliegenden Periode einen gleich günstigen Geschäftsgang zu verzeichnen wie der Schiffsbau. Die Menge der Aufträge steigerte sich zuweilen derartig, daß sie in der vorgeschriebenen Lieferzeit nicht bewältigt werden konnten. Solche Höhepunkte stellten die Jahre 1896—98 und 1905—09 dar. Die drei folgenden Jahre brachten dann allerdings einen erheblichen Rückschlag. Besonders im Jahre 1911 blieben die Aufträge im Flußschiffsbau fast völlig aus, da infolge der großen Trockenheit des Sommers die Schiffahrt völlig aussetzen mußte. Dazu machte sich auch noch die durch verschiedene Momente günstiger gestellte holländische Konkurrenz erheblich bemerkbar. Erst das Jahr 1913 brachte wieder einen lebhafteren Geschäftsgang.

Die Entwicklung der Maschinenfabrik und Schiffsbauanstalt der Gebr. Sachsenberg in Roßlau (vgl. S. 52 u. 77) wurde durch diesen guten Geschäftsgang im Flußschiffsbau bedeutend gefördert. Die sich ständig mehrenden Aufträge für die Rheinschiffahrt bestimmten das Unternehmen im Jahre 1898 in Köln-Deutz eine Zweigniederlassung zu gründen, die insbesondere Reparaturen sowie Restarbeiten an den vom Roßlauer Werk neu gelieferten Rheindampfern ausführen sollte.

In kurzer Zeit entwickelte sich auch dieser Filialbetrieb, der zwei Jahre nach seiner Gründung bereits 270 Arbeiter beschäftigte. Neben der Reparatur von Fahrzeugen führte die Rheinwerft späterhin auch selbst den Neubau von Schiffskörpern aus; Maschinen und Kessel zu diesen Schiffen wurden nach wie vor im Hauptbetriebe in Roßlau hergestellt.

Außer für die heimischen Flußläufe der Elbe und des Rheins wurden auch für die ausländische Fluß- und Binnenschiffahrt zahlreiche Fahrzeuge gebaut. So wurden Flußdampfer für den Kongo, Sambesi, Nigger, La Plata, Amazonenstrom, nach Madagaskar, China, Korea, Sibirien und Bolivia geliefert. Besonders schwierig war das Ueberseegeschäft. Die Dampfer mußten nämlich auf Schrauben gebaut werden, wieder auseinander genommen werden, in einzelne Kolli gepackt, versandt und am Bestimmungsort wieder zusammengebaut werden; dazu kam noch die Schwierigkeit, daß zuweilen die einzelnen Kolli im Gewicht beschränkt wurden (sie durften nicht mehr als 50 kg wiegen), da der Transport ins unwegsame Innere des Landes nur durch Maulesel und Träger vorgenommen werden konnte.

Neben den Flußfahrzeugen baute das Unternehmen auch verschiedene Hochseefischdampfer.

Ein Sondergebiet bildet die Herstellung von Baggergeräten, wie Schwimm- und Trockenbagger. Unter diesen sind wegen ihrer Größe und Leistungsfähigkeit die Schwimmbagger „Herkules“ und „Goliath“ hervorzuheben, die das Unternehmen für den Nordostseekanal lieferte. Die Maschinen aller Dampfer und Bagger sind in der Roßlauer Fabrik gebaut worden; darüber hinaus hat das Werk auch zahlreiche Maschinenanlagen für Schiffskörper fremder Werften gebaut, so z. B. die Maschinenanlage für den „Trajan“, den stärksten Donauschlepper.

Die technische Grundlage für diese Produktion boten die äußerst modern eingerichteten Werkstätten, die sich auf dem 238 253 qm großen Gelände in Roßlau und der 122 500 qm umfassenden Werftanlage in Köln-Deutz befanden.

Neben dem Schiffsbau wurde auch die übrige Fabrikation nicht vernachlässigt. Auch im Bau ihrer Ziegelei- und Brennerei-Maschinen suchte das Unternehmen ständig die neuesten Errungenschaften der Technik zu verwerten, so daß auch diese Fabrikate immer weiter verbessert wurden und sich ein immer größeres Absatzgebiet eroberten.

Im Jahre 1892 wurde das Unternehmen in eine G. m. b. H. umgewandelt. Um den immer größer werdenden Ansprüchen gerecht werden zu können, wurde im Jahre 1908 die Umwandlung in eine Aktien-Gesellschaft durchgeführt, an deren Spitze auch weiterhin noch die Söhne der Gründer standen.

Das Unternehmen beschäftigte:

im Jahre	in Roßlau	in Köln-Deutz	zusammen
1896	733	—	733
1900	728	270	998
1905	770	350	1120
1910	790	282	1072

In welcher Weise die Firma Sachsenberg auch an dem übrigen Wirtschaftsleben Roßlaus regen Anteil nahm, zeigt die Betätigung der Inhaber in verschiedenen anderen Instituten, wie Sparkasse und Genossenschaftsbank.

Inwieweit schließlich die Entwicklung des Sachsenberg'schen Unternehmens, besonders in den zwei Jahrzehnten, die dem deutsch-französischen Kriege folgten, die Entwicklung der Stadt Roßlau — ihres Standortes — beeinflußte, zeigt die Gegenüberstellung der Bevölkerungszahl Roßlaus und der Arbeiterzahl der Gebr. Sachsenberg, A.-G.:

Jahr:	Roßlau:	Sachsenberg:
1852	2 388	50
1871	3 772	225
1885	6 631	720
1895	8 675	733
1905	11 027	770
1925	12 306	800

Die Herstellung von Gasverbrauchsapparaten, die durch den Einfluß der Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft sich ein breites Feld industrieller Tätigkeit in Anhalt erobert hatte, wurde auch in dieser Periode in erweitertem Umfange fortgeführt. Der Geschäftsgang dieses Industriezweiges, dessen Produkte im Gegensatz zu denen der übrigen Maschinenindustrie meist Konsumgüter sind, wurde infolgedessen nicht allein von wirtschaftlichen Momenten, sondern auch speziell von der wechselnden Kaufkraft der Bevölkerung beeinflußt.

Im gleichen Maße jedoch, wie sich im oekonomischen Zeitalter der Wohlstand des deutschen Volkes vermehrte, trat auch, um einen Ausdruck von Sartorius zu gebrauchen, eine „Demokratisierung der Bedürfnisse“ ein. Der Besitz und Gebrauch dieser Art Gegenstände, die man bis dahin als Luxus bezeichnet hatte, wurde Allgemeingut. Nicht allein der Lebensunterhalt im engeren Sinne wurde quantitativ und qualitativ verbessert, sondern die ganze Lebenshaltung der Nation hob sich in jeder Beziehung. Hierher gehört auch die Verbesserung der Wohnungen und Wohnungseinrichtungen. Wenn Gasglühlicht und Elektrizität auch in den kleinsten Wohnungen nicht fehlten und in weiten Kreisen Gaskocher und Badeeinrichtung selbstverständliches Wohnungszubehör wurden, so ist damit die Erklärung für die überaus günstige Fortentwicklung der anhaltischen Gasapparate-Industrie gegeben.

Auch der Kunstguß, der besonders in den Harzer Werkstätten gepflegt wurde, verdankt dieser wirtschaftlichen Entwicklung einen dauernd guten Geschäftsgang.

Zu den Betrieben, die sich in dieser Periode mit der Herstellung von Gasverbrauchsapparaten befaßten, zählt auch das bereits erwähnte Mägdesprunger Eisenhüttenwerk (vgl. S. 36-39).

Da die Bedeutung des Mägdesprunger Eisenhüttenwerkes in der damaligen Zeit sich gegenüber dem Aufkommen anderer Betriebe in stetem Nachlassen befand, ging das Werk im Jahre 1873 aus herzoglichem Besitz in private Hände über.

Die Käufer Goldmann, Geber und Leibusch aus Berlin wandelten das Unternehmen in eine Aktien-Gesellschaft um, deren Bestand jedoch nur von kurzer Dauer war. Im Jahre 1879 wurde

das Werk abermals verkauft an die Firma Wenzel & Pulvert. Von 1879—1899 blieb es offene Handelsgesellschaft und wurde dann wieder in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelt, deren Bestand bis zum Jahre 1917 währte. Seit dieser Zeit gehört das Werk einer G.m.b.H., deren Anteile sich in einer Hand befinden.

Die Gründe für den häufigen Besitzwechsel des Werkes sind hauptsächlich in kapitalistischen Motiven zu suchen. Die von Goldmann, Geber & Leibusch gegründete A.-G. liquidierte im Jahre 1879; ihre Gründung sowie ihr Ende sind typische Erscheinungen der Gründerjahre, deren Auswirkungen in Anhalt bereits an anderer Stelle dargestellt sind. Die Mägdesprunger Eisenhüttenwerke beschäftigten in der vorliegenden Periode ca. 140—150 Arbeiter. In einer bedeutenden Eisengießerei, in der mit 2 Kupolöfen gegossen wird, verarbeitet man heute nur noch fremdes Roheisen. Die Erzförderung im Harz und damit auch die Verhütung der gewonnenen Erze hatte bereits vor dem Weltkriege völlig aufgehört. Das Werk stellt heute in der Hauptsache Gasapparate her, daneben widmet sich die Maschinenfabrik noch immer dem allgemeinen Maschinenbau; die Fabrikation beruht zum Teil auf der Ausnutzung verschiedener Patente.

Durch seine Lage inmitten des Harzgebirges war und ist zum Teil auch heute noch das Werk in gewissem Sinne isoliert und deshalb in seiner Entwicklungsmöglicskeit teilweise beschränkt. Diese Abgeschlossenheit ist mit dem Bau der Harzquerbahn im Jahre 1887 ein wenig gemildert. Das Absatzgebiet erstreckt sich daher jetzt weit über die Umgebung hinaus über weite Teile Deutschlands. Auch einen nicht unbedeutenden Auslandsabsatz konnte das Werk zeitweilig aufweisen.

Die einzelnen Werkstätten lagen früher räumlich getrennt im Selketale verstreut. Bereits vor, hauptsächlich aber nach dem Kriege hat man die Fabrikation in einzelne Gebäude zusammengelegt, um rationeller arbeiten zu können. Wenn man dies auch erreichte, so bilden doch noch jetzt die leerstehenden und unbenützten Werkstätten eine erhebliche steuerliche Belastung.

Wenn das Mägdesprunger Eisenhüttenwerk sich nur zu einem Betriebe mittlerer Größe hat entwickeln können und jetzt einen Umfang hat, den es bereits vor 70 Jahren hatte, so ist der Grund dieser Stagnation zuerst in der abgeschlossenen geographischen Lage zu suchen, die die Vorbedingungen für eine wirtschaftliche Entwicklung ausschloß; ein weiterer Grund ist das Erliegen des anhaltischen Hüttenbetriebes gegenüber der übermächtigen westfälischen Konkurrenz; nicht zum letzten hat auch der häufige Besitzwechsel auf die Entwicklung des Unternehmens hemmend eingewirkt.

Dennoch kann das Unternehmen den Ruf für sich in Anspruch nehmen, das älteste Eisen verarbeitende Werk in Anhalt zu sein.

Das andere Harzer Unternehmen, das Eisenwerk von L. Meyer jun. & Co. in Harzgerode (vgl. S. 76) beschäftigte sich in dieser Periode vorerst hauptsächlich mit der Herstellung von Haushaltungsgegenständen; daneben wurde die Fabrikation von Sanitäts-Artikeln aufgenommen. Später wurde die Gaskocherabteilung angeschlossen, die sich zu einem der wesentlichsten Bestandteile des Unternehmens entwickelt hat. Das Werk besitzt in Harzgerode sehr beachtliche Werkstätten, deren bedeutendste Unterabteilungen eine umfangreiche Gießerei, ein eigenes Emaillierwerk und die große Maschinenhalle sind.

Der Absatz erfolgte in erster Linie nach Deutschland, dann aber auch nach Holland, Dänemark, Schweden, Rußland, England, Italien, Schweiz, China, Ostindien und Südamerika.

Aehnlich wie beim Mägdesprunger Werk liegen auch hier die Transportverhältnisse sehr ungünstig, da deren erhöhte Unkosten den Absatz stark erschweren.

Das Unternehmen wurde im Jahre 1897 in eine Aktien-Gesellschaft mit einem Kapital von 1 Million Mark umgewandelt.

Im Jahre 1913 wurden 429 Arbeiter beschäftigt.

In Dessau befaßte sich auch weiterhin die Zentralwerkstatt, spätere Askania-Werke (vgl. S. 76), hauptsächlich mit der Herstellung aller Arten von Apparaten für den Gasverbrauch. Die Belegschaft des Unternehmens wuchs bis zum Jahre 1913 auf 558 Arbeiter.

Zu diesen bereits früher bestehenden Fabriken gesellte sich in der Mitte der 90er Jahre ein weiteres Unternehmen, das seine Fabrikation in erster Linie der Herstellung von Gasverbrauchsapparaten widmete und dessen Entwicklung sich in den nächsten Jahrzehnten mit einer derartigen Intensität vollzog, daß die übrigen Unternehmen des gleichen Fabrikationszweiges weit überholt wurden.

Die Vorgeschichte der Gründung der jetzt allgemein bekannten Junkers Werke in Dessau ist bereits an anderer Stelle dieser Arbeit dargestellt worden. Der Zivilingenieur Hugo Junkers gründete im Jahre 1895 unter der Firma Junkers & Co. eine Versuchsanstalt. Um deren Anlagen zugleich wirtschaftlich auszunutzen, stellte Junkers dort das von ihm erfundene Kalorimeter her, dessen Verwendung sich allgemein durchsetzte. Aus diesem Kalorimeter wurden dann nach und nach die Wärmeaustauschapparate wie Badeöfen und Warmwasserbereiter entwickelt. Zu diesen Fabrikaten kamen weiter noch Apparate für die Großraumheizung. In dem Lamellenkalorifer wurde ein Wärmeüber-

tragungsapparat geschaffen, der sowohl als Lufterwärmer in Trockenanlagen jeglicher Art, wie auch als Anlage für die Beheizung von Fabrikhallen mannigfache Verwendung gefunden hat.

Das Werk wurde mit wenig Arbeitern (ca. 5) gegründet. Die erzielten Erfolge machten bald eine immer weitere Ausdehnung des Werkes nötig. Der Stammabteilung des Kalorimeterbaus wurde eine Abteilung für den Badeofen- und Warmwasser-Apparatebau und späterhin weiter eine dritte Abteilung, das Kaloriferwerk, angegliedert.

Bereits vor dem Kriege widmete Junkers, der im Jahre 1897 einem Rufe als Professor an die Technische Hochschule Aachen Folge leistete, seine Forschungsarbeit der Entwicklung des Oelmotors. Die hierbei erzielten Ergebnisse nutzte Junkers zunächst nicht selbst durch Eigenbau von Motoren aus, sondern schloß mit zehn führenden in- und ausländischen Firmen Lizenzverträge, auf Grund deren diese Firmen Oelmotoren nach dem System Professor Junkers bauten. Erst kurz vor Ausbruch des Krieges begann Junkers in Magdeburg auch in eigener Regie Motoren zu bauen; nach dem Kriege wurde der Motorenbau auch in Dessau aufgenommen.

Das Absatzgebiet der Firma Junkers & Co. umfaßte neben dem Inlandsmarkt auch das Ausland, nach dem ca. 20—25% des Gesamtumsatzes geliefert wurden.

Das Unternehmen beschäftigte im Jahre 1913: 313 Arbeiter.

Die Entwicklung zum Großbetrieb nahm in dieser Periode die Berlin-Anhaltische Maschinenbau, A.-G., in Dessau (vgl. S. 75).

Auf Grund zahlreicher Patente erweiterte dieses Unternehmen, gestützt auf ausgedehnte Werkanlagen in Dessau und Berlin, ihr Fabrikationsprogramm in vielen Richtungen.

Um ein treffendes Bild für die Mannigfaltigkeit der Produktion dieses Unternehmens zu geben, soll eine dem Saling entnommene Darstellung hier gebracht werden. Danach betreibt die Gesellschaft als Spezialität die Herstellung von Anlagen für die Veredelung fester und flüssiger Brennstoffe von der Kohlenaufbereitung an bis zur Destillation und Gewinnung der Beiprodukte sowie deren Weiterverarbeitung; insonderheit fallen hierunter vollständige Einrichtungen von Gas- und Wasserwerken, Anlagen zur Kohlenwäsche, ferner solche für Entgasung und Vergasung, wobei die Gesellschaft über neuzeitliche, zum größten Teil von ihr selbst entwickelte Verfahren für restlose Vergasung, Verschwelung unter Gewinnung von Oel und Halbkoks, sowie daran anschließend für Kohlenstaubförderung und -feuerung verfügt. Daneben betätigt sich die Firma auf dem gesamten Gebiet der Wärmetechnik und des Wärmefaches sowie der Apparate zur

Verarbeitung mineralischer und tierischer Oele; ferner stellt sie einzelne Sondererzeugnisse her, wie Transmissionen in jedem Umfange mit allen Einzelteilen, Feuerungsanlagen, Schiffshilfsmaschinen (Ladewinden, Handsteuerapparate, Rudermaschinen für Dampfantrieb, Schiffsfenster u.s.w.). Stahl- und Grauguß, Stahlwerkseinrichtungen, Transportanlagen, Eisenkonstruktionen, gelochte Bleche u.s.w.

Neben dem Inland wurde auch das Ausland beliefert, und zwar wandte sich hier der Absatz hauptsächlich nach Oesterreich-Ungarn, Rußland, Skandinavien, Dänemark, Schweiz, Italien, Spanien, Belgien, Holland und den überseeischen Ländern.

Das Aktienkapital der Bamag betrug im Jahre 1913: 12 Millionen Mark. In den Dessauer Betrieben wurden im Jahre 1913: 1 928 Arbeiter beschäftigt.

Die frühere Gasbahn-Gesellschaft m. b. H., deren Gründungsgeschichte bereits (auf S. 68) dargestellt wurde, mußte aus bekannten Gründen aufgegeben und in eine Waggonfabrik umgewandelt werden, um die bereits für den Bau von Fahrzeugen eingerichteten Werkstätten nicht ungenützt liegen zu lassen.

Zunächst wurde der Bau elektrischer Straßenbahn-Motorwagen und Anhängewagen betrieben, weiter wurden verschiedene Arten Kleinbahnwagen, wie Güter-, Gepäck- und Personenwagen aller Spurweiten gebaut. Daneben wurde auch der Bau normalspuriger Waggons für die Staatsbahnen gepflegt, der später das Hauptarbeitsgebiet des Unternehmens wurde. Besonders wurden Güterwagen, Personenzugsgepäckwagen sowie Personenwagen III. und IV. Klasse gebaut. Für die Privatindustrie lieferte das Unternehmen alle Arten Spezialwagen wie z. B. Kühlwagen für Fleisch- und Bierversand, sowie für die chemische Industrie Kipploren und Behälterwaggons. Im Jahre 1905 wurde das Unternehmen in eine Aktien-Gesellschaft mit einem Kapital von 250 000 Mk. umgewandelt.

Im Jahre der Gründung der Gasbahn-Gesellschaft wurden ca. 100 Arbeiter beschäftigt, deren Zahl sich bis zum Jahre 1913 auf 318 vermehrte.

Im Werkzeugmaschinenbau paßten sich die Wechsellagen des Geschäftsganges gänzlich den allgemeinen Wirtschaftskrisen an. Depressionsabschnitte waren die Jahre 1891/92 und 1901. Dieser Industriezweig hatte besonders unter den langen Lieferungsfristen der Rohstoffsyndikate zu leiden, da dadurch die amerikanische Konkurrenz einen Teil des Inlandsmarktes versorgte, so besonders in den Jahren 1897 und 98, als die Anhäufung der Aufträge in der Werkzeugmaschinenindustrie eine schnellere Rohstofflieferung nötig gemacht hätte. Weiterhin wurde das Auslandsgeschäft durch die hohen Einfuhrzölle, die besonders

Rußland, Amerika und Oesterreich speziell auf Werkzeugmaschinen festgesetzt hatten, stark gehemmt. Hier brachte das Jahr 1909 mit einer Verminderung des Wertzolles von 45 auf 30 % seitens Amerikas eine wesentliche Erleichterung; die Folge war im nächsten Jahre eine erhebliche Zunahme des Auslandsabsatzes nach Amerika. Dagegen ging in den Jahren 1912/13 der Auslandsabsatz gänzlich zurück, was seitens der Werkzeugmaschinen-Fabrikanten in erster Linie auf die unsichere außenpolitische Lage zurückgeführt wurde.

Abgesehen von diesen Beeinträchtigungen konnte jedoch auch die Werkzeugmaschinenindustrie in dieser Periode einen recht günstigen Geschäftsgang verzeichnen. Aehnlich wie im Werkzeugmaschinenbau lagen auch die Verhältnisse für die Betriebe, die sich mit der Herstellung von Eisenkonstruktionen befaßten.

Im Werkzeugmaschinenbau ging die Maschinenfabrik von Franz Braun in Zerbst (vgl. S. 51 und 78) immer mehr zum Spezialmaschinenbau über. Ihr Fabrikationsprogramm umfaßte Drehbänke aller Art von 180—1000 mm Spitzenhöhe, Schnelldrehbänke mit Einscheibenantrieb, Horizontal- und Vertikalbohrmaschinen, Radialbohrmaschinen, Plandrehbänke, Karusseldrehbänke, Hobelmaschinen und Spezialmaschinen für Eisenbahnbedarf. Daneben lieferte die Eisengießerei noch Handelsguß, besonders Elektromotorenguß und säurefesten Guß für die chemische Industrie.

Das Hauptabsatzgebiet war das Inland; demgegenüber trat der Auslandsabsatz zurück.

Die Werkanlagen wurden erneuert und erweitert, so besonders im Jahre 1908, als ein Brand die alten Werkstätten zum Teil vernichtete. Die Belegschaft belief sich im Jahre 1913 auf 276 Arbeiter.

Die Maschinenfabrik von C. Köckert in Dessau (vgl. S. 78) dehnte nach Verlegung des Betriebes in das Industriegelände ihr Fabrikationsprogramm wesentlich aus. In erster Linie führte sie Eisenkonstruktionen aller Art aus, wie Hallenbauten, Brücken, Gittermasten für elektrische Fernleitung, dann Blech- und Kesselschmiedearbeiten wie Bunker für die Zuckerindustrie, Behälter für die chemische Industrie, eiserne Abzugsschlote, Wellblechbaracken, Türen, Tore und Treppen aus Eisen. Weiterhin beschäftigte sie sich mit der Herstellung von Nahtransportanlagen für Stück- und Massengüter wie fahrbare Bänder, Elevatoren, Transportschnecken und Lastaufzüge. Endlich stellte sie Anlagen zur Aufbewahrung von Fahrrädern für Fabrikbetriebe her.

Ausser für den Inlandsmarkt lieferte das Unternehmen auch nach Irland (besonders Gittermasten), Finnland, Amerika und Kleinasien. Das Unternehmen beschäftigte im Jahre 1913: 89 Arbeiter.

5. Die anhaltische Maschinenindustrie in der Kriegs- und Inflationszeit*).

I. Die Kriegszeit 1914—1918.

Die continuierliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft im oekonomischen Zeitalter wurde durch den Ausbruch des Weltkrieges unterbrochen. Nicht allein dadurch, daß zahlreiche männliche Arbeitskräfte zum Heeresdienst eingezogen wurden, sondern auch speziell durch den einsetzenden Mangel an Rohstoffen wurde die Entwicklung der Wirtschaft stark betroffen. Der ständig wachsende Bedarf an Kriegsgerät, demgegenüber der Privatbedarf notwendigerweise zurücktreten mußte, machte eine Umstellung der gesamten Produktionsrichtung schon bald nach Ausbruch des Krieges notwendig.

Ebenso wie die übrigen Wirtschaftszweige wurde auch die Maschinenindustrie hiervon betroffen. Absolute Stillegung von Betrieben oder auch bedeutende Einschränkungen, wie dies bei anderen Industriezweigen viel der Fall war, hatte die anhaltische Maschinenindustrie zwar nicht zu verzeichnen, da speziell die technische Einrichtung ihrer Betriebe für die Herstellung von Kriegsmaterial überaus geeignet war.

So ging die Arbeiterzahl in der anhaltischen Maschinenindustrie nur in den ersten Kriegsmonaten vorübergehend zurück, um bald einem langsamen Anstieg Platz zu geben.

Dagegen stand einer sinkenden Zahl der männlichen Arbeitskräfte eine ständige Zunahme der weiblichen in der Kriegszeit gegenüber.

Dies ist gleichbedeutend mit der Tatsache, daß bei einer zwar steigenden absoluten Arbeiterzahl eine Abnahme der gelernten resp. der vollleistungsfähigen männlichen Arbeitskräfte

*) Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die einzelnen wirtschaftlichen Ereignisse der Jahre 1914—1923 einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen, da sie an sich derartig abnorm sind, daß sie in ihrer Gesamtheit für die regelmäßige Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie lediglich eine neunjährige Unterbrechung darstellen. Es soll ihrer Darstellung daher nur der notwendigste Raum gegeben werden und auch die Fortentwicklung einzelner Werke für die Zeit von 1914 bis zur Gegenwart im Zusammenhang gebracht werden.

vor sich ging. Man kann daher unter Berücksichtigung dieses Momentes aus der größeren Zahl der Arbeitskräfte nicht unbedingt auch auf eine Steigerung der Produktion schließen. In Wirklichkeit ist tatsächlich das Gegenteil zu verzeichnen gewesen.

Da der Bedarf an den Produkten, die die anhaltische Maschinenindustrie im Frieden herstellte, im Kriege außerordentlich zurückging, resp. gänzlich aufhörte, wie z. B. die Neueinrichtung von Zuckerfabriken, der Bau von Papiermaschinen, der private Schiffsbau u. s. w. weiterhin das Auslandsgeschäft gänzlich eingestellt werden mußte, so übernahmen die Unternehmen bereitwillig Kriegslieferungen, zumal die Umstellung des technischen Betriebes auf die veränderte Fabrikation meist keiner bedeutenden Umwälzungen bedurfte, da die Kriegsaufträge entsprechend dem speziellen Leistungsvermögen jeder einzelnen Fabrik vergeben wurden. Am ausgedehntesten war die Uebernahme der Bearbeitung von Granaten zu finden. Erstens ist dies darauf zurückzuführen, daß hieran ein großer fortlaufender Bedarf herrschte, dann aber erforderte diese Bearbeitung lediglich das Vorhandensein einer geeigneten Drehbank, so daß auch sehr kleine Betriebe, soweit sie sich im Besitz einer solchen Werkzeugmaschine befanden, ebenfalls sich an derartigen Kriegslieferungen beteiligen konnten. Tatsächlich gibt es in der anhaltischen Maschinenindustrie wenig Betriebe, die nicht im Kriege zeitweilig Granaten gedreht oder gebohrt haben.

Daneben wurden noch zahlreiche spezielle Kriegslieferungen ausgeführt. So befaßte sich die Landmaschinenindustrie mit dem Bau von Wagen und Schlitten für den Heeresbedarf, da ihre gemischten, d. h. für Holz- und Eisenbearbeitung gleicherweise geeigneten Betriebe hierzu keiner großen Umstellung bedurften.

Die Maschinenindustrie, die bisher für die Zucker- und Nahrungsmittelindustrie gearbeitet hatte, lieferte Feldküchen. Die Drahtgewebeindustrie in Raguhn stellte Gasmaskengewebe her, die Armaturenindustrie Messingzünder.

Weiter wurden von einzelnen Werken Tanks, Teile für Trakteurs, Feldminen, Geschützteile, Lafetten, Gasröhren für Gasangriffe, U-Bootskuppelungen u. a. m. hergestellt.

Das Mägdesprunger Eisenhüttenwerk baute Pulvermaschinen für Geschützpulver; die Waggonfabrik lieferte Heeresfahrzeuge aller Art, während auf der Sachsenberg'schen Werft in Roßlau Torpedoboote und Unterseebootskörper gebaut wurden.

Endlich gründete Professor Junkers im Jahre 1916 in Dessau ein neues Unternehmen, das Metallflugzeuge für den Heeresbedarf herstellte.

Die Maschinenindustrie, die in erster Linie sich mit Lieferungen für die chemische Industrie befaßt hatte, war auch fernerhin stark für diese beschäftigt, da die chemische Industrie zwecks Schaffung von Kriegsmaterial, besonders von Ersatzstoffen für früher eingeführte Rohstoffe, ständig neue Einrichtungen ihrer Betriebe benötigte.

Neben diesen Lieferungen von Kriegsgerät betrieb ein großer Teil der Industrie auch weiter ihre Friedensfabrikation, wenn auch teilweise in stark eingeschränktem Maße. So wurden infolge der Anspannung der Landwirtschaft auch im Kriege weiterhin landwirtschaftliche Geräte und Maschinen benötigt.

In den Maschinenfabriken brachte die erhöhte Tätigkeit und auch die unsachgemäße Behandlung durch ungeschulte Arbeitskräfte einen gesteigerten Verschleiß der Werkzeugmaschinen, so daß auch dieser Industriezweig weiterhin stark beschäftigt blieb.

Im Gegensatz zur sinkenden Leistungsfähigkeit der beschäftigten Arbeiter nahmen die Forderungen auf Lohnerhöhung immer mehr zu. Die Fabrikleitungen konnten diesen Forderungen um so leichter stattgeben, als die Heeresverwaltung, der es in erster Linie auf schnelle Ausführung der Aufträge ankam, zumeist ohne große Schwierigkeiten Nachforderungen der Unternehmungen bewilligte. Speziell für die Maschinenindustrie schien daher der Krieg außer einem geringen Rückgange der Produktion keinen Nachteil gebracht zu haben; die tatsächlich vorhandenen Schädigungen, die die lange Dauer des Krieges besonders jedoch sein Ausgang auch in der Maschinenindustrie hervorriefen, lagen tiefer und sollten erst in späterer Zeit in Erscheinung treten.

II. Die Inflationszeit 1919—1923.

Nach Beendigung des Krieges wurde die anhaltische Maschinenindustrie ebenso wie die übrige deutsche Wirtschaft vor gewaltige neue Aufgaben gestellt, deren Lösung um so schwieriger erschien, als der Ausgang des Krieges der erschöpften deutschen Wirtschaft untragbare Belastungen auferlegte.

Zunächst mußte die einseitig auf Kriegsbedarf eingestellte Fabrikation wieder auf Friedensbedarf umgestellt werden. Dann mußte für die Millionen zurückkehrender Krieger Arbeit beschafft werden und weiter galt es, die Auslandsbeziehungen, die durch den Krieg gänzlich zerstört waren, wieder neu anzubahnen.

Teilweise konnten diese Aufgaben scheinbar ohne bedeutende Schwierigkeiten gelöst werden. Die Umstellung vom Kriegs- auf Friedensbedarf vollzog sich im allgemeinen, ebenso wie der umgekehrte Vorgang im Jahre 1914, zum größten Teil ohne besondere Schwierigkeiten, zumal die Kriegsbeschäftigung,

wie bereits ausgeführt wurde, der Friedensbeschäftigung angepaßt war, dann aber auch weil die Unternehmen zumeist einen Teil ihrer Friedenstätigkeit fortlaufend ausgeführt hatten.

Es lag jedoch auch vereinzelt der Fall vor, daß Firmen — wie das Mägdesprunger Eisenhüttenwerk — mit Kriegsaufträgen überhäuft wurden, die ihrer Friedensproduktion vollständig fern lagen; bei diesen Werken nahm natürlich die Umstellung längere Zeit in Anspruch, die gerade in diesen Monaten wieder auflebender Konkurrenzbestrebungen sehr wertvoll war. Die betreffenden Unternehmen erlitten deshalb nicht unbedeutenden Schaden.

Die Mehrzahl der zahlreich beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte machte den zurückkehrenden Männern an ihren Arbeitsstätten Platz und erleichterte so der Industrie die Aufgabe, für das heimkehrende Heer Arbeit zu schaffen.

Dazu kam, daß die durch den Krieg und seine Anforderungen erschöpfte deutsche Wirtschaft einen großen Bedarf an Waren aller Art hatte, deren Verbrauch im Kriege wohl stattgefunden hatte, deren Ergänzung jedoch beschränkt gewesen war. Dadurch daß solche Produkte in großen Mengen verlangt wurden, mußten die betreffenden Unternehmen teils an eine Erneuerung, teils an eine Erweiterung der technischen Einrichtungen ihrer Betriebe gehen, zumal auch hier die intensive Beschäftigung im Kriege die Einrichtungen stark abgenützt hatte, ohne daß ein vollgültiger Ersatz hätte vorgenommen werden können.

Besonders trat auch das Reich in dieser Zeit als Auftraggeber stark hervor, da speziell die staatlichen Verkehrsmittel durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen waren. So erhielten in dieser Zeit verschiedene Betriebe der anhaltischen Maschinenindustrie Aufträge auf Reparatur von Lokomotiven, die diesen Betrieben während der ganzen Inflationszeit dauernde und erfolgreiche Beschäftigung sicherten.

Weiterhin veranlaßte der niedrige Wechselkurs der deutschen Mark, der die Preise in Deutschland unter Weltmarktpreisen hielt, das Ausland, seinen Bedarf an Waren in Deutschland zu decken.

Die Folge war, daß die Maschinenindustrie derartig viele Aufträge bekam, daß viele Fabriken ihre Betriebe weit über den Umfang von 1913 ausdehnen mußten. Im Jahre 1922 erreichte die Anzahl der in der Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiter eine Höhe, wie sie vorher niemals erreicht wurde. (S. Tabelle V im Anhang).

Jedoch war diese Entwicklung der Maschinenindustrie in sich ungesund; denn das Gesamtergebnis stellte sich trotz des guten Geschäftsganges als durchaus ungünstig dar. Die Einnahmen aus dem Absatz eines Produktes reichten infolge der

immer geringer werdenden Kaufkraft der deutschen Mark bald nicht mehr hin, um neues Material und Löhne für ein gleichartiges Produkt bezahlen zu können; die Differenz mußte von der Substanz des Unternehmens entnommen werden. Jeglicher Verkauf eines Produktes war infolgedessen mit Substanzverlust verbunden, der um so weniger einen tatsächlichen Gewinn zuließ, je schneller das Tempo der Entwertung wurde. Als die Markberechnung für langfristige Aufträge im Jahre 1923 zur Unmöglichkeit wurde, ging man von Seiten der Maschinenindustrie zur Devisenberechnung über.

In dieser Lage befand sich die Maschinenindustrie, als im November 1923 endlich die Rentenmark eingeführt wurde. Erst damit wurden die Schäden und Verluste, die Krieg und Inflation der Wirtschaft gebracht hatten, vollständig aufgedeckt. Zwar standen der Maschinenindustrie Gebäude und Einrichtungen fast schuldenfrei zur Verfügung, da Aktien und besonders Obligationen sich wie alle anderen Papierwerte entwertet hatten. Jedoch war auch das flüssige Betriebskapital der Unternehmungen in gleicher Weise durch die Inflationsverkäufe vernichtet. Hinzu trat, daß nach Stabilisierung der Mark das Ausland seine Käufe in Deutschland einstellte, da jetzt hier die Preise höher als die Weltmarktpreise lagen, sodaß sich im Gegenteil die Einfuhr ausländischer Produkte in Deutschland wieder beträchtlich hob. Der Inlandsmarkt war entweder jetzt mit Produkten gesättigt oder hatte derartige Substanzverluste zu verzeichnen, daß die Neuanschaffung von Maschinen zurückgestellt werden mußte.

Hierzu kam noch die erst jetzt nach Stabilisierung der Mark fühlbare erhebliche steuerliche Belastung der gesamten Industrie, die ebenfalls ein Hemmschuh für die Neuanschaffung von Maschinen war. Verschärft wurde diese Lage der Maschinenindustrie noch dadurch, daß eine allgemeine Kapital- und Kreditnot nach Beendigung der Inflation einsetzte, da die Reichsbank die Kredite kontingentierte, um die neue Währung zu stützen und zu erhalten.

In dieser wirtschaftlichen Lage befand sich die Maschinenindustrie um die Jahreswende 1923/24, als mit der Stabilisierung der Währung wieder die Grundlage für eine normale Entwicklung geschaffen wurde.

6. Die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie in der neuesten Zeit.

Allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse.

Zwar brachte die Stabilisierung der Währung zunächst eine wesentliche Beruhigung des gesamten Wirtschaftslebens mit sich.

Die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung, wie sie im Jahre 1923 der Ruhreinbruch im Gefolge gehabt hatte, ließen nach. Eine feste Kalkulation war wieder ermöglicht und die Umstellung auf Goldmarkbilanz hatte den Unternehmern wieder ein zuverlässiges Bild vom Stande ihrer Unternehmungen gegeben. Damit traten jedoch auch erst jetzt die Schäden der Kriegs- und Inflationszeit völlig zu Tage, und zwar machten sich ihre Folgen so stark bemerkbar, daß das Jahr 1924 eine gefährliche Krise für die gesamte deutsche Wirtschaft zeitigte. Diese Krise setzte nicht sogleich mit der Stabilisierung ein, vielmehr wurde sie durch die starke Vermehrung des tatsächlichen deutschen Geldumlaufs noch bis zum April des Jahres 1924 hinausgeschoben. Eine Kreditsperre der Reichsbank, die diese im April 1924 zur Stützung der Währung verhängte, brachte die Krise zum Ausbruch, da sie eine ungewöhnliche Kapital- und Kreditnot im Gefolge hatte, von der die gesamte Wirtschaft betroffen wurde. Diese Geldknappheit brachte eine wesentliche Erhöhung der Zinssätze der Banken, die zeitweilig bis auf 5—7% pro Monat anstiegen; Kredite zu derartigen Preisen konnte die ohnehin geschwächte Industrie jedoch keinesfalls aufnehmen. Der Zinssatz verminderte sich zwar im Verlauf des Jahres, bis er wieder $1\frac{1}{2}$% pro Monat betrug, jedoch verhinderte auch noch diese Zinshöhe häufig die Rentabilität des Betriebes, der mit Bankkrediten arbeiten mußte.

Da durch diesen Geldmangel eine Verminderung der Produktion eintrat, stiegen die Preise der meisten Produkte. Da die Preise in Deutschland ohnehin schon über den Weltmarktpreisen lagen, so äußerte sich ihre weitere Erhöhung in einem starken Rückgang des Auslandsabsatzes. Aufträge vom Ausland konnten nur unter erheblichen Preisnachlässen hereingenommen werden. Die Preise mußten teilweise so weit reduziert werden, daß sie nur gerade noch die Selbstkosten deckten; dennoch übernahm man solche Aufträge, um lediglich für die Belegschaft Arbeit zu erhalten und nicht zu Entlassungen schreiten zu müssen.

Der Auslandsabsatz wurde weiterhin durch die hohen Abgaben der Unternehmungen gehemmt, da diese die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fabriken gegenüber den ausländischen stark beeinträchtigten.

Besonders hart wurde die Umsatzsteuer empfunden, deren überaus hoher Satz von $2\frac{1}{2}$% für jeden Umsatz geradezu wirtschaftsvernichtend wirken mußte. Für einen Gaskocher z. B. mußte zum mindesten viermal diese Umsatzsteuer entrichtet werden, vom Rohstofflieferanten, von der Maschinenfabrik, vom Großhändler und vom Kleinhändler; so erforderte in solchem Falle allein die Umsatzsteuer eine 10%ige Preiserhöhung des

Produktes. Die gesamte steuerliche Belastung, die auf das einzelne Produkt abgewälzt wurde, war noch viel höher.

Weitere preissteigernde Faktoren waren die erhöhten Frachtkosten, die durchschnittlich um 100% höher waren, als die Vorkriegsfrachten. In der Nachkriegszeit hatte Deutschland den weitaus höchsten Frachtsatz unter allen Ländern zu verzeichnen.

Dazu kamen weiter die erhöhten Löhne, die 30—50% über Vorkriegsstand lagen und die ebenfalls lohnverteuernd wirkende Einführung des 8-Stundentages. Auch die sozialen Lasten hatten sich gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gesteigert und betrugen im Jahre 1924 insgesamt ca. 10% der gezahlten Löhnung; besonders die Erwerbslosenfürsorge und die Urlaubsvergütung waren hier als verteuernde Faktoren zu nennen.

Alle diese Faktoren brachten zusammen mit den erhöhten Rohstoffpreisen eine derartige Preissteigerung sämtlicher Produkte in Deutschland, speziell auch in der Maschinenindustrie, daß der Auslandsabsatz im Jahre 1924 wesentlich hinter dem der übrigen Jahre zurückstand (s. Tabelle VIII im Anhang).

In der Maschinenindustrie war neben dem mangelnden Auslandsabsatz auch ein weiterer Rückgang des Inlandsabsatzes zu verzeichnen, da infolge der allgemeinen Geldknappheit in allen Wirtschaftskreisen sich der Warenumsatz minderte.

Das Jahr 1925 brachte in der ersten Hälfte eine vorübergehende Besserung der gesamten Wirtschaftslage, die auf das Einströmen der ausländischen Kredite nach Annahme des Dawesplanes zurückzuführen war. Gegen Ende des Jahres verschlechterte infolge des Kreditmangels sich für die Maschinenindustrie wieder die Absatzmöglichkeit.

In diesem Jahre war jedoch eine bedeutende Besserung des Auslandsabsatzes seitens der Maschinenindustrie zu verzeichnen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Steuerdruck sich etwas milderte — die Umsatzsteuer wurde von $2^1/_2$% auf 1% ermäßigt — daß weiterhin auch die Frachtsätze herabgesetzt wurden und daß eine zeitweilige Preissenkung der Rohstoffe, besonders des Roheisens eintrat. Fernerhin ging man zum Teil auch wieder zu längerer Arbeitszeit über. Die Lohnhöhe blieb ungefähr die gleiche wie im Vorjahre. Der schlechtere Geschäftsgang (Inlandsabsatz) der letzten Monate des Jahres 1925 hielt auch noch im Jahre 1926 an. Die durchschnittliche Beschäftigungsintensität in der anhaltischen Maschinenindustrie war in diesem Jahre sogar noch geringer als in den beiden Vorjahren, obgleich in der allgemeinen Wirtschaft die weitere Verschlechterung der Lage im Anfang des Jahres 1926 ihren Tiefstand erreichte.

Am besten wird die Lage der anhaltischen Maschinenindustrie im Rahmen der gesamten anhaltischen Wirtschaft einerseits durch

die Zahlen der in jener Zeit in der Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiter andererseits durch die Arbeitslosenzahlen Anhalts illustriert.

In der anhaltischen Maschinenindustrie wurden beschäftigt:

im Jahre	1923/24	14 494	Arbeiter
„ „	1925	15 868	„
„ „	1926	11 309	„

Die Statistik der Erwerbslosen in Anhalt ergibt folgendes Bild:*)

Monat:	1924	1925	1926
Januar	14 828	5 028	11 035
Februar	15 084	4 462	12 269
März	12 857	3 669	12 006
April	7 618	2 639	9 700
Mai	5 032	1 748	10 500
Juni	4 000	949	9 700
Juli	4 147	661	10 800
August	4 807	877	10 800
September	4 497	1 139	11 400
Oktober	3 348	1 536	10 000
November	3 174	2 686	9 200
Dezember	3 905	6 727	9 000

danach weitere Steigerung auf 12 000.

Die deutsche Maschinenindustrie ist in ihrer Gesamtheit eine typische Ausfuhrindustrie, d. h. die Ausfuhr an Maschinen übertrifft die Einfuhr in weitgehendem Maße. Im Jahre 1913 stand einer Maschinenausfuhr von 738,4 Millionen Mark eine Maschineneinfuhr von 101,2 Millionen Mark gegenüber.

Nach dem Kriege war die deutsche Maschinenindustrie in weitgehendem Maße bestrebt, die verlorenen Fäden wieder anzuknüpfen. Dies war zum Teil mit großen Schwierigkeiten verbunden, da einerseits die über den Weltmarktpreisen liegenden deutschen Maschinenpreise den Auslandsabsatz erschwerten, und andererseits die Auslandsmärkte von der ausländischen Konkurrenz während des Krieges eingenommen waren. Besonders die amerikanische Maschinenindustrie, deren Entwicklung durch den Weltkrieg nicht nur keinerlei Hemmung erfahren hatte, sondern sogar durch Kriegslieferungen erheblich gefördert war, trat im überseeischen Ausland und auch in Europa der deutschen Maschinenindustrie als heftigster Konkurrent gegenüber, wie uns die Tabelle VII im Anhang zeigt.

*) Berichte der Handelskammer für Anhalt. 1924-25.
Berichte der Gewerbeinspektion für Anhalt. 1926.

Die Rohstoffe, die in Deutschland eine wesentliche Preissteigerung im Vergleich zur Vorkriegszeit erfahren hatten — Roheisen war 15%, Kohlen 25% teurer — waren in Amerika zum Teil weit niedriger im Preise. Die amerikanischen Löhne dagegen waren weit höher als die deutschen.

Die deutsche Maschinenausfuhr zeigte in der Inflationszeit, gemessen an den Vorkriegswerten, trotz des „Ausverkaufes" von Deutschland noch einen erheblichen Rückstand. Auch das Krisenjahr 1924 blieb mit 517,9 Millionen RM. noch erheblich hinter der Ausfuhr von 1913 zurück; für die Bewertung des RM.-Wertes im Vergleich zum tatsächlichen Mark-Wert gilt auch hier das weiter unten Ausgeführte.

Im Jahre 1925 war eine erhebliche Steigerung der Ausfuhrziffern im Maschinenhandel zu verzeichnen. Die deutsche Maschinenausfuhr erreichte mit 734,9 Millionen RM. nahezu den Stand von 1913 mit 738,4 Millionen Mk. Dabei ist jedoch nicht außer acht zu lassen, daß der tatsächliche RM-Wert der Maschinenausfuhr des Jahres 1925 hinter dem tatsächlichen Mark-Wert der des Jahres 1913 erheblich zurückblieb. Nach einer Berechnung des V.D.M.A. (Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten) belief sich der Vorkriegswert der deutschen Maschinenausfuhr des Jahres 1925 auf 489,9 Millionen Mk. Das Volumen der deutschen Ausfuhr war also vor dem Kriege weit bedeutender als nach dem Kriege. Dies ist besonders zu berücksichtigen, wenn man den Einfluß der Maschinenausfuhr auf die Beschäftigungsintensität der deutschen Maschinenindustrie betrachtet.

Auch im Jahre 1926 steigerte sich die Ausfuhr trotz der Depression in der deutschen Maschinenindustrie auch weiterhin. Sie wuchs in ihrem Zeitwert über die Ausfuhrziffer des Jahres 1913 hinaus und erreichte eine Höhe von 797 Millionen; jedoch auch hier gilt weiterhin das über den tatsächlichen Wert Gesagte, das durch die folgende Entwicklungsreihe statistisch festgelegt ist.

Statistische Entwicklungsreihe der deutschen Maschinenausfuhr*).

Jahr	nach Gewicht				nach Wert			
	in 1000 to	Entwicklungsreihe Ausgangsjahr = 100			in Mill. ℳ bezw. RM.	Entwicklungsreihe Ausgangsjahr = 100		
1913	666,4	100	—	—	738	100†)	—	—
1924	309,2	42	100	—	518	55	100	—
1925	436,4	66	141	100	735	73	142	100
1926	466,7	70	151	107	798	79.5	154	109

†) in Vorkriegswerte umgerechnet.

*) „Die deutsche Maschinenindustrie", Bericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten über die Jahre 1925/26 S. 38.

Daß die Maschinenausfuhr in den Jahren 1925 und 1926 trotz des allgemeinen Geschäftsrückganges dennoch eine derartige erhebliche Steigerung zu verzeichnen hatte, ist darauf zurückzuführen, daß die deutschen Fabrikanten durch völlige Räumung ihrer Vorratslager den Umsatz zu steigern suchten und den infolge der geringen Kaufkraft des Inlandsmarktes entstandenen Ausfall durch Steigerung des Auslandsgeschäftes auszugleichen suchten. Für die Außenhandelspolitik des Reiches war das Jahr 1925 von entscheidender Bedeutung, da es zunächst im Januar den Ablauf der fünfjährigen Frist brachte, innerhalb deren den ehemaligen Feindmächten eine einseitige Meistbegünstigung eingeräumt werden mußte. Nachdem damit die handelspolitische Freiheit Deutschlands wieder völlig hergestellt war, begannen im gleichen Jahre Handelsvertragsverhandlungen, die mit England, Holland, Portugal, den Vereinigten Staaten von Amerika, Italien, Rußland, Belgien, Spanien, der Schweiz, Oesterreich und Griechenland zum Abschluß von Handelsverträgen führten. Einen ungünstigen Verlauf nahmen die Verhandlungen mit Polen. Auch mit Frankreich trat man erst im folgenden Jahre in Verhandlungen ein.

Den Handelsverträgen lag zumeist der Grundsatz der Meistbegünstigung zugrunde. Besondere Vorteile für den deutschen Maschinenexport wurden mit dem Abschluß der Verträge nicht erreicht, da die fremden Vertragsstaaten auch weiterhin durch hohe Schutzzölle ihre im Kriege aufgekommene Industrie zu schützen suchten.

Im Oktober 1925 wurde die kleine Zolltarifnovelle in Kraft gesetzt, deren Zollsätze, trotz Erhöhung einiger Positionen, dennoch hinter den Zollsätzen der meisten europäischen und außereuropäischen Staaten zurückblieben.

Auch in der anhaltischen Maschinenindustrie ging im Jahre 1924 der Auslandsabsatz ganz erheblich zurück. Besonders wirkte sich hier die Handelspolitik der östlichen und nördlichen Staaten aus, deren hohe Zölle und Einfuhrverbote jeglichen Maschinenexport unterbanden. Lediglich Zuckermaschinen und Gummimaschinen hatten einen belangreichen Auslandsabsatz zu verzeichnen.

Das Jahr 1925 brachte einen erheblichen Aufschwung des Auslandsgeschäftes in der gesamten anhaltischen Maschinenindustrie, dessen Erfolg lediglich durch gedrückte Preise beeinträchtigt wurde. Im Jahre 1926 erfolgte eine weitere Steigerung des Auslandsabsatzes; insbesondere wurde in diesem Jahr auf Grund der 300 Millionen-Kreditaktion im Frühjahr 1926 der Absatz nach Rußland wieder beträchtlich gesteigert.

Dagegen ging das Inlandsgeschäft immer weiter zurück, da erst jetzt die Krise des Jahres 1925 in der Maschinenindustrie voll in Erscheinung trat.

Die Rohstoffversorgung*) hatte — wie oben dargestellt wurde — die letzten Jahrzehnte vor dem Kriege den Geschäftsgang der Maschinenindustrie durch Preisschwankungen und ungünstige Lieferungs- und Zahlungsbedingungen dauernd beunruhigt. Nach dem Kriege trat insofern eine Besserung ein, als die Schwankungen der Rohstoffpreise einer gewissen Stabilität im Preisstande Platz machten. Auch die Lieferungsfristen verkürzten sich und wurden besser innegehalten. Die Preise der Rohstoffe waren jedoch allgemein höher als in der Vorkriegszeit.

Steinkohlen waren in den Jahren 1925/26 ca. 25 % teurer als im Jahre 1913, Roheisen ca. 15 % und Stabeisen ca. 30 %. Besonders die Eisenpreise lagen weit über den Weltmarktpreisen.

Nach dem Kriege bauten sich die Rohstoffsyndikate nicht nur wieder auf, sondern erweiterten noch ihre Kartellorganisation. Die Intensität ihrer Organisation gab ihnen ähnlich wie vor dem Kriege nahezu eine Monopolstellung; dies drückte sich in den Rohstoffpreisen aus, die, wie bereits gesagt, durchweg über Weltmarktpreisen lagen.

Die Eisen verbrauchende Industrie kam dadurch in Gefahr auf dem Auslandsmarkt völlig ausgeschaltet zu werden, da die ausländische Konkurrenz ihre Rohstoffe zu Weltmarktpreisen beziehen konnte. Der deutschen Fertigwarenindustrie war dieser Bezug verschlossen, da die deutschen Syndikate mit den ausländischen Eisenindustrien Abmachungen betreffs der Eiseneinfuhr nach Deutschland getroffen hatten, denen zufolge die ausländischen Erzeuger ihrerseits auf freie Angebote an deutsche Eisenverbraucher verzichteten.

Die Eisen verbrauchende Industrie, die sich nach dem Kriege zur Avi (Arbeitsgemeinschaft der Eisen verarbeitenden Industrie) zusammengeschlossen hatte, trat Ende 1924 mit der Eisen erzeugenden Industrie in Verhandlungen ein, um eine Verbilligung des für Auslandsaufträge bestimmten Eisens zu erlangen. Die Eisenindustrie verschloß sich nicht den Forderungen der Avi, sodaß durch verbilligtes Eisen für Auslandsgeschäfte die Stellung der deutschen Maschinenindustrie auf dem Weltmarkt wieder hinlänglich gesichert wurde. Die Verbilligung wurde in Form einer Rückvergütung der Differenz zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis seitens der Eisensyndikate gewährt.

---

*) Geschäftsbericht des V.D.M.A. Charlottenburg für die Jahre 1925 bis 1926 S. 52 –56.

Eine weitere große Gefahr lag darin, daß die Syndikate in Vervollkommnung vertikaler Kombination auch Maschinenfabriken in größerem Umfange in ihren Kartellverband einbeziehen könnten. Wenn sie dann diesen fusionierten Maschinenfabriken Eisenmaterial zu niedrigeren als den Syndikatspreisen zur Verfügung stellen würden, so würde dies eine wesentliche Benachteiligung der freien Werke im Konkurrenzkampfe bedeuten. Auch diese Gefahr wurde im Mai 1926 seitens der Avi durch Vereinbarungen mit der Rohstahlgemeinschaft beseitigt.

Zusammenfassend kann man wohl sagen, daß die Rohstoffversorgung nach dem Kriege eine weit gefestigtere Basis erhalten hat. Hat die Arbeitsgemeinschaft der Eisen verarbeitenden Industrie auch keine allgemeine Senkung der Rohstoffpreise herbeiführen können, so hat sie doch wenigstens durch eine Stabilisierung der Rohstoffversorgung wesentlich zur Beruhigung der ganzen Betriebsführung beigetragen und in der Maschinenindustrie eine erhöhte Sicherung der Kalkulation ermöglicht.

Fortentwicklung der einzelnen Fabrikationszweige der anhaltischen Maschinenindustrie und der zu diesen zählenden Werke.

Landwirtschaftliche Maschinen.

Während in der Kriegs- und Inflationszeit für die Landmaschinenindustrie neben einem normalen Inlandsgeschäft auch ein guter Auslandsabsatz zu verzeichnen war, brachte das Jahr 1924 einen starken Geschäftsrückgang, der in erster Linie auf die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und weiter auf die Kapitalnot der Landwirte zurückzuführen war.

Im Jahre 1925 besserte sich die Lage der Landmaschinenindustrie vorübergehend; besonders hatte sie wieder eine Steigerung des Auslandsabsatzes zu verzeichnen.

Die Maschinenfabrik von W. Siedersleben & Co. in Bernburg war in gleicher Weise wie vor dem Kriege das bedeutendste Unternehmen dieses Fabrikationszweiges. Seine Belegschaft betrug am Anfang des Jahres 1927: 60 Angestellte und 450 Arbeiter.

Dazu gesellte sich ein weiterer Großbetrieb: Die Maschinenfabrik Th. Hey in Bernburg. Diese war bereits im Jahre 1884 in Roitzsch (Krs. Bitterfeld) gegründet. Aus einem kleinen Betriebe entwickelte sie sich zu einer Fabrik, die ca. 100 Arbeiter beschäftigte. Die Lage der Fabrik inmitten des Dorfes beschränkte ihre weitere räumliche Ausdehnung. Aus diesem Grunde wurde die Fabrik im Jahre 1918 nach Bernburg verlegt, wo die Gebäude einer ehemaligen Portland-Zementfabrik übernommen werden

konnten. Die großen und hohen Arbeitsräume sind mit neuzeitlichen maschinellen Einrichtungen versehen; infolge weitgehender Spezialisierung ähnelt der Betrieb dem amerikanischen Massenfabrikationssystem. Die Lage des Grundstückes an der Eisenbahn sicherte auch hier durch eigenen Gleisanschluß günstige Transportverhältnisse.

Das Unternehmen befaßte sich anfangs mit der Herstellung aller Arten von Landmaschinen. Später spezialisierte es sich mehr und mehr auf die Fabrikation von Hackmaschinen, die sich auf den Besitz mehrerer Patente stützt.

Der Absatz erstreckte sich über ganz Deutschland, weiterhin über Polen, Deutsch-Oesterreich, Tschecho-Slowakei, Holland und Belgien.

Das Unternehmen — eine offene Handelsgesellschaft — beschäftigte im Anfang des Jahres 1927: 30 Angestellte und 180 Arbeiter.

Maschinen für Zuckerindustrie.

Auch dieser Fabrikationszweig hatte unter der Krise des Jahres 1924 zu leiden durch mangelnden Inlandsabsatz, schlechte Preise und ferner durch die Konkurrenz der französischen Maschinenindustrie, die infolge des niedrigen Frankenkurses außerordentlich niedrige Preise stellen konnte. Im Jahre 1925 besserte sich die Geschäftslage. Auch der Auslandsabsatz wurde in diesem Jahre gesteigert; als ein neuer Abnehmer trat England auf, das infolge der Einführung des Zuckerrübenbaus auch Zuckerfabrikseinrichtungen benötigte. Trotz hoher Zölle war die Ausfuhr nach Polen sehr bedeutend; dagegen traten Schweden, Holland und Dänemark zurück, da in diesen Ländern während des Krieges sich eine eigene Zuckermaschinenindustrie entwickelt hatte.

Weiterhin war in diesem Industriezweig die Maschinenfabrik von R. Dinglinger in Köthen tätig. Sie beschäftigte im Anfang des Jahres 1927 ca. 250 Arbeiter.

Auch die Maschinen- und Werkzeugfabrik vormals Aug. Paschen in Köthen behielt als Spezialität die Herstellung von Zuckerfabriksmaschinen bei; daneben baute sie die anderen Fabrikationsabteilungen, wie Apparatebau für chemische Industrie, Hebezeugbau u. a. m. immer weiter aus.

Das Aktienkapital des Unternehmens beträgt z. Zt. 1,2 Millionen RM.; im Anfang des Jahres 1927 wurden durchschnittlich 400 Arbeiter beschäftigt.

Die Maschinenfabrik von F. Hallstroem in Nienburg wurde im Jahre 1917 in eine G. m. b. H. umgewandelt. Nach dem Kriege beschäftigte das Unternehmen ca. 150 Arbeiter und Angestellte.

Die Fabrikation wurde auf die Herstellung von Kupfer- und Messingrohre beschränkt.

Im Jahre 1924 mußte das Unternehmen, das durch die Inflation große Verluste erlitten hatte, staatliche Hilfe in Gestalt einer Hypothek von 250 000 Mk. in Anspruch nehmen. Die Verzinsung dieser Summe überstieg die Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Es wurde daher im Jahre 1925 dem anhaltischen Staate übereignet.

Dieser verkaufte es im Jahre 1927 an einen Unternehmer aus Bremen, der die vorhandenen maschinellen Einrichtungen zum Bau von Entfaserungsmaschinen, Laugeapparaten und Behältern für die Textilindustrie verwenden will.

In der Bäckereimaschinenindustrie brachte das Jahr 1925 einen guten Geschäftsgang; lediglich das Auslandsgeschäft, das in diesem Industriezweig vor dem Kriege einen bedeutenden Umfang hatte, ging nach dem Kriege stark zurück.

Im Bestand der Unternehmungen dieses Fabrikationszweiges traten keine erheblichen Aenderungen ein.

Maschinen für die Papierindustrie.

Die Geschäftslage für die Papiermaschinenindustrie glich in großen Zügen der allgemeinen Lage der Maschinenindustrie. Im Jahre 1924 herrschte ein schlechter Geschäftsgang vor, der sich im Jahre 1925 etwas besserte. Der Auslandsabsatz wurde auch hier durch die hohen Preise und durch hohe Zolltarife der Einfuhrländer ungünstig beeinflußt. Speziell die erstarkte schwedische Maschinenindustrie tat auf den östlichen und nördlichen Absatzmärkten der deutschen Papiermaschinenindustrie bedeutenden Abbruch.

Das bedeutendste Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges blieb in Anhalt auch nach dem Kriege die Maschinenfabrik-Aktien-Gesellschaft vorm. Wagner & Co. in Cöthen. Sie beschäftigte im Anfang des Jahres 1927 ca. 550—600 Arbeiter.

Die Maschinenfabrik Ph. Nebrich in Cöthen (vorm. Reinecke & Jasper) nahm nach Beendigung des Krieges wieder den Betrieb des Unternehmens auf. Im Jahre 1920 wurde sie in eine G. m. b. H. umgewandelt, deren Anteile sich in den Händen der Familie Nebrich befinden.

Das Unternehmen befaßt sich mit dem Bau von Apparaten für Papier-, Holzstoff- und Cellulosefabriken. Die Spezialität des Unternehmens ist die Herstellung von Knotenfängern, die auf Grund zahlreicher Patente ausgeführt wird.

Der Absatz erstreckt sich über ganz Deutschland, sowie England, Skandinavien und den Balkan.

Das Unternehmen besitzt in Prag eine Schwesterfirma, mit der jedoch seit dem Jahre 1920 ein direkter finanzieller Zusammenhang nicht mehr besteht. Das Zusammenwirken dieser Unternehmungen drückt sich besonders darin aus, daß ausländische Aufträge jeweilig von dem Unternehmen ausgeführt werden, das mit dem Auftragslande die günstigsten zollpolitischen Beziehungen unterhält. Das anhaltische Unternehmen beschäftigte im Anfang des Jahres 1927: 24 Angestellte und ca. 70 Arbeiter.

Metalltuchgewebe und gelochte Bleche hatten sowohl im Jahre 1924 wie auch 1925 einen sehr schlechten Geschäftsgang zu verzeichnen. Besonders das Verhältnis der Verkaufspreise zu den Selbstkosten verschlechterte sich in diesem Industriezweig merklich. Eine vorübergehende Besserung brachte im Jahre 1925 der durch die Errichtung der Stickstoffwerke in Piesteritz (Kreis Bitterfeld) vermehrte Auftragseingang mit sich.

Der Bestand der einzelnen Betriebe änderte sich nur wenig.

Das bedeutendste Unternehmen, die Metalltuch- und Maschinenfabrik, A.-G., vorm. Gottl. Heerbrandt in Raguhn beschäftigte im Anfang des Jahres 1927 ca. 300 Arbeiter.

Erwähnenswert ist hier noch der Abschluß einer Interessengemeinschaft, die durch Personalunion der Leitung der Fabrik für gelochte Bleche Pabst & Kilian G. m. b. H., Raguhn mit zwei gleichartigen Betrieben, nämlich der Julius Pohle, G.m.b.H. und der Fabrik für Seiden- und Feindrahtgaze, G.m.b.H. Raguhn gebildet wurde.

Apparate für die chemische und Zement-Industrie.

Trotz des Aufschwunges der chemischen Industrie nach dem Kriege lagen auch für diesen Zweig der Maschinenindustrie die Verhältnisse durchaus ungünstig. Insbesondere lag dies hieran, daß der Auslandsexport wesentlich zurückging, da die Preise der Fertigfabrikate infolge der durch die Abgaben stark gesteigerten Selbstkosten viel zu hoch lagen, als daß man damit der ausländischen Konkurrenz hätte wirksam gegenübertreten können.

Die Vollbeschäftigung der Belegschaft konnte im allgemeinen noch aufrecht erhalten werden; allerdings war dies oft nur dadurch möglich, daß Aufträge zum Selbstkostenpreise hereingenommen werden mußten.

Im Bestand der Unternehmungen dieses Zweiges der anhaltischen Maschinenindustrie waren verschiedene Aenderungen zu verzeichnen.

So wurde die bisher offene Handelsgesellschaft von L. Keßler & Sohn in Bernburg im Jahre 1923 in eine G. m. b. H. umgewandelt, die im Anfang des Jahres 1927 ca. 130 Arbeiter beschäftigte.

Die Maschinenfabriken von Bäntsch & Behrens, Sandersleben, Keilmann & Völcker, G. m. b. H. in Bernburg und Gellendien & Haffner, G. m. b. H. in Bernburg hatten gegenüber den Vorkriegsverhältnissen keine wesentlichen Aenderungen in der Zahl ihrer Belegschaft zu verzeichnen.

Die Maschinenfabrik von F. Fiedler in Leopoldshall wurde im März 1923 in eine G. m. b. H. umgewandelt.

Neben der weiteren Tätigkeit für die chemische Industrie erweiterte das Unternehmen sein Fabrikationsprogramm in erheblichem Umfange und zwar wurde zunächst der Waagenbau aufgenommen.

Das Unternehmen kaufte die betreffenden Patente, Fabrikationsmethoden sowie die Modelle von der Maschinenbauanstalt Gebr. Böhmer, Magdeburg, deren Anlagen die Firma Eisenmatthes aufgekauft hatte.

Es wurden alle Arten Waagen hergestellt, wie Brückenwaagen, Gleiswaagen, Dezimalwaagen u. a. m. Weiterhin wurde die Herstellung zahlreicher Einrichtungsgegenstände und Werkzeugmaschinen für Eisenbahnbetriebswerkstätten aufgenommen, wie Achswechselwinden, verschiebbare Arbeitsstände für Löschgruben, fahrbare Domgerüste, Rangierwinden, Kräne, Spills, Drehscheiben usw. Auch Strohpressen und Sackreinigungsmaschinen wurden hergestellt. Das Unternehmen beschäftigte im Anfang des Jahres 1927 ca. 175 bis 200 Arbeiter.

Die Maschinenfabrik von A. Lück in Leopoldshall geriet infolge der Inflationsverluste im November 1925 in Konkurs und wurde am 1. Juni 1926 von der „Sächsisch-Anhaltischen Maschinenfabriken und Apparatebau-Gesellschaft m. b. H." (Samag) in Leopoldshall erworben und der Betrieb fortgesetzt.

Auch weiterhin blieb der Bau von Einrichtungen für Dachpappenfabriken und Teerdestillationen das Haupttätigkeitsfeld der Unternehmung.

Der Absatz erstreckt sich über ganz Deutschland, daneben war auch besonders nach dem Kriege ein relativ bedeutender Auslandsabsatz zu verzeichnen.

Das Unternehmen hat eine Schwesterfirma in Außig (Tschechoslow.); ein finanzieller Zusammenhang besteht jedoch nicht. Die Samag beschäftigte im Anfang des Jahres 1927 auf einem $4^1/_2$ Morgen großen Fabrikgelände ca. 60 Arbeiter.

Ein weiterer Betrieb in Leopoldshall, dessen Fabrikation auf den Bedarf der chemischen Industrie eingestellt war, wurde

von Arthur Nickel am 6. März 1923 mit ca. 20 Arbeitern gegründet.

Das Unternehmen stellt Behälter in allen Ausführungen her, weiter Rohrleitungen aus Kupfer und Eisen, Eisenkonstruktionen und Transportanlagen. Der Absatz beschränkt sich auf das Mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet. Das Unternehmen beschäftigte im Januar 1927: 85 Arbeiter.

Im Jahre 1922 wurden in Leopoldshall die Sohler-Werke, A.-G. gegründet, deren Aktienkapital z. Zt. 200 000 Mk. beträgt. Der Gründer der Firma, Sohler, hatte in Listermühl in Westfalen bereits ein gleichartiges Unternehmen.

Die Fabrikation erstreckt sich auf Herstellung von Rillenfässern, sogen. Drums, für die chemische Industrie. Daneben werden andere Eisenblechfässer, Hobbocks für Fette, Farben und Kitt, weiterhin Blechtrommeln für Karbid, Pech und Teerprodukte hergestellt.

Das Unternehmen, das z. Zt. der Gründung ca. 35 Arbeiter beschäftigte, hatte im Anfang des Jahres 1927 eine Belegschaft von 70 Arbeitern.

Auch in Bernburg entwickelte sich nach dem Kriege eine Neugründung in der Maschinenindustrie: Das Eisenwerk von Otto Giebelhausen, Bernburg, wurde im Jahre 1913 mit ca. 30 Arbeitern gegründet. Das Unternehmen ging aus der Firma Wilhelm Rothe & Co in Güsten-Anhalt hervor, deren Fabrikanlagen bis 1923 in Benutzung standen. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Betrieb nach Bernburg in eine vollkommen neuerbaute Fabrik verlegt.

Das Unternehmen befaßt sich in erster Linie mit der Herstellung von Apparaten für die chemische Großindustrie z. B. Glyzeringewinnungsanlagen. Daneben werden Eisenhochbauten ausgeführt.

Das Unternehmen beschäftigt z. Zt. 100 Arbeiter.

Die Entwicklung der Maschinenfabrik von G. Polysius in Dessau ist bereits an anderer Stelle eingehend dargestellt worden. Die Firma hatte auch nach dem Kriege einen wesentlichen Auslandsabsatz zu verzeichnen.

Die Gesamtbelegschaft betrug im Anfang des Jahres 1927 ca. 1000 Angestellte und Arbeiter.

Armaturenfabrikation.

Der Absatz an Armaturen, der sich in weitgehendem Maße nach dem allgemeinen Geschäftsgang in der Maschinenindustrie richtet, war im Jahre 1924 sehr gering. Im Jahre 1925 besserte sich der Beschäftigungsgrad wesentlich und blieb den größten

Teil des Jahres hindurch gut. Der Auslandsabsatz litt im Jahre 1924 unter den hohen Gestehungskosten und erfuhr ebenfalls im Jahre 1925 eine erhebliche Ausdehnung.

Während die Sächsisch-Anhaltische Armaturenfabrik in Bernburg und die Armaturenfabrik von W. Stoge in Leopoldshall keine wesentlichen Aenderungen in der Anzahl ihrer Belegschaften und in ihrem Fabrikationsprogramm zu verzeichnen hatten, wurde dieses seitens der Firma Paul Homann in Dessau wesentlich erweitert.

Nach Angliederung einer Eisengießerei im Jahre 1919 wurde der Maschinenbau aufgenommen, und zwar widmete man sich dem Spezialmaschinenbau für Eisenbahnwerkstätten, Kupferschmieden und Schiffswerften. Biege- und Richtmaschinen für Rohre und Profileisen, Hydraulische Pressen, Preßpumpen, Probier- und Druckpumpen, Rohrprüfungsmaschinen und Handelsguß wurden hergestellt; daneben behielt die Firma auch die Herstellung von Spezialarmaturen bei.

Das Absatzgebiet erstreckte sich auf ganz Deutschland; der Auslandsabsatz beträgt ca. 30% der Gesamtproduktion. Die Maschinenfabrik von P. Homann beschäftigte im Anfang des Jahres 1927: 60 Arbeiter.

Die Maschinenfabrik von R. Becker & Co., Dessau, deren Spezialgebiet seit 1907 die Herstellung von Stahlguß war, wurde im Jahre 1916 in eine G.m.b.H. umgewandelt. Im Jahre 1917 wurde sie von dem Wolf-Konzern, der unter Führung der Maschinenfabrik von R. Wolf in Magdeburg-Buckau steht, aufgekauft. Der Konzern war bestrebt durch Angliederung solcher Spezialbetriebe seinen Betrieb in vertikaler Richtung möglichst zu verbreitern und sicher zu stellen. R. Becker stellte daher in der Folgezeit hauptsächlich Stahlguß für die übrigen Betriebe des Wolf-Konzerns her.

Im Anfang des Jahres 1927 wurden 15 Angestellte und 125 Arbeiter beschäftigt.

Ziegeleimaschinenbau.

Infolge des geringen Absatzes der Ziegeleien hatte auch die betreffende Maschinenindustrie in den Jahren 1924/25 nur knapp ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit, die mit geringem Erfolge verbunden war. Besonders war der Auslandsabsatz, auf dem sich dieser Industriezweig in der Vorkriegszeit zumeist aufbaute, infolge der hohen Zollschranken der Einfuhrstaaten und infolge wachsender ausländischer Konkurrenz, die mit geringeren Unkosten arbeiten konnte, stark zurückgegangen.

Die Nienburger Maschinenfabrik, A.-G., wie die Firmenbezeichnung seit 1922 lautete, beschäftigte im Anfang des Jahres 1927: 180—200 Arbeiter.

Seit 1919 befaßte sie sich vorzugsweise mit der Herstellung von Gummimaschinen.

Schiffbau.

Auch im Flußschiffbau machte sich die allgemeine Kapital- und Kreditnot durch den mangelnden Eingang hinreichender und lohnender Aufträge bemerkbar. In der Inflationszeit war die Beschäftigung durch umfangreiche Reparationsaufträge des Reiches gesichert gewesen. Mit dem Fortfall dieser Aufträge trat eine Abschwächung der Beschäftigungsintensität ein, da private Aufträge infolge der Kapitalnot wenig einliefen und die wenigen infolge der hohen Gestehungskosten tatsächlich nur wenigen Gewinn brachten. Der Auslandsabsatz ging nicht nur erheblich zurück, vielmehr machte sich auch die holländische Konkurrenz im Rheindampferbau stark bemerkbar.

Die Maschinenfabrik und Schiffswerft der Gebr. Sachsenberg in Roßlau wurde im Jahre 1908 in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelt, die im Jahre 1917 von mehreren Bankhäusern unter Führung des Bankhauses Deichmann & Co. in Köln übernommen wurde.

Im Jahre 1918 wurde eine Werftanlage in Stettin erworben, um auch auf das Oder-Geschäft entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

Bis zum Jahre 1919 wurden insgesamt 809 Fahrzeuge mit zusammen 170 000 P.Si. gebaut. Bis zum Jahre 1927 steigerte sich die Zahl der gebauten Fahrzeugeinheiten auf ca. 950.

Auch die übrigen Fabrikationszweige, nämlich der Bau von Ziegelei- und Brennereimaschinen u.a.m. wurde nach dem Kriege fortgeführt.

Die Zahl der von der Gebr. Sachsenberg, A.-G. beschäftigten Beamten und Arbeiter belief sich in den Jahren 1914—1925 auf:

Jahr:	Roßlau	Köln-Deutz	Stettin	Zusammen
1915	560	154	—	714
1920	784	561	62	1407
1921	915	706	76	1697
1922	940	632	98	1670
1923	757	604	99	1460
1924	801	404	69	1274
1925	822	458	120	1400

Waggonbau.

Aehnlich wie im Schiffsbau lagen auch die Verhältnisse im Waggonbau. Hatten die Reparationsaufträge bis Ende 1923 eine vollbefriedigende Beschäftigung ermöglicht, so trat in den Jahren 1924/25 eine vollkommene Absatzstockung ein, da die Reichsbahnverwaltung keine Neuaufträge erteilte und der private Absatz unter der erheblichen Kapitalnot in Deutschland litt. Die geringe Beschäftigungsintensität führte schließlich zu erheblichen Arbeiterentlassungen.

Ein anhaltisches Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges, die in der Inflationszeit gegründeten Jonitzer Fahrzeugwerke, A.-G., stellte nach kurzer Existenz den Betrieb wieder ein. Auch die Maschinenfabrik für Eisenbahnbedarf, G. m. b. H. in Jeßnitz konnte ihren Betrieb nicht aufrecht erhalten.

Der bedeutendste anhaltische Betrieb dieses Industriezweiges, die Dessauer Waggonfabrik, nahm nach dem Kriege einen ganz erheblichen Aufschwung. Während im Jahre 1913: 318 Arbeiter beschäftigt wurden, stieg die Zahl im Jahre 1921 auf 866 und im Jahre 1923 auf 1 600. Im Anfang des Jahres 1927 betrug sie noch ca. 660 Arbeiter.

Da die Aufträge der deutschen Reichsbahn in den Jahren 1924/25 in zu geringen Ausmaßen erfolgten, machte sich eine teilweise Umstellung der Fabrikation auf Eisenkonstruktionen, Förder- und Transportanlagen notwendig.

Im Waggonbau war der inländische Bedarf erheblich gesunken, die Zahl der Waggonfabriken dagegen gestiegen. Der Konkurrenzkampf der Werke gegeneinander nahm viele Kräfte in Anspruch, die andererseits zur Wiedereroberung des verlorenen Auslandsmarktes durchaus benötigt wurden.

Es stand fest, daß durch Spezialisierung der einzelnen Waggonfabriken diese leistungsfähiger gemacht werden konnten, ebenso daß durch Verteilung des Risikos bei Auslandsaufträgen auf mehrere Unternehmen das einzelne Werk viel sicherer zu arbeiten vermochte. Schließlich drängten die gesamten erhöhten Anforderungen, die in technischer und besonders in finanzieller Hinsicht an den Waggonbau gestellt wurden und denen das einzelne Werk nicht mehr im vollen Umfange gerecht werden konnte, zu wirtschaftlichen Zusammenschlüssen. In Erkenntnis dieser Umstände wurde von 6 bedeutenden deutschen Waggon-

fabriken*) die Eisenbahnwagen-Liefergemeinschaft (Eislieg) am 21. April 1921 in Düsseldorf gegründet.

Die Eislieg beschäftigte zusammen rund 10 000 Arbeiter; ihre Leistungsfähigkeit belief sich im Gründungsjahr auf ca. 18—20 000 Fahrzeuge.

Der Waggonbau-Konzern hat eine einheitliche Ein- und Verkaufs-Zentrale, die einerseits einen vorteilhaften Bezug der Rohstoffe sichert und andererseits eine weitverzweigte Absatzorganisation darstellt. Dadurch daß jedem einzelnen Konzernwerk ein spezielles Fabrikationsgebiet zugewiesen ist, ist die Eislieg in der Lage, nur hochqualifizierte Arbeit zu liefern. Die gegenseitige Unterstützung der einzelnen Werke gewährleistet ein sicheres Einhalten der Lieferfristen und ermöglicht dem einzelnen Werke auch Aufträge in solchem Umfange anzunehmen, die an sich die Leistungsfähigkeit seines Betriebes übersteigen.

Werkzeugmaschinen.

In der Werkzeugmaschinenindustrie brachte die Inflationszeit eine überaus hohe Beschäftigungsintensität. Es wurden Höchstzahlen für die Belegschaften erreicht, die in Doppelschichten arbeiten mußte. Mit der Stabilisierung der Währung trat ein Rückschlag ein, da der Inlandsmarkt zum einen Teil gesättigt, zum anderen Teile jetzt nicht mehr kaufkräftig genug war. Der Auslandsabsatz stockte infolge der zu hohen Preise im Jahre 1925, zunächst vollkommen, hob sich jedoch im folgenden Jahre wieder. Es wurde nach Südamerika, England, Holland, Schweiz, Italien und Rumänien ausgeführt, während die Ausfuhr nach Frankreich, Belgien und Spanien wegen der hohen Einfuhrzölle unmöglich war.

Die Werkzeugmaschinenfabrik von F. Braun in Zerbst wurde im Jahre 1916 in eine A.-G. umgewandelt, die im Jahre 1923 bis 900 Arbeiter beschäftigte.

Im Anfang des Jahres 1927 belief sich die Belegschaft auf 600 Angestellte und Arbeiter.

Sonstige Veränderungen im Bestand der Unternehmungen dieses Industriezweiges sind nicht zu verzeichnen.

---

*) Die Eislieg wurde gebildet von:
1. Dessauer Waggonfabrik, A.-G.
2. Düsseldorfer Eisenbahnbedarf vorm. Karl Weyer & Co.
3. H. Fuchs, Waggonfabrik, A.-G., Heidelberg.
4. Siegener Eisenbahnbedarf, A.-G., Siegen.
5. Waggonfabrik, A.-G., Uerdingen (Rheinland).
6. Wegmann & Co, Cassel.

Gasverbrauchsapparate.

In diesem Industriezweig trat nach der Stabilisierung der Währung eine Belebung des Geschäftes ein, die in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß das Publikum wieder Rücklagen für größere Einkäufe machen konnte, ohne eine Entwertung der zurückgelegten Summen befürchten zu müssen. Einen Rückschlag brachte im April 1924 die eintretende Kreditsperre der Reichsbank; zu gleicher Zeit brach in den betreffenden Betrieben der anhaltischen Maschinenindustrie ein Streik aus, der vier Wochen andauerte, sodaß zahlreiche Aufträge annulliert werden mußten. Gegen Ende des Jahres war dann weiterhin ein befriedigender Geschäftsgang zu verzeichnen. Der Auslandsabsatz wandte sich hauptsächlich nach Polen, wogegen der Absatz nach anderen Ländern, wie Frankreich, Schweiz und Tschecho-Slowakei. durch hohe Zollschranken entweder gänzlich verhindert oder zum mindesten stark erschwert wurde.

Das Jahr 1925 brachte zunächst einen weiteren Aufschwung in diesem Industriezweig. Schließlich führten aber doch die hohen Produktionskosten, hervorgerufen durch zu hohe Belastung mit Steuern und sozialen Abgaben, weiterhin durch hohe Rohmaterialpreise und Frachtkosten zu einer Verknappung der Aufträge, sodaß am Ende des Jahres zum Teil auf Lager gearbeitet werden mußte. Da auch der Auslandsabsatz infolge der Konkurrenz Frankreichs, das auf Grund seiner niedrigen Valuta zu sehr niedrigen Preisen verkaufen konnte, weiter zurückging, mußte am Ende des Jahres 1925 ein Teil der Belegschaften entlassen werden.

Im Bestande der beiden Harzer Unternehmen dieses Industriezweiges traten nur geringe Veränderungen ein. Das Mägdesprunger Eisenhüttenwerk, G. m. b. H. beschäftigte im Anfang des Jahres 1927 ca. 140 bis 150 Arbeiter.

Das Eisenwerk von C. Meyer jun. & Co in Harzgerode stellte sein Aktienkapital auf 490 000 RM. um und beschäftigte im März 1927 ca. 55 Angestellte und 450 Arbeiter.

Die Zentralwerkstatt in Dessau behielt auch nach dem Kriege ihr bisheriges Fabrikationsgebiet bei. Im Jahre 1921 vereinigte sie sich mit der Firma Carl Bamberg, Berlin-Friedenau unter der Firma Askania-Werke, A.-G. vorm. Zentralwerkstatt Dessau und Carl Bamberg, Friedenau, zu einem Unternehmen.

Der Zweck der Vereinigung war einmal, beiden Unternehmungen eine breitere Grundlage zu geben, dann aber um wertvolle Patente der Firma C. Bamberg auf wärmetechnischem Gebiet auszubauen und auszunutzen.

Die beiden Betriebe blieben getrennt, auch behielten sie die Trennung der Arbeitsgebiete bei.

Während in den Werkstätten in Dessau auch weiterhin Gasverbrauchsapparate hergestellt wurden, fabrizierte man in den Berliner Werkstätten astronomische, nautische, optische, metereologische und geodätische Instrumente.

In neuster Zeit wurde weiterhin mit der Dux-A.-G. Metallwarenfabrik Deutscher Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Frankfurt a. M. eine Interessengemeinschaft abgeschlossen, deren Zweck dahin zielt, unter vollständiger Wahrung der Selbständigkeit der abschließenden Werke diese durch Schaffung günstiger Einkaufsmöglichkeiten, durch gemeinsames Arbeiten auf dem Gebiete der Normalisierung und Typisierung sowie durch gemeinsame Preisregulierung zu fördern. Die Dux-A.-G., Frankfurt beschäftigt sich in erster Linie mit der Herstellung von Gasmessern, Gasautomaten und Gasheizöfen.

Der Dessauer Betrieb der Askania-Werke, A.-G. beschäftigte im Anfang des Jahres 1927 ca. 900 bis 1000 Arbeiter.

Das Unternehmen von Junkers & Co, das seiner Fabrikation nach hier darzustellen wäre, soll im Zusammenhang mit den übrigen Junkers-Werken geschlossen behandelt werden.

Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G., (Bamag), deren Entwicklung zum Großbetrieb bereits dargestelt wurde, (vergl. S. 75 und 111), war auch nach dem Kriege weiterhin bestrebt. das Unternehmen auszubauen und auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen, Zu diesem Zwecke schloß sie im Jahre 1924 mit der Meguin, A.-G.*) in Butzbach (Hessen) einen Fusionsvertrag. Beide Unternehmungen wurden zu der Bamag-Meguin A.-G. zusammengeschlossen, deren Fabrikationsgebiet auch weiterhin der allgemeine Maschinenbau blieb.

Das Unternehmen besitzt Niederlassungen:

	Grundbesitz:	Bebaute Fläche:
in Berlin-Moabit	25 190 qm	12 938 qm
Butzbach (Hessen)	562 178 „	40 445 „
Dessau I	17 992 „	11 897 „
Dessau II	251 141 „	41 346 „
Köln-Bayenthal	104 331 „	35 329 „
Gleiwitz	156 109 „	14 500 „

Außer Maschinenfabriken an allen 5 Orten besitzt die Gesellschaft je eine Eisengießerei in Dessau und Köln-Bayental, sowie eine Stahlgießerei in Dessau. Blechbearbeitungs- und Eisen-

*) Die Meguin A.-G. wurde im Jahre 1901 unter der Firma Dillinger Fabrik gelochter Bleche, Franz Meguin Dillingen, gegründet. Die Umwandlung zur Aktien-Gesellschaft erfolgte im Jahre 1918.

konstruktionswerkstätten befinden sich in Butzbach, Berlin, Gleiwitz und Köln-Bayenthal.

Weiterhin ist die Bamag-Meguin, A.-G. noch an verschiedenen anderen Werken einflußreich beteiligt.

Das Aktienkapital des gesamten Unternehmens betrug im Jahre 1926: 16 063 000 RM.

Die Belegschaft der Dessauer Betriebe belief sich im Anfang des Jahres 1927 auf ca. 2 000 Arbeiter.

Das allgemein am meisten bekannte Unternehmen der anhaltischen Maschinenindustrie sind die Junkers-Werke in Dessau.

Bereits an anderer Stelle ist die Entstehungsgeschichte ihres ersten Werkes dargestellt worden. In diesem Betriebe wurde das von Junkers erfundene Kalorimeter hergestellt, dem sich später der Bau von Warmwasserapparaten anschloß. Später wurde noch in einem besonderen Kaloriferwerk der Bau von Apparaten für Großraumheizung angegliedert. Diese Betriebe sind heute in einem Werk des Gesamtkonzerns unter der Firma Junkers & Co zusammengefaßt.

Im Jahre 1916 wurden die Junkers Flugzeugwerke A.-G. gegründet zum Bau von Ganzmetallflugzeugen.

Endlich wurde nach dem Kriege auch der Motorenbau in Dessau aufgenommen, der jetzt von der Junkers Motorenbau G. m. b. H. betrieben wird.

Alle diese Werke sind in einem Gesamtkonzern vereinigt, der unter dem Namen Junkerswerke heute Weltruf genießt.

Ihre heutige Stellung eroberten sich die Junkers-Werke durch die vorzügliche Organisation ihrer Betriebe und deren Tätigkeit.

„Die Eigenart der Junkers'schen Arbeitsmethode liegt in der systematischen technisch-wirtschaftlichen Forschungsarbeit."*)

Professor Junkers ging von der Erwägung aus, daß wirkliche Qualitätsarbeit, die jederzeit dem Fortschritt angepaßt werden soll, nur dann geleistet werden kann, wenn das Fabrikationsobjekt nicht allein während seiner Konstruktion und Herstellung einer fortlaufenden Kontrolle unterzogen wird, sondern wenn es auch während seiner praktischen Verwendung einer dauernden Beobachtung unterworfen bleibt. Nur dadurch kann schon der technische Prozeß der Herstellung auf eine später größtmöglichste wirtschaftliche Verwendungsmöglichkeit des Produktes hinarbeiten.

*) „Junkers-Werke", Werk-Broschüre, S. 5.

Um dieses Ziel zu erreichen, gliederte Professor Junkers seinem Betriebe eine gemeinsame Forschungsanstalt an. Diese soll nicht nur eine möglichst vollkommene technische Durchbildung der einzelnen Produkte zu erreichen suchen, sondern darüber hinausgehend durch Beobachtung der Erfahrungen, die beim täglichen Gebrauch der Erzeugnisse gemacht werden, die spätere wirtschaftliche Verwendung des Fabrikates schon bei der Konstruktion und Herstellung weitgehendst berücksichtigen.

Durch Kombination von wissenschaftlicher Forschung und praktischer Erfahrung sollen weiter neue Aufgaben auf dem Fachgebiet gesucht werden, deren Lösung eine weitere Verbesserung der Erzeugnisse in sich birgt.

Die Junkers'sche Forschungsanstalt setzt sich zusammen aus Laboratorien für chemische, physikalische und Festigkeits-Prüfungen, weiterhin aus Kontrollstationen zur Ueberwachung der Fabrikation, schließlich aus Prüfständen zur Abnahme der fertigen Fabrikate.

Aus solcher Forschungsarbeit heraus haben sich die einzelnen Unternehmungen des Junkers-Konzerns folgerichtig entwickelt.

Ueber die Tätigkeit der unter der Firma Junkers & Co zusammengefaßten Werkstätten haben wir an anderer Stelle bereits eingehende Ausführungen gebracht.

Auch nach dem Kriege wurden in erster Linie Warmwasserapparate, Badeöfen, Gasheizöfen, Luftheizungsapparate (Kalorifer), sowie Kalorimeter hergestellt. Neben diesen gas- und kohlebeheizten Warmwasserapparaten wurde seit Ende 1924 auch die Herstellung elektrischer Warmwasserbereiter aufgenommen.

Seit dem 24. Februar 1919 ist die Firma unter Beibehaltung der Firmenbezeichnung „Junkers & Co“ in eine Einzelfirma umgewandelt.

Das Werk beschäftigte im Anfang des Jahres 1927 etwa 250 Angestellte und 650 Arbeiter.

Nach dem Kriege nahm Junkers auch in Dessau den Bau von Motoren auf.

Die praktische Ausführung seiner bisherigen Forschungsergebnisse hatte er auf Grund von Lizenzverträgen anderen Firmen überlassen, deren bedeutendste die Firma Doxford in England und die Firma Sun Ship Building in Amerika die Junkers'schen Erfahrungen beim Bau von Großölmotoren für Hochseeschiffe verwandten.

In Dessau baute Junkers zunächst kleinere Typen von 20—200 PS., deren Herstellung auf dem Wege der Massenfabrikation erfolgte; diese haben in Elektrizitätswerken und industriellen Betrieben vielfach Aufnahme gefunden.

In letzter Zeit hat sich die Junkers Motorenbau G. m. b. H. immer mehr auf den Bau von Flugzeugmotoren für den wachsenden Bedarf des Flugzeugwerkes eingestellt.

Der bekannteste Betrieb des Junkers Konzerns sind die Junkers Flugzeugwerke, A.-G.

Die ersten praktischen Versuche zur Konstruktion eines Ganzmetallflugzeuges reichen bereits bis in das Jahr 1914 zurück. Der Kriegsbedarf an Flugzeugen war das treibende Moment, das die Junkers'sche Arbeit auf diesem Gebiete fortentwickelte. Nachdem die vorbereitenden Arbeiten hinreichend geklärt schienen, baute Junkers am Ende des Jahres 1915 das erste Flugzeug. Das Metall, das er dazu verwendete, war dünnes Eisenblech. Auch für die ersten Aufträge der Heeresverwaltung im Jahre 1916 wurde ebenfalls noch Eisenblech verwendet. Da sich dieses jedoch als zu schwer herausstellte, ging Junkers bald zur Verwendung von Duralumin über, das sich bereits anderweitig im Flugzeugbau bewährt hatte. In den letzten beiden Kriegsjahren wurde der Serienbau von Ganz-Duralumin-Flugzeugen für die Heeresverwaltung ausgeführt.

Nach dem Kriege wurde der Bau von Verkehrsflugzeugen aufgenommen. Hierbei suchte die Junkers'sche Forschungsarbeit mit Erfolg eine möglichst große Betriebssicherheit der gebauten Flugzeuge zu gewährleisten.

Stark gehemmt wurde die Entwicklung des Junkers'schen Flugzeugbaus durch die beschränkenden Verordnungen des Versailler Diktates.

Nach Fortfall dieser Beschränkungen hat der Junkers'sche Flugzeugbau eine wesentliche Entwicklung genommen. Die Leistungsfähigkeit der Junkers Flugzeuge wurde gerade in letzter Zeit durch verschiedene Rekordflüge mit hoher Nutzlast unter Beweis gestellt.

Auch im Flugzeugbau suchte Junkers seine weitere Forschungstätigkeit auf die zusammenfassende Beobachtung von Fabrikation und praktischer Verwendung zu basieren. Junker schloß sich deshalb zunächst der „Lloyd-Ostflug-Gesellschaft“ an, die, wie der Name sagt, dem Flugverkehr zwischen Berlin und den Oststaaten diente.

Die hauptsächlichste Grundlage für eine weitverbreitete Verwendung von Junkers Flugzeugen wurde jedoch erst durch die im Jahre 1923 gegründete „Junkers Luftverkehr A.-G.“ gewährleistet, mit der zahlreiche ausländische Luftverkehrsgesellschaften in Betriebsgemeinschaft traten.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß in Schweden, Rußland und der Türkei Flugzeugwerke entstanden, die auf Grund von Lizenzen Junkers Flugzeuge bauten.

Im Jahre 1925 wurde von dem 57 000 km betragenden Weltluftnetz mehr als ein Drittel von Junkers Flugzeugen beflogen, die im gleichen Jahre mit 178 Flugzeugen 93 242 Passagiere und 7 183 to Fracht über 4 784 756 km beförderten.

Die hohe Betriebssicherheit der Junkers Flugzeuge drückt sich in der Feststellung aus, daß bei einer Beförderung von insgesamt 173 284 Personen in den Jahren 1921—1925 sich nur zwei tötliche Unfälle ereigneten.

Gerade die Ereignisse der letzten Zeit haben es aufs neue bewiesen, daß die Junkers Flugzeugwerke im deutschen wie auch im ausländischen Luftverkehr ihre überragende Stellung auch in Zukunft behaupten werden.

Ueber die Ausdehnung und Belegschaftzahl der Junkers Flugzeugwerke konnten aus begreiflichen Umständen keine näheren Angaben gemacht werden.

7. Organisationen zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der anhaltischen Maschinenindustrie.

Allgemeines über die Kartellierungsfähigkeit der Maschinenindustrie*).

Das Bestreben, die nachteiligen Wirkungen der Konjunkturschwankungen abzuschwächen, die preisdrückenden Folgen eines dauernden Konkurrenzkampfes zu mildern und das Kapitalrisiko auf eine breitere Grundlage zu verteilen, sind die hauptsächlichsten Gründe, die zu Kartellabschlüssen zwischen Unternehmungen geführt haben.

Auch die Maschinenindustrie ist ebenso wie die andern Industriezweige in ihrer Entwicklung den Störungen durch die genannten Faktoren ausgesetzt. Dennoch findet man in der Maschinenindustrie nur in wenigen Fällen den Abschluß fester Kartelle. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß in der Maschinenindustrie verschiedene Faktoren, die für eine Kartellierung grundlegende Vorbedingungen sind, fehlen.

Die Kartellierungsfähigkeit einer Industrie ist in weitgehendem Umfange von der Gleichartigkeit ihrer Betriebe in verschiedener Hinsicht abhängig.

Schon die unterschiedliche Leistungsfähigkeit, die zum Teil auch durch die verschiedenen Größenklassen bedingt ist, stellt in der Maschinenindustrie ein kartellierungsfeindliches Moment dar, da der leistungsfähigere Betrieb die Konkurrenz nicht durch

*) Harnisch, E. Ueber die Kartellierungsfähigkeit der Maschinenindustrie, Heidelberg 1917.

Zusammenschluß sondern durch wirtschaftliche Leistung niederzuringen und auszuschalten sucht.

Auch die Organisationsunterschiede in der Maschinenindustrie, nämlich daß neben dem vorherrschenden Typ der Spezialfabrik auch der Typ der allgemeinen Maschinenbauanstalt noch zahlreich vertreten ist, treten dem Abschluß von Kartellen hinderlich in den Weg, da die Interessen dieser beiden Fabrikarten zu verschieden sind, als daß sie auf einer gemeinsamen Basis vereinigt werden könnten.

Weiterhin stehen die Eigenschaften des Produktes — der Maschine — einem Zusammenschluß der gesamten Maschinenindustrie hindernd im Wege. Die Verschiedenartigkeit der Produkte, z. B. der Werkzeugmaschinen gegenüber den Landmaschinen, bedingt auch eine Verschiedenartigkeit der Interessen ihrer Hersteller. Aber selbst gleichartige Fabrikate, wie z. B. Motoren, werden in derartig mannigfaltigen Typen hergestellt, daß eine Kartellierung der betreffenden Betriebe wegen der Bevorzugung des einen oder anderen Typs seitens der Abnehmer unmöglich ist. Gerade die leistungsfähigsten Betriebe würden hier als Außenseiter die Wirkungen des Zusammenschlusses zunichte machen. Die Maschine ist an sich kein Objekt für Massenherstellung und infolgedessen keine Kartellware.

Dazu tritt noch der Umstand, daß die Maschinenindustrie nicht auf bestimmte Territorien konzentriert ist, wie z. B. der Kohlenbergbau und die Eisenindustrie, sondern sich allenthalben in Deutschland verstreut findet. Die Verschiedenartigkeit der Existenzbedingungen für die Maschinenindustrie der einzelnen Gebiete z. B. Ruhrgebiet — Ostpreußen steht weiterhin der Kartellbildung entgegen.

Gegenüber diesen zahlreichen kartellierungsfeindlichen Momenten sind jedoch auch Faktoren zu nennen, die eine Kartellierung möglich und durchaus notwendig erscheinen lassen. In erster Linie ist hier auf die Benachteiligung der nichtkartellierten Maschinenindustrie bei Geschäftsabschlüssen mit den syndizierten Rohstoffverbänden hinzuweisen. Es ist bereits ausgeführt worden, in welcher Weise gerade die Preispolitik der Rohstoffverbände die Entwicklung der Maschinenindustrie ungünstig beeinflußt hat.

Auch die ungünstige Stellung gegenüber den Abnehmern seitens einer nichtorganisierten Maschinenindustrie ist ein dringender Hinweis auf die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses innerhalb dieses Industriezweiges.

Die Gegensätzlichkeit der kartellierungsfeindlichen und kartellierungsfreundlichen Faktoren in der Struktur der Maschinenindustrie haben die Zusammenschlußbewegung in diesem Wirtschaftszweig wesentlich beeinflußt.

Höhere Kartelle mit besonderen Verkaufsorganen, wie man sie in der Schwerindustrie und im Bergbau findet, fehlen in der Maschinenindustrie fast gänzlich. In Anhalt ist lediglich die Waggonfabrik durch ihre Zugehörigkeit zur Eislieg (Eisenbahnwagenlieferungsgemeinschaft) einem solchen höheren Kartell angeschlossen. Von den einfachen Kartellarten sind Preiskartelle infolge der Verschiedenartigkeit der Produktionskosten, Gebietskartelle und Produktionskartelle aus bereits genannten Gründen ebenfalls in der Maschinenindustrie nur wenig zu finden.

Der einzige Kartelltyp, der tatsächlich auch in der Maschinenindustrie eine weitverbreitete Anwendung gefunden hat, ist das Konditionskartell.

Der „Verein Deutscher Maschinenbauanstalten" und die Fachverbände.

Der umfassendste Zusammenschluß der deutschen Maschinenindustrie zum Zwecke der Vereinbarung gemeinsamer Verkaufsbedingungen erfolgte durch die Gründung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten. Dieser wurde im Jahre 1889 als „Verein der Rheinischen Maschinenfabriken" gegründet und nahm im Jahre 1892 seine jetzige umfassende Gestaltung an.

Der V.D.M.A. vertrat ursprünglich die gesamten Interessen aller Zweige der Maschinenindustrie. Mit der wachsenden Ausdehnung seines Aufgabengebietes, die besonders durch die steigende Spezialisierung der einzelnen Gruppen innerhalb der Maschinenindustrie hervorgerufen wurde, trat eine Veränderung in der Arbeitstätigkeit des V.D.M.A. ein. Der Verein befaßt sich heute in erster Linie mit der Wahrung solcher Interessen, die den sämtlichen Betriebszweigen des Maschinenbaues gemeinsam sind. Weiterhin bildet er die Spitzenorganisation für eine Reihe von Fachverbänden, die die speziellen Interessen der einzelnen Fachgruppen innerhalb der Maschinenindustrie vertreten.

Die Tätigkeit des V.D.M.A. erstreckt sich über 14 spezielle Arbeitsgebiete, deren Aufzählung ein Bild von dem Zweck und der Wirksamkeit dieses Verbandes gibt. Die einzelnen Arbeitsgebiete umfassen: I. Organisation der Maschinenindustrie an sich, insbesondere das Fachverbandswesen. II. Handelsverträge, Auslandszölle, Wettbewerbsverhältnisse im Auslande. III. Deutsche Einfuhrzölle. IV. Rohstoffversorgung der Maschinenindustrie. V. Verkehrsfragen. VI. Steuerwesen und Dawesplan. VII. Bank- und Kreditfragen, Zahlungsbedingungen, Fragen des Inlandabsatzes. VIII. Rechtsfragen, Lieferungsbedingungen, Kartellordnung. IX. Ausstellungen und Messen, Reklamewesen. X. Selbstkosten und

Bilanzen, Spezialisierung, wirtschaftliches Betriebswesen. XI. Unfallverhütung, Gewerbeaufsicht, gewerblicher Rechtsschutz (Patentwesen). XII. Versicherungsfragen. XIII. Statistik. XIV. Wirtschaftswissenschaftliche Sonderaufgaben, Pressestelle, wirtschaftliche Schriftleitung der Zeitschrift „Maschinenbau".

Es erübrigt sich, dieser Aufzählung noch eine besondere Erklärung hinzuzufügen, da sie die Aufgaben, die sich der V.D.M.A. gestellt hat, lückenlos darstellt.

Der V.D.M.A. hat sich seit seinem Gründungsjahr ständig fortentwickelt. Besonders nach dem Kriege hat sich die Zahl der angeschlossenen Mitgliedsfirmen erheblich vergrößert. Die Entwicklung des „Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten" geben die folgenden Zahlen wieder:

Jahr:	Firmen:	Beschäftigte:
Gründungsjahr 1892	56	25 000
1. Januar 1913	213	163 600
1. Januar 1919	814	522 800
1. Januar 1927	1 183	310 000

Die Vertretung der speziellen Interessen der einzelnen Fabrikationszweige liegt in den Händen der Fachverbände, die auf 13 Gruppen verteilt dem V. D. M. A. beigeordnet sind.

Die 13 Gruppen vertreten die Industriezweige der Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen, Landmaschinen, Lokomotiven, Kraftmaschinen, Arbeitsmaschinen, Hütten- und Walzwerksanlagen, mechanische Fördermittel, Papiermaschinen, Maschinen für chemische und Nahrungsmittel-Industrie, Zerkleinerungsmaschinen, Sondermaschinen und Apparate.

Jede dieser 13 Fachverbandsgruppen ist wieder in verschiedene Sonderverbände aufgespalten, wie z. B. der Landmaschinenverband in 4 Sonderverbände, nämlich den Verband Deutscher Landmaschinenindustrie e. V., Kraftpflug-Industrie e. V., Verband Deutscher Mähmaschinen-Fabriken e. V. und Deutscher Milchzentrifugen-Verband. Die 13 Fachverbandsgruppen umschließen insgesamt 103 Sonderverbände.

Nur durch diese detaillierte Gliederung ist ein Zusammenschluß der verschiedenen Fabrikationszweige möglich gewesen. Die Zusammenfassung zu einer Spitzenorganisation verhütete dann weiter, daß mit dieser notwendigen Verzweigung auch eine Verzettelung der Kräfte Hand in Hand ging. Die Zwischengliederung in Fachverbandsgruppen soll das Arbeiten der Vertreterversammlung der Fachverbände vereinfachen und damit erleichtern.

Unter Einrechnung dieser dem V. D. M. A. durch Zugehörigkeit zu den Fachverbänden indirekt angeschlossenen Firmen sind

im V. D. M. A. zur Zeit 2 700 Firmen mit etwa 93 % aller im Maschinenbau beschäftigten Personen organisiert. Auch die meisten Betriebe der anhaltischen Maschinenindustrie sind entweder dem V. D. M. A. direkt angeschlossen oder gehören den angegliederten Fachverbänden an. Am häufigsten ist der Fall, daß neben der direkten Mitgliedschaft des V. D. M. A. auch die Zugehörigkeit zu einem oder verschiedenen Sonderverbänden vorliegt, je nach dem, ob das Werk eine oder mehrere Unterabteilungen in seinem Fabrikationsprogramm enthalten hat.

Vielfach gehören die Maschinenfabriken auch noch anderen Verbänden an, so z. B. dem Verband Deutscher Eisengießereien, soweit den Maschinenfabriken Eisengießereien angeschlossen sind.

Auch die Fabrikanten von Dampfkesseln, Armaturen, Metalltüchern, Metallwaren u. a. m. haben sich zu Fachverbänden zusammengeschlossen, deren einzelne Erwähnung jedoch zu weit führen würde.

Der Anhaltische Industrie-Verein.

Bereits frühzeitig hatte die anhaltische Industrie die Bedeutung eines lokalen Zusammenschlusses zur Wahrung und Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen erkannt. So wurde am 7. Mai 1883 der „Industrieverein zu Dessau“ gegründet, der sich im Februar 1886 zu dem „Anhaltischen Industrieverein“ erweiterte.

Der Anhaltische Industrieverein ist als ein Vorläufer der Anhaltischen Handelskammer zu betrachten, deren Aufgaben er in damaliger Zeit erfüllte; darüber hinaus beschäftigte sich der Verein auch mit Fragen, die heute das Arbeitsgebiet der Arbeitgeberverbände umschließen.

Besonders waren es soziale Fragen, die in den Verhandlungen des Anhaltischen Industrievereins behandelt wurden. Durch Vorträge über die soziale Gesetzgebung, sowie über Verhütung von Betriebsunfällen, weiterhin über die Beschaffung guter und billiger Arbeiterwohnungen sollten den einzelnen Mitgliedern Anregungen für die Ausführung sozialer Maßnahmen innerhalb ihrer Betriebe geben.

Neben sozialpolitischen Fragen beschäftigten den Verein Bestrebungen zur Hebung des anhaltischen Verkehrswesens, die man durch Eingaben an die anhaltische Regierung sowie an die Eisenbahndirektionen zu erreichen suchte. Der Verein war berechtigt, Vertreter in die Bezirkseisenbahnräte in Magdeburg und Erfurt zu entsenden, ein Recht, das später auf die Handelskammer überging.

In wirtschaftlichen Fragen wurde der Verein oft von der anhaltischen Regierung zu Begutachtungen herangezogen.

Ein weiteres Arbeitsgebiet des Anhaltischen Industrievereins war die Förderung der technischen und gewerblichen Fortbildung des Nachwuchses.

Durch Resolutionen und Eingaben suchte der anhaltische Industrieverein weiterhin auch auf den Gebieten der Steuern, Zölle, Handelspolitik und Handelsgesetzgebung seinen Einfluß auszuüben.

Allgemeine Industrie- und Handelsangelegenheiten, wie Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Ausstellungen, Bank- und Versicherungswesen waren weitere Punkte, die in den Verhandlungen des Anhaltischen Industrievereins wiederholt erwogen wurden.

Neben der Einrichtung eines Arbeitsnachweises in Dessau sind hauptsächlich die Gründungen des Vereins anhaltischer Arbeitgeber (1887) und die Gründung des Schutzverbandes anhaltischer Arbeitgeber zu erwähnen.

Die Hauptschöpfung des Anhaltischen Industrievereins ist die Gründung der Handelskammer für Anhalt. Durch eine Denkschrift vom 22. Oktober 1888 wandte sich der Verein an das Anhaltische Staatsministerium zwecks Gründung einer Handelskammer. Dieser Eingabe wurde stattgegeben und bereits im Jahre 1889 durch Gesetz vom anhaltischen Landtag die Errichtung einer Handelskammer beschlossen, die im folgenden Jahre (1890) tatsächlich erfolgte. Diese amtliche Organisation übernahm in der Folgezeit den Hauptteil der bisherigen Aufgaben des Industrievereins. Die Bedeutung des Anhaltischen Industrievereins trat damit zurück, was auch besonders in einem Rückgang seiner Mitgliederzahl zum Ausdruck kam.

Mitgliederbewegung des Anhaltischen Industrievereins:

Jahr:	ordentliche Mitglieder:
1883	38
1886/87	100
1889	111
1890	107
1891	66
1900	56
1908	76

Nachdem der Anhaltische Industrieverein noch eine Zeitlang der Handelskammer als Mitarbeiter inoffiziell zur Seite gestanden hatte, hatte er im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege mehr den Charakter eines privaten Zusammenschlusses der anhaltischen Industriellen. Im Verlauf des Krieges erfolgte seine endgültige Auflösung.

Der anhaltische Arbeitgeberverband.

Um die sozialpolitischen Fragen eingehender behandeln zu können, entschloß sich der Anhaltische Industrieverein auf Anraten des Geh. Kommerzienrates Oechelhäuser im Jahre 1887 zur Gründung des Vereins anhaltischer Arbeitgeber. Der leitende Grundgedanke Oechelhäusers war hierbei, die soziale Arbeiterfrage in friedlicher Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu lösen; Oechelhäusers Plan zielte hierbei schon auf die Schaffung einer sozialen Werkgemeinschaft hin. Wie lange der Bestand dieses Vereins gewährt hat und wie weit er seine Aufgaben erfüllen konnte, ist nicht bekannt.

Die wachsende Stärke der Arbeitnehmerorganisationen veranlaßte den Anhaltischen Industrieverein im Jahre 1906 den „Schutzverband anhaltischer Arbeitgeber" zu gründen.

Wie schon der Name des Verbandes andeutet, wurde er als eine Kampforganisation zur Wahrung der Interessen der anhaltischen Arbeitgeber hauptsächlich gegenüber den organisierten Arbeitnehmern geschaffen, um unberechtigten Forderungen von deren Seite zu begegnen, die diese mit Hilfe ihrer Organisationen zu erzwingen versuchten.

Die lokalen Arbeitgeberverbände, die sich zu dieser Zeit überall in Deutschland bildeten, wurden im Jahre 1913 zur „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin" zusammengeschlossen. Der anhaltische Arbeitgeberverband schloß sich im Jahre 1919 an diese Vereinigung an.

Nach dem Kriege erweiterten die Arbeitgeberverbände ihr Tätigkeitsgebiet ganz erheblich. Es umfaßt heute die Wahrung der gesamten sozialen und wirtschaftlichen Belange der im Verbande zusammengeschlossenen Betriebe.

Zwischen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die sich hauptsächlich mit der Erledigung der sozialen Aufgaben befaßt, und dem im Jahre 1919 gegründeten Reichsverband der deutschen Industrie, dessen Aufgabe die Wahrung der industriellen Interessen auf wirtschaftspolitischem Gebiet ist, wurde deshalb eine Arbeitsgemeinschaft gegründet.

Das Tätigkeitsgebiet der Arbeitgeberverbände — darunter auch des anhaltischen Arbeitgeberverbandes — umfaßt heute neben dem Tarif- und Schlichtungswesen, sämtliche Wirtschaftsfragen auf dem Gebiete des Steuerwesens, der Sozialpolitik und des Verkehrs. Die anhaltische Maschinenindustrie bildet innerhalb des anhaltischen Arbeitgeberverbandes eine Fachgruppe unter der Bezeichnung „Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller e. V., Bezirksgruppe Anhalt". Dieser Fachgruppe gehört die Mehrzahl der anhaltischen Maschinenfabriken an.

Die Bedeutung dieser Fachgruppe im Anhaltischen Arbeitgeber-Verband erhellt sich aus folgenden Zahlen:

Die Zahl der von den Mitgliedern im Dezember 1924 beschäftigten

	Arbeiter	und Angestellten
betrug bei den Mitgliedern des Verbandes Mitteldeutscher Metallindustrieller Bezirksgruppe Anhalt	12 589	2 668
bei den übrigen Mitgliedern des Anhaltischen Arbeitgeber-Verbandes	8 493	1 827
	21 082	4 495
	25 577	

8. Die Arbeiterverhältnisse in der anhaltischen Maschinenindustrie.

Neben anderen grundlegenden Faktoren für die Fortentwicklung eines Industriezweiges ist auch das Vorhandensein einer geschulten und geeigneten Arbeiterschaft eine der wichtigsten Vorbedingungen. Besonders die Maschinenindustrie, deren Produktion zumeist auf die Herstellung von Präzisionsarbeiten gerichtet ist, benötigt für ihre Betriebe in erster Linie gelernte Arbeitskräfte. Gelernte Handwerker wie Schlosser, Dreher, Bohrer, Schmiede und Former machen den Grundbestandteil der Belegschaften aller Maschinenfabriken aus. Von je 1000 Arbeitern im deutschen Maschinenbau waren am 1. Juli 1926: 494 gelernte Facharbeiter, 183 angelernte Arbeiter, 107 ungelernte Hilfsarbeiter, 170 Lehrlinge und 46 jugendliche, weibliche und sonstige Arbeiter*).

Auch die anhaltische Maschinenindustrie verdankt ihre günstige Entwicklung nicht zuletzt dem Umstande, daß sie niemals an gelernten Facharbeitern irgendwelchen Mangel zu leiden hatte. Der ständig steigende Bedarf an gewerblichen Arbeitskräften fand seine Deckung durch den nach der Stadt strömenden Bevölkerungszuwachs des platten Landes. Die anhaltischen Städte, in denen die anhaltische Maschinenindustrie ihre Niederlassungen besitzt, sind ihrem Umfange nach mittlere Landstädte mit durchweg bodenständiger Bevölkerung. Die Arbeiterschaft der anhaltischen Maschinenindustrie ergänzte sich daher zumeist aus der einheimischen Bevölkerung ohne auf den Zuzug fremder Arbeitskräfte angewiesen zu sein. Infolge der Bodenständigkeit

*) Handbuch der Statistik des deutschen Maschinenbaus 1927. Herausgegeben vom V.D.M.A. 1927. S. 33.

der Arbeiterschaft war diese auch nicht, wie man dies vielfach finden kann, einem häufigen Wechsel unterworfen. Bei diesen allgemein stabilen Arbeitsverhältnissen stützten sich die meisten anhaltischen Unternehmer auf einen Stamm älterer, schon länger im Betriebe beschäftigter Arbeiter, deren Einfluß auf die übrige Belegschaft ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sicherte. In der anhaltischen Maschinenindustrie herrschten um die Wende des Jahrhunderts noch in den meisten Betrieben patriarchalische Arbeitsverhältnisse vor, die für die Entwicklung dieser Betriebe äußerst günstig waren.

Erst die Ausbreitung der Arbeitnehmerorganisationen und die Hervorhebung der Gegensätzlichkeit zwischen der Stellung des Unternehmers und der des Arbeiters verschlechterten kurz vor Ausbruch des Krieges die Arbeitsverhältnisse in der anhaltischen Maschinenindustrie. Verschärft wurde diese Erscheinung oft durch den Wechsel der Unternehmungsform, da im Einzelunternehmen das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Fabrikleitung meist ein besseres ist als in der Aktiengesellschaft.

Wenn auch die patriarchalischen Arbeitsverhältnisse in Anhalt bis auf wenige Ausnahmen verschwunden sind, so ist dennoch die anhaltische Maschinenindustrie auch jetzt noch nicht in dieser Beziehung besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt. Die anhaltischen Arbeiterverhältnisse der heutigen Zeit sind durchaus normal zu nennen, d. h. sie passen sich in jeder Beziehung den allgemeinen mitteldeutschen Verhältnissen an.

Geringe Unterschiede ergeben sich aus der differenzierten wirtschaftsgeographischen Lage der einzelnen anhaltischen Städte.

Die isolierte Lage der Betriebe in Harzgerode und Mägdesprung bringt die Unternehmungen und ihre Belegschaften in verstärkte gegenseitige Abhängigkeit, da einerseits der Mangel an anderen Unternehmungen dem ansässigen Arbeiter die Möglichkeit des Wechsels der Arbeitsstätte nimmt und andererseits die Unternehmungen auf die ansässige Arbeiterschaft angewiesen sind, da kein anderweitiges Angebot an Arbeitskräften besteht. Bei ausbrechenden Streitigkeiten zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft war unter diesen Umständen der wirtschaftlich stärkere Unternehmer meist der Ueberlegene. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Zerbst, Nienburg und Sandersleben, da auch hier die Arbeiterschaft der Maschinenindusrie infolge mangelnder anderweitiger Arbeitsgelegenheit an die bestehenden Betriebe in gewissem Sinne gebunden ist,

Anders liegen die Verhältnisse in Bernburg, Cöthen und Leopoldshall, besonders aber in Dessau und Raguhn, da hier der Arbeitsmarkt durch die Anhäufung von Maschinenfabriken und durch die Nähe der chemischen Großindustrie eine breitere

Grundlage aufweist, sodaß einerseits der Arbeitnehmer nicht nur auf die Beschäftigungsmöglichkeit in einem einzigen Betriebe angewiesen ist und andererseits dem Arbeitgeber ein größeres Angebot an Arbeitskräften zur Verfügung steht, sodaß er nicht allein auf den Arbeitswillen seiner augenblicklichen Belegschaft angewiesen ist. Der gegenwärtige Ueberschuß an Arbeitskräften hat diese Unterschiede zur Zeit völlig ausgeglichen.

Die Belegschaft der anhaltischen Maschinenindustrie ist zum überwiegenden Teile (90 %) in den freien Gewerkschaften organisiert; der Rest, ca. 1000 Arbeiter, gehört den Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften an, während die christlichen Gewerkschaften gänzlich unbedeutende Beteiligungsziffern aufzuweisen haben.

Der anhaltische Maschinenbau nimmt der Anzahl der Beschäftigten nach unter den übrigen anhaltischen Wirtschaftszweigen die erste Stelle ein. Die stetige Aufwärtsbewegung seiner Belegschaftszahlen (s. Tabelle V im Anhang) hat sich auch nach dem Kriege fortgesetzt. War in früherer Zeit der Klein- und Mittelbetrieb vorherrschend, so hat sich im oekonomischen Zeitalter und auch nach dem Kriege dieses Bild immer mehr verschoben. Von den im Jahre 1926 in der anhaltischen Maschinenindustrie beschäftigten Arbeitern waren 80,1 % in Großbetrieben (über 50 Arbeiter) tätig, 16,1 % in Mittelbetrieben (5—49 Arbeiter) und nur 3,8 % in Kleinbetrieben. Wie überall im deutschen Maschinenbau ist auch in Anhalt der Großbetrieb immer mehr die vorherrschende Größenklasse geworden.

Die intensive Entwicklung des Mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes in der letzten Zeit gibt auch für die Zukunft eine gewisse Gewähr, daß die Entwicklung der anhaltischen Maschinenindustrie ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat.

Tabellen-Anhang.

Tabelle I.

Es wurden in den wichtigsten anhaltischen Industriezweigen beschäftigt:

	Industriezweig	1879	1900	1913	1926
1.	Industrie der Steine und Erden	1344	3265	3618	1552
2.	Chemische Industrie	1340	3687	4242	6583
3.	Textil-Industrie	1021	658	346	104
4.	Papier-Industrie	664	1113	1089	629
5.	Holz-Industrie	397	1734	2314	1883
6.	Nahrungs- und Genußmittel .	1331	3132	2171	1665
7.	Zucker-Industrie	5244	4674	4245	3835
	Maschinenindustrie	1724	7305	11002	11309

Tabelle II.

Die bedeutendsten anhaltischen Maschinenfabriken und ihre Gründungsdaten.

		Gründungsjahr:
1.	Mägdesprunger Eisenhüttenwerk	1646 (?)
2.	Keßler & Sohn, G. m. b. H., Bernburg	1830
3.	Gebr. Sachsenberg, A.-G., Roßlau	1844
4.	Bernburger Maschinenfabrik, A.-G.	1844
5.	Nienburger Maschinenfabrik, A.-G.	1848
6.	F. Hallstroem, G. m. b. H., Nienburg	1849
7.	R. Dinglinger, Köthen	1859
8.	Maschinenfabrik A.-G. vorm. Wagner & Co	1860
9.	Bäntsch & Behrens, Sandersleben	1861
10.	Maschinen- u. Metalltuchfabrik A.-G., vorm. G. Heerbr., Raguhn	1861
11.	G. Polysius, Dessau	1861
12.	F. Fiedler, G. m. b. H., Leopoldshall	1863
13.	Maschinen- u. Werkzeugfabrik, A.-G. vorm. Aug. Paschen	1863
14.	Sächsisch-Anhalt. Armaturen-Fabrik vorm. Zierau, Bernburg	1866
15.	Franz Braun, A.-G., Zerbst	1867
16.	W. Siedersleben, G. m. b. H., Bernburg	1867
17.	C. Köckert, Dessau	1868
18.	C. Meinecke sen., Zerbst	1869
19.	Bamag, Dessau	1872
20.	Centralwerkstatt (Askaniawerke), Dessau	1872
21.	Ph. Nebrich, Köthen (Reinecke & Jasper)	1872
22.	Keilmanns Erben, Bernburg	1872
23.	Franz Kurth, Köthen	1872
24.	L. Meyer & Co, Harzgerode	1872
25.	Homann, Dessau	1881
26.	Th. Hey, Bernburg (gegründet in Roitzsch)	1884
27.	Thermann & Kleinfeld, Coswig	1885
28.	Samag, vorm. A. Lück, Leopoldshall	1887
29.	Gellendien & Haffner, G. m. b. H. Bernburg	1889
30.	Gebr. Meinecke, Zerbst	1889
31.	Keilmann & Völcker, G. m. b. H., Bernburg	1891
32.	Schweinefuß & Dolg, Bernburg	1889
33.	Junkers & Co, Dessau	1895
34.	Dessauer Waggon-Fabrik, A.-G.	1895
35.	Pabst & Kilian, Raguhn	1899
36.	R. Becker & Co, Dessau	1902
37.	A. Stoge, Leopoldshall	1907
38.	O. Giebelhausen, Bernburg	1913
39.	Junkers Flugzeugwerke, A.-G., Dessau	1919
40.	Sohler Werke, A.-G., Leopoldshall	1922
41.	Nickel, Leopoldshall	1923

Tabelle III.

Die bedeutendsten anhaltischen Maschinenfabriken und ihre Fabrikationszweige.

Firma:	Frühere Arbeitsgebiete:	Jetzige Arbeitsgebiete:
1. Mägdesprunger Eisenhüttenwerk.	Ursprünglich Hüttenbetrieb Fabrikation von Guß- und Stabeisen. Seit **1800** Bearbeitung des gewonnenen Rohmaterials: Herstellung von Kunstguß und Schmiedewaren. Seit ca. **1850** Herstellung von Maschinen: Spez. Holzbearbeitungsmaschinen. Allgemeiner Maschinenbau.	Seit ca. 1850 Allgem. Maschinenbau. Gasapparate. Rohguß.
2. Keßler & Sohn G. m. b. H. Bernburg a.-S.	Seit 1830 Zinnguß, Zinngeschirre, Zinnröhren, Zinnbleche. Bleiguss.	Apparate aus Zinn und Blei für die chemische Industrie. Zinn- und Bleierzeugnisse aller Art.
3. Gebr. Sachsenberg, Aktiengesellschaft, Roßlau a.-E.	Seit Gründung (1844) Allgem. Maschinenbau. Anfangs Landmaschinen, dann Maschinen für Ziegeleien, Brennereien und Papierfabriken. Seit **1866** Reparatur und Neuherstellung von Schiffsmaschinen. Schiffsbau.	Seit 1844 Allgem. Maschinenbau Spezial-Maschinen für Ziegeleien und Brennereien Seit ca. 1866 Schiffsbau.
4. Bernburger Maschinenfabrik A.-G.	Landwirtsch. Maschinen. Zuckerfabrikseinrichtungen. **Seit 1870—1913** Bau von Maschinen für den Braunkohlenbergbau. Kesselschmiedearbeiten.	—
5. Nienburger Maschinenfabrik A.-G. vorm. Hertel & Co.	Seit 1848 Ziegeleimaschinen, Maschinelle Einrichtungen für den Braunkohlenbergbau. Ca. 1850—1914	Seit 1848 Ziegeleimaschinen. Seit 1919 Maschinen für die Gummiindustrie.
6. F. Hallstroem G. m. b. H., Nienburg a.-S.	Allgem. Maschinenbau. Spez. Maschinen für Zuckerfabriken und Brennereien. 1849—1925	—

Firma:	Frühere Arbeitsgebiete:	Jetzige Arbeitsgebiete:
7. R. Dinglinger, Köthen-Anh.	Bis 1870 Reparatur u. Bau von Lokomotiven. Seit 1870 Allgem. Maschinenbau. Dampfmaschinen. Mühleneinrichtungen. Spez. Zuckerfabriks-einrichtungen.	Maschinen für die Zucker-industrie. Transportanlagen. Allgem. Maschinenbau.
8. Maschinen-fabrik A.-G. vorm. Wagner & Co., Köthen-Anh.	1860—1870 Landmaschinen. Seit 1870 Maschinen für Papierindustrie. 1920—1924 Reparatur von Lokomotiven.	Seit ca. 1870 Allgem. Maschinenbau. Spez. Maschinen für Papier- und Cellulose-industrie. Kesselbau. Handelsguß.
9. Bäntsch & Behrens, Sandersleben.	1861 bis ca. 1870 Landwirtsch. Maschinen. Förderanlagen. Maschinen für Braun-kohlenaufbereitung.	Seit ca. 1870 Allgem. Maschinenbau.
10. Maschinen- und Metall-tuchfabrik A.-G. vorm. G. Heerbrandt, Raguhn.	Seit 1861 Ursprünglich nur Metalltuchweberei.	Seit 1861 Metalltuchfabrikation. Seit 1887 Metallocherei. Seit ca. 1890 Fabrikation von Maschinen für Papier- und Cellulose-industrie.
11. G. Polysius, Dessau.	1861—1870 Geldschrank-schlosserei. 1870—1886 Landw. Maschinen. Holz-bearbeitungsmasch. Dampf-masch. Spez. Melasseent-zuckerungsanlag. Seit 1886 Zerkleinerungsmaschinen für die Zementindustrie.	Seit 1886 Maschinelle Einrichtungen für Zementfabriken, Kohlenaufbereitungs-anlagen. Maschinen für die chemische Industrie. Transmissionen.
12. F. Fiedler G. m. b. H., Leopoldshall.	Seit 1863 Kesselschmiedearbeiten. Apparate für die Kali- und chem. Industrie.	Seit 1863 Apparate für die chem. Ind. Seit 1924 Waagenbau. Eisenbahnbedarf.
13. Maschinen- u. Werkzeug-fabrik A.-G. vorm. Aug. Paschen, Köthen-Anh.	Seit 1863 Schnitzelmesser. Maschinen für die Rüben-zuckerindustrie.	Seit 1897 Zuckerfabrikseinrichtungen Seit ca. 1897 Werkzeugmaschinen. Seit 1919 Hebezeuge, allg. Maschb.

Firma:	Frühere Arbeitsgebiete:	Jetzige Arbeitsgebiete:
14. Sächs.-Anh. Armaturenfabrik A.-G. vorm. Zierau, Bernburg a.-S.	Armaturen (seit Gründung).	Armaturen.
15. Franz Braun A.-G., Zerbst.	1867 bis ca. 1880 Landwirtsch. Maschinen. Gerbereieinrichtungen.	Seit 1879 Werkzeugmaschinen.
16. W. Siedersleben G.m.b.H. Bernburg a.-S.	Landwirtsch. Maschinen (seit Gründung).	Landwirtsch. Maschinen. Spez. Drillmaschinen.
17. C. Köckert, Dessau.	1868—1907 Geldschrankschlosserei.	Seit 1907 Eisenkonstruktionen. Kesselschmiedearbeiten. Transportanlagen.
18. C. Meinecke sen, Zerbst.	Bäckereimaschinen (seit Gründung).	Bäckereimaschinen. Mischmaschinen für die chem. Industrie.
19. Berlin-Anh. Maschinenbau A.-G., Dessau.	Landmaschinen (in den ersten Jahren). Werkzeugmaschinen. Gasmaschinen seit ca. 1890.	Transmissionsanlagen. Schiffshilfsmaschinen. Apparaturen und Anlagen für die Feuerungstechnik. Transportanlagen. Grau- und Stahlguß.
20. Askania-Werke vorm. Centralwerkstatt, Dessau.	Seit 1872 Reparatur von Gasmessern Seit ca. 1875 Neubau von Gasmessern. Seit ca. 1875 Gasbedarfsartikel.	In Dessau: Gasapparate. In Friedenau: Optische Apparate.
21. Ph. Nebrich, Köthen-Anh.	Apparate für Papier- und Cellulosefabrikation (seit Gründung)	Apparate für Papier- und Cellulosefabrikation. Spez. Knotenfänger.
22. Keilmanns Erben, Bernburg.	Dampfkessel. Spez. Feuerungen für Zuckerfabrikation. 1890—1901	—
23. Franz Kurth, Köthen-Anh.	Dampfkessel (seit Gründung)	Dampfkessl.

Firma:	Frühere Arbeitsgebiete:	Jetzige Arbeitsgebiete:
24. L. Meyer jun. & Co., Harzgerode.	Eisenkunstguß. Beleuchtungsgegenstände. (Seit 1872)	Eisenguß. Gasapparate. Sanitätsartikel.
25. P. Homann, Dessau.	Metallrohguß. Kupferschmiedearbeiten. Armaturen (seit Gründung)	Spezial-Armaturen. Seit 1919 Rohrbiegemaschinen, Pressen, Pumpen. Eisenguß. Metallrohguß.
26. Th. Hey, Bernburg a.-S.	Landwirtsch. Maschinen (seit Gründung)	Landwirtsch. Maschinen. Spez. Hackmaschinen.
27. Thermann & Kleinfeld, Coswig.	Metalltuchweberei (seit Gründung)	Metalltuchweberei.
28. Samag vorm. A. Lück, Leopoldshall.	Apparate für die chem. Ind. Förderwagen. (Seit 1887—1905)	Seit 1905 Apparate für Dachpappenfabrikation und Teerdestillationen.
29. Gellendien & Haffner G. m. b. H., Bernburg a.-S.	Dampfkessel (seit Gründung)	Dampfkessel. Apparate für die chem. Industrie.
30. Gebr. Meinecke, Zerbst.	Bäckereimaschinen (seit Gründung)	Bäckereimaschinen. Spez. Teigteilmaschinen.
31. Keilmann & Völcker G. m. b. H., Bernburg a.-S.	Dampfkessel. Spez. Feuerungen (seit Gründung)	Dampfkessel. Spez. Feuerungen.
32. Schweinefuß & Dolg, Bernburg a.-S.	Mühlenanlagen. Transmissionen. Saatreinigungsmaschinen (seit Gründung)	Mühlenanlagen. Transmissionen. Saatreinigungsmaschinen.
33. Junkers & Co. Dessau.	Kalorimeter. Wärmeaustauschapparate.	Kalorimeter. Warmwasserapparate. Bade- und Gasheizöfen.
34. Dessauer Waggonfabrik A.-G.	Gasbahnlokomotiven 1895 bis ca. 1900	Seit ca. 1900 Eisenbahnwagen aller Art. Transportfahrzeuge.

Firma:	Frühere Arbeitsgebiete:	Jetzige Arbeitsgebiete:
35. Pabst & Kilian, Raguhn.	Metalltücher (seit Gründung)	Drahtgewebe aus sämtlichen Metallen.
36. R. Becker & Co., Dessau.	Allgem. Maschinenbau. Spez. für Textil- und Keramische Industrie. Eisen- und Stahlguß (seit Gründung)	Spez. Stahlguß seit ca. 1907
37. A. Stohge, Leopoldshall.	Bleilöterei und Bleiarmaturen (seit Gründung)	Bleilöterei und Bleiarmaturen.
38. O. Giebelhausen, Bernburg a.-S.	—	Seit 1913 Eisenhochbauten. Apparate für die chem. Industrie.
39. Junkers Flugzeugwerke, Dessau.	—	Seit 1916 (1919) Metallflugzeuge.
40. Sohlerwerke A.-G., Leopoldshall.	—	Seit 1922 Rillenfässer. Behälter.
41. A. Nickel, Leopoldshall.	—	Seit 1923 Rohrleitungen. Eisenkonstruktionen. Behälter. Transportanlagen.

Tabelle IV.

Belegschaftszahlen in den anhaltischen Maschinenfabriken in den Jahren 1913, 1921/22 und 1927.

Firma	1913	1921/22	1927
W. Siedersleben, Bernburg	467	389	450
Th. Hey, Bernburg	100	121	180
Schweinefuß & Dolg, Bernburg	51	68	60
Bernburger Maschinenfabrik	1900 : 400	—	—
Wagner & Co, Köthen	357	816	600
Hallstroem, Nienburg	280	169	—
Paschen, Köthen	320	277	400
Dinglinger, Köthen	230	277	250
C. Meinecke sen., Zerbst	ca. 60	69	70
Gebr. Meinecke, Zerbst	ca. 60	100	80
Ph. Nebrich, Köthen	—	49	70
Heerbrandt, Raguhn	265	277	300
Pabst & Kilian, Raguhn	50	60	50
L. Keßler & Sohn, Bernburg	37	100—150	130
Gellendien & Haffner, Bernburg	156	190	170
Keilmann & Völcker, Bernburg	262	317	240
Bäntsch & Behrens, Sandersleben	217	184	180
F. Fiedler, Leopoldshall	200	300	200
Samag vorm. A. Lück, Leopoldshall	69	64	60
Sohler Werke, Leopoldshall	—	35	70
A. Nickel, Leopoldshall	—	—	85
Polysius, Dessau	739	900	750
P. Homann, Dessau	70	90	60
(Zierau) Sächsisch-Anhaltische Armaturen-Fabrik A.-G., Bernburg	145	132	150
R. Becker, Dessau	139	110	140
Giebelhausen, Bernburg	30	—	100
Mägdesprunger Eisenhüttenwerk	259	175	150
L. Meyer jun. & Co., Harzgerode	429	352	490
Askania Werke, Dessau	558	ca. 900	500
Bamag, Dessau	1928	2068	2000
Junkers & Co., Dessau	313	368	650
Junkers Flugzeugwerke, A.-G., Dessau	—	302	—
Dessauer Waggonfabrik	318	I. J. 1923 : 1600	660
C. Köckert, Dessau	89	133	200
Nienburger Maschinenfabrik, A.-G.	280	169	200
Franz Braun, A.-G., Zerbst	276	i. J. 1923 : 900	600
Sachsenberg, Roßlau	1100	1700	1400

Tabelle V.

Statistik der in der anhaltischen Maschinen- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiter in den Jahren 1879—1926.

Jahr	Gruppe V*)		Gruppe VI		Gesamtzahl der in V u. VI beschäftigten Arbeiter	Gesamtzahl der in der anhaltischen Industrie beschäftigten Arbeiter
	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Arbeiter	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Arbeiter		
1879			34		1 724	
1881			39		1 892	
1896	72	2 207	82	5 334	7 541	21 823
1897	75	2 306	45	3 909	6 215	23 868
1898	77	2 322	50	4 683	7 005	25 359
1899	73	1 983	57	4 365	6 348	25 076
1900	80	2 336	56	4 969	7 305	27 516
1901	73	2 264	54	4 617	6 881	26 059
1902	69	1 912	62	4 742	6 654	25 655
1903	63	2 021	64	4 643	6 664	26 114
1904	66	1 993	67	4 868	6 861	27 083
1905	63	2 097	75	5 517	7 614	29 734
1906	68	2 340	78	5 928	8 268	30 782
1907	80	2 412	86	6 919	9 331	32 284
1908	82	2 246	89	7 081	9 327	31 960
1909	86	2 299	96	6 987	9 286	31 581
1910	85	2 365	102	6 816	9 181	31 723
1911	88	2 620	108	7 347	9 967	32 969
1912	94	2 755	113	8 289	11 044	34 657
1913	—	2 641	—	8 537	11 178	35 178
1914	—	2 641	—	8 343	10 984	33 055
1915	—	1 886	—	7 954	9 840	25 866
1916	—	1 946	—	10 463	12 409	28 893
1917	—	2 147	—	13 885	16 032	34 027
1918	—	2 097	—	15 158	17 255	35 319
1919	106	2 419	121	10 335	12 754	33 181
1921	124	2 802	162	10 593	13 395	38 755
1922	124	3 090	178	12 240	15 330	42 649
1923/24	134	2 621	200	11 873	14 494	37 466
1925					15 868	58 011
1926					11 309	52 857

*) Die Statistik in den Berichten der anhaltischen Gewerbeinspektion faßt in Gruppe V die Eisen- und Metallindustrie (auch Eisengießereien) und in Gruppe VI den Maschinen- und Apparatebau (auch mit Gießereien) zusammen.

Tabelle VI.

Anzahl der während des Krieges in der Maschinenindustrie beschäftigten Arbeitskräfte.

Jahr	Gruppe V		Gruppe VI	
	männl. Arbeiter	weibl. Arbeiter	männl. Arbeiter	weibl. Arbeiter
1913	2 489	152	8 513	24
1914	2 267	145	8 280	63
1915	1 714	172	7 045	909
1916	1 650	296	7 922	2 541
1917	1 696	451	9 149	4 736
1918	1 668	429	9 965	5 139
1919	2 201	218	9 910	425

Tabelle VII.

Maschinenausfuhr der Welt.*)
(Zeitwerte in Millionen Mk. bzw. RM.)

Ausfuhrland	1913		1924		1925		1926	
	Mill. M.	v. H. d. Welt-ausfuhr	Mill. RM.	v. H. d. Welt-ausfuhr	Mill. RM.	v. H. d. Welt-ausfuhr	Mill. RM.	v. H. d. Welt-ausfuhr
Deutschland . . .	738,4	29,1	517,9	17,0	734,8	20,4	797,7	21,6
Großbritannien .	721,3	28,4	763,5	25,1	898,2	24,9	840,4	22,7
Ver. Staaten . .	680,6	26,8	1013,2	33,4	1206,5	33,4	1295,7	35,0
Uebrig. Länder .	396,9	15,7	743,2	24,5	772,5	21,3	768,6	20,7
zusammen	2537,2	100,0	3037,8	100,0	3612,1	100,0	3702,4	100,0

*) Statistisches Handbuch des Deutschen Maschinenbaus 1927. Herausgegeben vom V.D.M.A., S. 39.

Tabelle VIII.

Maschinenausfuhr Deutschlands in den Jahren 1908—1926.*)
(Vorkriegswerte**) in Millionen RM.)

Jahr	Ausfuhr in Millionen GM.	vom Hundert der Weltausfuhr
1908	449,4	25,0
1909	419,5	26,3
1910	500,7	28,0
1911	592,8	28,4
1912	684,4	29,4
1913	738,4	29,0
1920	465,5	21,2
1921	410,4	15,9
1922	597,4	25,7
1923	333,7	17,0
1924	342,9	17,0
1925	489,9	20,4
1926	539,0	21,6

*) Statistisches Handbuch des Deutschen Maschinenbaus 1927. Herausgegeben vom V.D.M.A., S. 40.

**) Für die Vorkriegsjahre tatsächliche Werte; für die Nachkriegsjahre sind die tatsächlichen RM.-Werte mit dem auf Goldbasis umgerechneten Großhandelsindex des brit. Board of Trade auf Vorkriegswert (1913) reduziert, jedoch wurde für 1925 nicht der Goldindex des B. o. T., sondern ein Index von 150 zugrunde gelegt.

Literaturverzeichnis.

L. L. Bäntsch, Handbuch der Geographie und der Geschichte Anhalts. Lpzg. 1801.

Lindner, H., Geschichte und Beschreibung des Landes Anhalt. Dessau 1833.

Possart, F., Geographie und Geschichte des Herzogtums Anhalt-Bernburg. Bernburg 1858.

Siebigk, Das Herzogtum Anhalt. Dessau 1867.

Wäschke, H., Anhaltische Geschichte. Köthen 1913.

Schulze, R., Köthen in Anhalt. 1923.

Wachsmut, Industrielle Wirtschaftskunde des Landes Anhalt. Halle 1922.

Schulze, Die anhaltische Landwirtschaft. Würzburg 1921.

Aubin, Gustav, Entwicklung und Bedeutung der Mitteldeutschen Industrie. Halberstadt 1924.

Hoffmann, W., Mitteldeutschland, das neue Wirtschaftszentrum. Berlin 1926.

Sartorius v. Waltershausen, A., Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815—1914 (mit Zeittafel). Jena 1920.

Weber, Max, Wirtschaftsgeschichte. München 1923.

v. Oechelhäuser, W., Aus deutscher Technik und Kultur. München 1921.

Berthold, K. P., Untersuchungen über den Standort der Maschinenindustrie in Deutschland. Jena 1915.

Harnisch, E., Ueber die Kartellierungsfähigkeit der Maschinenindustrie. Heidelberg 1917.

Steudel, Hans, Geschichtliche Entwicklung der Maschinenindustrie in Württemberg bis zum Weltkrieg. Tüb. 1924.

Grunzel, System der Industriepolitik. Leipzig 1905.

Herkner, Die Arbeiterfrage. 1916.

Heyde, L., Abriß der Sozialpolitik. Berlin 1920.

Scheu, Deutsche wirtschaftsgeographische Harmonie. Breslau 1924.

Philipovich, Grundriß der politischen Oekonomie. Tüb. 1923.

Die Deutsche Maschinenindustrie. Bericht des V. D. M. A. über die Jahre 1925—1926. Bln.-Charl. 1927.
Statistisches Handbuch des deutschen Maschinenbaues. Herausgegeben vom V. D. M. A. Bln.-Charl. 1927.
Berichte der anhaltischen Gewerbeinspektion. 1879—1926.
Anhaltischer Arbeitgeberverband. Jahresberichte 1924 und 1925.
Berichte der Handelskammer für Anhalt. 1891—1925.
Festschriften verschiedener anhaltischer Maschinenfabriken und der Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft.
Anhaltische Tageszeitungen seit 1830.
Mitteilungen des anhaltischen statistischen Amtes. Dessau.
Saling, Handbuch der deutschen Aktien-Gesellschaften 1922/23.

*

Direkte mündliche und schriftliche Informationen der einzelnen anhaltischen Maschinenfabriken.

Lebenslauf.

Ernst Höhne wurde als Sohn des Kaufmanns Emil Höhne am 14. Dezember 1901 zu Köthen in Anhalt geboren. Dort besuchte er das Ludwigs-Gymnasium, wo er Michaelis 1921 die Reifeprüfung bestand. Zur Vorbereitung seines Studiums war er von Oktober 1921 bis April 1923 als kaufmännischer Lehrling bei der Maschinenfabrik A.-G. vorm. Wagner & Co. in Köthen tätig. Ostern 1923 begann er auf der Universität Tübingen das Studium der Wirtschaftswissenschaften. Vom W.-S. 1923/24 bis zum W.-S. 1924/25 besuchte er die Universität Halle und bezog darauf die Universität Rostock. Hier bestand er am 26. Juli 1926 die volkswirtschaftliche Diplomprüfung. Seit W.-S. 1926/27 war er mit der vorliegenden Doktorarbeit im Seminar des Herrn Professor Dr. H. Mannstaedt beschäftigt. Die mündliche Doktorprüfung bestand er am 21. September 1927.